
A
ARCHITEKTUR
DER DDR
ISSN 0323-3413
5'86
Haushaltwaren

Die Zeitschrift „Architektur der DDR“ erscheint monatlich
Jahresbezugspreis
DDR: 06000
Ausland: 120,– DM
Einzelheftpreis
DDR: 00500
Ausland: 10,– DM
Die Bezugspreise für das Ausland gelten ausschließlich Mehrwertsteuer, Verpackung und Versand.

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der DDR:
Sämtliche Postämter
und der VEB Verlag für Bauwesen Berlin

BRD und Berlin (West):
ESKABE Kommissions-Großbuchhandlung, Postfach 36, 8222 Ruhpolding/Obb.; Helios Literatur-Vertriebs-GmbH, Eichborndamm 141/167, Berlin (West) 52; Kunst und Wissen, Erich Bieber OHG, Postfach 46 7000 Stuttgart 1; Gebrüder Petermann, Buch + Zeitung INTERNATIONAL, Kurfürstendamm 111, Berlin (West) 30

Österreich
Helios Literatur-Vertriebs-GmbH & Co. KG, Industriestr. B 13, A-2345 Brunn am Gebirge

Schweiz:
Verlagsauslieferung Wissenschaft der Freihofer AG, Weinbergstr. 109, 8033 Zürich

Im übrigen Ausland:
Der internationale Buch- und Zeitschriftenhandel

Auslandsbezug wird auch durch den AHB Buchexport der DDR, DDR – 7010 Leipzig, Leninstraße 16, und durch den Verlag vermittelt.

Redaktion
Zeitschrift „Architektur der DDR“
Träger des Ordens Banner der Arbeit
VEB Verlag für Bauwesen, 1086 Berlin
Französische Straße 13–14
Telefon 2 04 12 67 · 2 04 12 68
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
Artikelnummer: 5236

Verlag
VEB Verlag für Bauwesen, 1086 Berlin
Französische Straße 13–14
Verlagsdirektor: Dipl.-Ök. Siegfried Seeliger
Telefon 2 04 10
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 11-22-29 trave Berlin
(Bauwesenverlag)
Gesamtherstellung
Druckerei Märkische Volksstimme, 1500 Potsdam
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)
Printed in GDR
P 3/45/86 bis P 3/58/86

ISSN 0323-03413
Archit. DDR Berlin **35** (1986), Mai, **5**, S. 257–320

Im nächsten Heft:
Städtebauliche Planung von Halle
Innerstädtischer Wohnungsbau in Halle
- Brunoswarte
- Lange Straße
- Klement-Gottwald-Straße
- Großer Berlin
- Domplatz

Denkmalpflege in Halle
Freiflächenplanung in Halle
Erzeugnisentwicklung im WBK Halle

Redaktionsschluß:
Kunstdruckteil: 6. März 1986
Illusdruckteil: 17. März 1986

Titelbild
Wohngebiet Leipzig-Grünau. Trinkbrunnen im Fußgängerbereich Alte Salzstraße
Foto: F. Gahlbeck, Leipzig

Fotonachweis:
Gerhard Hoffmann, Berlin (1); Lutz Sebastian, Halle (1); Andreas Liebich, Leipzig (4); Harald Kirschner, Leipzig (14); F. Gahlbeck, Leipzig (17); H.-D. Wellner, Leipzig (4); Siglind Grätz, Leipzig (1); Foto-Weber, Leipzig (1); M. Fuchs, Karl-Marx-Stadt (10); Berd Giesa, Schwedt (7); Walter Thonagel, Schwedt (2); Hellmuth/Liebert, Dresden (1); GFF-Studio/D. Krull, Dresden (1); Büro des Bezirksarchitekten Gera/W. Mann (1); LFB-Nr. 47/85



ARCHITEKTUR DER DDR

XXXV. JAHRGANG · BERLIN · MAI 1986

Herausgeber: Bauakademie der DDR und Bund der Architekten der DDR

Redaktion: **Prof. Dr. Gerhard Krenz**, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Detlev Hagen, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionelle Mitarbeiterin

Gestaltung: Joachim Hiebsch



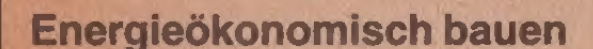
Oben: Modellfoto der Stegpassage im Zentrum von Halle mit Kaufhalle (Waren täglicher Bedarf), Jugendklubeinrichtung und Ambulatorium. Architekten: D. Morgner und I. Schneider (WBK Halle)
Über Städtebau und Architektur in der Bezirksstadt Halle berichten wir im nächsten Heft.



Ehrenmitgliedschaft des BdA/DDR verliehen

Für sein verdienstvolles, das Architekturschaffen und die Entwicklung des Bundes der Architekten der DDR förderndes Wirken wurde Gerhard Trölitzsch, Mitglied des ZK und Leiter der Abteilung Bauwesen beim ZK der SED, anläßlich seines 60. Geburtstages die Ehrenmitgliedschaft des Bundes der Architekten der DDR verliehen.

Energieökonomisch bauen



Etwa 36 Prozent der gesamten Gebrauchsenergie werden in der DDR für die Raumheizung benötigt. Das sind mehr als 100 Millionen Tonnen Rohbraunkohle im Jahr, eine Menge, mit der klug gewirtschaftet werden muß.
Durch Qualitätsarbeit sowohl bei der Produktion von Außenwandplatten als auch bei ihrer Montage lassen sich 15 bis 20 Prozent der für die Gebäudeheizung benötigten Energiemengen einsparen.
Auch die neue mikroelektronisch gesteuerte Hausanschlußstation für Wohnbauten des VEB Kombinat Technische Gebäudeausrüstung Leipzig gewährleistet zum Beispiel eine optimale Wärmeversorgung und trägt dazu bei, den Energieverbrauch um durchschnittlich 8 Prozent zu verringern. Das ist möglich, weil die Wärmezufuhr über einen Rechner in Abhängigkeit von der Innen- und Außentemperatur gesteuert wird. In den Nachtstunden wird die Wärmezufuhr automatisch gedrosselt, was zum Wohlbefinden der Bürger beiträgt.
Von hoher energetischer Wirksamkeit ist eine Lösung, die Kollektive im VEB Wohnungsbaukombinat Berlin entwickelten und in den neuen Wohnhäusern, die im Berliner Ernst-Thälmann-Park errichtet wurden, erprobten. Danach lassen sich bis zu 70 Prozent der Abluftwärme aus Küchen und Bädern zum Vorwärmen der Frischluft nutzen. Deshalb sollen 1986 weitere 7 Wohnhochhäuser mit Regenerativwärmeübertragern ausgerüstet werden.

Elbwasser heizt Wohnungen

In der Lommatscher Straße in Dresden werden 300 Wohnungen mit der Energie von versickertem Elbwasser über Wärmepumpen beheizt. Das Wasser wird aus 20 m Tiefe gefördert und von 11 °C auf 3 °C abgekühlt.
Obwohl die Wärmepumpen 25 bis 30 % der von ihnen erzeugten Energie in Form von Strom selbst verbrauchen, sind sie sehr effektiv. In den letzten Jahren wurden in der DDR bereits eine Reihe von Heizsystemen mit Wärmepumpen für die Gebäudeheizungen entwickelt.
Im Frühjahr und Sommer übrigens werden mit dem geförderten Wasser landwirtschaftliche Nutzflächen beregnet. Und die Binnenfischerei prüft die Möglichkeit, das Wasser für die Karpfenaufzucht im Winter zu nutzen.

Biogas heizt

Mit Biogas heizt man neuerdings im VEG Tierzucht Nordhausen Ställe, Gewächshäuser und Sozialräume. Energiequelle ist die Gülle von 90 000 Schweinen. Zur Biogasanlage gehören zwei Reaktoren aus Stahl, die ein Fassungsvermögen von je 8 000 Kubikmetern besitzen. Bei einer Temperatur von 35 °C entsteht Biogas und sammelt sich in der Kuppel der Stahlbehälter. Auf diese Weise werden bis zu 500 m^3 dieses Energieträgers je Stunde produziert. Damit kann der Betrieb etwa 15 % seiner Heizenergie abdecken und spart jährlich rund 1 500 Tonnen feste Brennstoffe ein. Auch Fahrzeuge des Nordhäuser Tierzuchtbetriebes fahren inzwischen mit Flüssigmethan, das aus Biogas gewonnen wird.

Holzbautagung

Am 11. und 12. Dezember 1986 findet in Dresden eine Internationale Holzbautagung mit RGW-Beteiligung statt zum Thema „Technisch-technologische Grundlagen für die Anwendungen von Ingenieurholzkonstruktionen im Industriebau zur Senkung des spezifischen Holzeinsatzes" mit folgenden Schwerpunkten:

- Neue Erkenntnisse aus Forschung und Entwicklung im Ingenieurholzbau
- Probleme der Projektierung und Errichtung von Holzbauten
- Entwicklungsstand und Weiterentwicklung der Holzbauvorschriften
- Ergebnisse der Grundlagenforschung zur Weiterentwicklung der Holzbauvorschriften
- Probleme der Rekonstruktion von vorhandenen Holzkonstruktionen.

Interessenten wenden sich an: Kammer der Technik, Fachverband Bauwesen, 1086 Berlin, Clara-Zetkin-Str. 115/117, Tel.: 2202531/313



Das Dünnebierhaus, eines der wertvollsten profanen Baudenkmale der Stadt Zwickau, wurde rekonstruiert und dient jetzt als Standesamt.
Architekten: D. Winkelmann und U. Daßler

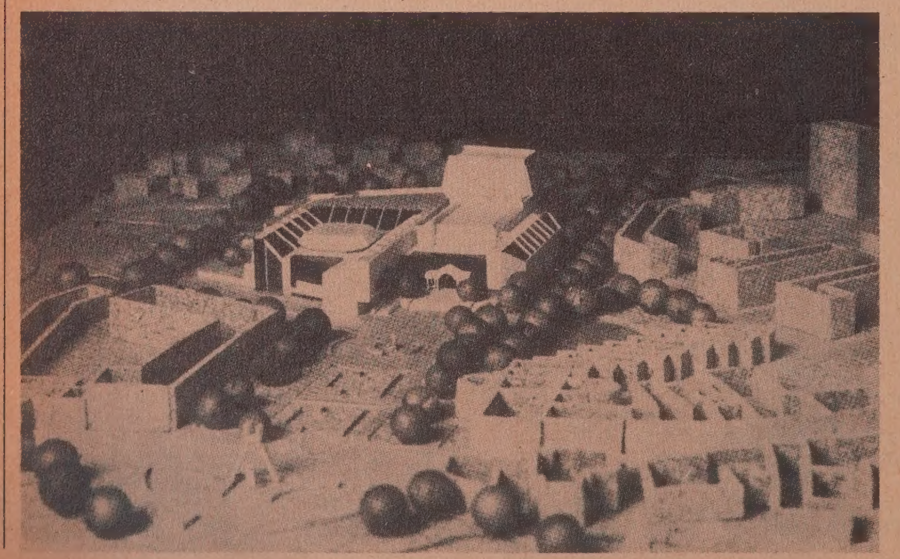
Zur Entwicklung von Warschau

Entsprechend einem langfristigen Entwicklungsplan wird das Warschauer Ballungsgebiet bis 1990 2,6 Mill. und im Jahre 2000 3,0 Mill. Einwohner haben. Ein Grundsatz der Stadtplanung ist die städtebauliche Rekonstruktion von Warschau selbst, um gute Bedingungen für die Weiterentwicklung seiner hauptstädtischen Funktion zu schaffen und die Lebensbedingungen der Bewohner zu verbessern.
Als neues Siedlungsgebiet wurde das rechte Wislaufer in nördlicher Richtung bis nach Modlin vorgesehen, dessen Hauptfunktion darin besteht, die vorhandene Altstadt zu entlasten. Der Eigenheimbau soll verstärkt werden, sein Anteil am Wohungsneubau soll auf 25 % ansteigen. Weiterhin ist eine Vielzahl von Bauten der Volksbildung und Kultur, der gesundheitlichen Betreuung, des Handels und Gaststättenwesens sowie für Sport und Erholung geplant, um einerseits die Bedürfnisse der Bevölkerung noch besser zu befriedigen und andererseits bestehende Disproportionen in der Standortverteilung zu beseitigen.
Das zu erweiternde U-Bahn-Netz wird die Personenbeförderung in der Innenstadt, die S-Bahn den Verkehr zu den Vorstadtzonen, die Straßenbahn den Personenverkehr in den Wohngebieten und der Busverkehr ergänzende Funktionen übernehmen.

Berichtigung

Bei der in unserem Heft 2/1986 erschienenen Notiz über Wärmerückgewinnung ist bedauerlicherweise ein Satzfehler enthalten. Die Wärmerückgewinnung erfolgt aus **30 000 Litern** Abwasser.

Modell des neuen Theaters in Banská Bystrica (CSSR). Architekten: S. Mečiar und D. Prekop



60 Städte in 60 Monaten

Auf der Landkarte der Sowjetunion wird bald ein neuer Punkt verzeichnet sein: Bei Kostroma, am malerischen Ufer des Flusses gleichen Namens, haben die Bauschaffenden des Ministeriums für Energiewirtschaft und Elektrifizierung der UdSSR mit der Errichtung einer neuen Stadt begonnen. Hier sollen die Werktätigen des Kernkraftwerkes Kostroma wohnen.

Das genannte Vorhaben ist natürlich nur ein winziger Teil jenes großartigen Bauprogramms, das die Sowjetunion im zwölften Planjahrfünft erfüllen will.

Im Entwurf der Hauptrichtungen heißt es, daß zwischen 1986 und 1990 Wohnhäuser mit einer Gesamtfläche von 565 bis 570 Millionen Quadratmetern geplant sind. Das bedeutet, daß

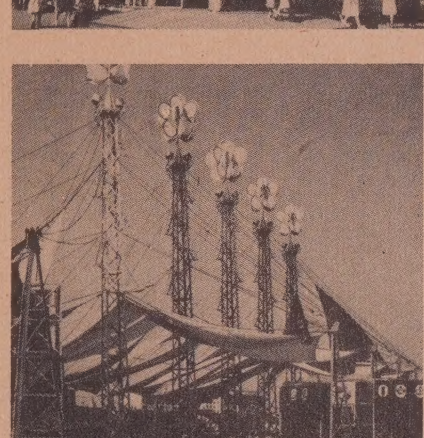
- jährlich zwei Millionen Wohnungen übergeben werden sollen (Das entspricht annähernd der in den Ländern Westeuropas insgesamt gebauten Anzahl.)
- alle zwei Monate zum Wohnraumfonds so viele neue Wohnungen hinzukommen, um den Bedarf einer Millionenstadt decken zu können
- täglich fast 5500 neue Wohnungen übergeben werden.

Im zwölften Planjahrfünft werden auf der Karte der Sowjetunion mehr als sechzig neue Städte erscheinen.

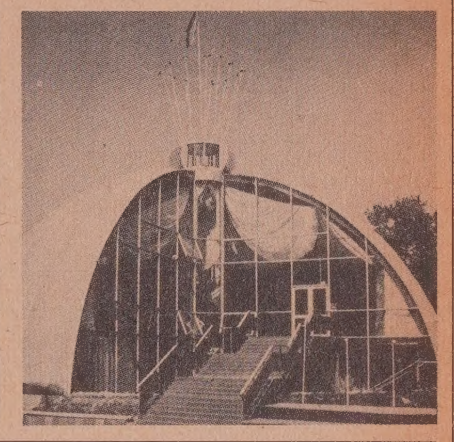
Denkmalpflege in Nowgorod

Am Ufer des Wolchowflusses ersteht nach dem Willen der Stadtväter von Nowgorod der Kaufhof wieder in alter Schönheit. Die sechs Meter hohe, teils erhaltene Arkade soll sich nach grundlegender Restaurierung wieder im Fluß spiegeln. Hier, wo seit dem Ende des 13. Jahrhunderts Kaufleute aus nah und fern ihre Waren feilboten, werden Ausstellungssäle, Künstlerateliers und Souvenirgeschäfte eine Heimstatt haben. Ein entsprechendes Projekt, das Nowgoroder und Leningrader Architekten an Hand von alten Plänen und Zeichnungen erarbeiteten, wurde jetzt bestätigt.





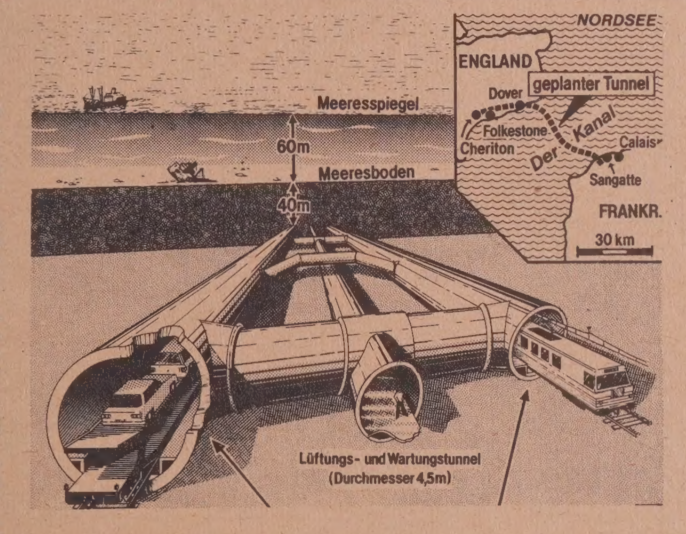




Pavillons, die anläßlich der XII. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Moskau errichtet wurden.
Von oben nach unten:
Pavillons der RSFSR, der Ukrainischen SSR, der Aserbaidshanischen SSR und der Kasachischen SSR

Tunnel unter dem Ärmelkanal

Bis Mitte der 90er Jahre soll England durch einen doppelten Eisenbahntunnel unter dem Ärmelkanal mit dem europäischen Festland verbunden werden. Anfang des Jahres haben sich auf das 10 Mrd. DM teure Projekt der französische Ministerpräsident und die britische Premierministerin geeinigt. In dem 50 km langen und bis zu 100 m unter dem Wasserspiegel liegenden Doppeltunnel sollen Passagier- und Güterzüge sowie Pendelzüge für Pkw, Busse und Lkw verkehren. Die Tunnelausgänge liegen bei Calais und Folkestone. Für das Jahr 1995 rechnet man bereits mit 25 Mill. Reisenden, die jährlich den Tunnel durchfahren. Der Autotransporttunnel soll etwas später in Betrieb genommen werden. In jeder Richtung soll alle 5 Minuten ein Zug fahren und für die Strecke nur 30 Minuten benötigen. (Bild rechts)



Brücke über die Meerenge von Messina: Jahrelang waren drei Varianten für die Überquerung der Meerenge im Gespräch: eine Brücke, ein Tunnel und ein schlauchförmig schwimmender Tunnel unter Wasser. Die beiden letztgenannten Möglichkeiten scheiden aus: Die zu große Tiefe des Tunnels ist ein Hindernis für die Eisenbahn, und besonders der schwimmende Tunnel wäre durch Erdbeben äußerst gefährdet. Die vielleicht einzige Möglichkeit ist eine 3,3 km lange Hängebrücke ohne Pfeiler, 30 m breit und 80 m über dem Meeresspiegel verlaufend. 1988 soll mit dem Brückenschlag begonnen werden (?), die Superbrücke dürfte aber an die 18 Mrd. DM verschlingen.

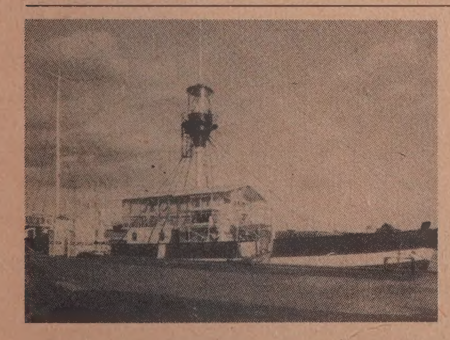
Wärmepumpe für 14-Familien-Haus

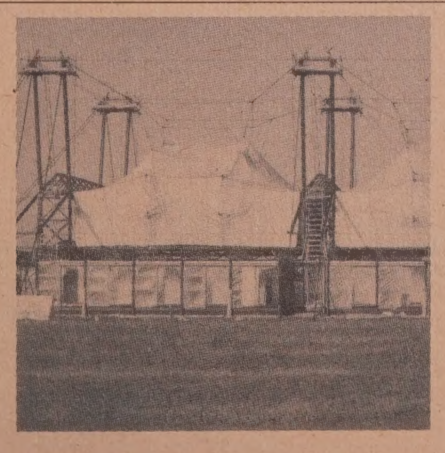
In Münchenstein (Schweiz) wurde bei der Modernisierung eines 14-Familien-Hauses die alte Ölheizung durch eine umweltfreundlichere Wärmepumpe ersetzt. Außerdem wurde die Wärmedämmung des Hauses wesentlich verbessert. Der Stromverbrauch für den Antrieb der Wärmepumpe – rund 26000 kWh je Heizperiode – entspricht etwa der gleichen Energiemenge, die vorher bei der Ölfeuerung ungenutzt durch „den Kamin ging".

Sechs 75 m lange Erdsonden liefern der Anlage die Ausgangswärme. Die Leistung der „Erdwärmequelle" beträgt etwa 25 kW, die Heizleistung des Systems 39 kW. Die Heizkosten betragen jetzt nur 46 % der bisherigen Heizkosten. Die neue Anlage kostet aber das Doppelte gegenüber der vorherigen konventionellen Lösung.

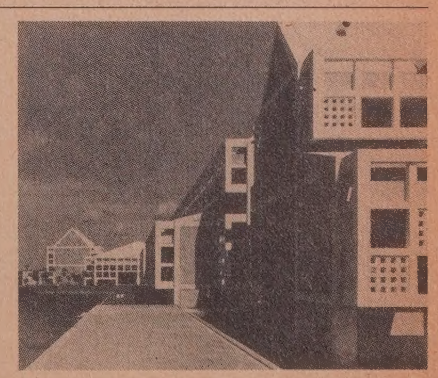
Gegen das höchste Gebäude der Welt

Nach dem Willen der New-Yorker Bürger soll das höchste Gebäude der Welt, ein 636 Meter hoher Wolkenkratzer mit 150 Geschossen am Hudsonfluß in Manhattan, nicht errichtet werden. Im Gebäude sollten 7900 Appartements für etwa 20000 Einwohner sowie Büro- und Geschäftsräume für weitere 40000 Beschäftigte entstehen. Die Gegner des Projektes führen an, es sei überflüssig, menschenfeindlich und werde nur neue Probleme schaffen: Die das Stadtbild von New York beherrschenden beiden Türme des World Trade Center und des Empire Staate Building reichten völlig aus. Mehrere Bürgerinitiativen laufen gegenwärtig Sturm gegen die Pläne für das „Monstergebäude", die allerdings von städtischen Behörden noch nicht genehmigt worden sind. Die ohnehin schon miserablen Verkehrsbedingungen würden sich nach dem Bau noch weiter verschlechtern. Das habe mit Städteplanung nichts mehr zu tun, das sei nichts weiter als eine egozentrische Selbstverwirklichung eines Baulöwen, äußerte eine Sprecherin.





Oben: Feuerschiff bei Nyhavn in Kopenhagen, das zu einem Restaurant für 60 Personen umgebaut wurde
Rechts: Kein Wanderzirkus – Forschungsgebäude in Cambridge. Architekt: M. Hopkins



Oben: Japanisches Forschungszentrum der Thammasat Universität in Thailand. Architektenbüro: K. Kurokawa

Architekten auf dem KSZE-Kulturforum in Budapest

Prof. Hans Gericke

Der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und der Schlußakte von 1975 waren Konferenzen in Belgrad und Madrid gefolgt. Auf der Nachfolgekonferenz in Madrid 1984 wurde unter anderem beschlossen, 1985 in Budapest ein Kulturforum der KSZE-Mitgliedsstaaten durchzuführen. Es fand bekanntlich Ende 1985 im neuen Kongreßzentrum der ungarischen Hauptstadt statt, in Anwesenheit und getragen von über 800 Diplomaten, Kulturpolitikern und Experten aller Kulturbereiche aus 33 europäischen Staaten sowie den USA und Kanada.
In seiner Ansprache anläßlich der Eröffnung des Kulturforums erklärte der Minister für Kultur der DDR, Hans-Joachim Hoffmann, u. a., daß das künstlerische und kulturelle Schaffen, der Austausch und die Zusammenarbeit in der Kultur dazu beitragen könnten, ein Klima des Vertrauens, der Verständigung und der guten Nachbarschaft entstehen zu lassen und damit eine Verminderung der Kriegsgefahren und die Erhaltung des Friedens zu fördern.
Der Vertreter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Peter Lorf, begründete den Vorschlag der DDR für wirksame Garantien zur Gewährleistung der kulturellen Menschenrechte durch konkrete Maßnahmen zur Demokratisierung der Kultur. Ziel sei es, wie es in der Schlußakte von 1975 heißt, „den Zugang aller zu den jeweiligen kulturellen Leistungen zu fördern", da die Lebensqualität der Menschen in hohem Maße davon bestimmt ist, wie sie am kulturellen Leben teilhaben können.
Die Teilnehmer der Konferenz machten in den Plenartagungen und in den subsidiären Arbeitsgruppen deutlich, daß ungeachtet unterschiedlicher weltanschaulicher und politischer Positionen ein schöpferischer und konstruktiver Dialog mit den spezifischen Mitteln der Kunst und Kultur zur Völkerverständigung und gegenseitigen Achtung beitragen können. In der Arbeitsgruppe „Architektur, Denkmalpflege und Formgestaltung" war die DDR vertreten durch Prof. Dipl.-Ing. Hans Gericke, Vizepräsident des BdA/DDR, durch Prof. Dr. Ludwig Deiters, Generalkonservator der DDR und Direktor des Institutes für Denkmalpflege, durch Prof. Jochen Ziska, Formgestalter und Mitglied des Präsidiums des VBK-DDR, und durch den Koordinator der Arbeitsgruppe, Dr. Helmut Netzger, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Nach den Verfahrensregeln des Forums gaben die Delegierten zur Vorbereitung der fünftägigen Diskussion Berichte aus ihrem Arbeitsbereich und Standpunkte zum Thema „Kreativität, Verbreitung und Zusammenarbeit" ab. Zugleich wurden mehrere Vorschläge zur Aktivierung der internationalen Zusammenarbeit unterbreitet.
Es lag im Wesen des Kulturforums, daß sich die anwesenden Architekten bei der Darlegung ihrer Schaffensprobleme, ihrer Standpunkte und Erfolge vor allem auf sozial-kulturelle Ziele im Städtebau und auf Fragen der baukünstlerischen Gestaltung einer humanen Lebensumwelt konzentrierten. Das heißt, im Mittelpunkt der Diskussion standen soziale Bedingungen für eine zeitgemäße Architektur und Probleme des schöpferischen Architekturschaffens. Nach Perioden – so der Tenor vieler Beiträge –, in denen notwendigerweise vor allem im Wohnungsbau die Bewältigung einer industriellen Massenproduktion das Primat hatte, sei es an der Zeit, der architektonischen Formgebung, dem städtischen Raum, der sozial-kulturellen Aufgabe des Städtebaus, der Architektur als Baukunst, als Kunstdisziplin wieder stärkere Aufmerksamkeit zu widmen. Das läge im Interesse der Bürger, die überall einen Anspruch darauf haben, in einer ästhetisch harmonisch gestalteten Umwelt zu leben.
Diese sich wie ein roter Faden durch die Berichte und Diskussionen ziehende Erkenntnisse gaben auch den Impuls für einige Vorschläge. Darunter eine von Architekten aus 12 Ländern unterzeichnete Empfehlung an alle Mitgliedsstaaten und Vorschläge der Sowjetunion, der ČSSR, Schwedens, der BRD und der DDR, die die Durchführung internationaler Symposien, u. a. zum Zusammenwirken von Architektur und baubezogener bildender Kunst empfohlen hat. Es war auch nicht überraschend, daß die Aufgaben der Denkmalpflege im Prozeß der Rekonstruktion der alten Städte zur Wahrung des historischen Erbes und der Identität der Städte einen – im Unterschied zu Fragen der Formgestaltung – bemerkenswert breiten Raum einnahmen.
Diese bislang einmalige internationale Konferenz auf dem Gebiet der Kunst und Kultur galt nicht allein den Experten zum Austausch von Erfahrungen in den verschiedenen Berufsgruppen. Aus dem Prozeß der gegenseitigen Information sollten Vorurteile und Vorbehalte abgebaut werden, sollten Vorschläge erwachsen, die eine internationale Zusammenarbeit fördern, die in ihrem Empfehlungscharakter an die Regierungen der Mitgliedsländer gerichtet wurden. Dabei nimmt es nicht wunder, daß sich auch Vertreter kapitalistischer Staaten dafür aussprachen, auf dem Wege der Abrüstung mehr Mittel für die Kultur zu erschließen. Der BdA/DDR begrüßt die von der Arbeitsgruppe eingebrachten Vorschläge und erklärte sich bereit, bei deren Realisierung tatkräftig mitzuwirken.

Auszüge aus dem Diskussionsbeitrag des Vertreters des BdA/DDR, Prof. Hans Gericke, auf dem Kulturforum

... Schon in den ersten Leitlinien für unsere Arbeit vom Juli 1950 hieß es: „Die Stadt ist die kulturreichste Siedlungsform für das Gemeinschaftsleben der Menschen". Darunter war die Einheit von materieller und geistiger Kultur zu verstehen, die Kultur des Zusammenlebens der Menschen, wie die Kultur einer jeweils zeitgemäßen Baukunst, einer visuellen Kultur.
Natürlich haben vorrangig die sozialen Veränderungen, dazu die gewaltige Entwicklung technisch-technologischer Prozesse im Bauwesen, Probleme hervorgerufen, die zu oft heftigen Diskussionen über die Fragen einer zeitgemäßen Architektur führten, vor allem über die baukünstlerische Bewältigung des industriellen Bauens.
Sicher lassen die heutigen Erkenntnisse und auch die anerkannten Leistungen die vielfältigen Probleme verblassen, mit denen wir zwei Jahrzehnte fast unablässig konfrontiert wurden. Es ist aber nicht zu leugnen, daß unsere Träume, unsere hochgesteckten Ziele durch unermüdliche schöpferische Arbeit, durch Meinungsstreit und kooperative Zusammenarbeit aller Kräfte – von der Planung bis zur Bauausführung – Wirklichkeit werden konnten ...
Im Bund der Architekten pflegen wir seit dessen Gründung 1952 umfangreiche internationale Kontakte, die dazu beitragen, sich mit den kulturellen Leistungen anderer Völker bekannt zu machen sowie deren altes und neues Ideengut im Städtebau und in der Architektur in die eigene schöpferische Arbeit einfließen zu lassen ...
In der Praxis sind wir davon ausgegangen, daß nur durch eine langfristige Stadtplanung eine progressive strukturelle und raumgestaltende Entwicklung unserer Städte und Siedlungen möglich sein wird. Eine Planung, die sich stützen konnte auf eine kontinuierliche und berechenbare Wirtschafts- und Baupolitik des Staates in ihrer Einheit mit der Sozialpolitik. So gelang es uns, die zum Teil erheblichen sozial-kulturellen Disproportionen vieler alter Städte zu beseitigen. Die überkommene Unterteilung in „Stadtgebiete der Reichen" und „Stadtgebiete der Armen" konnte durch eine komplexe Stadterneuerung liquidiert werden, während viele Metropolen in der Welt nicht davon zu träumen wagen, die deprimierenden Slums zu beseitigen ...
Vor 12 Jahren haben wir uns das Ziel gestellt, die Wohnungsfrage als soziales Problem bis 1990 zu lösen. Diese soziale Aufgabe löste auch eine neue kulturelle Dimension aus. Wohnungsbau ist Städtebau – natürlich mit allen Konsequenzen wie Verkehr, Infrastruktur, Wärmeversorung u. a. Die Hälfte der rund 16 Millionen Bürger der DDR wird 1990 in Wohnungen leben, die in den vergangenen 20 Jahren errichtet oder rekonstruiert wurden. Den jetzt vorhandenen Bestand von 400 Wohnungen je 1 000 Einwohner mit durchschnittlich 26 m^2 Wohnfläche pro Kopf zu erreichen, das verlangte hohen Kraftaufwand. Parallel zu den gegenwärtig zum Teil erheblichen Ausweitungen vieler Städte vollzog und vollzieht sich im Innern ein oft tiefgreifender Umgestaltungsprozeß. Mit breiter Anteilnahme der Bevölkerung sind historische Straßen und Plätze als Fußgängerbereiche auch zu geistig-kulturellen Zentren geworden, zu Bereichen der Kommunikation und einer sinnvollen Freizeitgestaltung ...
So wenig wie es in unsere kulturpolitische Konzeption passen würde, wenn wir dem baulichen Erbe keine Aufmerksamkeit schenken würden, so wenig konnte uns der anfängliche Unmut über Monotonie oder die Langeweile in manchem Siedlungsgebiet aus der „Retorte" mit industriell produzierten Wohnbauten gleichgültig sein ...
Bei diesen umfangreichen Aufgaben der Neugestaltung der Zentren, beim Bau neuer Wohngebiete am Stadtrand und bei der Rekonstruktion der Altbauwohngebiete führte uns die Zusammenarbeit mit den bildenden Künstlern – durch die Einordnung frei stehender Bildwerke sowie durch eine vielfältige baugebundene Kunst – zu einer neuen Synthese von Architektur und bildender Kunst. Diese oft stadtspezifische Gestaltung der Umwelt trägt entscheidend zur Identifikation mit der Stadt und zur Herausbildung neuer ästhetischer Normen bei.
Ich möchte den Vorschlag eines bildenden Künstlers aus der DDR wiederholen, den auch unser Kollege aus der ČSSR gemacht hat: ein internationales Symposium und Einzelgespräche über die Synthese von Architektur und bildender Kunst zu arrangieren. Ich meine, die Einbeziehung von Kunstwerken in Neubaugebiete und bei der Rekonstruktion der alten Städte. Es ist auch gesagt worden, daß wir der Jugend eine Chance geben müssen. Denn die Zukunft hat schon begonnen. Dem stimme ich voll zu und begrüße die vom Kollegen Georgi Stoilov, dem Präsidenten der UIA, ausgelöste Initiative, in Bulgarien alle zwei Jahre eine Architektur-Biennale durchzuführen.
Dieser Austausch von Gedanken und Ideen in einem weltoffenen Wettbewerb ist speziell für junge Architekten ein hoher Anreiz. Wir unterstützen diesen Austausch tatkräftig ...
In friedlicher Koexistenz in einen für alle Seiten förderlichen Erfahrungsaustausch zu treten, heißt zugleich, der Entspannung zu dienen und zur Stärkung des Friedens einen wertvollen Beitrag zu leisten, der allein unser aller Arbeit sinnvoller werden läßt.

Vorschlag des subsidiären Arbeitsorgans für bildende und angewandte Kunst

Ausgehend von der Tatsache, daß Architektur für die Gestaltung der Umwelt und folglich für die allgemeine Entwicklung von Individuum und Gesellschaft von entscheidender Bedeutung ist, in Erwägung dessen, daß internationale Zusammenarbeit das beste Mittel zur beschleunigten Entwicklung von Architektur ist, empfehlen die Teilnehmer des Forums den Regierungen:
1. Architektur als Kunst, als Bestandteil der Kultur zu behandeln; Architekten günstige Bedingungen für eine ständige Tätigkeit, insbesondere zu Fragen der städtischen Entwicklung zu schaffen.
2. Die Architekturausbildung zu verbessern und die postgraduale Ausbildung junger Architekten zu fördern; die Santo-Chirico-Hochschule der Internationalen Vereinigung der Architekten zu unterstützen.
3. Internationale Konferenzen, die Internationale Biennale „Interarch" sowie andere Ausstellungen und Seminare auf dem Gebiet der Architektur zu fördern; die Entwicklung internationaler Wettbewerbe auf dem Gebiet der Architektur zu stimulieren.
4. Die nationalen Sektionen der Internationalen Vereinigung der Architekten mit dem Ziel zu unterstützen, daß sie eine aktive Rolle in der internationalen Zusammenarbeit zwischen Architekten spielen.
5. Gewährung von Unterstützung bei der Entwicklung unserer Kultur, so im Zusammenhang mit internationalen Ausstellungen, welche zur Architektur kostensparender Wohnbauten (Brighton, 1987) sowie zur Architektur des zwanzigsten Jahrhunderts (1990) veranstaltet werden.
6. Alle erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit die neue Architektur einen gehobenen menschlichen und ästhetischen Charakter annimmt, um die Menschheit der Gegenwart und Zukunft zu bereichern und zu verbessern.
Dieser Vorschlag wurde von den Architekten unter den Teilnehmern des subsidiären Arbeitsorgans I unterzeichnet:
Georgi Stoilov, Bulgarien, Präsident der Internationalen Vereinigung der Architekten (UIA)
Friedrich Achleitner, Österreich
Thijs Asselbergs, Niederlande
Peter Blake, Vereinigte Staaten von Amerika
Béla Borvendeg, Ungarn
Mario Botta, Schweiz
Georges Candilis, Griechenland
Bernhard Fonquernie, Frankreich
Hans Gericke, Deutsche Demokratische Republik
Yuri P. Gnedovsky, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Wilhelm Kücker, Bundesrepublik Deutschland
Joran Lindwall, Schweden

Vorschlag der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik

Die Teilnehmerstaaten, überzeugt, daß die kulturelle Zusammenarbeit einschließlich des Austausches von Informationen zwischen den Teilnehmerstaaten zu einem besseren Verständnis und einer höheren gegenseitigen Wertschätzung ihrer Kulturen beiträgt, empfehlen, ein Symposium zur architekturbezogenen Kunst im Zusammenhang mit dem Neubau und der Rekonstruktion innerstädtischer Altbausubstanz durchzuführen.

Vorschlag der Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Die Teilnehmer des Kulturforums, im Bewußtsein der Bedeutung einer Erörterung der schöpferischen Probleme der Architektur, der angewandten Kunst und des Designs, ... die große Bedeutung der in Sofia veranstalteten Internationalen Biennalen konstatierend, empfehlen, eine der nächsten Biennalen dem Thema „Konzeption der Umwelt des 21. Jahrhunderts – Suche nach Wegen der Humanisierung" zu widmen.

Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Wohngebieten im Zeitraum 1986 bis 1990

Prof. Dr. sc. techn. Werner Rietdorf
Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau und Architektur

Mit Wirkung vom 1. 1. 1986 ist in der DDR die neue „Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Wohngebieten im Zeitraum 1986 bis 1990" verbindlich (GBl. I. Nr. 35 vom 30. 12. 1985). Zusammen mit weiteren neuen gesetzlichen Grundlagen wie

- dem Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 4. Juli 1985 (GBl. I. Nr. 18 vom 11. 7. 1985)
- der Verordnung über die Vorbereitung von Investitionen vom 23. Mai 1985 (GBl. I, Nr. 17 vom 5. 7. 1985)
- der Ersten Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Vorbereitung von Investitionen vom 10. Dezember 1985 (GBl. I. Nr. 35 vom 30. 12. 1985)
- der Anordnung über die stadttechnischen Anlagen und Versorgungsnetze für den komplexen Wohnungsbau vom 10. Dezember 1985 (GBl. I, Nr. 35 vom 30. 12. 1985)

ist sie eingeordnet in ein „Paket" in sich abgestimmter und aufeinander bezogener Grundlagen für die städtebauliche Planung von Wohngebieten für den vor uns liegenden Zeitraum der weiteren Durchführung des Wohnungsbauprogramms der DDR zur Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem bis zum Jahre 1990.
Bereits seit Mitte der 70er Jahre hat sich die Arbeit mit verbindlichen Richtlinien für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Wohngebieten in breitem Maße bewährt. Die für die Planungszeiträume 1976 bis 1980 bzw. 1981 bis 1985 herausgegebenen Komplexrichtlinien wurden zu unentbehrlichen Grundlagen für die Tätigkeit der örtlichen Räte und ihrer Organe bei der Planung und Vorbereitung von Maßnahmen des komplexen Wohnungsbaus ebenso wie für die Begutachtung und Bestätigung von Bebauungskonzeptionen. Insbesondere hat die für den Zeitraum 1981 bis 1985 gültige Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Neubauwohngebieten wesentlich zur Verbesserung der funktionellen und städtebaulich-architektonischen Qualität der in diesem Zeitraum vorbereiteten Wohnungsbauvorhaben beigetragen und in erheblichem Maße die erreichte Senkung der Aufwendungen des komplexen Wohnungsbaus um mehr als 15 Prozent mitbewirkt.
Entsprechend der vom Ministerium für Bauwesen im April 1984 bestätigten Aufgabenstellung galt es, von den bisherigen guten Erfahrungen ausgehend, für den Fünfjahrplanzeitraum 1986 bis 1990 eine analoge komplexe grundsätzliche Planungsrichtlinie zu erarbeiten, die von der Zielstellung der Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem bis 1990 ausgeht und den veränderten Bauaufgaben in den 80er Jahren im Zusammenhang mit dem verstärkten Übergang zur intensiven Stadtentwicklung Rechnung trägt. Günstige Voraussetzungen für die Erarbeitung des Entwurfs der Richtlinie waren mit den 1982 von der Partei- und Staatsführung beschlossenen „Grundsätzen für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR" sowie mit zahlreichen Forschungsergebnissen, die in den Jahren 1982 bis 1984 im Institut für Städtebau und Architektur gemeinsam mit dem Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau, dem Institut für Ingenieur- und Tiefbau und anderen Instituten erarbeitet wurden, gegeben. Es wurde die Aufgabe gestellt, den Entwurf der Richtlinie in hoher inhaltlicher Qualität termingerecht so fertigzustellen, daß eine Herausgabe des Materials als verbindliches Planungsinstrument zum 1. 1. 1986 ermöglicht wird. Diese Zielstellung konnte dank einer intensiven und kollektiven Arbeit, vor allem in engem Zusammenwirken mit dem Ministerium für Bauwesen, Abteilung Städtebau, den Fachplanträgerinstituten der Ministerien und zentralen Staatsorgane sowie den Büros für Städtebau in den Bezirken, erreicht werden.
Die neue „Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Wohngebieten im Zeitraum 1986 bis 1990" gilt für die Vorbereitung, Ausarbeitung, Begutachtung und Bestätigung von städtebaulichen Leitplanungen und Bebauungskonzeptionen für Wohngebiete, die im Zeitraum 1986 bis 1990 gemäß den Rechtsvorschriften erarbeitet werden. Als Wohngebiete im Sinne der Richtlinie gelten Teilgebiete in Städten und Gemeinden, die durch eine überwiegende Wohnfunktion einschließlich erforderlicher gesellschaftlicher Einrichtungen, Freiflächen und Verkehrsanlagen gekennzeichnet sind, und in denen Baumaßnahmen in Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms geplant, vorbereitet und durchgeführt werden. Das betrifft sowohl innerstädtische als auch nichtinnerstädtische Wohngebiete sowie Stadtzentren oder Teile davon und Mischgebiete.
Die jetzt vorliegende neue Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Wohngebieten im Zeitraum 1986 bis 1990 berücksichtigt konsequent die mit der 8. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrates der DDR gegebene Zielstellung für die nächste Etappe der Realisierung des Wohnungsbauprogramms der DDR. Zu den wesentlichsten neuen inhaltlichen Zügen der Richtlinie gehören die folgenden:

1. Grundsätzlich wird davon ausgegangen, daß sich die standörtliche Einheit der Reproduktionsformen Erhaltung, Modernisierung und Rekonstruktion und Neubau im Zeitraum 1986 bis 1990 weiter ausprägen wird. Die Richtlinie beschränkt sich daher nicht mehr wie bisher auf Neubauwohngebiete. Es werden statt dessen sowohl innerstädtische als auch nichtinnerstädtische Wohngebiete berücksichtigt.
2. In Übereinstimmung mit den qualitativ neuen Zügen, die die Realisierung des Wohnungsbauprogramms angenommen hat, geht die neue Komplexrichtlinie von einer

breiteren Differenzierung der Aufgaben und Lösungen bei der Planung und Gestaltung von Wohngebieten aus. Es wird den unterschiedlichen Bedingungen in der Hauptstadt der DDR, Berlin, in den Bezirks- und Großstädten und vor allem in den Mittel- und Kleinstädten und der in den Stadtgebieten unterschiedlichen Bausubstanz Rechnung getragen. Zu diesem Zweck wurden 14 verschiedene typische Planungsfälle herausgearbeitet und in die Richtlinie aufgenommen.

3. Ein spezieller Abschnitt enthält die generellen Zielsetzungen zur intensiven Nutzung der materiellen und finanziellen Fonds und des Baulandes.

Besondere Aufmerksamkeit finden dabei differenzierte Zielsetzungen zur Erhöhung der Effektivität der Flächennutzung und verbesserte Voraussetzungen für ihren Nachweis im Begutachtungsprozeß. In Übereinstimmung mit dem am 1. 1. 1985 in Kraft getretenen Baulandgesetz werden neben der Einwohner- und Wohndichte weitere Kriterien zur Erhöhung der Effektivität der Flächennutzung eingeführt, die insbesondere beim innerstädtischen Bauen Bedeutung erlangen, wie Bruttogeschoßflächendichte, Baumassendichte und Bebauungsverhältnis.

4. Ausgehend von den „Grundsätzen für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR" und in Übereinstimmung mit den diesbezüglichen Anforderungen des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen in der DDR werden die zunehmenden Ansprüche an die städtebaulich-architektonische Gestaltung der Wohngebiete herausgearbeitet. Damit soll gezielt dazu beigetragen werden, ein hohes Niveau von Städtebau und Architektur zur harmonischen Gestaltung der Städte und Gemeinden zu sichern.

5. Mit der neuen Komplexrichtlinie wird die „Vorläufige Rahmenrichtlinie für die Bewertung und Beurteilung städtebauhygienischer Parameter beim innerstädtischen Wohnungsbau" ersetzt. Damit werden stärker differenzierte Grundlagen und Richtwerte zur Berücksichtigung ökologischer und städtebauhygienischer Kriterien (Lärmschutz, Besonnung, Schutz vor Luftverunreinigungen) bei der städtebaulichen Planung und Gestaltung von Wohngebieten vorgegeben.

Die neue Komplexrichtlinie ist in folgende Abschnitte gegliedert:

1. Grundlegende gesellschaftliche Anforderungen
2. Intensive Nutzung der Fonds und Flächen
3. Gestaltung
4. Wohnungsbau
5. Einrichtungen für gesellschaftliche Zwecke
6. Arbeitsstätten
7. Freiräume und Anlagen für Spiel, Sport und Erholung
8. Verkehr
9. Stadttechnik
10. Stadtwirtschaft
11. Städtebauhygiene
12. Bautechnischer Brandschutz und Evakuierungswege
13. Grundsätzliche Anforderungen an den Planungsprozeß.

Die 14 typischen Planungsfälle, die der neuen Komplexrichtlinie zugrunde gelegt worden sind, wurden aus vorangegangenen Untersuchungen zu den Langfristigen Konzeptionen des Wohnungsbaus, der Kreise und Städte sowie aus wissenschaftlichen Arbeiten zur Generalbebauungsplanung abgeleitet. Die Planungsfälle sind wie folgt charakterisiert:

1. Erhaltung, Rekonstruktion und Ergänzung sowie gegebenenfalls Auflockerung von ein- und zweigeschossiger Bebauung mit Mischfunktionen in geschlossener Quartierform in den historischen Stadtkernen von Kleinstädten, vorwiegende Baujahresgruppe vor 1870
2. Erhaltung, Rekonstruktion und Ergänzung sowie gegebenenfalls Auflockerung von zwei- bis fünfgeschossiger Bebauung mit Mischfunktionen in geschlossener Quartierform in den historischen Stadtkernen von Mittel- und Großstädten, vorwiegende Baujahresgruppe vor 1870
3. Erhaltung, Rekonstruktion und Ergänzung sowie gegebenenfalls Auflockerung von drei- bis fünfgeschossiger Bebauung mit Mischfunktionen in weitgehend geschlossener Quartierform in innerstädtischen Bereichen von Mittel- und Großstädten, vorwiegende Baujahresgruppe 1870 bis 1918
4. Erhaltung, Rekonstruktion und Ergänzung sowie gegebenenfalls Auflockerung von vorwiegend fünfgeschossiger Bebauung mit Mischfunktionen in geschlossener Quartierform in den innerstädtischen Bereichen von Mittel- und Großstädten, vorwiegende Baujahresgruppe 1870 bis 1918
5. Erhaltung, Rekonstruktion und Ergänzung von zwei- bis fünfgeschossiger Einzelhausbebauung mit Mischfunktionen in offener Bebauung in Mittel- und Großstädten, vorwiegende Baujahresgruppe 1870 bis 1918
6. Erhaltung, Rekonstruktion und Ergänzung von drei- bis fünfgeschossiger Bebauung mit Sektionshäusern in innerstädtischen Bereichen oder Randlagen von Mittel- und Großstädten, vorwiegende Baujahresgruppe 1919 bis 1945
7. Erhaltung, Rekonstruktion und Ergänzung von ein- und zweigeschossiger Einfamilienhausbebauung in Stadtrand- und -erweiterungsgebieten, vorwiegende Baujahresgruppe 1919 bis 1945
8. Erhaltung und Ergänzung von drei- bis fünfgeschossiger Bebauung mit Mischfunktionen in teilweise geschlossener Quartierform vorwiegend in den innerstädtischen Bereichen bestehender oder neuer Städte, vorwiegende Baujahresgruppe 1946 bis 1955
9. Erhaltung und Ergänzung von vielgeschossiger Bebauung mit Mischfunktionen in innerstädtischen Bereichen von Großstädten, vorwiegende Baujahresgruppe 1946 bis 1955
10. Erhaltung und Ergänzung von vorwiegend drei- bis fünfgeschossiger Bebauung mit Sektionshäusern in offener Bebauung in Klein-, Mittel- und Großstädten, vorwiegende Baujahresgruppe 1956 bis 1965
11. Erhaltung und Ergänzung von vorwiegend mehrgeschossiger Bebauung mit Sektionshäusern in Neubauwohngebieten in Randlage von Klein-, Mittel- und Großstädten bzw. in neuen Städten, Baujahresgruppe ab etwa 1966
12. Erhaltung und Ergänzung von vorwiegend vielgeschossiger Bebauung mit Sektionshäusern in Neubauwohngebieten in Randlage einiger Großstädte, Baujahresgruppe ab etwa 1966
13. Neubebauung von bisher nicht oder nur zum Teil erschlossenen Standorten mit vorwiegend mehrgeschossiger Bebauung in Klein-, Mittel- und Großstädten, Planungszeitraum 1986 bis 1990
14. Erhaltung, Ergänzung und Neuplanung von Wohngebieten mit vorwiegend ein- und zweigeschossigen Einfamilienhäusern in Klein-, Mittel- und Großstädten, Baujahresgruppe ab etwa 1966.

Anwender der Komplexrichtlinie sind wiederum die örtlichen Räte und ihre Organe, insbesondere die Bauämter der Bezirke, Kreise und Städte, die Büros für Städtebau der Bezirke, die Büros der Stadtarchitekten, die Hauptauftraggeber komplexer Wohnungsbau, die Fachplanträgerbereiche, Versorgungsbetriebe, Baukombinate und Gutachterstellen und weitere staatliche Einrichtungen wie auch entsprechende wissenschaftliche Institutionen und Bildungseinrichtungen. Die Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Wohngebieten im Zeitraum 1986 bis 1990 richtet sich an einen breiten Nutzerkreis.

Abschließend sei an dieser Stelle, ausgehend von der Anordnung über die Komplexrichtlinie, noch einmal auf folgende grundsätzliche Anliegen dieser neuen Planungsgrundlage hingewiesen:

- Mit der Ausarbeitung von städtebaulichen Leitplanungen und Bebauungskonzeptionen auf der Grundlage der Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Wohngebieten im Zeitraum 1986 bis 1990 ist entscheidend dazu beizutragen, das Wohnungsbauprogramm in seiner Einheit von Neubau, Rekonstruktion, Modernisierung und Erhaltung mit dem günstigsten Verhältnis von Aufwand und Ergebnis zu realisieren. Auf diesem Wege sind, ausgehend von den „Grundsätzen für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR", die intensive Stadtentwicklung zu fördern, die Funktionsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Städte und Gemeinden zu verbessern und ihr städtebaulich-architektonisches Antlitz zu verschönern.
- Die Planungsgrundsätze und Kennziffern der Komplexrichtlinie sind im Rahmen der festgelegten Grenzwerte standortdifferenziert anzuwenden. Auftretende Abweichungen bedürfen des Nachweises und der Bestätigung im Prozeß der Begutachtung städtebaulicher Leitplanungen und Bebauungskonzeptionen.
- Entscheidungen der zuständigen Staatsorgane über den Zeitraum und den zeitlichen Ablauf der Baumaßnahmen sowie über den entsprechenden Einsatz von Investitionen und Kapazitäten werden durch die Komplexrichtlinie nicht berührt. Diese Entscheidungen sind von den zuständigen Staatsorganen im Rahmen der staatlichen Plankennziffern für die Fünfjahr- und Jahresvolkswirtschaftspläne sowie auf der Grundlage der für die Leitung, Planung, Vorbereitung und Durchführung von Investitionen und Baureparaturen geltenden Rechtsvorschriften und Aufwandsnormative zu treffen.

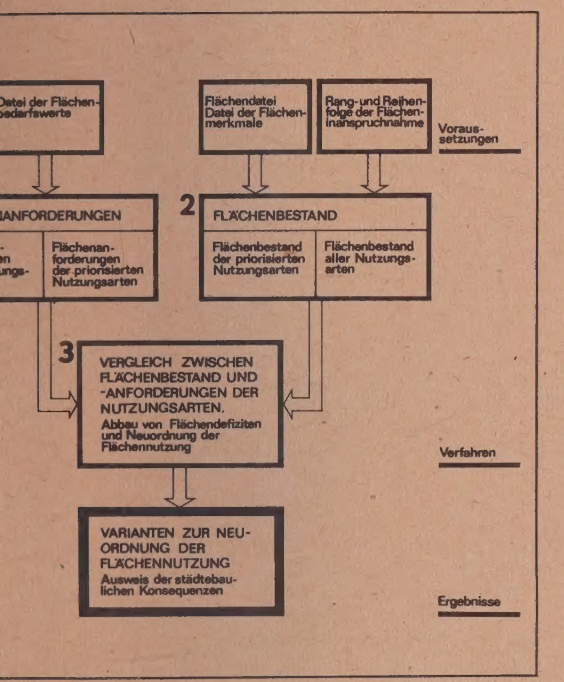
Wir gehen auch bei der Arbeit mit der neuen Komplexrichtlinie wieder davon aus, daß es notwendig ist, ein solches Grundsatzmaterial in der Praxis sehr verantwortungsvoll und schöpferisch anzuwenden. Die neue Richtlinie soll dazu beitragen, in allen Phasen der Planung und Projektierung der Wohngebiete ein sozialpolitisch engagiertes, volkswirtschaftliches Denken zu fördern, die interdisziplinäre Zusammenarbeit mit allen beteiligten Partnern noch stärker zu intensivieren und die Durchsetzung wissenschaftlich-technischer Höchstleistungen in ganzer Breite zu gewährleisten.

Die neue Komplexrichtlinie wird über die Bauinformation der DDR vertrieben und kann von dort von den anwendenden Institutionen bezogen werden.

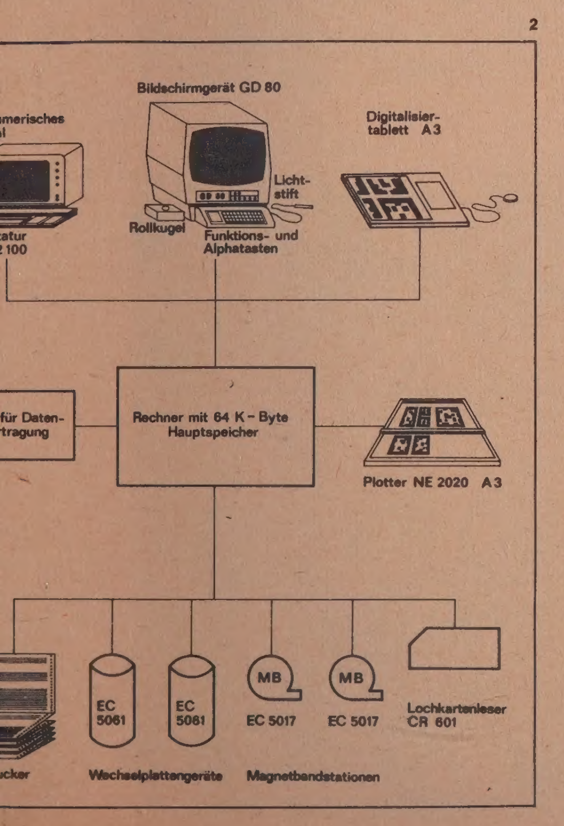
CAD – ein Werkzeug für die Flächennutzungsplanung städtischer Teilgebiete mit Einbeziehung der visuellen Luftbildinterpretation

Dr.-Ing. Peter Gerlach
Bauakademie der DDR, Berlin
Institut für Städtebau und Architektur

Dipl.-Math. Jürgen Ruthenbeck
VEB Leitzentrum für Anwendungsforschung Berlin
Betriebsteil Schwerin



1
Schema zur Verfahrensstruktur des städtebaulichen Flächenneuordnungsverfahrens FLÄCHE
2
Schema zur Konfiguration des CAD-Arbeitsplatzes



Im Rahmen der planmäßigen und umfassenden Intensivierung in der Volkswirtschaft kommt es in immer stärkerem Maße darauf an, eine bedeutende Steigerung der Effektivität und Qualtität im gesamten Reproduktionsprozeß zu erreichen. Die gezielte Einführung der rechnergestützten Arbeit ist eine wesentliche Voraussetzung für die umfassende Intensivierung in der Volkswirtschaft. Moderne Methoden der rechnergestützten Arbeit müssen deshalb beschleunigt auch in Städtebauforschung und -praxis entwickelt und erprobt werden.
Das nachstehend beschriebene städtebauliche Planungsverfahren zur Neuordnung der Flächennutzung wurde auf der Basis des interaktiven grafischen Bildschirmsystems GD 80 als Pilotprojekt erprobt. Damit werden die Möglichkeiten aufgezeigt, mittels rechnergestützter Dialogarbeitsplätze die Arbeit des Stadtplaners wesentlich zu rationalisieren und die Flächennutzungsplanung im Rahmen der städtebaulichen Leitplanung hocheffektiv zu gestalten.

Städtebauliches Planungsverfahren zur Neuordnung der Flächennutzung

Städtische Teilgebiete haben häufig Bebauungsstrukturen, deren Kennzeichen Baublöcke mit mehrgeschossigen Mehrfamilienhäusern hoher Wohndichte und funktioneller Unterlagerung und Mischung mit gesellschaftlichen Einrichtungen, Gewerbe, Lagerstätten und Betrieben sind. In der Regel genügen die verfügbaren unbebauten Flächen nicht den städtebaulichen Anforderungen. Das gilt für das Teilgebiet insgesamt wie auch für seine städtebaulichen Planungseinheiten (ausgegrenzte Bereiche, Quartiere/Baublöcke, Straßenzüge, Grundstücke). Vergleiche zwischen den Anforderungen der Flächennutzungsarten einer städtebaulichen Planungseinheit an den Bestand innerhalb der Flächenkategorien zeigen, daß der Flächenbedarf innerhalb dieser Kategorien nicht bzw. nur zum Teil gedeckt wird. Es entsteht das Problem der Neuordnung der Flächennutzung und – verbunden damit – das Problem der Flächenoptimierung mit dem Ziel, eine ausgeglichene Flächenbilanz zu erreichen.
Um dieses erstrangige Problem städtebaulicher Teilgebietsplanung zu lösen, wurde als Bestandteil des Programmsystems ORF (rechnergestütztes Verfahren zur Bestimmung optimaler Reproduktionsformen für die Wohnbausubstanz städtischer Gebiete /4/) das Verfahren FLÄCHE entwickelt /2/. Ziel dieses Verfahrens ist es, Varianten für die Neuordnung der Flächennutzung und damit den schrittweisen Abbau von Flächendefiziten im städtischen Teilgebiet zu erarbeiten.
Das Verfahren gliedert sich in die Hauptarbeitsschritte (Bild 1):

- Ermittlung der Flächenanforderungen entsprechend der Nutzungsarten
- Ermittlung des vorhandenen Flächenbestandes
- Ermittlung der Differenz zwischen Flächenanforderungen und Flächenbestand der Nutzungsarten, Ausweis von Flächenreserven bzw. -defiziten, Erarbeitung von Vorschlägen zum schrittweisen Abbau von Flächendefiziten mit dem Ziel, eine der jeweiligen städtebaulichen Planungsetappe angemessene Flächenbilanz zu erreichen.

Voraussetzungen für das Verfahren sind die Flächendatei, die Datei der Flächenbedarfswerte und die Festlegung der Rang- und Reihenfolge der Inanspruchnahme geeigneter Flächen zur Neuordnung der Flächennutzung. Die für die Anwendung des Verfahrens notwendigen Eingangsinformationen sind in vorhandenen Datenbasen (Datenspeicher Wohnungspolitik, Bauzustandserfassung) und in der in Entwicklung befindlichen Flächendatei enthalten. In der Flächendatei sind die Adressen aller Teilfächen der Planungseinheit (Wohnbezirksnummer, Straße, Haus-, Grundstücks- und Teilflächennummer), die Größen aller Teilflächen (z. B. absolut in m^2) sowie weitere grundstücks- und teilflächenbezogene und mittels visueller Luftbildinterpretation aktualisierte Flächenmerkmale gespeichert (z. B. bebaute/unbebaute Flächen, Flächennutzungsarten, ökologische Merkmale).
Die in der Datei der Flächenbedarfswerte enthaltenen Kenngrößen sind Grundlage für die Ermittlung der Flächenanforderungen der Nutzungsarten der Planungseinheit.
Die Auswahl der Kriterien für die Festlegung der Rang- und Reihenfolge der Inanspruchnahme aus dem Angebot verfügbarer Flächen und die Aufstellung einer Prioritätenliste der Flächeninanspruchnahme erfolgt durch den Stadtplaner unter Beachtung planerischer Vorgaben.
In den Vergleichen zwischen Flächenbestand und -anforderungen (Hauptarbeitsschritte des Verfahrens) werden durch die Gegenüberstellung von erforderlichen zu vorhandenen Flächen die Reserven bzw. Defizite in den Flächenkategorien ermittelt. Um Flächendefizite abbauen zu können, wird geprüft, wie weitere vorhandene Flächen schrittweise nach der vorgegebenen Prioritätenliste in Anspruch genommen werden können. Wird der Zuwachs zur vorhandenen Fläche der untersuchten Nutzungsart so groß, daß der Ausgleich zwischen erforderlicher und vorhandener Fläche erreicht wird, endet das Verfahren und stellt als Ergebnis die jeweilige Variante zur Neuordnung der Flächennutzung sowie Aussagen zur Intensität und Effektivität der Flächennutzung im Teilgebiet zur Diskussion. Die Vorschläge zur Neuordnung der Flächennutzung enthalten Aussagen zur Intensität und Effektivität der Flächennutzung im Teilgebiet, die der jeweiligen Planungsetappe und entsprechenden städtebaulichen Zielstellung entsprechen. Damit wird der für die städtebauliche Leitplanung erforderliche Variantenvergleich mit Ausweis wirtschaftlicher Vorzugslösungen und städtebaulicher Konsequenzen ermöglicht. Ausgangssituation und Ergebnisse des Verfahrens sind Bestandteil der städtebaulichen Leitplanung für Teilgebiete und dienen den örtlichen Organen als entscheidungsvorbereitende Grundlagen zur Festlegung von Maßnahmen.
Um die Vielzahl der Daten zu verarbeiten und um aus der Vielzahl der möglichen Varianten diejenigen zu finden, die Voraussetzungen für eine optimale Flächennutzung schaffen, bieten sich CAD-Arbeitsweise /2/ und Bürocomputerlösungen an /3/.

CAD-Arbeitsweise

CAD ist das zeitgemäße Entwurfs-, Darstellungs-, Informations-, Berechnungs- und Planungswerkzeug des Architekten, Ingenieurs, Konstrukteurs, Projektanten, Technologen und Zeichners.

3

CAD bedeutet
- Computer Aided Design, d. h. rechnerunterstütztes Entwerfen und Konstruieren
- Computer Aided Drafting, d. h. rechnerunterstützte Zeichnungsherstellung.

Damit wird auch eine Einteilung der CAD-Systeme in Leistungsklassen vorgenommen. Solche Leistungsklassen sind entweder nur Zeichnungsherstellung oder Konstruktion oder aber Konstruktion und Fertigungsplanung.
Als CAD-System wird die Einheit aus hard- (Rechner und periphere Geräte) und software (Programme) verstanden.
CAD im Rahmen der städtebaulichen Planung bedeutet, mittels rechnergestützter Dialogarbeitsplätze die Arbeit des Stadtplaners zu erleichtern. CAD-Systeme sind im allgemeinen nicht vollautomatisch. Durch den Wegfall von Routinearbeit in Planung und Entwurf entsteht eine hohe Verdichtung der Arbeit, vor allem im Bereich kreativer Leistung mit hohen Anforderungen an die Konzentration. Die hier aufgezeigte Arbeitsweise verlangt einen leichten Zugriff zur Rechentechnik, möglichst am Arbeitsplatz des Nutzers. Der in der Vergangenheit übliche Weg der EDVA-Nutzung durch Projekte der Stapelverarbeitung in Rechenzentren, d. h. Anlieferung der Eingabekarten, Abarbeitung des Projektes, Lieferung der Ergebnislisten, wird durch CAD weiterentwickelt.
Die Entwicklung leistungsstarker Mikroprozessoren und die damit verbundene Entwicklung von Mikrorechnern und intelligenter Rechner-Peripherie führte zu einer raschen Entwicklung von CAD-Systemen, wovon auch städtebauliche Planung und Architek-

3
CAD-Arbeitsplatz GD 80 mit interaktivem graphischem Bildschirm

4
Luftbild eines Planungsgebietes: Grundlage für rationelle Fortschreibung der Bestandsdaten, visuelle Luftbildinterpretation, Digitalisierung und Berechnung der Flächen

5
Arbeitsplatz. Im Vordergrund das Digitalisiertablett mit Menuekarte und Maus

6
Flächennutzungskarte des Planungsgebietes (Ausschnitt) auf dem graphischen Bildschirm

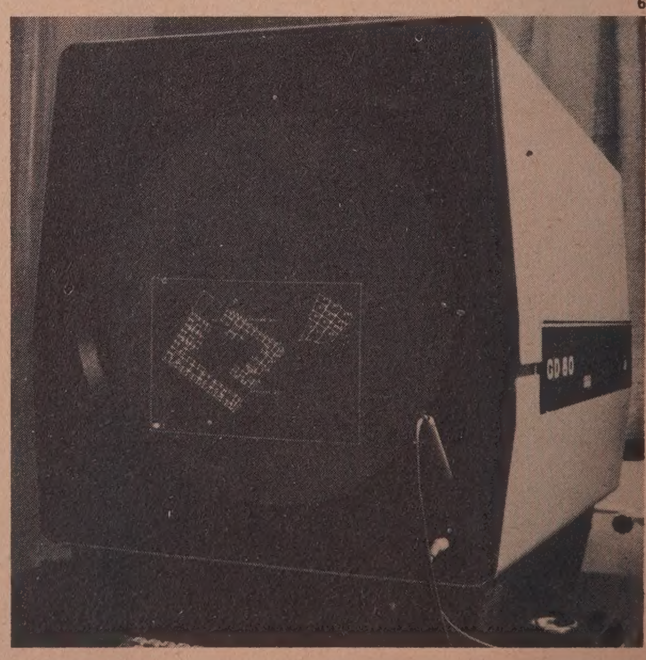
7
Erarbeitung einer Neuordnungsvariante zur Flächennutzung des Planungsgebietes im graphischen Dialog (mit Lichtstift)

8
Plotter mit Vierfarbzeichenkopf

5

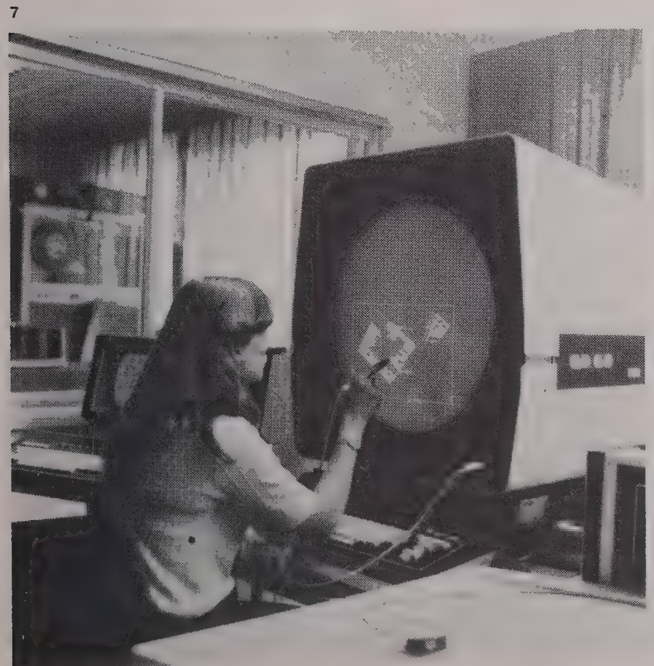


6

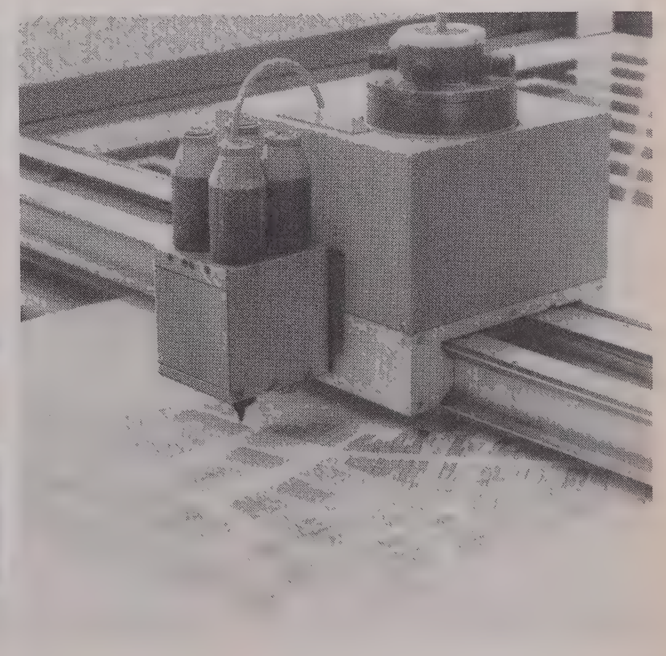


4

7

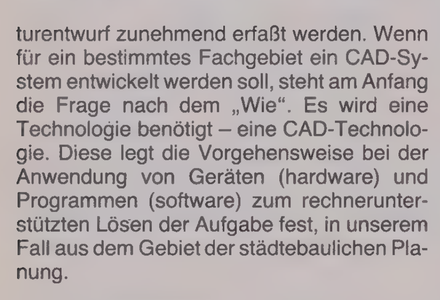


8



9
Manuell gezeichnete Luftbild-Interpretationskarte des Planungsgebietes mit Merkmalen der Flächen
10
Flächennutzungsplan des Planungsgebietes, automatisiert hergestellt und ausgegeben im Plotterverfahren (Digitalisierung: G. Locher, BfS Schwerin)
11
Prinzipdarstellung zum Ablauf der Erarbeitung von Karte und Planvarianten der Flächennutzung mittels CAD-Technologie
12
Datenaggregationen





9



10

turentwurf zunehmend erfaßt werden. Wenn für ein bestimmtes Fachgebiet ein CAD-System entwickelt werden soll, steht am Anfang die Frage nach dem „Wie". Es wird eine Technologie benötigt – eine CAD-Technologie. Diese legt die Vorgehensweise bei der Anwendung von Geräten (hardware) und Programmen (software) zum rechnerunterstützten Lösen der Aufgabe fest, in unserem Fall aus dem Gebiet der städtebaulichen Planung.

CAD – Arbeitsplätze

Für CAD-Systeme werden neben der herkömmlichen Rechnerperipherie noch spezielle Geräte, bedingt durch die zu lösenden Aufgaben (z. B. Grafik), benötigt.
Durch die Erweiterung des Rechners mit speziellen Zusatzgeräten werden vier Arten von Arbeitsplätzen definiert:

- der Bildschirmarbeitsplatz zur interaktiven Bearbeitung aller Aufgaben
- der Zeichenmaschinenarbeitsplatz, der der Ausgabe von Zeichnungen und Diagrammen dient
- der Digitalisierarbeitsplatz zur Eingabe grafischer Informationen
- der Programmier- und Organisationsarbeitsplatz, der der Erweiterung und Anpassung der Anwendersoftware dient.

Der Bildschirmarbeitsplatz ist meist mit Elektronenstrahlsichtgeräten (Vektorbildschirmgeräte, Rasterbildschirmgeräte) ausgerüstet. Zur besseren Dialogführung sind Bildschirmarbeitsplätze häufig mit alphanumerischem Display (Sichtgerät) ausgerüstet. Typische Eingabegeräte am Bildschirmarbeitsplatz sind

- Funktionstastatur
- alphanumerische Tastatur
- Lichtstift
- Rollkugel oder Steuerknüppel
- Valuator
- Digitalisiertablett.

Bildschirmarbeitsplätze werden in der Zukunft die Konstruktions- und Zeichentische ergänzen oder ersetzen.
Zeichenmaschinenarbeitsplätze haben Zeichenmaschinen (Plotter), die sich nach physikalischen Arbeitsprinzipien (elektrostatischen, elektromechanischen) und Bauart (Tisch, Trommel) unterscheiden.
Digitalisiergeräte sind das Kernstück des Digitalisierarbeitsplatzes. Sie dienen zur Eingabe vorhandener, in grafischer Form vorliegender Informationen in den Rechner. Es werden Punktkoordinaten erfaßt (Digitalisiervorgang). Man unterscheidet 2-D- und 3-D-Digitalisiergeräte, wobei mit 3-D-Geräten Modelle erfaßt werden. Eine Menuekarte, die ebenfalls auf dem Digitalisiertablett liegt, dient zusätzlich zum Abrufen häufig benutzter Symbole, z. B. eines Standardsymbols der Flächennutzung, einer Schraffur, eines Fensters, einer Tür. Durch einen Befehl können alle Eingaben mittels eines Plotters ein- oder mehrfarbig auf Papier oder Transparent ausgegeben werden.
Sollen Konstruktionszeichnungen oder Pläne hergestellt werden, wird über Bildschirm oder Digitalisiertablett eine Skizze eingegeben. Mittels Rechner läßt der Benutzer eine Vermaßung ausgeben, die zur Korrektur der Zeichnung am Bildschirm dient. Der außerordentlich hohe Rationalisierungseffekt besteht auch darin, daß die geänderte Skizze oder Zeichnung sofort wieder maßstäblich ausgegeben, variiert, geändert und wieder ausgegeben werden kann usw. Außerdem stehen die einmal erfaßten Daten für weitere Bearbeitungsschritte mit Hilfe des Rechners zur Verfügung (z. B. Simulation, Berechnungen).
Bei der Erarbeitung von Varianten, d. h. der Verwendung und Veränderung z. B. einer bereits planerisch bearbeiteten Umgestaltungslösung für ein Quartier einer Altstadt, sind keine neuen Zeichnungen notwendig. Die Lösung wird vom Rechner auf den Bildschirm gezeichnet. In diese werden mit den Eingabedaten die gewünschten Veränderungen eingetragen, und mittels Plotter ist es möglich, sofort einen Satz der geänderten Zeichnungen (Varianten der Umgestaltungslösung für das Quartier) ein- oder mehrfarbig auszugeben (Bilder 2 bis 8).

CAD – Technologie für das städtebauliche Planungsverfahren zur Neuordnung der Flächennutzung

- *CAD-Arbeitsplatz für das Flächenneuordnungsverfahren*

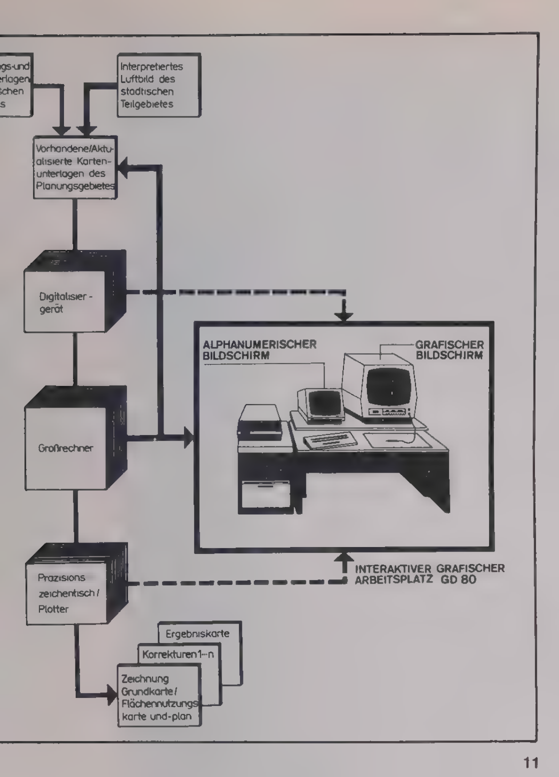
Die CAD-Technologie für das städtebauliche Flächenneuordnungsverfahren wurde vom Entwickler des Verfahrens in Zusammenarbeit mit dem Leitzentrum für Anwendungsforschung Schwerin auf der Basis des interaktiven grafischen Bildschirmsystems GD 80 aus der Ungarischen Volksrepublik als Pilotprojekt erprobt.

Das Ziel bestand darin, moderne Methoden der rechnergestützten Arbeit zu erproben sowie Möglichkeiten aufzuzeigen, die Arbeit des Stadtplaners wesentlich zu rationalisieren und die Flächennutzungsplanung im Rahmen der städtebaulichen Leitplanung hocheffektiv zu gestalten.
Die Konfiguration des Gerätesystems enthält unter anderem einen grafischen Vektorbildschirm, die Zentraleinheit mit 64-Kilobyte-Hauptspeicher[1]), ein alphanumerisches Bildschirmgerät, Digitalisiertablett und Paralleldrucker. Als Eingabegeräte sind Lichtstift, Rollkugel, Alpha-Tastatur, Valuator und 16 Funktionstasten vorhanden (Bilder 2 bis 8).

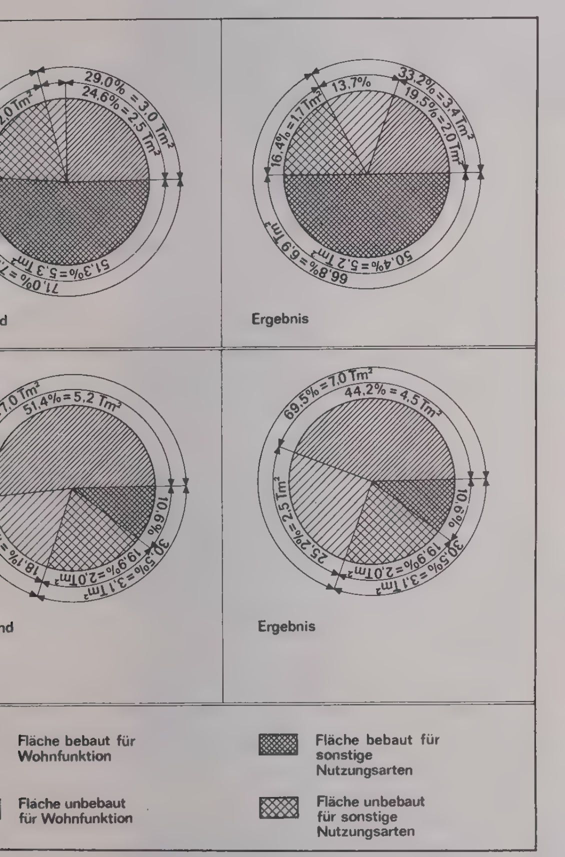
- *CAD-Technologie für das Flächenneuordnungsverfahren*

---

[1]) Byte – kleinste adressierbare Speichereinheit, enthält 8 bits für die Speicherung von Daten; 1 Kilobyte ist gleich 2^{10} Bytes



11



12

Wesentliche Bausteine der CAD-Lösung für das Flächenneuordnungsverfahren sind

– Aktualisierung städtebaulicher Bestandsdaten und Aktualisierung der Grundkarte der Planungseinheit mit Einbeziehung der visuellen Luftbildinterpretation
– Digitalisierung und Berechnung der Flächen der Planungseinheit auf Grundlage des Luftbildes
– Herstellung von Grund- und Flächennutzungskarte im interaktiven grafischen Dialog, automatisierte zeichnerische Ausgabe
– Erarbeitung von Neuordnungsvarianten zur Flächennutzung im interaktiven grafischen Dialog
– Automatisierte Zeichnungsherstellung von Planungsvarianten zur Flächennutzung, Ausgabe aggregierter Darstellungen.

Die in Planungsunterlagen oder Datenbasen enthaltenen Bestandsdaten bedürfen häufig der Aktualisierung. Die Herstellung einer aktuellen Grundkarte der Planungseinheit kann mit außerordentlich hohem Rationalisierungseffekt vorgenommen werden, wenn die visuelle Luftbildinterpretation in die Datenerfassung mit einbezogen wird /5/. Für die DDR ist flächendeckend Luftbildmaterial beim Kartier- und Auswertezentrum Leipzig vorhanden, welches durch regelmäßige Routinebefliegung der INTERFLUG auf aktuellem Stand gehalten wird. Entsprechend Gbl. I Nr. 33 vom 6. 10. 1981 kann bei der INTERFLUG auch eine Befliegung beantragt werden. Für die Zwecke der Flächennutzungsplanung im Rahmen der städtebaulichen Teilgebietsplanung können mittels spezieller Verfahren entzerrte Bilder in den Vorzugsmaßstäben 1:5000, 1:2000, 1:1000 und ggf. 1:500 hergestellt werden. Das entzerrte Orthogonalfoto im gewünschten Maßstab oder die auf der Grundlage des Orthogonalfotos produzierte Strichzeichnung repräsentieren jeweils die aktualisierte Grundkarte. Der Rationalisierungseffekt wird für die Teilgebietsplanung noch wesentlich größer, wenn weitere Flächenmerkmale und -nutzungen aus der visuellen Luftbildinterpretation abgeleitet und im Verfahren zur Herstellung von Grund- und Flächennutzungskarte wirksam werden. In Bild 4 ist das Luftbild eines Planungsgebietes dargestellt; Bild 9 zeigt eine auf Luftbildgrundlage angefertigte Interpretationskarte des Gebietes mit Merkmalen der Flächen.

Luftbild, Interpretationskarte oder Katasterkarte des Planungsgebietes werden auf dem Digitalisiertablett des CAD-Arbeitsplatzes befestigt, um die Computer-Grundkarte und die Flächennutzungskarte automatisiert herzustellen. Von einer dieser Kartenunterlagen werden die Eckpunktkoordinaten aller Teilflächen abgenommen und gespeichert. Über den grafischen Bildschirm kann jeder Arbeitsabschnitt sofort kontrolliert werden. Die Teilfächen sind nach Wohnbezirksnummer, Straßen-, Haus-, Grundstücks- und Teilflächennummer eindeutig adressiert. Unter der gleichen Adressierung wie die grafischen Daten werden auch die weiteren erhobenen Flächenmerkmale abgespeichert, wie z. B die für die Flächenneuordnungsverfahren notwendigen Flächennutzungsarten. Mittels spezieller Grafik-Programme können nun am Bildschirm die Grundkarte und die Flächennutzungskarte hergestellt werden. Im Dialog mit dem Rechner und in Abstimmung mit dem spezifischen Verwendungszweck der später ausgezeichneten Plotter-Karten ermöglicht nun der grafische Bildschirm die differenzierte interaktive Gestaltung der Grund- und Flächennutzungskarte. Entspricht die Karte den Anforderungen des Verwendungszwekkes, so wird sie von einem Plotter in gewünschtem Maßstab und beliebiger Anzahl ein- oder mehrfarbig ausgezeichnet. Es besteht die Möglichkeit, hierfür das Programmsystem THEBEN /6/ zu nutzen.

In Bild 11 ist die Erarbeitung von Karte und Planvarianten der Flächennutzung mittels CAD-Technologie dargestellt. Bild 6 zeigt den Ausschnitt einer Flächennutzungskarte auf dem grafischen Bildschirm.

Die für die Arbeitsschritte des Flächenneuordnungsverfahrens notwendigen Größen aller Teilflächen werden absolut in m^2 mittels eines speziellen Verfahrens der automatisierten Flächenberechnung und der in der Flächendatei gespeicherten Eckpunktkoordinaten exakt ermittelt. Die den Flächenmerkmalen zugeordneten Flächengrößen (z. B. vorhandene unbebaute Fläche Wohnbauland eines Grundstückes; vorhandene bebaute Fläche der Planungseinheit) sind auch Bestandteil der Flächendatei und Verfahrensgrundlage.

Der Nutzer des Verfahrens kann nun im interaktiven grafischen Dialog Neuordnungsvarianten zur Flächennutzung des Planungsgebietes erarbeiten, die seinen bzw. den gewünschten städtebaulichen Zielvorstellungen entsprechen (Bild 7).

Auf dem alphanumerischen Bildschirm können die detaillierten Einzelschritte des Verfahrens FLÄCHE kontrolliert und korrigiert werden, ebenso wie in ihrer räumlichen Umsetzung am grafischen Bildschirm. Die Rang- und Reihenfolge zweckmäßiger Flächeninanspruchnahme kann entsprechend unterschiedlicher stadtplanerischer Zielsetzungen variabel gehalten werden und ist Voraussetzung für Inhalt und Umfang der Vorschläge zur Neuordnung der Flächennutzung. Ist das Ziel, d. h. der Abbau von Flächendefiziten bzw. der Ausgleich zwischen Flächenanforderungen und Flächenbestand innerhalb der Flächenkategorien erreicht, wird die Planungsvariante zur Flächennutzung wiederum mittels Plotter im gewünschten Maßstab und in beliebiger Anzahl ausgezeichnet (Bild 10). Um Bestandsdaten und Kennwerte der Planungsvarianten miteinander vergleichen zu können, bietet sich die optisch attraktive Form der Darstellung von Datenaggregationen in Balken- oder Kreisdiagrammen an (Bild 12).

Ausblick

Die CAD-Technologie für das Flächenneuordnungsverfahren zeigt, daß die äußerst komplexen und komplizierten Probleme der Flächennutzungsplanung für städtische Teilgebiete mit entsprechend differenziert entwickelter städtebaulicher Software im Dialog mit dem Rechner rationell und zeitsparend gelöst und mittels zeitgemäßer Entwurfswerkzeuge überzeugend bearbeitet, dargestellt und ausgegeben werden können.

Die Problematik künftigen Einsatzes der CAD-Systeme und Bürocomputerlösungen in der städtebaulichen Teilgebietsplanung liegt sowohl in der Entwicklung der Hardware als auch in der Bereitstellung geeigneter und an den Zielen der Teilgebietsplanung orientierter Software. Erforderlich ist die Schaffung von weiteren Grundlagen, um Probleme unterschiedlicher Sachgebiete der Gebäudeplanung und der städtebaulichen Teilgebietsplanung im Rahmen flexibler und variabler Programmbausteine mit den Mitteln der elektronischen Datenverarbeitung rationellen Lösungen zuzuführen.

Literaturverzeichnis

/1/ Autorenkollektiv: Programmsystem ORF. Verfahren zur Bestimmung der optimalen Reproduktionsform für die Wohnbausubstanz städtischer Teilgebiete mit den Mitteln und als Bestandteil der städtebaulichen Planung. Forschungsbericht. BA der DDR – Institut Städtebau und Architektur. Berlin 1985

/2/ Gerlach, P.: Grundlagen CAD-orientierter Flächennutzungsplanung städtischer Teilgebiete mit Einbeziehung der Luftbildinterpretation. Unveröffentlichtes Manuskript. BA der DDR – Institut für Städtebau und Architektur. Berlin 1986

/3/ Förster, G.: Gerlach, P.; Köllner, G.; Locher, G.; Bürocomputer-Lösung für das Verfahren FLÄCHE als Beitrag zur Rationalisierung der städtebaulichen Leitplanung. Ingenieurbüro des Bauwesens Schwerin. BA der DDR – Institut für Städtebau und Architektur. BfS Schwerin. (1986)

/4/ Hipfel, G.: Bestimmung effektiver Reproduktionsformen für die Wohnbausubstanz mit dem Programmsystem ORF. In: Architektur der DDR – Berlin 34 (1985) 5

/5/ Schmidt, J.: Zur Bestandsaufnahme von Freiflächen in Siedlungen mit Hilfe visueller Luftbildinterpretation. In: Landschaftsarchitektur – Berlin 13 (1984) 3; S. 75 bis 78

/6/ Ruthenbeck, J.; Weinreich, W.: Rechnergestützte städtebauliche Planung mit dem Programmsystem THEBEN. Informationen aus der Arbeit des Leitzentrums für Anwendungsforschung. Heft 13. Berlin 1984

10 Jahre Leipzig-Grünau

Das Wohngebiet Leipzig-Grünau – ein Beitrag zur Lösung der Wohnungsfrage in der Stadt Leipzig

Dr.-Ing. Dietmar Fischer
Chefarchitekt der Stadt Leipzig

1

Am 1. 6. 1986 jährt sich zum zehnten Male der Tag, an dem der damalige Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Dr. Karl-Heinz Müller, den Grundstein für das Wohngebiet Leipzig-Grünau legte. Damit wurde eine bis dahin in ihrer Dimension für die Stadt völlig ungewohnte Aufgabe in Angriff genommen.
Grünau – das ist das größte Wohnungsbauvorhaben des Bezirkes Leipzig. Das werden sein: 8 Wohnkomplexe mit 37 600 WE für 98 500 Einwohner, 400 ha bebaute Fläche, ein Wohngebiet mit einer Ausdehnung von 4,0 km in Ost-West-Richtung und 2,5 km in Nord-Süd-Richtung.
Um dieses Vorhaben Realität werden zu lassen, mußten neue Plattenwerke gebaut werden, neue technische Lösungen im Tiefbau gefunden werden, für die künftigen Grünauer waren Erholungsmöglichkeiten zu konzipieren und zu realisieren. Die Kapazitäten für die Vorbereitung mußten neu formiert werden. Die Produktionskapazitäten des Hochbaus, des Tiefbaues und des Freiflächenbaues waren entsprechend den neuen Anforderungen der Aufgabe Grünau weiter- bzw. neu zu entwickeln. Und heute, nur 10 Jahre nach der Grundsteinlegung, sind von den 37 600 WE bereits 35 000 gebaut.
Grünau heute
- das ist eine neue Heimstatt für ca. 1/6 aller Leipziger,
- das sind komfortable fernbeheizte Wohnungen für durchschnittlich 100 Mark Miete im Monat,
- das ist der erfüllte Wunsch nach einer Wohnung für fast 90 000 Menschen.

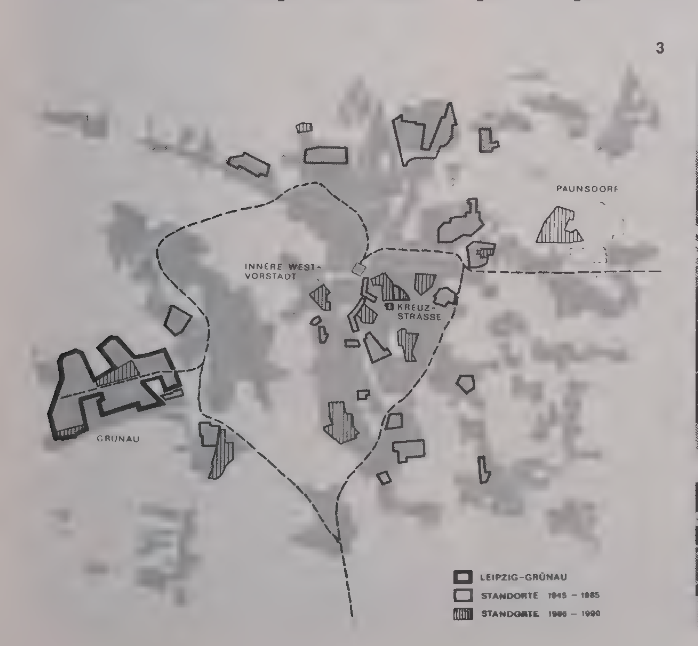
Hier wurden im Fünfjahrplan 1976 – 1980 ca. 12 400 und im Fünfjahrplan 1981 – 1985 ca. 21 800 Wohnungen gebaut.
In nur zwei Fünfjahrpänen wurden in Grünau 23 Oberschulen, 24 Kinderkombinationen, 9 Kaufhallen, 79 Arztplätze, 6 Jugendklubs, 4 Feierabend- und zwei Pflegeheime errichtet.
Erste Voraussetzung für die Lösung der Wohnungsfrage ist die quantitative Deckung des Wohnungsbedarfs. Um dieser Zielstellung bis 1990 gerecht zu werden, waren extreme Steigerungen des Wohnungsneubaues in der Stadt Leipzig notwendig.
Bedingungen für die Realisierung dieser Steigerung waren der Ausbau der materiell-technischen Basis – sie wurde mit zwei neuen Plattenwerken geschaffen – und die Bereitstellung eines Standortes, der möglichst günstige Voraussetzungen für den Einsatz der Plattenbauweise bot.
Da die Stadt Leipzig mit ca. 3 900 EW/km^2 die am dichtesten bebaute Großstadt der DDR ist und es sich um Wohnungen zur Vergrößerung des Wohnungsfonds handelte, war die Wahl eines extensiven Standortes unumgängliche Notwendigkeit. Entsprechend den territorialen Bedingungen der Stadt Leipzig, vor allem infolge des Kohleabbaus im Süden und Norden der Stadt, konnte der Standort nur im Osten oder Westen Leipzigs gesucht werden.
Dementsprechend wurde 1972 eine Standortvariantenuntersuchung mit Standorten im Ostraum und im Westraum der Stadt durchgeführt, in der die Entscheidung für Grünau fiel, vor allem, weil mit diesem Standort das sehr hohe Arbeitsstättenangebot im Westen der Stadt weit günstiger erschlossen werden kann, als das bisher der Fall war. Ein weiteres wichtiges Kriterium für die Standortwahl waren auch die günstigen Voraussetzungen zur Versorgung des Wohngebietes mit Einrichtungen der Naherholung, wobei sich insbesondere das Restloch des ehemaligen Braunkohletagebaues Kulkwitz anbot.
1973 wurde ein republikoffener städtebaulicher Wettbewerb für das Wohngebiet Leipzig-Grünau durchgeführt, an dem sich 24 Kollektive beteiligten (1. Preis: Büro des Bezirksarchitekten Erfurt; 2. Preis: TU Dresden, Sektion Architektur; 3. Preis: HAB Weimar).
Seit 1973 erfolgte die detaillierte Planung und seit 1976 die Realisierung der einzelnen Wohnkomplexe. Mit dem Wohnungsbau in Grünau konnte für die Stadt Leipzig insgesamt ein wesentlicher Schritt zur Deckung des Wohnungsbedarfs getan werden. Damit wurden durch Grünau wesentliche Voraussetzungen geschaffen, um nun in verstärktem Maße die Lösung der Wohnungsfrage in der Einheit von Instandsetzung, Modernisierung, Rekonstruktion und Ersatzwohnungsbau in Angriff nehmen zu können.
Jetzt kann die vorhandene Baukapazität in wachsendem Maße für die Erhaltung, teilweise auch für die Rekonstruktion des historisch gewachsenen Stadtorganismus eingesetzt werden.
Gerade dieser Kapazitätseinsatz ist in Leipzig dringend erforderlich, da der Anteil der zwischen 1870 und 1919 gebauten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern am Gesamtwohnungsfonds in der Stadt Leipzig mit mehr als 50 % sehr hoch liegt. An der Mehrzahl dieser Gebäude sind über die Dachinstandsetzung hinausgehende Erhaltungsmaßnahmen notwendig.
Zu beachten ist dabei das sehr große Qualitätsgefälle innerhalb der zwischen 1870 und 1919 errichteten Wohnbausubstanz.
Neben großflächigen Stadtgebieten mit sehr großen, voll ausgestatteten Wohnungen, die instand gesetzt werden müssen, wie sie im Waldstraßengebiet und im inneren Süden anzutreffen sind, gibt es auch andere große Gebiete mit relativ kleinen, schlecht ausgestatteten Wohnungen und mangelhafter Bebauung. Sie sind nur durch konzentrierten Kapazitätseinsatz zu erhalten. Praktische Erfahrungen bei der Umgestaltung solcher Gebiete konnten in der Stadt Leipzig in den Jahren 1984 und 1985, vor allem an den Standorten Innere Westvorstadt und am Standort Kreuzstraße in der Inneren Ostvorstadt, gewonnen werden. Zur Zeit werden 8 weitere innerstädtische Standorte ähnlicher Größenordnung, die bis 1990 im wesentlichen zu realisieren sind, vorbereitet.
In Verbindung mit umfangreichen Erhaltungsmaßnahmen ist bis 1990 die Realisierung von insgesamt fast 10 000 WE Neubau an innerstädtischen Standorten vorgesehen. Das wird etwa 50 % des Wohnungsneubaus in der Stadt Leipzig sein.
Die Gleichwertigkeit von innerstädtischem und randstädtischem Wohnungsbau im Zeitraum 1986 – 1990 zwingt zur Entwicklung eines Wohnungsbauerzeugnisses, das bei Normativeinhaltung sowohl den Erfordernissen des Bauens in Gründerzeitgebieten entspricht, als auch ein effektives randstädtisches Bauen ermöglicht. Letzteres ist notwendig, da in den kommenden Jahren neben dem Abschluß des Wohnungsbaus in Grünau mit der Realisierung des randstädtischen Wohngebietes Paunsdorf im Osten der Stadt begonnen wird.
Entsprechend den aus beiden Standortbedingungen resultierenden Erfordernissen wird zur Zeit an einer Weiterentwicklung der

2

1
Das Wohngebiet vom Kulkwitzer See
2
Schaubild des Wohngebietes Leipzig-Grünau, Planungsstand 1985 (Zeichnung: Wellner)
3
Wohnungsbau der Stadt Leipzig im Zeitraum 1945 – 1990
4
Silhouette des Leipziger Stadtzentrums.
Im Vordergrund die Bebauung am Robert-Koch-Park

WBS 70 gearbeitet, die ab 1987 zum Einsatz kommen soll.
Der zur Bewältigung dieser komplizierten künftigen Bauaufgaben notwendige Erfahrungsschatz sowohl bezogen auf den Prozeß der Vorbereitung als auch bezogen auf die Durchführung der Baumaßnahmen, vor allem aber der für die Lösung solcher differenzierter Bauaufgaben notwendige Handlungsspielraum hätte ohne den vorherigen Aufbau von Grünau nicht gewonnen werden können. An der Aufgabe „Grünau“ entwickelten sich die Kollektive, die jetzt mit gleicher Konsequenz den innerstädtischen Neubau in Angriff nehmen.
Grünau ist der umfassendste, mit größter Planmäßigkeit entworfene, vorbereitete und realisierte Beitrag, der mit den Mitteln des komplexen Wohnungsbaues zur Lösung der Wohnungsfrage in der Stadt Leipzig erbracht wird.
Dieses Wohngebiet aus unterschiedlichsten Sichten vorzustellen, zu zeigen, welche Wege zu seiner Realisierung beschritten wurden, sich zu fragen, wie wohl sich die Bewohner in Grünau fühlen, das ist das Anliegen der folgenden Beiträge.
Übrigens – ich bin selbst auch Grünauer. Mit meiner Familie habe ich 1979 in Grünau eine neue Wohnung beziehen können. Wir wurden Grünauer zu einer Zeit, als der Möbelwagen kaum den Hauseingang erreichen konnte. Wir waren Bewohner eines Bauplatzes, die Stiefel waren das wichtigste Bekleidungsstück. Aber das alles konnte unsere Freude über die schöne neue Wohnung in keiner Weise überschatten.
Wir erlebten, wie vor dem Haus die Straße gebaut wurde, legten beim Bau der Freiflächen mit Hand an und lernten die gefahrlosen Wege für die Kinder zum Kindergarten und zur Schule zu schätzen. Jetzt ist unsere Familie aus dieser Wohnung herausgewachsen. Es mußte umgezogen werden. Wir sind in Grünau umgezogen, wir bleiben Grünauer. Wir fühlen uns wohl hier.

3



4





1



2

Das Leben in Grünau

Dipl.-Staatswissenschaftler Jürgen Maschner
Stellvertreter des Stadtbezirksbürgermeisters und
Leiter des Ratsbereiches Grünau

Als vor 10 Jahren der Grundstein für das zweitgrößte Neubaugebiet der DDR, Leipzig-Grünau, gelegt wurde, kannten zwar tausende Leipziger das Modell des neuen Wohngebietes, doch sich pulsierendes Leben, bewohnte Häuser, spielende Kinder auf dieser riesigen Acker- und Weidefläche vorzustellen, verlangte viel Phantasie.

Heute wohnt fast jeder sechste Bürger der Stadt Leipzig im Neubaugebiet Grünau. Jedes fünfte Schulkind unserer Stadt wird in einer modernen Neubauschule in Grünau auf das Leben vorbereitet. Über 5 000 Kinder im Vorschulalter (das ist jedes vierte Kind der Stadt Leipzig) werden in einem Kindergarten in Grünau zuverlässig betreut. Allein diese Zahlen dokumentieren, was in nur 10 Jahren dank der Politik der SED und der fleißigen Arbeit der Bauschaffenden, vom Modell bis zur Realität geschaffen wurde.

Wenn ein Stadtteil dieser Dimension entsteht, bedeutet das, sich auch mit völlig Neuem vertraut zu machen und es beherrschen zu lernen. Eine solche neue Erscheinung, die Parallelität von Bauen und Wohnen, begleitete in gewissen Zeiträumen den Aufbau der einzelnen Wohnkomplexe des Neubaugebietes. Dies stellt an die Bauschaffenden, an die staatlichen Organe und gesellschaftlichen Einrichtungen sowie an die hier täglich zuziehenden Bürger hohe Anforderungen und setzt gegenseitiges Verständnis voraus.

Dem Rat des Stadtbezirkes West ist es in den vergangenen Jahren immer besser gelungen, gemeinsam mit allen am Bau von Grünau beteiligten Partnern die Probleme, die sich aus Wohnen und Bauen ergeben, auf ein Mindestmaß zu beschränken. In diesem Prozeß hat sich die Bildung eines Ratsbereiches Grünau beim Rat des Stadtbezirkes Leipzig-West als richtig und vorteilhaft erwiesen.

Hervorzuheben ist, daß sich dadurch beim Aufbau von Grünau eine konstruktive und für die Bürger wirksame Zusammenarbeit zwischen dem örtlichen Staatsorgan und den Leitern der Bau-, Versorgungs- und Entsorgungsbetriebe entwickelt hat. Ein schnelles und unbürokratisches Reagieren auf Hinweise, Vorschläge, Kritiken und Beschwerden der Bürger ist in Grünau zur täglichen Arbeitsweise geworden.

Man kann heute ohne Übertreibung sagen, daß der Aufbau von Grünau für alle staatlichen Organe, gesellschaftlichen Einrichtungen, und besonders für die Bauschaffenden, eine Herausforderung ist, und daß jeder seinen konkreten Beitrag für die Entwicklung des neuen Stadtteils leistet. Das gilt auch für mich persönlich. Als ich Anfang 1978 die verantwortungsvolle Aufgabe erhielt, als Stellvertreter des Stadtbezirksbürgermeisters unmittelbar auf der Großbaustelle, die dem Rat des Stadtbezirkes Leipzig-West übertragenen Aufgaben zu koordinieren und bei der Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens aktiv mitzuwirken, lagen erste Konzeptionen und Pläne vor. Ideen wurden geboren, Partner fanden sich. Jetzt mußte schnell ein enger Kontakt zu den ihr neues Heim beziehenden Bürgern hergestellt, so konnten immer mehr für die gesellschaftliche Arbeit, für das Miteinander und Füreinander, motiviert und gewonnen werden. Durch eine zielgerichtete politische Massenarbeit der Abgeordneten und des Rates, beginnend mit den ersten Mieterversammlungen, durch die Einbeziehung der Bürger in die zu lösenden Aufgaben und durch eine umfangreiche und differenzierte Informations- und Öffentlichkeitsarbeit wurde den Menschen, die aus allen Stadtbezirken Leipzigs und aus anderen Teilen des Bezirkes nach Grünau kamen, das Heimischwerden wesentlich erleichtert.

Bereits Ende 1977, in Grünau wohnten damals 960 Bürger, entstand der erste Wohnbezirksausschuß, geleitet von einem in dieser Arbeit erfahrenen Vorsitzenden, fanden sich die ersten Hausgemeinschaftsleitungen. Heute arbeiten in Grünau 28 Wohnbezirksausschüsse der Nationalen Front mit 547 Mitgliedern und 1 740 Hausgemeinschaftsleitungen. Das heißt, in allen bezogenen Wohnbereichen leisten über 3 600 Bürger ehrenamtliche, gesellschaftliche Arbeit. Auch durch das Bestehen von nunmehr 10 Wahlkreisaktivs, die durch Mitglieder des Rates des Stadtbezirkes Leipzig-West geleitet werden, sind für alle Wohngebiete gute Voraussetzungen für eine bürgernahe sozialistische Kommunalpolitik vorhanden.

174 Abgeordnete der Stadtbezirksversammlung Leipzig-West, 50 Stadtverordnete und 9 Abgeordnete des Bezirkstages Leipzig tragen durch ihre Arbeit in den einzelnen Wohngebieten im engen Kontakt mit ihren Wählern zur weiteren Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens bei, unterstützen die schnelle Klärung auftretender Probleme im Sinne und zum Wohle der Bürger. Allein im Jahre 1985 wurden 3 öffentliche Ratssitzungen, 37 Einwohnerforen und mehrere Beratungen mit allen Hausgemeinschaftsleitern sowie Hausversammlungen und Familiengespräche durchgeführt.

Ausdruck der Entwicklung eines regen geistig-kulturellen und sportlichen Lebens sind der Aufbau des Grünauer Kinder- und Jugendensembles mit 530 Mitwirkenden und des Grünauer Chores der Werktätigen mit 94 Aktiven, die in der Vergangenheit bereits über die Stadtgrenzen hinaus durch begei-



3

1
Mit dem Gespräch beginnt gute Nachbarschaft.

2
Gespräch über die Planung mit Prof. Dr. Horst Siegel, dem langjährigen Chefarchitekten der Stadt

3
Haus- und Wohngebietsfeste fördern Kontakte.

4
Das gemeinsame Haus pflegt man.

sternde Auftritte bekannt wurden. Mit der Eröffnung eines Jugendklubhauses sowie 5 weiterer Jugendklubs wurden wesentliche Voraussetzungen für eine sinnvolle Freizeitgestaltung geschaffen. Die 22 Schulklubs und weitere Jugendklubs an Grünauer Einrichtungen runden das Bild der Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens ab. Veranstaltungsreihen für jung und alt, wie z. B. Arbeiterjugendgespräche, Grünauer Musenmix, Treffpunkt am Samowar, musikalischer Frühschoppen und Mitternachtsparty, haben bei der Bevölkerung große Resonanz gefunden und sind aus dem Leben nicht mehr wegzudenken.
Auch das sportliche Leben in Grünau kann sich sehen lassen. 15 moderne Sporthallen, Kleinsportflächen, Spiel- und Tobeplätze wurden geschaffen, so daß sich über 30 000 Bürger regelmäßig sportlich betätigen können. Die bereits bestehenden 11 Trainingszentren und 10 Wohnsportgemeinschaften sind beredtes Zeugnis des großen Interesses am sportlichen Leben.
Wenige Monate nach dem Bezug der ersten Wohnung organisierten wir im Rahmen der sozialistischen Bürgerinitiative „Mach mit für Dein Leipzig, das Dir am Herzen liegt" am 11. März 1978 den ersten Einsatz zur Freiflächengestaltung, an dem sich 235 Bürger beteiligten. Der geschaffene Wert war beachtlich. Nicht in Zahlen auszudrücken, sicher aber weit bedeutungsvoller, war diese erste gemeinsame Arbeit bei der Verschönerung der neuen Wohnumgebung für das weitere Zusammenleben der Bürger, für das Besitzergreifen ihres neuen Wohngebietes. Diese Einsätze zur Gestaltung und Pflege von Spiel- und Freiflächen sind zu einer guten Tradition geworden. Nicht selten waren sie der Ausgangspunkt für das erste Hausfest, Kinder- oder Wohngebietsfest. Im Rahmen des Wettbewerbs „Mach mit" wurden durch unsere Bürger bei der Neugestaltung und Pflege 1985 Leistungen in Höhe von über 4 Millionen Mark erwirtschaftet. 830 Bäume, 9200 Laub- und Nadelgehölze und über 3000 Rosen pflanzten die Grünauer Bürger allein 1985 und trugen damit weiterhin dazu bei, den Namen ihres Wohngebietes auch sichtbar werden zu lassen. Hinzu kommen Eigenleistungen der Bürger bei der Wohnraumwerterhaltung in Höhe von 21,2 Millionen Mark. Für die fertiggestellten Freiflächen- und Spielplätze werden jährlich Pflegeverträge mit Hausgemeinschaften und Bürgern abgeschlossen. Die Aufgaben wurden größer, die Vorhaben bedeutungsvoller und langfristiger. Heute werden auch zum Teil die Grünflächen in den Magistralbereichen und entlang der Wohngebietsstraßen im Rahmen des „Mach mit-Wettbewerbes" gepflegt.
Viele hervorragende Hausgemeinschaften haben mit dem Ausbau und der Gestaltung von insgesamt 167 Hausklubs weitere Voraussetzungen dafür geschaffen, daß sich das Zusammenleben in den Häusern, im Wohngebiet weiter entwickelt. Die in Grünau gesammelten Erfahrungen dokumentieren, daß unser Neubaugebiet durchaus keine „Schlafstadt" ist, nicht als Satellitenstadt existiert, sondern Teil unserer Heimatstadt Leipzig ist. Die Leipziger Bauschaffenden und viele andere Werktätige aus den Kreisen und Bezirken unserer Republik haben in nur 10 Jahren ein Wohngebiet im Ausmaß einer Großstadt errichtet. Dank der fleißigen Arbeit tausender Bürger ist es gelungen, das Neugeschaffene mit pulsierendem Leben zu erfüllen.
Es ist in einem solchen Beitrag nicht möglich, alle Ergebnisse, Initiativen, herausragenden Leistungen und Auseinandersetzungen zu nennen, die notwendig waren, dieses Wohngebiet zu einem echten Zuhause für seine Bürger werden zu lassen. Für jeden Interessierten gibt eine Chronik, geführt von der Bauvorbereitung über die Grundsteinlegung bis heute, detaillierte Auskunft über das Werden, Wachsen und Gedeihen dieses jüngsten und größten Neubaugebietes unserer Stadt.
Grünau ist lebendiger Ausdruck unseres großartigen sozialpolitischen Programmes, und es ist ein einmaliges Erlebnis, an diesem Vorhaben mitwirken zu dürfen.

Leitung der Großbaustelle Leipzig-Grünau unter den Bedingungen von Bauen und Wohnen

Bauing. Wolfgang Mogge,
Dipl.-Gesellschaftswissenschaftler
1. Stellvertreter des Bezirksbaudirektors

Obering. Gerhard Pollrich
Leiter des Aufbaustabes

Die Konzentration des Wohnungsbaus im Bezirk Leipzig auf einen Großstandort, das Neubaugebiet Leipzig-Grünau, stellte viele neue Anforderungen an die staatlichen Organe sowie an die Leitungen der Betriebe und Einrichtungen des Bauwesens. Mit dem Einsatz von gleichzeitig 7 Taktstraßen des Wohnungsbaus, 2 Taktstraßen für den Bau von Volksbildungseinrichtungen und einer großen Anzahl weiterer Gesellschaftsbauten an einem Standort, mußten neue, noch nicht erprobte Leitungsformen für den komplexen Wohnungsbau gefunden werden.
Nach der Grundsteinlegung im Jahre 1976 wurden jährlich im Durchschnitt 3 800 Wohnungen übergeben. Der absolute Höhepunkt lag im Jahre 1982 mit der Fertigstellung von 5 648 Wohnungen. Die Erschließung des Standortes erreichte im Bezirk noch nie dagewesene Dimensionen. Die Parallelität des Hoch- und Tiefbaues löste einen enormen Koordinierungsaufwand aus. Zur Errichtung funktionstüchtiger Wohnkomplexe mußten umfangreiche Primärerschließungsmaßnahmen durchgeführt werden, die nicht zum Verantwortungsbereich des Generalauftragnehmers, des VEB Baukombinat Leipzig, gehörten. Berührungspunkte entstanden besonders durch den S-Bahn-Bau, der sich in einem Geländeeinschnitt mitten durch das Baugebiet zieht und mehrfach durch Straßenüberführungen gequert werden mußte.
Der Bau von Sammelkanälen mit angeschlossenem Verteilerkanalsystem zur technischen Ver- und Entsorgung der Hochbauten sowie das Oberflächenentwässerungssystem in den Wohnkomplexen 1 bis 4, im bergmännisch ausgeführten Schildvortrieb, erforderten umfangreiche Koordinierungsarbeiten, um Behinderungen zwischen Erschließungsmaßnahmen und Hochbauarbeiten zu vermeiden. Gleichzeitig mußte der gefahrlose Zugang zu Gebäuden und Einrichtungen für die rasch zunehmende Anzahl der Bewohner sowie der Antransport der Elemente und Baustoffe ständig gesichert werden.
Der Primärstraßenbau und die Verlängerung der Straßenbahnlinien stellten hohe Anforderungen an die Koordinierung aller Baumaßnahmen. Die Anzahl der Beschäftigten auf der Grünauer Baustelle erreichte zeitweilig eine Höhe bis zu 5 000 Arbeitskräften.
Auf Beschluß des Sekretariates der SED-Bezirksleitung, des Rates des Bezirkes und mit Zustimmung des Ministers für Bauwesen wurde Anfang 1979 ein Aufbaustab für das Neubaugebiet Grünau gebildet. Der Leiter des Aufbaustabes war gleichzeitig Stellvertreter des Bezirksbaudirektors und durch Beschluß mit besonderen Vollmachten gegenüber den Fachabteilungen der örtlichen Räte sowie den Leitern der Versorgungsbetriebe, bezogen auf das Neubaugebiet Leipzig-Grünau, ausgestattet.
Auf der Grundlage des Bezirksharmonogramms und im Ergebnis von Klausuren erarbeitet der Aufbaustab jährlich einen Gesamtablaufplan für das Neubaugebiet. Diese Arbeitsunterlage enthält die zeitliche Verflech-

tung aller Hochbau- und Erschließungsleistungen im Sekundär- und Primärbereich, den Straßenbau, die Freiflächengestaltung sowie die Maßnahmen der architekturbezogenen Kunst. Damit wurde ein einheitliches, verbindliches Dokument für die planmäßige Baudurchführung und die Kontrollberatungen des Leiters des Aufbaustabes mit den zuständigen Leitern der Kombinate und Betriebe, des Hauptauftraggebers und den Vertretern des Rates der Stadt und des Stadtbezirkes geschaffen. Der Gesamtablaufplan ist gleichzeitig Grundlage für die Führung des überbetrieblichen Komplexwettbewerbes. Der Aufbaustab hat die Durchsetzung der städtebaulich-architektonischen sowie bildkünstlerischen Gestaltung des Wohngebietes Leipzig-Grünau auf der Grundlage bestätigter Bebauungskonzeptionen und Grundsatzentscheidungen zu sichern. In enger Zusammenarbeit mit den Komplexarchitekten und Künstlern organisierte das Gestalterkollektiv des Aufbaustabes die praktische Lösung der stadtgestalterisch-bildkünstlerischen Konzeptionen und eine funktionsgerechte Gestaltung der Freiflächen.

Die hohe Konzentration der Baudurchführung stellte vielseitige Anforderungen zur gegenseitigen Rücksichtnahme an die Baukollektive wie an die Bewohner des Neubaugebietes. Das Bautempo bestimmten die technologisch hochentwickelten Taktstraßen des Wohnungsbaues. Mit der kontinuierlichen Übergabe der Wohnungen nahm die Einwohnerzahl von Grünau zeitweilig schneller zu als es möglich war, Straßen und Wege zu bauen bzw. die Freiflächen zu gestalten. Das Miteinander von Bauen und Wohnen stellt die staatlichen Organe vor komplizierte Aufgaben, die nur durch eine sozialistische Gemeinschaftsarbeit zu lösen sind.

Für einen Neubaustandort am Stadtrand wie Leipzig-Grünau mußten mit der Übergabe der ersten Wohnungen Versorgungseinrichtungen angeboten werden. Um zusätzliche Aufwendungen so gering wie möglich zu halten, sind die wichtigsten gesellschaftlichen Einrichtungen wie Schulen, Kindervorschuleinrichtungen, Kaufhallen und ärztliche Arbeitsplätze vorrangig in die Jahresvolkswirtschaftspläne eingeordnet worden. Wie an anderen Standorten waren auch in Grünau Zwischenlösungen für eine Erstversorgung unumgänglich. Es haben sich umsetzbare Versorgungseinrichtungen mit je 300 m^2 Nutzfläche für bestimmte Sortimente des Handels wie Gemüse- und Getränkeverkauf, für SERO-Annahmestellen u. ä. bewährt. Schulen und Kindervorschuleinrichtungen standen dagegen in der 10jährigen Bautätigkeit immer entsprechend der Einwohnerentwicklung rechtzeitig zur Verfügung.

Dem Bauwesen ist die Aufgabe gestellt, Grünau komplexweise fertigzustellen und in die Verantwortung des Stadtbezirkes zu übergeben. Bis Oktober 1984 konnten die Wohnkomplexe 1 bis 3 mit allen gesellschaftlichen Einrichtungen und kompletter Freiflächengestaltung übergeben werden. Zu Ehren des XI. Parteitages der SED verpflichteten sich die Baukollektive, weitere Wohnkomplexe für rund 28 000 Einwohnern komplett abzuschließen. Vom Aufbaustab wird eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit geleistet. Der GAN VEB Baukombinat Leipzig und seine Partner wurden bei der Lösung ihrer Aufgaben unterstützt, so daß sie sich verstärkt auf eine effektive Baudurchführung sowie die Leistungsentwicklung der Bau- und Projektierungskapazitäten konzentrieren konnten.

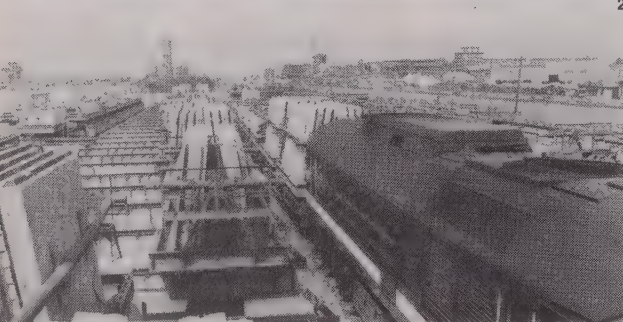
Der Einsatz des Aufbaustabes mit seinen weitgehenden Kompetenzen hat sich für diesen Standort bewährt. Er war und ist für die Bewältigung des Problems Bauen und Wohnen ein wirksames Leitungsorgan.


1

1
Wohnkomplex 5. Die nördlich angrenzende Landschaft wird zum Naherholungsgebiet ausgebaut.


2

2
Hubschraubereinsatz bei der Montage der Masten für die Baustellenbeleuchtung


3

3
Als Voraussetzung für den Elementetransport per Schiene wurde südlich des Wohngebietes ein Fertigteilumschlagplatz eingerichtet.


4

4
Bauarbeiten in luftiger Höhe



1

Geplant – gebaut – bewohnt: Wohngebiet Leipzig-Grünau

Dipl.-Ing. Hans-Dietrich Wellner, Arch. BdA/DDR
Dipl.-Ing. Georg Eichhorn, Arch. BdA/DDR
Büro des Chefarchitekten der Stadt Leipzig, Bereich Wohnungsbau

Bauing. Wolfgang Scheibe, Arch. BdA/DDR
Dipl.-Ing. Günter Walther, Arch. BdA/DDR
VEB Baukombinat Leipzig, Produktionsbereich Großstandorte

1
Gesamtplan des Wohngebietes (Bearbeitungsstand Februar 1986)

Im letzten ausführlichen Beitrag unserer Fachzeitschrift (s. Architektur der DDR 6/77) über das Wohngebiet Grünau wurden mit Modellfotos, Plänen und Programmen Absichten vorgestellt. Kein Foto fertiger Bauten oder gar Freiflächen illustrierte diesen Beitrag, weil zu jenem Zeitpunkt außer Baugruben und Kränen kaum etwas zu fotografieren war. Damals war noch keine Wohnung bezogen; die ersten Bürger Grünaus erhielten im November 1977 den Schlüssel für ihr neues Heim.
Seitdem ist ein Stadtteil entstanden – fast so groß wie Jena oder Cottbus – eine Stadt vom Fließband, an der künftige Generationen unsere Gesellschaft und ihre sozialen Leistungen, unser technisches Können und unser gestalterisches Vermögen messen werden. Eine Stadt, an vielen Stellen noch im Bau und nicht voll funktionsfähig, aber schon mit liebenswerten Details, weil Planer, Bauarbeiter, Gärtner und Bürger alles daransetzen, sie wohnlich zu machen. Eine Stadt mit manchen Unvollkommenheiten, weil das, was sonst in Jahrhunderten wächst, hier mit gewaltigem Kraftaufwand in kürzester Zeit geschaffen wurde als Voraussetzung und Rahmen für künftige Bemühungen, die erst die individuelle Vielfalt, die nette Zufälligkeit oder auch das ungereimte Nebeneinander von städtischen Details ergeben, das einen gewachsenen Stadtorganismus kennzeichnet.
Zehnjähriger Bauzeit stehen etwa 13 Jahre städtebauliche Planung und Projektierung gegenüber – ein Zeitraum, in dem sich die Gesamtdimension des Vorhabens, das städtebauliche Programm, die technischen Voraussetzungen, das Gebäudesortiment und die Ausführungskapazitäten entwickelt und teilweise stark gewandelt haben.
So wuchs gegenüber der ursprünglich mit dem städtebaulichen Wettbewerb 1973 konzipierten Größe des Wohngebietes von 25 000 WE die Gesamtzahl der Wohnungen auf 37 600 – anfangs durch Einbeziehung weiterer Flächen, vor allem im westlichen Teilgebiet, später durch Verdichtung der Bebauung und eine effektivere Ausnutzung erschlossener Flächen innerhalb der Wohnkomplexe.

■ Städtebauliche Planung

Nach der grundsätzlichen Entscheidung für den Bau des Wohngebietes im Westen der Stadt im Jahre 1972 und der Auswertung des städtebaulichen Wettbewerbes begann 1973 die Arbeit an der städtebaulichen Leitplanung für das Gesamtgebiet und 1974 die Bearbeitung der Bebauungskonzeptionen für die Wohnkomplexe 1 und 2. Die Reihenfolge der Vorbereitung und der Realisierung ergab sich aus den Standortbedingungen, besoders aus den Möglichkeiten der Erschließung des Gebietes durch Stadttechnik und Verkehr, die einen Bauablauf von Osten nach Westen erzwangen, der zugleich eine ausreichende Erstversorgung gewährleistete.
Die städtebauliche Gesamtkonzeption einschließlich der Planungen für das Naherholungsgebiet Schönauer Lachen und den Wohngebietspark West (Miltitzer Park), für die Rekonstruktion der vorhandenen Parkanlagen (Robert-Koch-Park und Schönauer Park) und die Entwicklung der integrierten Siedlungsbereiche erfolgte durch das Büro des Chefarchitekten der Stadt Leipzig in Zusammenarbeit mit Planungseinrichtungen des Bezirkes und der Stadt sowie mit den Bau- und Versorgungsbetrieben. Die Gesamtplanung wurde mit der Erarbeitung der Bebauungskonzeptionen für die Wohnkomplexe 1 bis 8 und der weiteren Investitionsvorbereitung ständig präzisiert. Die Bebauungskonzeptionen entstanden in folgenden Jahren:

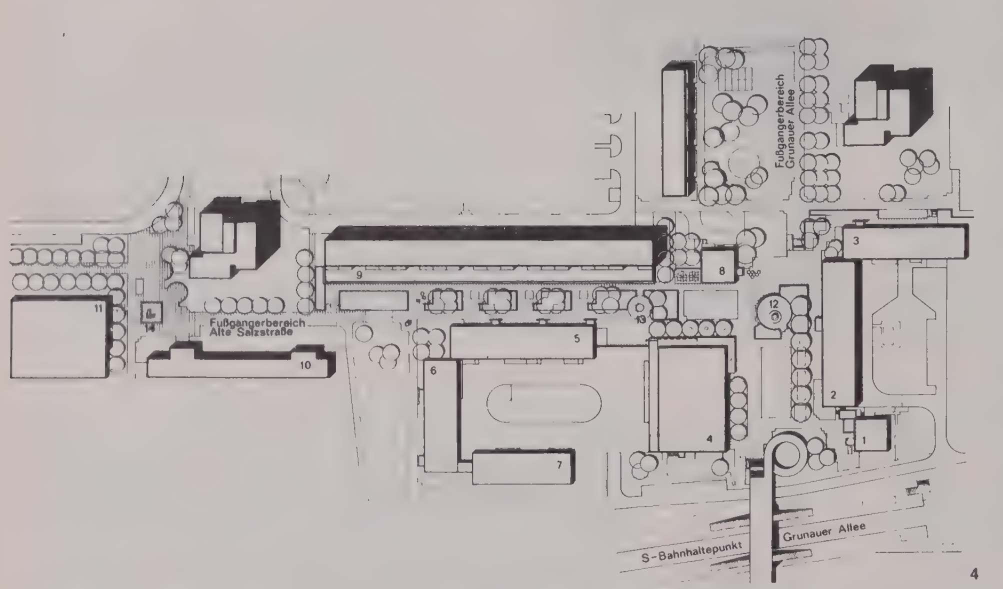
1974
Wohnkomplex 1/2/3 – 6330 WE (Baubeginn Hochbau 1976)



2



3



4

2
Fußgängerbereich Alte Salzstraße

3
Ausleger am „Grünauer Krug". Leuchtwerbeanlagen nach einem Entwurf von Klaus Liebig und Günther Prusky, VBK-DDR

4
Komplexzentrum Grünauer Allee/Alte Salzstraße
1 Jugendklub (90 Pl.) 2 Apotheke/Friseur, Kosmetik/Bibliothek 3 Dienstleistungsannahme 4 Kaufhalle (700 m^2 VRFl.) 5 Verkaufsstellen Fisch, Fleisch, Drogerie 6 Post/Sparkasse 7 Altstoffannahme/Wohnungsverwaltung 8 „Grünauer Krug" (72 Pl.) 9 Industriewaren (Funktionsunterlagerung WBS 70/12,0/11) 10 Polytechnische Oberschule 11 Sporthalle 12 Plastik „Turm der Jugend" 13 Trinkbrunnen 14 Bronzeplastik „Jugend und Sport"

5
Parkallee – die Verbindung zwischen Schönauer Park und Robert-Koch-Park

6
Spezialverkaufsstellen an der Alten Salzstraße

7
Gaststätte „Lindenhof" an der Parkallee (Zeichnung: Wellner)

5



6



1975
Wohnkomplex 4 – 8810 WE (Baubeginn Hochbau 1977)

1976
Wohnkomplex 5.1 – 3220 WE (Baubeginn Hochbau 1979)

1981/84
Wohnkomplex 5.2 – 2630 WE (Baubeginn Hochbau 1984)

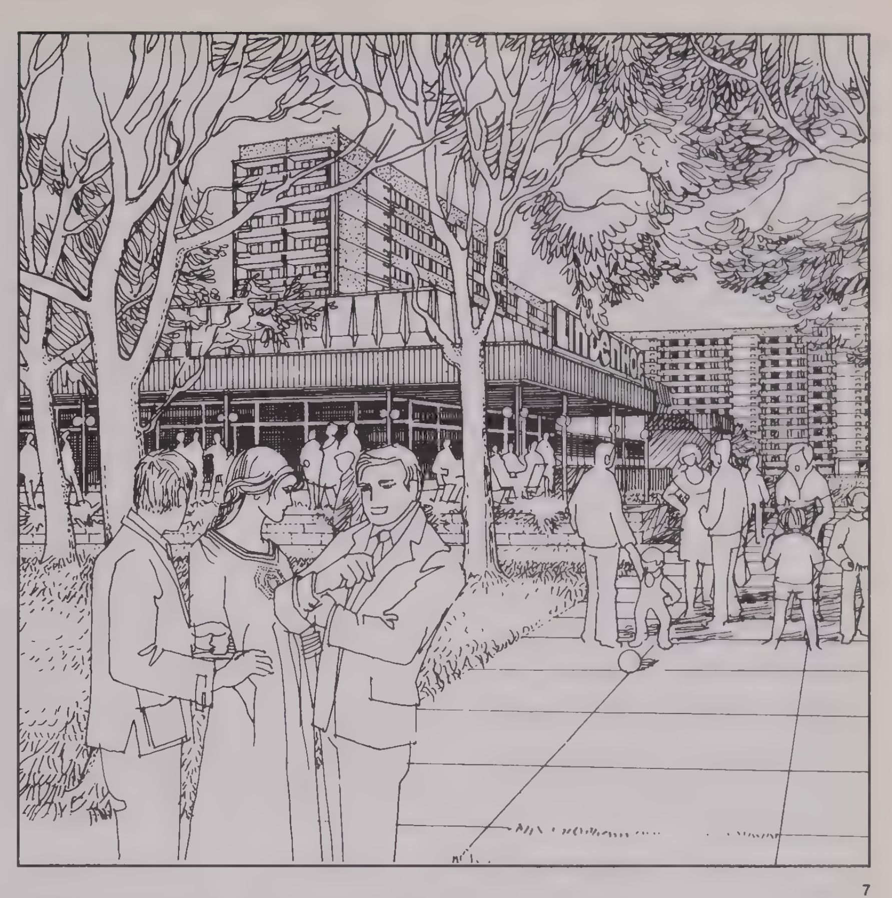
1978/79
Wohnkomplex 7 – 7700 WE (Baubeginn Hochbau 1980)

1979/80
Wohnkomplex 8 – 8890 WE (Baubeginn Hochbau 1981)

Der anfangs für den Wohnkomplex 6 vorgesehene Standort nördlich der Lützner Straße ist heute für den Bau eines Krankenhauses mit 400 Betten und entsprechenden Nebenanlagen reserviert.
Insgesamt 9 städtebauliche Wettbewerbe und Variantenuntersuchungen wurden in den Jahren 1975 bis 81 für die Wohnkomplexe 4, 5.1, 7, das Wohngebietszentrum und für wichtige Teilbereiche in den Fußgängerzonen durchgeführt. Dadurch konnten Fachkollegen aus anderen Städten und Betrieben in die Vorbereitung einbezogen und Ideen nutzbar gemacht werden, die zu einer höheren Qualität der städtebaulichen Planung und der Projekte beigetragen haben. Für das Wohngebietszentrum wurden im Rahmen eines Arbeitsseminars zur komplexen Stadtgestaltung, das unter Leitung von Prof. Dr. Straßenmeier 1981 am Weiterbildungsinstitut der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar stattfand, wesentliche Anregungen gewonnen.
Eine Variantenuntersuchung zur Erlangung von Entwürfen für das Rathaus Grünau, das im Wohngebietszentrum seinen Standort finden wird, ist geplant.

■ Investitionsvorbereitung, Projektierung

Die zeitliche Parallelität der städtebaulichen Leitplanung für das Wohngebiet und der konkreten Investitionsvorbereitung der ersten zwei Wohnkomplexe stellte an alle Beteiligten hohe Anforderungen.
Im Baukombinat Leipzig wurde 1973 eine Produktionsabteilung mit der Wahrnehmung der Generalprojektantentätigkeit beauftragt. In diesem Bereich erfolgte die Koordinierung der Investitionsvorbereitung und Projektierung für den GAN und die am Bau beteiligten HAN bzw. NAN. Für die vorbereitenden Prozesse und die primärseitigen Maßnahmen lag die Koordinierungsverantwortung beim Hauptauftraggeber Komplexer Wohnungsbau des Bezirkes Leipzig.
Die ersten verbindlichen Angebote zu den Wohnkomplexen 1 und 2 wurden 1975 bearbeitet. Die erste Grundsatzentscheidung wurde am 26. 3. 1975 bestätigt und ermöglichte den Beginn der Projektierungsarbeiten und Realisierungsmaßnahmen am Wohnkomplex 1.
Der weitere Vorbereitungsprozeß erfolgte auf der Grundlage der Gesamtplanung des Wohngebietes und der Präzisierungen durch die städtebaulichen Aufgabenstellungen. Derzeitig werden noch verbindliche Angebote für Einzelobjekte im Wohngebietszentrum erarbeitet. Die Bereitstellung der Ausführungsunterlagen für das Baufeld 3 des Wohnkomplexes 8 und für das Wohngebietszentrum stellt ebenfalls eine Schwerpunktaufgabe für die Projektanten dar.



7

Gesamtleitung, Koordinierung und Kontrolle der Vorbereitung und Durchführung

Rat des Bezirkes Leipzig/Bezirksbauamt/Aufbaustab Leipzig-Grünau/Leipzig Ost

Städtebauliche Gesamtplanung, Bebauungskonzeptionen und Konzeptionen architekturbezogene Kunst/Stadtgestaltung sowie Erzeugnisentwicklung/Projektierung/Ausführung

- Büro des Chefarchitekten der Stadt Leipzig
- Hauptauftraggeber Komplexer Wohnungsbau Bezirk Leipzig
- Büro für architekturbezogene Kunst Bezirk Leipzig
- Büro für Verkehrsplanung der Stadt Leipzig
- VEB Baukombinat Leipzig
- VEB Verkehrs- und Tiefbaukombinat Leipzig
- VEB Freiflächenbau Leipzig

in Zusammenarbeit mit anderen Bau- und Versorgungsbetrieben

Städtebauliche Gesamtplanung

Städtebaulicher Entwurf

Prof. Dr.-Ing. Horst Siegel
Dipl.-Ing. Ambros G. Gross
Dipl.-Ing. Georg Eichhorn
Dipl.-Ing. Hans-Dietrich Wellner
Dipl.-Ing. Hellmut Neumann
Bauing. Wolfgang Scheibe
Bauing. Hubertus Berger
Dipl.-Ing. Bodo Hoffmann

Verkehr und Stadttechnik

Dr.-Ing. Kurt Ackermann
Dipl.-Ing. Walter Stein
Dipl.-Ing. Wolfgang Lentz
Dipl.-Ing. Günter Jana

Freiflächen- und Erholungsplanung

Dipl.-hort. Walter Lingslebe
Dipl.-hort. Henriette Krahnstöver

Bebauungskonzeptionen WK 1 bis 8

Städtebaulich-architektonischer Entwurf/komplexe Stadtgestaltung

Prof. Dr.-Ing. Horst Siegel
Dipl.-Ing. Ambros G. Gross
Dipl.-Ing. Georg Eichhorn
Dipl.-Ing. Hans-Dietrich Wellner
Dipl.-Ing. Hellmut Neumann
Bauing. Wolfgang Scheibe
Bauing. Hubertus Berger
Dipl.-Ing. Uwe Mietke
Dr.-Ing. Hans-Joachim Götze
Dipl.-Ing. Günter Walther
Dipl.-Formgestalter Rüdiger Sudau
Dipl.-Ing. Jürgen Löber

Freiflächengestaltung

Dipl.-hort. Walter Lingslebe
Dipl.-hort. Henriette Krahnstöver
Gartenbauing. Dieter Dippmann
Dipl.-hort. Erich Winter

Mitwirkung an den Konzeptionen komplexe Stadtgestaltung/architekturbezogene Kunst

Dipl.-Arch. Manfred Teufel
Dipl.-Gestalter Wilfried Lenz
Dipl.-Ing. Wolfgang Müller
Maler und Grafiker Arnd Schultheiß, VBK-DDR
Maler und Grafiker Bernd Sikora, VBK-DDR
Dipl.-Grafiker Klaus Liebig, VBK-DDR

Verkehr und Stadttechnik

Dipl.-Ing. Wolfgang Lentz
Dipl.-Ing. Günter Jana
Dipl.-Ing. Dieter Kolbe
Dipl.-Ing. Joachim Krauskopf
Dipl.-Ing. Günter Friebel

Städtebauökonomie und Bautechnologie

Bauing. Heinz Leipnitz
Dipl.-Ing. Rüdiger Spiegler
Bauing. Ernst Fischer
Dipl.-Ing. Wolfgang Kvech
Dipl.-Ing. Wilfried Sürth
Dipl.-Ing. Gert-Randolf Neumann

Generalprojektant/Komplexarchitekten und Projektierung

Dipl.-Ing. Günter Walther
Bauing. Wolfgang Scheibe
Bauing. Hubertus Berger
Dipl.-Ing. Lothar Schaar
Dipl.-Ing. Ronald Gillner
Dipl.-Ing. Thomas Neudert
Dipl.-Formgestalter Frank Strunz
Bauing. Henry Dietze
Dipl.-Ing. Joachim Krauskopf
Tiefbauing. Mechthild Röhlig
Dipl.-Ing. Elke Ikert
Tiefbauing. Peter Roß
Bauing. Horst Winter
Tiefbauing. Volkmar Lehmann
Dipl.-Ing. Dieter Martin
Tiefbauing. Harald Bückert
Hochschuling. Christine Restis
Dipl.-Ing. Werner Choyna
Gartenbauing. Dieter Dippmann
Dipl.-hort Frieder Lahr
Dipl.-hort Achim Lutze
Dipl.-hort Franz Fischer
Dipl.-Ing. Gert-Randolf Neumann
Bauing. Dieter Schmidt
Hochschuling. Juliane Matz
Hochschuling. Ute Engelbrecht
Bauing. Manfred Höhle



8

Tabelle 1: Wohnungsbau, Wohnheime, Schulen und Kindereinrichtungen im Wohngebiet Leipzig-Grünau – übergebene Kapazitäten 1977...85

	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1977...85
Wohnungen (WE)	924	3349	3925	4313	5539	5648	4432	3446	2738	34314
Rentnerwohnheime (Pl.)	–	–	107	535	478	959	298	298	–	2875
Feierabendheime (Pl.)	–	471	471	–	355	–	–	–	240	1537
Internate (Pl.)	–	388	–	388	–	782	409	–	–	1967
Schulen/	1	4	2	4	3	4	4	1	2	25
Unterrichtsräume	26	104	52	104	78	104	104	26	52	650
Kindereinrichtungen	1	3	2	4	3	3	5	2	1	24
Kiga/Kikri (Pl.)	180/90	540/270	360/180	720/360	540/270	540/270	900/450	360/180	180/90	4320/2160

8
Straßenraum im Wohnkomplex 4

9
Wohnhof an der Ringstraße

10
Wilhelm-Pieck-Allee. Südabschnitt im Bau

11
Südliche Randbebauung im Wohnkomplex 4

12
Alte Salzstraße im Wohnkomplex 4

■ Organisation des Bauprozesses, Baustelleneinrichtung

Entsprechend der Kapazität des Standortes, der Größe des Wohngebietes und des Zeitraumes der Baumaßnahmen sowie des Konzentrationsgrades der Durchführungskapazitäten und Betriebe des Bauwesens wurde eine zentrale Baustelleneinrichtung geplant. Objekte, die in diesem Rahmen entstanden und für das Wohngebiet Leipzig-Grünau Bedeutung haben, sind

- der Fertigteilumschlagplatz Weidenweg
- die zentralen Lagerflächen für Baustoffe und Erdstoffe.

Objekte, die im Rahmen der Erfüllung des Wohnungsbauprogrammes und der Errichtung des Standortes Grünau notwendig wurden und zugleich wesentliche Maßnahmen der erweiterten Reproduktion darstellen, sind:

- Neubau des Plattenwerkes Leipzig-Wiederitzsch
- Neubau der Großküche der Bauarbeiterversorgung
- Neubau von drei Bauarbeiterhotels am Standort Grünau
- Erweiterung vorhandener Lagerkapazitäten des Baukombinates, die Konzentration der Lagerwirtschaft im Bereich Dietzmannstraße im unmittelbaren Einzugsbereich des Wohngebietes.

Damit wurde eine Zentralisierung der Baustelleneinrichtung und der Material- und Lagerwirtschaft erreicht und die spätere Weiternutzung durch Baubetriebe und andere Bereiche ermöglicht.
Der Transport der Betonfertigteile von den Vorfertigungsstätten zum Wohngebiet erfolgte unter Einsatz von Güterzügen der Deutschen Reichsbahn zum neuerrichteten Fertigteilumschlagplatz südlich des Wohngebietes und von dort zur Baustelle über die Straße.
Für die Baustelleneinrichtung wurden die ersten Wohngebäude in den jeweiligen Komplexen mit zusätzlichen sanitären Einrichtungen ausgestattet und als Unterkünfte genutzt. Versorgungseinrichtungen wurden im Erdgeschoß dieser Objekte angeordnet. Diese Gebäude wurden dann im Zuge des Baufortschrittes mit geringem Aufwand endgültig ausgebaut und ihrer geplanten Nutzung zugeführt. Die Nutzung von endgültigen Straßen als Baustraßen, die Reduzierung von Erdstofftransporten durch weitgehenden Einbau der Aushubmassen am Ort und die Optimierung der Höheneinordnung von Gebäuden und Anlagen waren Maßnahmen der rationellen Gestaltung der Teilprozesse.
Das Bemühen um konsequente Baufeldergliederung und konzentrierten Einsatz der Taktstraßen auf einem Baufeld diente der Minderung der Probleme bei der Parallelität von „Bauen und Wohnen".

■ Planungsabsichten und Ergebnis

Die schwierige Aufgabe, ein so großes Baugebiet, das in industrieller Bauweise aus im Prinzip gleichartigen Elementen errichtet wird, zu gestalten und Identifikation seiner Bewohner mit ihrem Wohnort zu erreichen, bedarf vieler bewußter Einzelmaßnahmen.
Von der Einordnung der wichtigen gesellschaftlichen Einrichtungen bis zur Benennung von Straßen und zur Form der Blumenkästen trägt jedes Element, das unübersehbare, wichtige und das unscheinbare und jede Bautätigkeit zum Charakter des Wohngebietes bei.
Ziel bei der Planung und Projektierung war und ist ein komplex gestaltetes Wohngebiet. Diesem Ziel dienten in Abhängigkeit vom verfügbaren Areal bereits die ersten Festlegungen zur Größe der Wohnkomplexe, zur Lage ihrer Zentren und des Hauptzentrums, der baulichen Dominanten, zur Silhouettenbildung und zur Einordnung der Hauptverkehrstrassen. Eindeutige Grenzen zur umgebenden freien Landschaft und zum Industriegebiet Plagwitz durch geschlossene Randbildung und wirksame Bepflanzung wurden angestrebt und mit den Hochbauten auch weitgehend erreicht. Die notwendigen Pflanzungen an den Zufahrten von der Stadt her und in den Randbereichen sind durchzusetzen, notwendige bauliche Ergänzungen, wie Stützpunkte stadtwirtschaftlicher Betriebe, technische Einrichtungen, Kleingartenanlagen sind diesem Anliegen unterzuordnen; eine wilde Bebauung muß hier mit Konsequenz verhindert werden, wenn die eindrucksvolle Silhouette, die das Gebiet heute von der Landschaft her bietet, für die Zukunft erhalten bleiben soll.
Von einigen Wettbewerbsteilnehmern waren



9



10



11



12

zugunsten einer Idealvorstellung rigorose Eingriffe in die vorhandene Substanz der Siedlungen vorgeschlagen worden. Vernunft und Respekt vor dem Bestehenden geboten jedoch, den anderen Weg zu gehen und möglichst viel zu erhalten. Durch die Einbeziehung der Siedlungen wurde das im Ganzen kaum überschaubare Baugebiet in erfaßbare Teilbereiche gegliedert – grüne Zäsuren der Parke und Siedlungen trennen die Baumassen, erleichtern die Orientierung im Großen und schaffen einen menschlichen Maßstab trotz der beachtlichen Ausdehnung des Gesamtgebietes. Heute sind die Siedlungen wie die Parke beliebtes Naherholungsziel der Grünauer. Teile der alten Ortslage Schönau wurden in den Wohnkomplex 5.1 einbezogen und werden u. a. als Bauhof und als Pflegestützpunkt des VEB Garten- und Landschaftsgestaltung genutzt.
Die Einbettung in die bestehende, stark durchgrünte Substanz trägt zur Typik und zur angestrebten Unterscheidbarkeit der Wohnkomplexe wesentlich bei, ebenso wie die bewußt genutzten Mittel und Möglichkeiten der städtebaulichen Raumgestaltung, die mit den Erzeugnissen des Wohnungsbaus – über den Zeitraum von 10 Jahren sehr unterschiedlich – zur Verfügung standen. Rechtwinkligen Baustrukturen in den Wohnkomplexen 1, 2, 3, 5.2 und 8 stehen Gebäudegruppierungen mit stumpfwinkligen Eckbildungen in den Wohnkomplexen 4, 5.1 und 7, der Häufung vielgeschossiger Bauten im zentralen Bereich steht die sparsamere Anwendung von Hochhäusern im westlichen Teilgebiet gegenüber.
Der Vergleich mit früher entstandenen Neubaugebieten der Stadt macht die wesentlichen Vorzüge der hier angewendeten Wohnungsbauserie mit zweiseitiger Erschließung und offenen Hausdurchgängen deutlich, die es erlauben, vom Verkehrslärm weitgehend abgeschirmte Hofräume zu schaffen und damit eine ruhige Seite für fast alle Wohnungen zu gewährleisten und die Höfe sowohl zur Ergänzung des individuellen Wohnbereichs als auch öffentlich zu nutzen.
Der Charakter des Wohngebietes wird wesentlich durch die konsequente Trennung von Verkehrsbereichen und Ruhezonen geprägt. Der äußeren Verkehrserschließung mit einem System von Rand- und Stichstraßen und entsprechenden Anlagen für den ruhenden Verkehr entspricht ein verkehrsfreier innerer Bereich für Fußgänger, der – vor allem für Kinder und ältere Bürger – den gefahrlosen Weg von der Wohnung durch den Hof zu den Fußgängerzonen, zu Kindergärten, Schulen und Zentren, zu Parks, Sportanlagen und Naherholungsbereichen garantiert. Damit wurden für ruhiges Wohnen, für gesellschaftliche Aktivitäten und die Freizeitbeschäftigung günstige Voraussetzungen geschaffen.
Das Erzeugnissortiment des 6- und 11geschossigen Wohnungsbaus wurde während der Bauzeit rationalisiert. Neben einer höheren Arbeitproduktivität, der Reduzierung der Bauzeiten, des Materialaufwandes und des Energiebedarfs ergaben sich dabei durch den Wegfall des Konuselementes und des öffentlichen Hausdurchganges Einschränkungen der städtebaulichen Variabilität, die nur zum Teil durch andere städtebauliche Lösungen zu kompensieren sind. Demgegenüber steht eine Erweiterung der Gestaltungsmöglichkeiten für bauliche Details, die das architektonische Gesamtbild bereichert.
Die Anzahl der 9-, 11- und 16geschossigen Wohngebäude wurde im westlichen Teilgebiet, das den Übergang zur Landschaft um den Kulkwitzer See bildet, im Vergleich zur ursprünglichen Gesamtkonzeption erheblich reduziert. Neue Erzeugnisse, wie ein 6geschossiges Punkthaus und das 6geschossige Feierabendheim wurden statt dessen eingesetzt. Der Anteil der vielgeschossigen Bebauung (über 6 Geschosse) beträgt nach diesen Korrekturen etwa 30 % der Gesamtbebauung.
Durch differenzierte Farb- und Oberflächengestaltung, Varianten des baulichen Details an Wohngebäuden, dekorative Gestaltung von Hausdurchgängen in den Wohnkomplexen 1 bis 3, die vieldiskutierte Malaktion 1982, bei der neun Trafostationen im Wohnkomplex 4 durch junge Leipziger Künstler gestaltet wurden, dekorative Wandgestaltungen an Wohn- und Gesellschaftsbauten und die bewußte Beschränkung dieser Elemente auf bestimmte Bereiche wurde versucht, jedem Wohnkomplex eigene Akzente zu geben und dadurch die mit unterschiedlicher Bebauungsstruktur, Raumbildung und Freiflächengestaltung angestrebte Charakteristik der Teilgebiete zu unterstützen. Die Ausstattung mit Werken der architekturbezogenen Kunst trägt dazu wesentliches bei; zusätzlich eingeordnete Plastiken wie die Ergebnisse von zwei Leipziger Bildhauerplein-

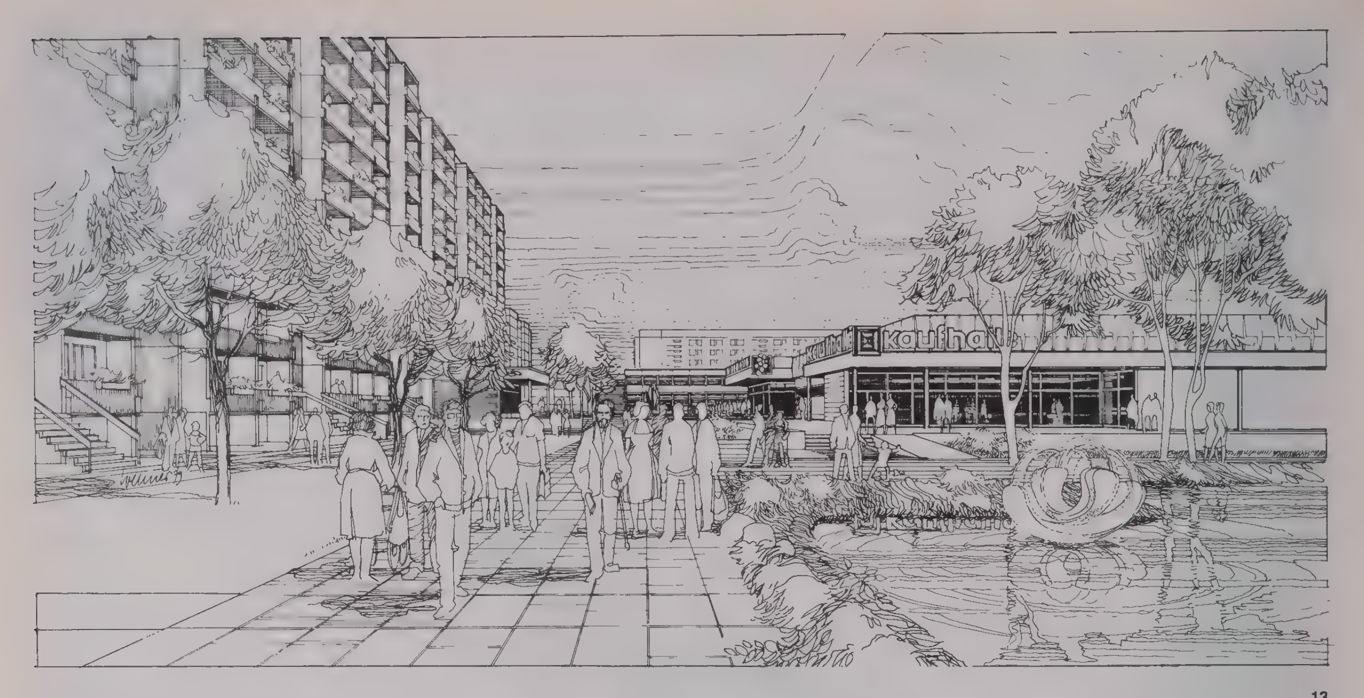
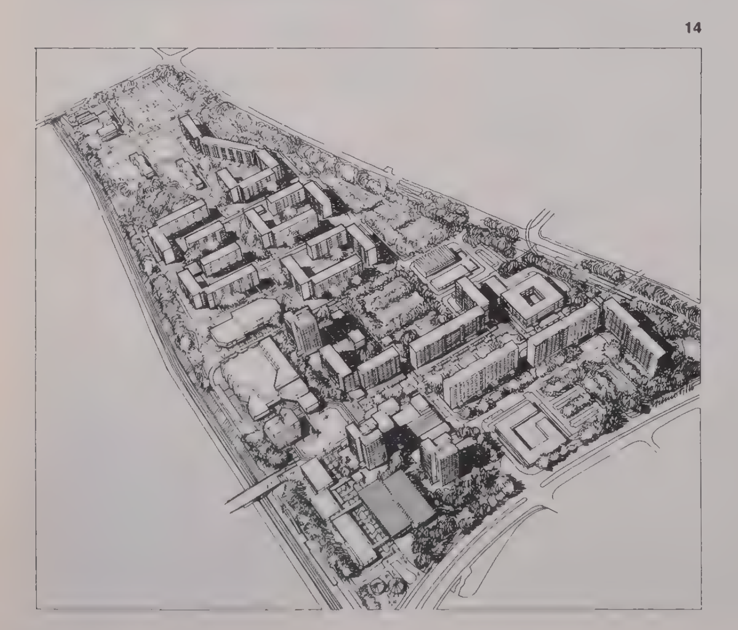


Tabelle 2: Wohngebiet Leipzig-Grünau/Haupterzeugnisse des Wohnungsbaus (Plattenbauweise)

Bezeichnung (Anzahl der Gebäudeeinheiten/Kapazität)	Wohnräume/WE m²/WE	Laufzeit d. Sortimente in Grünau	Gesamtkapazität in Grünau	Varianten/ Besonderheiten
WBS 70/10.800/SRZ 5gesch. (11)	1…4/56,00	1977…82	5920 WE	EG-Durchgang FU-Handel/Gastr. FU-Versehrten-WE
WBS 70/12000 6gesch. (7) 5gesch. (2)	1…5/62,00 1…4/60,00	1977…82 1977	10000 WE 100 WE	EG-Durchgang Loggiagiebel Konuselement 28,5°
WBS 70/12000 6gesch./2. RE (10)	1…5/57,00	1982…87	8820 WE	EG-Durchgang Loggiagiebel FU-Handel/Gastr. Mieterterrassen
WBS 70/12000 11gesch. (7)	1…4/65,00	1978…82	2680 WE	EG-Durchgang Loggiagiebel Konuselement 28,5° FU-Handel/Gastr.
WBS 70/12000 11gesch./2. RE (4)	1…4/56,00	1983…86	1670 WE	Loggiagiebel FU-Handel/Dienstleistungen
Wohnhochhaus 16gesch. PH 16 (132 WE)	1…6/54,90	1978…85	2680 WE 1250 Pl. (20 Gebäude)	Var. RWH (168 WE) Var. mit FU (126 WE) Var. Bauarbeiterhotel
Punkthaus 9gesch. PH 9 – WBS 70/E RWH (149 WE)	1…3/41,30	1981…83	1990 WE 410 Pl. (12 Gebäude)	Var. Internat (409 Pl.) Var. Wohnhaus (125 WE) Var. mit Kindereinrichtung im EG
Punkthaus 6gesch. PH 6 – WBS 70/E (78 WE)	1…3/43,20	1984…87	550 WE (7 Gebäude)	

(nicht enthalten sind Mittelganghäuser, Wohnheime, Feierabendheime, Eigenheime)



13

Komplexzentrum Miltitzer Allee im Wohnkomplex 7
(Zeichnung: Wellner)

14

Wohngebietszentrum (WK 5.2) von Südosten. Bearbeitungsstand Januar 1986 (Zeichnung: Wellner)

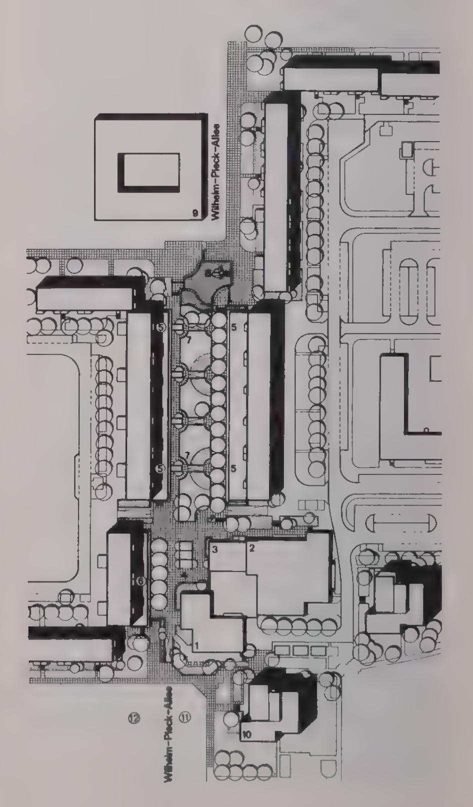
15

Nordabschnitt der Wilhelm-Pieck-Allee im Wohngebietszentrum

1. Gaststätte (150 Plätze mit Freisitz)
2. Kaufhalle WtB, 400 m² VRFl.)
3. Obst und Gemüse/Imbiß
4. Blumenmarkt/Saisonverkauf
5. Industriewaren
6. Staatsbank/Staatliche Versicherung
7. Blumenparterre mit überdachten Sitzplätzen und Plastiken
8. Brunnenanlage mit Plastik
9. Poliklinik (42 Ärztearbeitsplätze)
10. Jugendklub
11. Zentraler Platz mit Wilhelm-Pieck-Denkmal
12. Rathaus und Kultur- und Freizeitzentrum (Vorbehaltsfläche)

16

Wohngebietszentrum im Bau





16

airs (1979 und 1985) oder Holzspielplätze sind eine wertvolle Ergänzung des regulär Geplanten.
Der engere Wohnbereich mit dem Weg zum Kindergarten und zur Haltestelle und dem kleinen Einkaufszentrum ist der Raum, in dem der Bürger notwendige Dinge des Alltags abwickelt und in dem er auch finden soll, was seinen Alltag bereichert – Blumen, die Bank für das Gespräch, den Spielplatz, Kunstwerke, die Information, ein kulturelles Angebot und Raum für Kontakte.
Vier Wohnkomplexzentren und mehrere kleine Versorgungsbereiche sind in diesem Sinne geplant – eines davon an der Grünauer Allee und der Alten Salzstraße ist mit Ausnahme einiger Werbeanlagen und der Plastik „Turm der Jugend" komplett ausgestattet. Das Grün muß wachsen und gepflegt werden, wie das Gebaute auch. Das Bemühen, trotz der durch eine wenig flexible Bautechnologie vorgegebenen Gebäudelängen und der großen Gebäudeabstände kleine Räume zu schaffen, die die Begegnung fördern, ist erkennbar. Das erste Komplexzentrum wird gern aufgesucht, weil dort dicht beieinander in günstiger Beziehung zur S-Bahn und zur Wohnung alles Notwendige geboten wird.
Dieses Ensemble umfaßt zwei Kaufhallen, neun Verkaufsstellen für Industriewaren in Ladenzonen der 11geschossigen Wohnbebauung, Spezialläden für Fleisch und Fisch, eine Drogerie, Post, Sparkasse, Wohnungsverwaltung, Altstoff- und Dienstleistungsannahmestelle, Selbstbedienungswäscherei in eingeschossigen, Apotheke, Bibliothek, Friseur- und Kosmetiksalon in zweigeschossigen Gebäuden der Bausteinserie des VEB Baukombinat Leipzig für Dienstleistungs- und Handelseinrichtungen, ferner eine Gaststätte mit 72 Plätzen, den „Grünauer Krug", und einen Jugendklub mit 90 Plätzen. Ergänzt wird dieser Bereich durch zwei weitere Verkaufsstellen, eine Reparaturannahme, ein Café in fünfgeschossigen Wohngebäuden und durch die Gaststätte „Lindenhof" mit 180/360 Plätzen. Mit der erwähnten Bausteinserie, die in Leipzig nur in Grünau zur Anwendung kommt – weil für den innerstädtischen Wohnungsbau andere Lösungen zweckmäßiger sind – können charakteristische Wohnkomplexzentren geschaffen werden, die dem Grundkonzept der Planung, das dem Fußgänger das Vorrecht einräumt, voll entsprechen.
Die Komplexzentren an der Wilhelm-Pieck-Allee und an der Miltitzer Allee werden ähnlich ausgestattet und mit dem gleichen Gebäudesortiment der Bausteinserie, mit Kaufhallen und Gaststätten unterschiedlicher Kapazität sowie Läden und Dienstleistungseinrichtungen in 5-, 6- und 11geschossigen Wohngebäuden realisiert. Auch sie werden günstig durch Straßenbahn und S-Bahn erschlossen. Der Bau dieser Bereiche ist im Wohnkomplex 4 relativ weit fortgeschritten, in den beiden westlichen Teilgebieten wurde er begonnen. Die Fertigstellung erfordert noch über Jahre den konzentrierten Einsatz der Bau- und Freiflächenkapazitäten.
Das Wohngebietszentrum (WK 5.2) ist als letzter Wohnungsbaustandort Grünaus mit 2630 WE im Jahre 1984 begonnen worden. Die vielgeschossige Bebauung ist bereits realisiert, der Wohnungsbau im Westteil wird 1987 abgeschlossen. Die 11- und 16geschossigen Wohngebäude rahmen als raumbildende und dominierende Baugruppe im Kern des Wohngebietes den repräsentativen gesellschaftlichen Bereich der Wilhelm-Pieck-Allee mit Einrichtungen der Verwaltung, Kultur, Gastronomie, des Handels, des Gesundheitswesens und der Dienstleistungen. Im Schnittpunkt der Fußgängerachsen Wilhelm-Pieck-Allee und Alte Salzstraße ist ein Platz mit Wilhelm-Pieck-Monument vorgesehen, an den sich der Standort für das Rathaus und die Vorbehaltsflächen für das Kultur- und Freizeitzentrum und das Hallenbad anschließen. Benachbarte Bereiche im Wohnkomplex 3 mit Handelseinrichtungen und im Wohnkomplex 4 mit dem Hauptpostamt, der Ortsvermittlungsstelle, der Zweigstelle von „Leipzig-Information" und einer Buchhandlung sind funktionell und gestalterisch Bestandteil des Wohngebietszentrums. Die gesellschaftlichen Einrichtungen werden mit Ausnahme der genannten Vorbehaltsstandorte von 1986 bis 1990 gebaut.
Ziel der Planung ist neben der Gewährleistung guter Wohnbedingungen auch im zentralen Bereich die Schaffung eines gesellschaftlichen Zentrums mit städtischem Charakter, das der Gesamtdimension des Vorhabens entspricht. Auf dieses Ziel sind alle bisherigen und künftigen Bemühungen um komplexe Gestaltung dieses wichtigsten Fußgängerbereiches im Wohngebiet zu richten.
Vieles ist insgesamt in und für Grünau noch zu bewältigen. Die großartigen Leistungen der Wohnungsbauer und der Tiefbauer aus den Baukombinaten sind eine Herausforderung für alle übrigen „Gewerke", die an der Fertigstellung des Wohngebietes mitzuwirken haben.
Die vielseitige Aufgabe der komplexen Stadtgestaltung – jetzt wichtigste Aufgabe der Architekten – erfordert zunehmend das Engagement der Freiflächenbauer, der Formgestalter, Grafiker, Maler und Bildhauer für Grünau.
Umfangreiche Bauvorhaben, wie das geplante Krankenhaus am Schönauer Park, die Pädagogische Hochschule, eine Berufsschule und Betriebe südlich des Wohngebietes, Bauhof und KFZ-Servicestation im östlichen Vorfeld mit vielfältigen funktionellen Beziehungen zum Wohngebiet sind darüber hinaus in den nächsten Jahren vorzubereiten und zu errichten.

Architekturbezogene Kunst im Wohngebiet Grünau

Dipl.-Ing. Hellmut Neumann, Architekt BdA/DDR
Stellv. Direktor des Büros für architekturbezogene Kunst – Bezirk Leipzig

Bei kaum einer anderen Bauaufgabe ist die Problematik der Integration von Funktion und Gestaltung so kompliziert und notwendig wie bei der Planung von Wohngebieten. Dies gilt besonders bei Größenordnungen, wie sie im vergangenen Jahrzehnt entstanden, um die Wohnungsprobleme auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik zu lösen. Die Kompliziertheit ihrer Lösung potenziert sich mit der Dimension der Wohngebiete, insbesondere wenn es sich um funktionelle Monostrukturen ohne historisch gewachsene Traditionen handelt, die auch über keine Mischung divergierender Funktionen verfügen, an deren Berührungs- und Reibungspunkten Charakteristisches entstehen könnte.

Das Neubaugebiet Leipzig-Grünau verfügt ebenso wie vergleichbare Großstandorte anderer Städte der DDR nicht über eine historisch gewachsene Struktur. Davon ausgehend wachsen Verantwortung und Anforderungen an das subjektive Wollen und Können der Architekten und Künstler und die Bereitschaft zum komplexen Denken. Die auf dieser Basis entstandenen städtischen Räume, insbesondere die Bereiche gesellschaftlichen Lebens, sollen Ansatzpunkte für neue Beziehungen der Bürger zur Wohnumwelt bieten. Die kontinuierliche Entwicklung eines Heimatgefühls kann nur erfolgen, wenn alle Gestaltungselemente als harmonische Einheit erfaßbar sind, ohne visuell vereinheitlicht zu wirken. In dieses Ziel der Gesamtplanung und komplexen Gestaltung ordnen sich die Werke der architekturbezogenen Kunst ein. Ebenso wie die städtebauliche Einordnung der Hochbauten, deren äußere und innere Form, ihre Farbgebung und die Gestaltung der Freiflächen, erfüllen die Kunstwerke neben ihrer inhaltlichen Aussage Aufgaben der Charakterisierung, Markierung und Gliederung der Wohnbereiche.

Um die unüberschaubare Ausdehnung des Gesamtgebietes Grünau für seine Bewohner und Besucher erfaßbar zu machen, galt es, die Gliederung in charakteristische Wohnkomplexe auch mit den Mitteln der architekturbezogenen Kunst zu fördern.

Von der städtebaulichen Grundstruktur, dem System der Fußgängerachsen und den Schwerpunkten gesellschaftlicher Kommunikation in den Haupt- und Nebenzentren wurde die Gesamtkonzeption der architekturbezogenen Kunst abgeleitet.

Die Gestaltung der zentralen Räume der einzelnen Wohnkomplexe wird durch ein die Grundidee dieses Bereiches tragendes Kunstwerk unterstützt. So wurden jeweils unverwechselbare Formen, Inhalte und Materialien gewählt, die im Zusammenspiel mit Freifläche, Kleinarchitektur, Werbung und Informationssystemen typische Erlebnisräume entstehen lassen. Ausgehend von diesen zentralen Kunstwerken wurde den Fußgängeralleen, deren Verweilplätzen und den gesellschaftlichen Gebäuden eine Reihe von Kunstwerken zugeordnet, die sich trotz vielgestaltiger künstlerischer Aussage in den Rahmenthemen der Wohnkomplexe bewegen.

Mit der angestrebten Differenziertheit, Unverwechselbarkeit, Vielfalt in Form und Inhalt, Funktion und Material sollen auch Ansatzpunkte für eine Identifikation mit der Wohnumwelt auf der Grundlage verschiedenartiger Wahrnehmungen, Empfindungen und Gefühle geschaffen werden, die zu einer Auseinandersetzung mit der Realität und damit zu einer schöpferischen Aneignung der Gegebenheiten zwingt.

Ausgehend von den im Rahmen des komplexen Wohnungsbaus zur Verfügung stehenden finanziellen und materiellen Fonds wurden die wichtigsten Standorte festgelegt. Diese „Erstausstattung“ mit Werken der architekturbezogenen Kunst kann jedoch nur der Ansatz für das von Stadtplanern, Architekten und Künstlern angestrebte Ziel sein. In allen Phasen der Planung war es ein wichtiges Anliegen, kein endgültiges, abgeschlossenes und zu Ende geplantes Gebiet zu schaffen. Es galt statt dessen Räume zu erhalten, die eine Entwicklung zulassen sowie Möglichkeiten der Verdichtung und damit der Verdeutlichung des Charakters der Wohnkomplexe anzubieten. Dieser kann sich aus dem sich perspektivisch ergebenden Nebeneinander künstlerischer Aussagen unterschiedlicher Epochen ausprägen. Diese begonnene Gestaltung soll wachsen wie ein Baum, sie muß gepflegt werden, um zu leben, sich zu entwickeln und zur Blüte zu gelangen. Die konkrete Planung und Erarbeitung der inhaltlichen Vorgaben berücksichtigt die zu erwartende Bevölkerungsstruktur. Für die Rezipienten aller Altersgruppen und sozialen Strukturen gilt es, Kunsterlebnisse zu schaffen, mit denen sich die Zielgruppen auseinandersetzen und die eine Identifikation ermöglichen, die angenommen werden.

Dies reicht von der bespielbaren Plastik, einem auch zum Spritzen geeigneten Trinkbrunnen über grafische und formgestalterische Markierungen als Orientierungspunkte von Wohnhöfen und Signalisierung gesellschaftlicher Einrichtungen bis zur politischen Aussage.

Dabei wurden auch Bezüge zu Kunstwerken der Leipziger Innenstadt durch Verwendung von Einzelelementen historischer Kunstwerke gesucht (wie z. B. die Kopie eines Fisches vom „Mendebrunnen“ an dem Trinkbrunnen im Komplexzentrum Grünauer Allee).

Ergänzend zu diesen als Auftragswerke entstandenen Kunstwerken wurden zur Erhöhung der Vielfalt Leistungen künstlerischer Aktionen wie die Bemalung von Trafostationen oder die komplexe Einordnungen der Ergebnisse von Bildhauersymposien zugeordnet. Als Beispiel seien die Anlage im Robert-Koch-Park oder der Freizeittreff an der Grünauer Allee genannt. Ebenso wurden als



1
Bronzeplastik „Beschützte Kindheit“ von Theo Balden am „Lindenhof“



2
Bemalter Hausdurchgang nach Entwürfen von Klaus Liebig und Bernd Sikora



3
Giebelgestaltung an der polytechnischen Oberschule S.-M. Kirow im Wohnkomplex 4 von Gert Pötschig und Heinz Käse



4



5

4
Bronzeplastik „Jugend und Sport“ von Irene Marquardt im Fußgängerbereich Alte Salzstraße

5
Sonnenuhr (Bronze/Sandstein) von Hartmut Klopsch im Wohnkomplex 4

6
Bemalte Trafostation von Bernd Sikora im Wohnkomplex 4. Ergebnis eines Pleinairs junger Leipziger Maler 1982

7
Im Robert-Koch-Park wurden 7 Plastiken des 3. Internationalen Leipziger Bildhauerpleinairs 1985 aufgestellt, darunter „Konfrontation“ von Viktor Todorov, VR Bulgarien

Möglichkeit typischer Gestaltungselemente im Auftrag der Nutzer künstlerisch gestaltete Freianlagen mit thematischem Bezug („Alfred-Frank-Ehrung“) geschaffen.
Für das Wohngebietszentrum als Konzentrationspunkt gesellschaftlicher Einrichtungen der Kultur, des Handels und der Verwaltung werden die nach Inhalt und Form bedeutendsten Werke der architekturbezogenen Kunst entstehen.
Eine Ehrung Wilhelm Piecks am zentralen Platz mit direktem Bezug zum geplanten Rathaus und eine Brunnenanlage als Würdigung der Leistungen der „Erbauer von Grünau“ bilden die künstlerischen Höhepunkte des Zentrums und des Gesamtgebietes Leipzig-Grünau. Östlich schließt sich eine aus den ersten drei Wohnkomplexen bestehende Struktureinheit an. Den künstlerischen Schwerpunkt findet dieser Bereich im gesellschaftlichen Zentrum. Im Schnittpunkt der Fußgängerachsen Grünauer Allee und Alte Salzstraße entsteht das 5 m hohe Kunstwerk „Turm der Jugend“ in Form einer Säule aus Porphyrtuff. Die Rahmenthematik dieses Komplexes „Freundschaft vereint die Jugend der Welt“ wurde in einer Reihe weiterer Kunstwerke umgesetzt. So spiegelt sich im Wohnkomplex 1 auf der Außenwand einer Schule das heitere Spiel der Kinder wider. Darauf bezieht sich auch die Gestaltung von drei Malwänden mit der inhaltlichen Vorgabe: „Kinder aus aller Welt“. Nur eine dieser drei Wände wurde von der Künstlerin, die anderen wurden unter ihrer Anleitung von Kindern gestaltet. Ein Angebot, das freudig aufgenommen wurde und weiter genutzt wird.
In den nördlich und westlich anschließenden Fußgängerbereichen befinden sich Kunstwerke zum Thema „Jugend und Sport“, „Eine junge Familie“ und die „Beschützte Kindheit“. Diese Standorte wurden in die Blickachsen zum „Turm der Jugend“ eingeordnet und bilden mit diesem das Gestaltungsgerüst entsprechend der „Konzeption Stadtgestaltung – Teil architekturbezogene Kunst“.
Entsprechend dieser Struktur sind die Wohnkomplexe 4, 5, 7 und 8 gestaltet und gegliedert. Den zentralen Räumen wurde jeweils das prägnanteste Kunstwerk zugeordnet –

WK 4: Plastisches Ensemble (Stahl), etwa 8 m hoch
WK 5: Wandgestaltung (Farb-Metall-Collage)
WK 7: Plastisches Ensemble (Naturstein-Stahl-Glas)
WK 8: Plastikgruppe (Bronze).

Ausgehend davon wurden analog den Wohnkomplexen 1/2/3 alle übrigen Kunstwerke mit dem Anliegen thematischer Vielfalt und Unverwechselbarkeit von Material und Form vorbereitet. Damit stellt sich die architekturbezogene Kunst als ein Element der Stadtgestaltung ihrer Aufgabe, bei der Schaffung von abwechslungsreichen Räumen, die eine Identifikation mit der Wohnumwelt ermöglichen, mitzuwirken.

6



7



Naherholungsgebiete, Parke und Freiflächen in und um Grünau

Dipl.-hort. Walter Lingslebe,
Büro des Chefarchitekten der Stadt Leipzig
Gartenbauing. Dieter Dippmann
VEB Freiflächenbau Leipzig

1



2

3



Die günstige Lage zu Grün- und Erholungsbereichen ist ein wesentliches Qualitätsmerkmal eines Wohngebietes. Dieser Gesichtspunkt spielte bei der Entscheidung für den Standort Leipzig-Grünau an der südwestlichen Peripherie der Bezirksstadt eine große Rolle. Durch die Einbeziehung vorhandener Parke und Einfamilienhaussiedlungen und die Anbindung an vorhandene und geplante Naherholungsgebiete besitzt das Wohngebiet gute Voraussetzungen für die Naherholung seiner Bürger.

An erster Stelle ist hier das Naherholungsgebiet Kulkwitzer See zu nennen, das sich unmittelbar an das Wohngebiet westlich anschließt. Ein 150 ha großes Tagebaurestloch, das sich seit Stillegung des Tagebaues im Jahre 1963 mit Wasser füllt, bietet den Grünauer und Leipziger Bürgern ideale Möglichkeiten für die aktive Erholung am Wasser. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind die landschaftsgestalterischen und baulichen Arbeiten an der Uferzone Miltitz abgeschlossen. Die Uferzonen Lausen, Göhrenz und Markranstädt befinden sich in der Realisierung. Bisher entstanden ausgedehnte Strandbereiche, Sport-, Spiel- und Liegewiesen, ein Zeltplatz, Bungalowsiedlungen, mehrere Gaststätten, Verkaufseinrichtungen und Parkplätze. Das Gebiet besitzt heute eine Kapazität von 25000 Erholungssuchenden je Tag.

Nördlich schließt sich über Miltitz und Rückmarsdorf bis zum Waldgebiet des Bienitz die Aue des Zschampertbaches an. Diese Auelandschaft ist Bestandteil eines Grünringes um die Stadt Leipzig und wird zum Naherholungsgebiet ausgebaut.

Zwischen der Reichsbahnstrecke Leipzig-Erfurt und dem Wohngebiet Grünau liegt das ehemalige Kiesabbaugebiet Rückmarsdorf, das durch Höhenunterschiede, stark zergliederte Wasserflächen sowie geordnete und ungeordnete Deponien gekennzeichnet ist. Der Landschaftsraum wird durch eine Erdstoffkippe des Wohnungsbaus als deutlich wahrnehmende Erhebung beherrscht. Nördlich davon entsteht durch Kiesabbau eine 14 ha große Wasserfläche. Auf der Grundlage einer 1981 erarbeiteten Leitplanung wird sich dieses Gebiet unter Verantwortung des Rates der Stadt schrittweise zu einem Naherholungsgebiet entwickeln. Dabei ist das Ziel eine mehrfach nutzbare Landschaft. Bei einer Vorrangstellung der Naherholung sind der Landwirtschaft zumutbare Nutzungsbedingungen einzuräumen.

Von besonderer Bedeutung für die Naherholung der Grünauer Bürger sind die vorhandenen Parkanlagen.

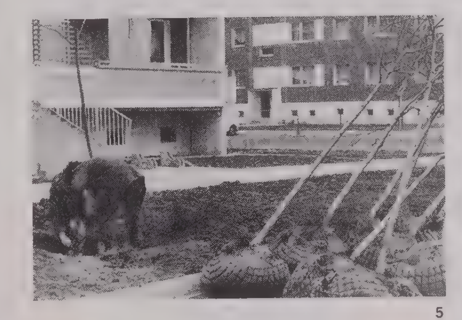
Der Schönauer Park, um 1880 entstanden, ist ein landschaftlich gestalteter ehemaliger Gutspark, der sich durch großräumige Gestaltung und einen dendrologisch wertvollen Baumbestand auszeichnet. Er wurde bisher hauptsächlich zur Durchführung von Volksfesten genutzt. Unter Beachtung neuer Wegeanbindungen kommt es im wesentlichen dar-

1
Strandleben am Kulkwitzer See, einem ehemaligen Tagebaurestloch
2
Leitplanung für das künftige Naherholungsgebiet „Schönauer Lachen" im Norden des Wohngebietes
3
Die aus ehemaligen Kiesgruben entstandenen „Schönauer Lachen", heute Wasservogelschutzgebiet und teilweise als Bade- oder Angelgewässer genutzt, sind ein wichtiger Bestandteil des geplanten Naherholungsgebietes
4
Leitplanung Miltitzer Park. Die Aufforstung des Geländes erfolgte 1979 bis 1981.
5
Viele tausend Bäume wurden schon im Wohngebiet gepflanzt.
6
Westlicher Rand des Robert-Koch-Parkes. Im Hintergrund das Wohngebietszentrum im Bau
7
Pergola an der Grünauer Allee



4

auf an, die Funktionsbereiche so zu ordnen und zu gestalten, daß der zentrale Parkraum um die große Wiese als Stätte der Ruhe und Erholung erhalten bleiben. Im Norden ist ein Sport- und Freizeitkomplex geplant.
Der Robert-Koch-Park ist ein unter Denkmalschutz stehender Landschaftspark der Jahrhundertwende mit Merkmalen des Jugendstils. Er enthält zwei repräsentative Villen, Torgebäude, Pavillons sowie mehrere Teichanlagen. Das Kernstück des Parkes ist der in barocker Auffassung der Hauptvilla nördlich vorgelagerte Parkraum mit einer vierreihigen Lindenallee, die die Verbindung zum Schönauer Park herstellt. Nach 1945 ging der Park in die Rechtsträgerschaft des Gesundheitswesens über. Dadurch wurden Baumaßnahmen und Veränderungen erforderlich. Im Jahre 1983 ist ein Teil des Parkes in die öffentliche Nutzung überführt worden. Die Rekonstruktion des Parkes erfolgt auf der Grundlage der im Jahre 1984 bestätigten denkmalpflegerischen Zielstellung.
Als Ergänzung zu den vorhandenen Parken wird im Bereich des Wohnkomplexes 7 ein neuer Wohngebietspark errichtet. Durch seine günstige Lage südlich von Miltitz ist er ein wichtiges Bindeglied zwischen den Naherholungsgebieten Kulkwitzer See und Zschampertaue. Dort werden Ruhebereiche und ein Zentrum für aktive Freizeitgestaltung mit einem vielfältigen Angebot familiengerechter Spiel- und Sportanlagen entstehen. Das Gelände wurde 1979 bis 1981 aufgeforstet. Mit dem Heranwachsen der Gehölze wird der Park schrittweise realisiert.
Obwohl mit den vorhandenen Erholungsgebieten und Parken gute Voraussetzungen für die Naherholung der Grünauer Bürger bestehen, sind auch innerhalb des Wohngebietes in ausreichendem Maße erholungswirksame Grünflächen zu schaffen. Grundlage für das quantitative und qualitative Freiflächenangebot in den Wohnkomplexen ist die „Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Neubauwohngebieten".
Die beiden Parkanlagen, der Schönauer Park und der Robert-Koch-Park mit der vierreihigen Lindenallee, wurden in das Wohngebiet einbezogen. Von dieser vorhandenen Grünsubstanz, von den Wohnkomplexzentren und den Haltestellen des öffentlichen Personennahverkehrs ausgehend wurde ein Netz von Grünbereichen und Wegen entwikkelt, das nach außen an die bereits genannten Naherholungsgebiete und an Grünbereiche der Stadt anbindet. Von besonderer Bedeutung sind drei nordsüdgerichtete Fußgängerachsen. Durch die Anlagerung gesellschaftlicher Einrichtungen, die differenzierte Gestaltung von Platz-, Wege- und Vegetationsflächen sowie die Ausstattung mit Sitzplätzen, Brunnen, Plastiken und Kleinarchitekturen werden sie zu städtischen Fußgängerzonen ausgebildet.
Die äußere Verkehrserschließung und die Anwendung der Wohnungsbauserie WBS 70 mit beidseitigen Hauseingängen ermöglichen ungestörte innere Grünbereiche. Es ergeben sich zusammenhängende verkehrsfreie Fußwegverbindungen von den Wohnungen zu den Kaufhallen, Gaststätten, Schulen, Kindereinrichtungen und den Haltestellen der Straßen- und S-Bahn.
Die Wohnhöfe enthalten Spielplätze für Kleinkinder, Sitzplätze und Wäschetrockengerüste. Mieterterrassen werden in Grünau nur im Wohngebietszentrum vorgesehen, weil hierzu bisher die hochbaulichen Voraussetzungen fehlten. Trotzdem haben viele Bürger von ihren Vorgärten Besitz ergriffen; sie pflanzten Blumen und Sträucher und übernahmen deren Pflege.
Die Spielplätze der mittleren und höheren Altersstufen sind im erforderlichen Lärmabstand zu den Wohnungen vorwiegend im öffentlichen Grünbereich, jedoch auch in größeren Wohnhöfen und in Verbindung mit Sportanlagen eingeordnet.


5


6


7

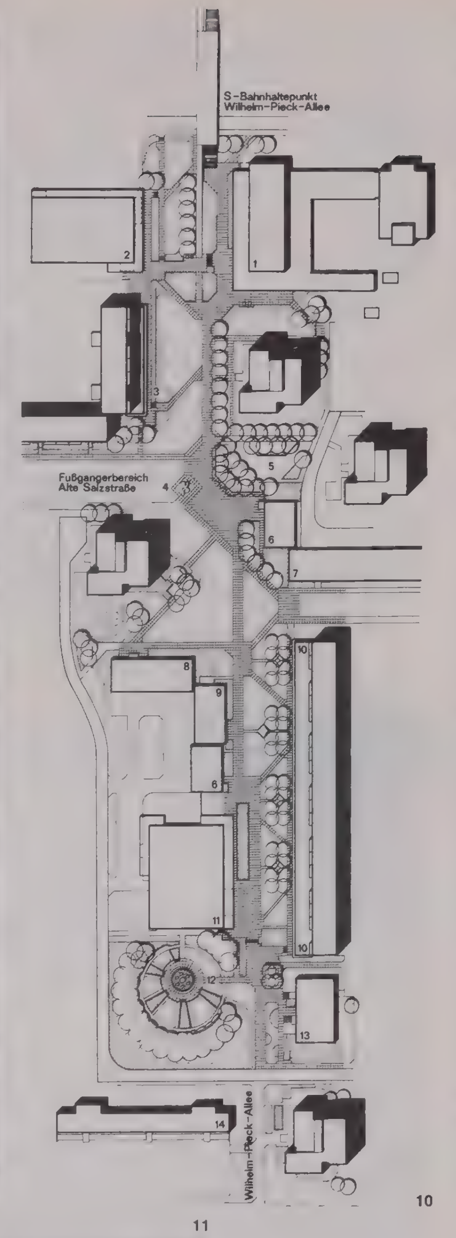
Mit der Standortwahl für die Sportplätze wurde das Ziel verfolgt, den Sport und die aktive Freizeitgestaltung eng mit anderen Lebensbereichen der Bewohner zu verbinden. Durch die Anlagerung an öffentliche Grünbereiche im Wohnkomplex oder im Wohngebietspark und die Bezugnahme zu Einrichtungen der Bildung, Erholung, Gastronomie und Kultur wird sich der Aufforderungscharakter der Sportanlagen erhöhen. Es entstehen für die einzelnen Wohnkomplexe unterschiedliche Lösungen, die mit dazu beitragen werden, jedem Wohnkomplex sein eigens Gesicht zu geben. Am Rande des Wohnkomplexes 8 wurde ein größerer Sportkomplex mit einer Stadionanlage ausgewiesen, der durch seine funktionellen Beziehungen zum Naherholungsgebiet Kulkwitzer See und zum Miltitzer Park zur Aufwertung dieser Erholungsbereiche beitragen wird.
Von Anbeginn galt es, die vorhandene Aus-



8



9



10



11

8/9
Wohnen mit Grün, das von den Mietern selbst gestaltet wurde

10
Fußgängerbereich Wilhelm-Pieck-Allee. Südabschnitt
1 Hauptpostamt/Ortsvermittlungsstelle
2 Kaufhalle WtB, 700 m^2 VRFl
3 Leipzig-Information/ Buchhandlung
4 Plastik „Arbeitersport"
5 Spielplatz
6 Verkaufsstellen Fleisch/Fisch
7 Dienstleistungsannahme
8 Friseur, Kosmetik/ Wohngebietsbibliothek
9 Apotheke
10 Industriewaren (Funktionsunterlagerung WBS 70/12 000/11)
11 Jugendklubhaus „Völkerfreundschaft"
12 Freizeittreff mit Brunnenanlage
13 Ambulatorium
14 Polytechnische Oberschule

11
Innenhofgestaltung im Wohnkomplex 7. Ehrung für Alfred Frank, entstanden anläßlich seines 100. Geburtstages durch Initiative der gleichnamigen AWG nach Entwurf von Bernd Sikora

führungskapazität des Grünanlagenbaues so effektiv wie möglich einzusetzen sowie die rationellsten Technologien und Materialien vorzusehen und zu verwenden. Großplatte (1200 mm × 1200 mm und 1200 mm × 600 mm) und Mauerbalken (300 mm × 200 mm im Querschnitt) waren verfügbar und wurden konsequent als Hauptelemente eingesetzt. Sie prägen und bestimmen das Gesamtbild. Trotz jährlich erheblich gestiegener Bilanzanteile reicht auch derzeitig die vorhandene Kapazität nicht aus, mit dem Bautempo des Wohnungsbaues Schritt zu halten und dem Auftraggeber mit dem Gebäude auch komplette Grünanlagen zu übergeben. So werden mit der Übergabe der Volksbildungseinrichtungen Teilflächen fertiggestellt. Bei der Vorschuleinrichtung sind das die Zugänge, Terrassen sowie ein Gruppenspielplatz, bei der polytechnischen Oberschule ein Zugang und der Pausenhof. Die Komplettierung der Außenanlagen erfolgt noch im gleichen Jahr. Für den Wohnungsbau werden zur Übergabe der Originalweg auf einer der beiden Erschließungsseiten sowie die Wirtschaftseinrichtungen gesichert. Die Fertigstellung der Freiflächen erfolgt in der zweiten Ausbaustufe. Zentrale Bereiche wie Fußgängerzonen, Spiel- und Erholungsflächen außerhalb der Wohnhöfe werden erst nach Realisierung der Gesellschaftsbauten errichtet.

Trotz der Probleme, die sich aus der zu geringen Ausführungskapazität im Grünanlagenbau ergeben, waren die Bemühungen um eine gute Qualität immer aktuell.

Aus gestalterischen Gründen und zur Verringerung des Bauaufwandes wurde ohne Einschränkung der Funktion eine Reduzierung befestigter Flächen zugunsten von Vegetationsflächen angestrebt. Neben Einzel-, Gruppen- und Reihenpflanzungen wurden in verstärktem Maße massive Baumpflanzungen vorgesehen. Starkbäume werden dort verwendet, wo es auf schnelle Wirkung ankommt, wie an Schulen, Vorschuleinrichtungen und im öffentlichen Grün.

In den Komplexzentren entstehen Fußgängerzonen, die sich in ihrer Formensprache deutlich voneinander unterscheiden:

- Grünauer Allee im Wohnkomplex 2 mit drei Lindenreihen und einem Freizeittreff unter Verwendung von Plastiken des ersten Leipziger Bildhauer-Pleinairs 1979
- Alte Salzstraße in den Wohnkomplexen 2 und 3 mit rechtwinkligen Pflanzbeeten, Sitzplätzen, Trinkbrunnen und Plastiken
- Wilhelm-Pieck-Allee im Wohnkomplex 4 mit diagonaler Flächenaufteilung, Sitzgruppen und einem interessant gestalteten Erholungsbereich um eine Brunnenanlage vor dem Jugendklub „Völkerfreundschaft"
- Wilhelm-Pieck-Allee im Wohngebietszentrum mit einem repräsentativen Wasserbecken mit Plastiken zur Ehrung der Erbauer von Grünau, mit halbrunden Sitznischen und pergolaartigen Bauteilen
- Miltitzer Allee in den Wohnkomplexen 7 und 8 mit freieren Formen und landschaftsbezogenen Gestaltungselementen.

Als Schwerpunkte in der Freiflächengestaltung wurden auch die öffentlichen Spielplätze angesehen. Hier wurde vor allem durch Geländemodellierung und die Verwendung von Spielplastiken eine Differenzierung verschiedener Bereiche erreicht.

Das Ziel aller Bemühungen sind vielseitig nutzbare Freiflächen, in denen sich die Bürger wohlfühlen. Die fertiggestellten Bereiche in den Wohnkomplexen 1 bis 3 haben sich schon zum echten Lebensraum der Bürger entwickelt.

Baumaßnahmen des Verkehrs im Wohngebiet Grünau

Dipl.-Ing. Walter Stein, Leiter des Büros
Dipl.-Ing. Günter Jana, Planungsingenieur

Büro für Verkehrsplanung
der Stadt Leipzig



Der Wohnungsbaustandort Leipzig-Grünau beeinflußt nicht nur die Stadtstruktur, sondern in hohem Maße auch die Verkehrsstruktur der Stadt Leipzig. Allein die Lage des Wohngebietes am westlichen Stadtrand und die Gesamtzahl der Wohnungen erforderten eine Erweiterung des Verkehrsnetzes der Stadt und haben zugleich beträchtliche Auswirkungen auf das vorhandene Netz.
Bei einer Gesamtgröße des Wohngebietes von rund 37600 WE ergibt sich ein Gesamtverkehrsaufkommen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) von ca. 16000 Fahrgästen je Spitzenstunde sowie ca 5500 Pkw je Spitzenstunde im Straßenverkehr.
Diese bereits im Planungsstadium prognostizierten Aufkommenswerte des Verkehrs für das Jahr 1990 wurden durch regelmäßig in der Vergangenheit durchgeführte Verkehrszählungen bestätigt.

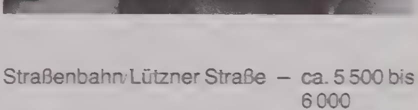
Prämissen für die Verkehrserschließung
Bei der Planung der Verkehrserschließung des Wohngebietes wurde von folgenden Prämissen ausgegangen:

- Dem öffentlichen Personenverkehr gebührt im Gesamtsystem Verkehr der Vorrang. Dabei ist eine Netzdichte zu erreichen, die der guten Erschließung in der vorhandenen Stadt entspricht.
- Es ist sowohl für den öffentlichen Personenverkehr als auch für den Straßenverkehr eine mehrfache Anbindung an die Stadt zu gewährleisten.
- Die Haupterschließung des Wohngebietes im öffentlichen Verkehr erfolgt entsprechend dem Verkehrsaufkommen und dem Verlauf der Verkehrsströme durch schienengebundene Verkehrsmittel.
- Um den privaten Kfz-Verkehr von vornherein in Grenzen zu halten, ist das Angebot an leistungsfähigen öffentlichen Verkehrsmitteln in Übereinstimmung mit dem Baufortschritt im Wohnungsbau zu garantieren.
- Die straßenseitige Erschließung ist so zu gestalten, daß durchgehender Verkehr innerhalb der Wohnkomplexe ausgeschlossen wird.
- Durch Ausbau eines umfangreichen Radwegenetzes sind Querbeziehungen innerhalb des Wohngebietes sowie günstige Verbindungen zu den Arbeitsstätten im Osten des Wohngebietes und zum Naherholungsgebiet Kulkwitz am Westrand des Wohngebietes zu ermöglichen.
- Die Verkehrsanlagen sind versehrtengerecht zu gestalten.
- Die Flächennutzung im Wohngebiet muß den Erfordernissen des ruhenden Verkehrs gerecht werden. Die Bedarfsdeckung an Stellplätzen muß den Richtwerten entsprechen.



1
Zufahrt zum Wohngebiet über den neugebauten Abschnitt der Antonienstraße





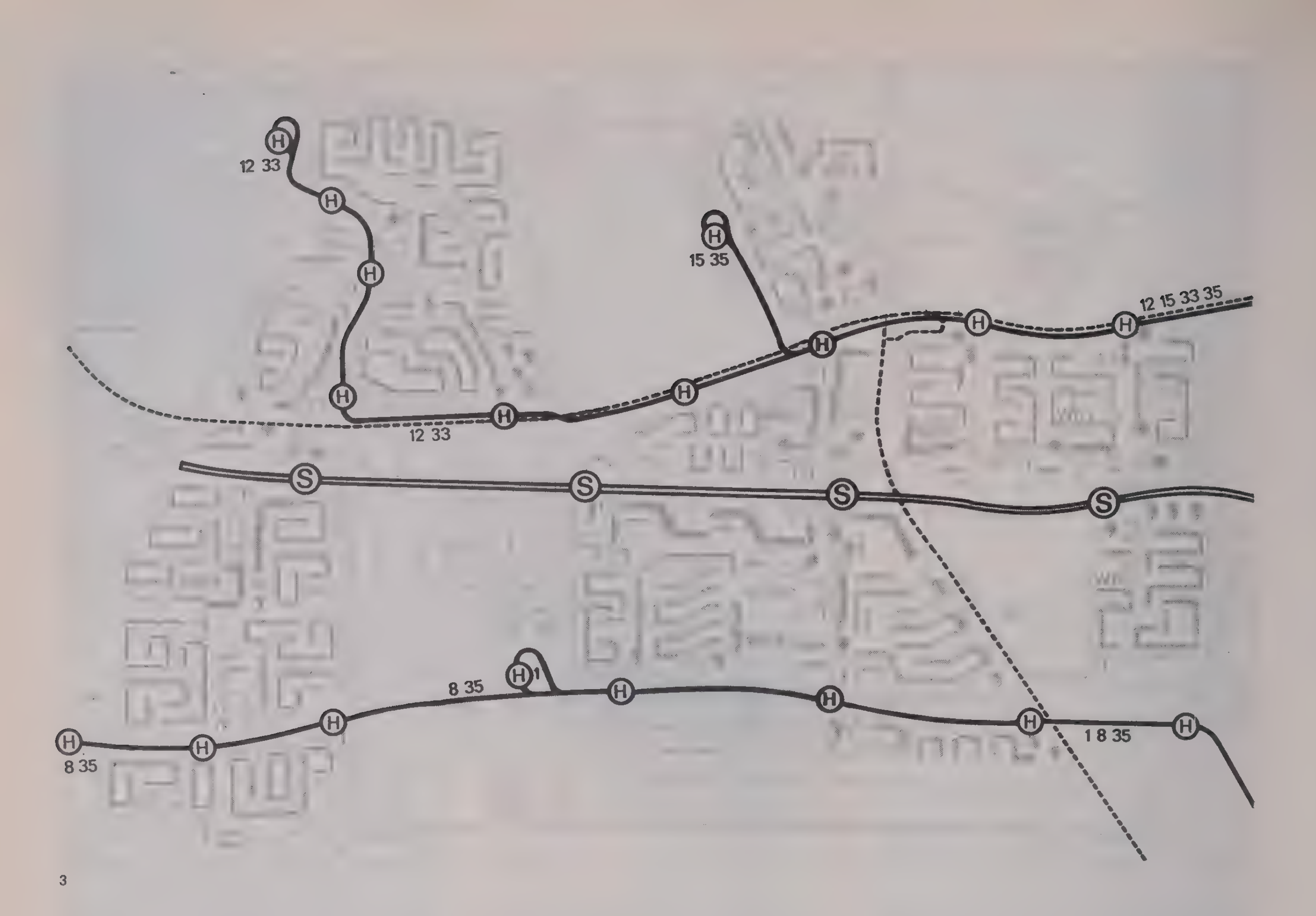
2
Inbetriebnahme der ersten Teilstrecke des Straßenbahnnetzes nach Grünau-Süd im April 1979

Realisiertes Verkehrssystem
Auf der Grundlage dieser Planungsprämissen wurde das Verkehrserschließungssystem für das Wohngebiet Grünau so aufgebaut, daß die innere Erschließung durch öffentliche Verkehrsmittel gesichert wird und eine vorwiegend äußere Erschließung im Straßennetz vorhanden ist. Die Grundstruktur des Gesamtgebietes wird dabei durch die in der Schwerachse der Bebauung verlaufende S-Bahn-Trasse geprägt. Sie bildet funktionell und kompositorisch das Grundgerüst des Verkehrssystems sowie der städtebaulichen Gestaltung, da sich an diese Ost-West-Hauptachse die Zentren der Wohnkomplexe anlehnen. Die nördlichen und südlichen Bereiche werden durch Straßenbahnlinien erschlossen. Die Führung der Straßenbahn erfolgt überwiegend parallel zu den beiden wichtigsten Verkehrsstraßen.
Zur Gewährleistung von tangentialen Verkehrsbeziehungen und Umsteigemöglichkeiten zwischen den 3 Verkehrsachsen (Straßenbahn, S-Bahn, Straßenbahn) wurde eine in Nord-Süd-Richtung verlaufende Buslinie eingerichtet.
Gegenwärtig trägt die Straßenbahn die Hauptlast des Verkehrs. Das Verkehrsaufkommen im ÖPNV ist nach Fertigstellung des Wohngebietes wie folgt aufgeteilt (Fahrgäste je Spitzenstunde):

Straßenbahn Lützner Straße	– ca. 5 500 bis 6 000
S-Bahn	– ca. 3 500 bis 4 000
Straßenbahn Ratzelstraße	– ca. 5 000 bis 5 500
Buslinie W	– ca. 1 000

Durch den geringen Abstand der Trassen voneinander – durchschnittlich 600 m – hat ein großer Teil der Bürger Grünaus die Möglichkeit, verschiedene Verkehrsmittel zu benutzen. Nur ein geringer Teil hat einen Fußweg von mehr als 300 m bis zu einer Haltestelle zurückzulegen.

S-Bahn
Die S-Bahn wird vom Bahnhof Plagwitz aus der vorhandenen S-Bahnstrecke herausgeführt und verläuft dann in Richtung Westen bis zum WK 8. Die Gesamtlänge der Strecke mit vier neuen Haltepunkten beträgt 4,5 km. Sie wurde zeitlich parallel oder im Vorlauf zum Wohnungsbau errichtet. Die abschnittsweise Inbetriebnahme entsprach damit dem jeweils auftretenden Verkehrsbedürfnis.
Die gestalterische Einordnung der S-Bahn in das Wohngebiet kann als gelungen eingeschätzt werden. Die durchschnittliche Tiefenlage der S-Bahn im Wohngebiet von etwa 3 m unter Gelände stellt ein volkswirtschaftliches Optimum zwischen Niveaulage und voller Einschnittlage dar. Damit paßt sie sich auch relativ gut in die Umgebung ein und trägt andererseits besonders durch die errichteten



3

Straßen- und Fußgängerbrücken zur Belebung des Wohngebietes bei. Umweltbelastungen haben sich aus dieser Lösung bisher nicht ergeben.
Im Bereich der Kirschbergsiedlung wurde die Einschnittiefe auf 2,50 m reduziert, um die Einschnittbreite und damit die Inanspruchnahme von bebautem Gelände zu reduzieren.
Die Bahnsteige im Wohngebiet wurden als Außenbahnsteige mit einer Breite von 5,50 m und einer Länge von 200 m ausgebildet. Lediglich der 4. Haltepunkt am Streckenende wurde mit Inselbahnsteig gestaltet. Die Zugänge zu den Bahnsteigen sind mit Treppen und Rampen ausgestattet.
Im Vorlauf zum Bau der S-Bahn wurden die querenden Straßen- und Fußgängerbrücken rohbaufertig hergestellt, um die komplizierten Probleme des Bauens über elektrischer Fahrleitung zu vermeiden. Insgesamt wird die S-Bahntrasse von 3 Straßenbrücken, 4 Fußgängerbrücken und einer Medienbrücke überspannt. Die Fußgängerbrücken sind jeweils mit Treppen und Rampen versehen. Die Gestaltung der Rampen ist vielfältig (Längsrampen, Wendelrampen). Sie sind mit einer Neigung von 6 % versehen und damit auch versehrtengerecht ausgebildet.

Straßenbahn
Die Straßenbahn wird in zwei parallel zur S-Bahn verlaufenden Trassen geführt und erschließt somit die nördlichen und südlichen Teilbereiche des Wohngebietes. Beide Straßenbahntrassen entlang der Lützner Straße und der Ratzelstraße sind an das vorhandene Liniennetz angebunden. Auch die Straßenbahnverlängerungen erfolgten in jeweils 2 Etappen. Der erste Teilabschnitt (Verlängerung im Zuge der Ratzelstraße bis zum Westrand des WK 4) wurde im Vorlauf zum Wohnungsbau realisiert.
Die Etappe der Straßenbahnverlängerung zur Erschließung des WK 7 mit einer Gesamtlänge von 2,6 km wurde wiederum in zwei Realisierungsabschnitte unterteilt, wobei am Ende des ersten Abschnittes ein provisorisches Wendedreieck errichtet wurde. Dadurch konnte der WK 7 bereits ein Jahr früher als geplant mit Straßenbahn erschlossen werden. Im Rahmen der Intensivierung der Verkehrsanlagen wurde der Ausbau der ursprünglich vierspurig geplanten Verkehrsstraßen auf zwei Spuren reduziert. Damit änderte sich auch die Planung für den Ausbau der Straßenbahn, die innerhalb des Wohngebietes nunmehr durchgängig in Seitenlage zu den Verkehrsstraßen liegt. Im Zuge der Lützner Straße wurde die Trasse konsequent auf der Bebauungsseite geführt. Dadurch ergeben sich mehrere Kreuzungen mit dem Straßenverkehr. Für den Benutzer der Straßenbahn hat das den Vorteil, daß er auf dem Weg zur Haltestelle nicht die stark belegten Verkehrsstraßen überqueren muß. Auf den Neubaustrecken kamen die Querschwellenbauweise sowie Trassierungsparameter für Schnellstraßenbahnen zur Anwendung.
Mit der Inbetriebnahme der Straßenbahnverlängerung nach Lausen im Zuge der südlichen Straßenbahntrasse am 30. 11. 85 wurde das geplante System des öffentlichen Personennahverkehrs endgültig wirksam. Mit insgesamt 8,2 km Straßenbahn-Doppelgleis, 4 Wendeschleifen und 4 Gleichstrom-Unterwerken wurden in Grünau große Bauleistungen durch die Bauarbeiter des VEB Verkehrs- und Tiefbaukombinat Leipzig sowie dessen Kooperationspartner vollbracht. Ebenso großen Anstrengungen unternehmen täglich die Werktätigen des VEB Kombinat Verkehrsbetriebe der Stadt Leipzig (LVB), die insbesondere im Berufsverkehr bei einer Zugfolgezeit von durchschnittlich 3 Minuten für eine pünktliche und sichere Beförderung der Fahrgäste sorgen.

Straßennetz
Das Straßennetz wurde so aufgebaut, daß einerseits vorhandene Straßen ausgebaut werden (Lützner Straße) bzw. an vorhandene Straßen angebunden wird (Ratzelstraße/Antonienstraße), andererseits zur Bewältigung des Gesamtverkehrsaufkommens eine neue Straße (nördliche Randstraße) als Bestandteil eines prognostisch geplanten übergeordneten Straßennetzes konzipiert wurde. Zusätzlich, jedoch in Abhängigkeit von der Realisierung des südlich vom Wohngebiet geplanten Arbeitsstättengebietes Weidenweg, ist eine vierte Straßentrasse (Industriesüdtangente) in Ost-West-Richtung für eine Verkehrsanbindung des Wohngebietes geplant. Die beiden das Wohngebiet im Norden und Süden tangierenden Straßen sollen eine zügige Verbindung zum zentralen Bereich der Stadt gewährleisten. Um den Verkehr des Wohngebietes besonders auf die beiden leistungsfähig geplanten Umgehungsstraßen zu orientieren, wurden mit der Brnoer Straße, der Schönauer Straße, der Kiewer Straße und der Straße am See wichtige Nord-Süd-Verbindungen innerhalb des Wohngebietes bereits realisiert. Die Straßen wurden im Vorlauf zum Wohnungsbau fertiggestellt. Damit und mit dem Ausbau der Straßenverbindung zu dem 1,5 km südlich des Wohngebietes liegenden Fertigteilumschlagplatz wurden für den gesamten Bauverkehr günstige Bedingungen geschaffen.
Insgesamt wurden vom Straßenwesen seit Beginn der Errichtung des Wohngebietes für die Primär- Verkehrsbaumaßnahmen Bauleistungen in Höhe von rund 60 Mio Mark erbracht. Dazu gehören rd. 8 km Straßenneubau, die Rekonstruktion und Erweiterung vorhandener Straßen sowie die Errichtung von Straßen- und Fußgängerbrücken.

Verkehrsablauf innerhalb des Wohngebietes
Die straßenseitige Erschließung der einzelnen Wohnkomplexe und Wohnbereiche erfolgt vorwiegend nach den beiden Grundsystemen der Erschließungsform: Außenringsystem (z. B. WK 5, WK 7) und schleifenförmiges System (z. B. WK 4). Die Anbindung und

3
Erschließung des Wohngebietes durch den öffentlichen Personennahverkehr

4
Die im Einschnitt verlaufende S-Bahn im Bereich des künftigen Wohngebietszentrums

5
Fußgängerbrücke am S-Bahn-Haltepunkt Grünauer Allee

6
Mit vier Stammlinien der Straßenbahn und zwei Verstärkungslinien im Berufsverkehr werden die nördlichen und südlichen Bereiche des Wohngebietes erschlossen.

Erschließung der Wohnbereiche und Wohnblöcke erfolgt über das klassifizierte Straßennebennetz (Sammelstraßen, Anliegerstraßen) in Verbindungen mit einem nichtklassifizierten Wegenetz (befahrbarer Gehweg), wobei als hauptsächliche Straßentypen die Stichstraße, die Schleifenstraße und die eingehängte Straße zur Anwendung kommen, die keinen oder nur geringen Durchgangsverkehr zulassen und damit die geringsten Belästigungen für die Anwohner ergeben.
Die Abdeckung des ruhenden Verkehrs ist insgesamt zufriedenstellend.
Die Stellplätze werden zu etwa 50 % innerhalb der Wohnbereiche an Sammelstraßen und Anliegerstraßen vorwiegend in Senkrechtaufstellung ausgewiesen, die restlichen 50 % werden als Randparkplätze am Rande der Wohnkomplexe angeordnet. Die neuesten Ermittlungen ergaben, daß die innerhalb der Wohnbereiche vorhandenen Stellplätze in den Abendstunden sämtlich belegt sind und immer mehr auf die Randparkplätze ausgewichen werden muß.
Beginnend bei der Planung bis hin zur Umsetzung wurden Voraussetzungen für die versehrtengerechte Erschließung der Wohnkomplexe geschaffen. Infolge der konzentrierten Anordnung von Wohnungen für Rollstuhlfahrer wurde auf folgende Maßnahmen besonderer Wert gelegt:

- Gestaltung des Fußwegnetzes ohne bauliche Hindernisse
- Anschluß der im Erdgeschoß liegenden Versehrtenwohnungen, der wichtigsten gesellschaftlichen Einrichtungen, der S-Bahn-Haltepunkte und der Fußgängerbrücken mit 6 % geneigten Rampen
- Reservierung von Parkstellplätzen nahe der Wohnung.

Auch für den Radverkehr sind bereits umfangreiche Baumaßnahmen realisiert worden. Schwerpunkt des Radwegnetzes sind die kombinierten Geh-/Radbahnen entlang der S-Bahn sowie parallel zur Lützner Straße, wobei von den insgesamt 17 km geplanten Radwegverbindungen in Grünau bereits etwa 12 km genutzt werden können. Für den Radweg entlang der S-Bahn wurden Randfelder der Straßen- und Fußgängerbrücken so ausgebildet, daß Rad- und Gehbahn niveaufrei kreuzen.

Einschätzung des derzeitigen Verkehrsablaufs

Kurz vor der Fertigstellung der letzten Wohnungen im Wohngebiet Grünau kann man einschätzen, daß sich der überwiegende Teil der realisierten Verkehrslösungen bewährt hat. Besonders gelungen erscheint das klare Prinzip der Gestaltung der einzelnen Wohnkomplexe mit der Bevorzugung des Fußgängerverkehrs und der Orientierung auf die Haltestellen des öffentlichen Verkehrs sowie die günstige Einordnung der schienengebundenen Verkehrsmittel. Damit konnte eine bevorzugte Benutzung des Pkw vermieden werden; der Anteil der einzelnen Verkehrsarten am Gesamtverkehrsaufkommen entspricht dem Stadtdurchschnitt. Noch zu realisieren ist die geplante nördliche Randstraße, um zeitweilige Stauerscheinungen abzubauen.


4


5

6


Stadttechnische Erschließung im Wohngebiet Grünau

Dipl.-Ing. Joachim Krauskopf, VEB Baukombinat Leipzig
Bauing. Horst Winter, VEB Verkehrs- und Tiefbaukombinat Leipzig

Der Wohnungsbaustandort Leipzig-Grünau stellte auch an die stadttechnische Planung und Realisierung neue Anforderungen.
Es kam darauf an, ausgehend von der Generalplanung der Stadt Leipzig eine Gesamtplanung Stadttechnik für das Wohngebiet Grünau zu entwickeln, die sowohl die Ver- und Entsorgung für den Endzustand der Bebauung als auch die einzelnen Etappen der Realisierung berücksichtigt.
Bei der Realisierung mußten sowohl herkömmliche Bauweisen als auch neue Technologien eingesetzt werden, um den Anforderungen eines koordinierten industrialisierten Bauens gerecht zu werden. Dabei spielten der Einsatz des Schildvortriebes für den Bau der Hauptentwässerungsleitungen, die Errichtung von Staukanälen mit verfahrbarer Stahlschalung und der Einsatz von Winkelwandelementen für den Magistralsammelkanal eine entscheidende Rolle.

Erschließungssysteme

Das Erschließungssystem des Wohngebietes Leipzig-Grünau beruht auf Sammelkanaltrassen, Gebäudekollektoren und erdverlegten Einzeltrassen. Sammelkanaltrassen wurden gewählt für Haupttrassen der Erschließung, Bereiche hoher Leitungskonzentration mit optimaler Auslastung der zur Verfügung stehenden Querschnitte, hochwertig befestigte Flächen und Querungen von Hauptverkehrstrassen.
Der Gebäudekollektor der Wohnungsbauserie 70 wurde als grundsätzliches Erschließungselement genutzt. Die Versorgungskonzeptionen nahmen speziell auf die technischen und technologischen Möglichkeiten zur maximalen Nutzung des Kollektorquerschnittes bezug.
Erforderliche Leitungstrassen der Haupterschließung, vorwiegend für Wasser- und Elektroversorgung, die nicht in einer Sammelkanaltrasse bzw. auf Grund der Querschnittsgestaltung nicht im Kollektor untergebracht werden konnten, wurden als erdverlegte Einzeltrassen geplant. Nebennetze und Anschlußleitungen wurden ebenfalls als Einzeltrassen konzipiert.

Fernwärmeversorgung

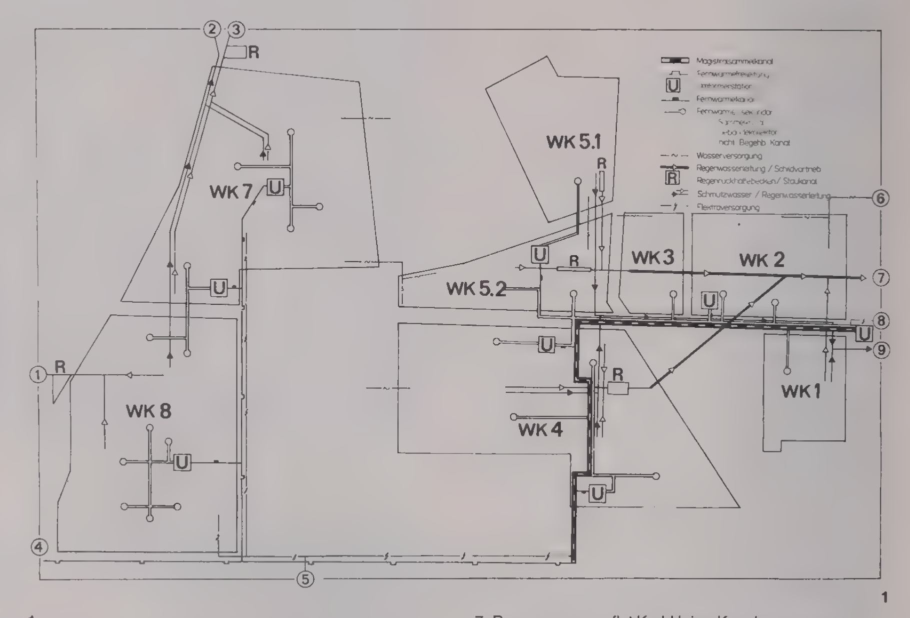
Entsprechend der Konzeption des Energiekombinates Leipzig wurden die ersten Wohnungseinheiten über umsetzbare Heizwerke versorgt. Dadurch wurde auch die Lage der ersten Umformerstation bestimmt.
Die endgültige Versorgung erfolgt über eine Fernleitung vom Heizkraftwerk Kulkwitz. Diese Primärtrasse verläuft der südlichen Baugebietsgrenze entlang als Freileitung; sie erhält einen Abgang für die Wohnkomplexe 7 und 8 und mündet in den Magistralsammelkanal des Wohnkomplexes 4 zur Versorgung der übrigen Wohnkomplexe ein.
Den Endpunkt der Primärversorgung bilden die den Wohnkomplexen zugeordneten Umformerstationen.
Das Sekundärnetz wird mit der Temperaturspreizung 130/70 bzw. 150/70 betrieben und endet an den HA-Stationen der Gebäude bzw. Gebäudegruppen. Diese Stationen übernehmen sowohl die Raumheizung als auch die Warmwasserbereitung.

Elektroversorgung

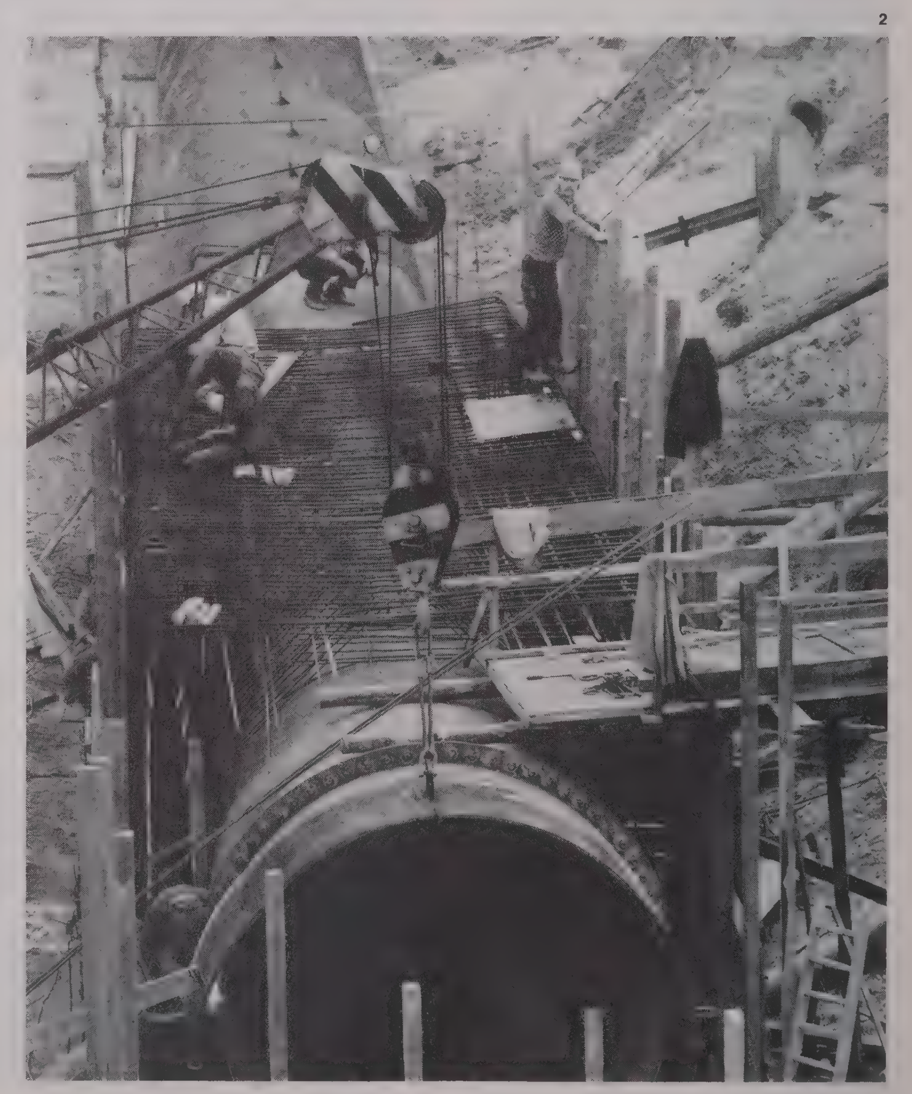
Die Elektroversorgung wurde für die ersten 10 000 Wohnungen im östlichen Teil des Wohngebietes vom vorhandenen Umspannwerk „West" übernommen. Den weiteren Leistungsbedarf deckt das neu gebaute Umspannwerk Lausen. Die von den Umspannwerken abgehenden Netze liegen im Mittelspannungsbereich (10 kV). Es wurden einzelne Wohnkomplexe sowohl nach dem Prinzip „Trafokette" als auch „Traforing" erschlossen.

Wasserversorgung

Die Wasserversorgung des Neubaugebietes erfolgt in zwei Stufen über eine Wasserlei-



1
Schema der stadttechnischen Versorgung
1 Regenwasservorflut Zschampert
2 Schmutzwasserpumpstation zur Kläranlage Rosenthal
3 Regenwasservorflut Zschampert
4 Fernwärmetrasse vom Heizkraftwerk Kulkwitz
5 Elektroversorgung vom Unterwerk Lausen
6 Wasserversorgung von der Druckerhöhungsstation Demmeringstraße
7 Regenwasservorflut Karl-Heine-Kanal
8 Elektroversorgung vom Unterwerk Dietzmannstraße
9 Schmutzwasserpumpstation zur Kläranlage Rosenthal



2
Querung der S-Bahn im Wohnkomplex 1/2, Stahlrohr DN 2200 mit Ummantelung im Bau







3
Sammelkanalsystem Trog/Haube und Abzweigbauwerk

4
Regenstaukanal DN 1800 im Bau

5
Regenstaukanal als Doppelkanal im Wohngebietszentrum



tung DN 400 vom Pumpwerk Demmerringstraße zur Versorgung der ersten Wohnungseinheiten in den Wohnkomplexen 1 und 2 und die Nordringleitung DN 800 zur zentralen Druckerhöhungsanlage nordöstlich des Baugebietes.
Das Hauptnetz für das gesamte Wohngebiet wurde als Ringsystem konzipiert und mittels EDV-Programm optimiert. Dieses Versorgungssystem wurde auch für das Nebennetz zur Erhöhung der Versorgungssicherheit beibehalten.

Entwässerung
Die Entwässerung für das Gesamtgebiet erfolgt im Trennsystem. Das Schmutzwasser wird aus den Wohnkomplexen 1 bis 5 über eine neu gebaute Pumpstation im östlichen Vorfeld des Wohngebietes und für die Wohnkomplexe 7 und 8 über ein Pumpwerk in der Ortslage Miltitz der städtischen Kläranlage Rosenthal zugeführt. Diese Anlage wurde parallel zum Baugeschehen umfangreichen Rekonstruktions- und Erweiterungsmaßnahmen unterzogen. Das Regenwasser der Wohnkomplexe 1 bis 5 wird dem Karl-Heine-Kanal östlich des Baugebietes zugeführt. Das Regenwasser der Wohnkomplexe 7 und 8 wird in den Vorfluter „Zschampert“ westlich des Baugebietes geleitet. Zur Reduzierung der Leitungsquerschnitte wurden je nach städtebaulichen Bedingungen offene Rückhaltebecken, unterirdische, geschlossene Rückhaltebecken und Regenstaukanäle gebaut.

Fernmeldeversorgung
Im zentralen Bereich des Wohngebietes Leipzig-Grünau wird ein Postamt mit einer Ortsvermittlungsstelle errichtet. Von hier wird das Wohngebiet sternförmig versorgt. Entsprechend der Netzkonzeption sind in den einzelnen Wohnkomplexen Kabelverzweigeranlagen in den Kellern der WBS 70-Wohngebäude eingeordnet. Das Wohngebiet wird durch einen Postkanal zur Ortsvermittlungsstelle „West“ mit dem städtischen Versorgungsnetz verbunden.

Stadtbeleuchtung
Die Netze der Stadtbeleuchtung schließen an die Elektronetze niederspannungsseitig an. Schaltzentralen und Wartungsstützpunkte werden in den freien HA-Räumen der Wohngebäude eingerichtet.

Katodischer Korrosionsschutz
Als wirksame Schutzmaßnahme für die erdverlegten metallischen Versorgungsleitungen wurde für Leipzig-Grünau der katodische Korrosionsschutz geplant. Dazu werden katodische Schutzanlagen mit Anodenfeldern parallel zu den zu schützenden Objekten errichtet. Die Gleichrichter der Schutzanlagen werden einschließlich der Stromversorgung in den Kellern der den Anodenfeldern benachbarten Gebäude untergebracht. Weiter werden Streustromableitungen für den Schutz der Wasserrohrleitungen errichtet.

Sammel- und Heizkanäle
In Bereichen hoher Leitungsbelegung, die aus der Überlagerung von Primär- und Sekundärerschließung resultieren, wurden Magistralsammelkanäle als Doppelkanäle gebaut. Diese Doppelkanäle haben die lichte Breite 3 800 mm und lichte Höhe 2 100 mm je Kanal. Sie wurden aus Winkelwandelementen und Abdeckplatten auf einer Ortbetonsohle errichtet.
Sammelkanäle wurden aus Winkelwandelementen mit Abdeckplatten bzw. Betonfertigteilen Trog/Haube als Einkammerkanal vorzugsweise in den Abmessungen 2 400 mm lichte Breite und 2 100 mm lichte Höhe gebaut.
Heizkanäle wurden nach dem Konstruktionsprinzip Bodenplatte, monolithische oder als Fertigteil, und Haube ausgeführt.

Rückhaltebecken
Offene Rückhaltebecken wurden außerhalb des Baugebietes wesentlich der Wohnkomplexe 7 und 8 errichtet. Sie bestehen aus einem monolithischen Überlaufbauwerk mit zugeordneter Pumpstation und einem angelagerten Erdbecken mit teilweiser Böschungs- bzw. Sohlbefestigung.
Ein geschlossenes Rückhaltebecken befindet sich im zentralen Bereich des Wohnkomplexes 4 und wurde als Durchlaufbecken konzipiert. Es ist ein monolithisches Bauwerk aus wasserdichtem Beton mit einem Stauvolumen von 3900 m^3 Regenwasser.
Bedingt durch die dichte Bebauung mußten im Wohnkomplex 5 Regenstaukanäle errichtet werden. Sie bestehen aus einer unbewehrten monolithischen Betonkonstruktion, deren lichtes Profil DN 1 800 mm beträgt. Der Kanal besitzt eine horizontale Arbeitsfuge zwischen Ober- und Unterprofil. Diese Staukanäle wurden auch in einzelnen Trassenbereichen als Doppelkanäle errichtet.

Schildvortrieb
Zur Ableitung des Regenwassers in den Vorfluter reichten auf Grund der anfallenden Wassermengen für einige Sammelleitungen die verfügbaren Rohrsortimente bis DN 1 200 mm nicht aus. Es wurden daher durch den VEB Baugrund Berlin im Wohngebiet Grünau Hauptsammler der Regenentwässerung mittels Schildvortrieb in einer Gesamtlänge von rund 2 500 m errichtet. Durch den Einsatz der Tunnelschilde D 2 000 mm und D 3 000 mm und Verlegung großformatiger Stahlbetonfertigteile konnten große Rohrdurchmesser realisiert und Oberflächenaufbrüche mit daraus resultierenden Baubehinderungen ausgeschlossen werden.

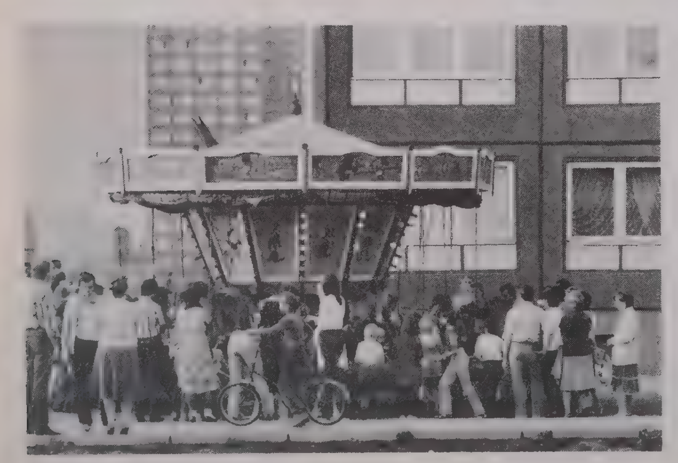


Wie wohl fühlen sich die Grünauer?

Prof. Dr. sc. Alice Kahl
Karl-Marx-Universität, WB Soziologie







Das Besondere am Umzug ins Neubaugebiet ist das im doppelten Sinne Neue: Die Wohnungen und gesellschaftlichen Einrichtungen sind neu, weil noch nicht gebraucht, und das Wohnen ist neuartig weil ungewohnt. Der Umzug nach Grünau brachte nicht nur die neue Wohnung, sondern auch neue Nachbarn, neue Schulen und Schulfreunde, ein neues Wohngebiet, eine neue Kaufhalle, eine neue Adresse und einen anderen Arbeitsweg mit sich. Das Neue hält viele Jahre an, denn es entsteht immer wieder Neues: Ein Haus, ein Innenhof, eine Plastik, eine Straße, ein Wandbild, ein Jugendklub oder eine neue Straßenbahnlinie. Nicht nur für die Bewohner brachte Grünau das Neue, auch für Gäste, für Neugierige und Interessierte, für die Städtebauer, Architekten und für Soziologen, die erfahren wollten, wie sich der Prozeß des Einlebens in ein großes randstädtisches Neubaugebiet in einer sozialistischen Großstadt konkret vollzieht. Welche alltäglichen Wohnprobleme treten wie lange auf, was wird anerkannt und angenommen, was wird vermißt und abgelehnt und wofür engagiert man sich?

Wohnen hat mehrere baulich-räumliche Dimensionen: die Wohnung, das Wohnhaus, das Wohngebiet und den Wohnort. Als Bestandteil der sozialistischen Lebensweise hat das Wohnen analog zu den baulich-räumlichen Bedingungen verschiedene soziale Dimensionen: das Familienleben, den Kontakt zu Freunden und Nachbarn, zu den öffentlichen Einrichtungen des Wohngebiets und seinen Repräsentanten und zu den gesellschaftlichen Organisationen und staatlichen Organen im Stadtbezirk sowie allen Einrichtungen der Gesamtstadt. Großstädter sind die Vielfalt der Freizeitmöglichkeiten im Wohnort und ihre Erreichbarkeit gewohnt, ebenso den täglichen Kontakt mit bekannten und unbekannten Menschen. Was gibt es also Neues in Grünau aus der Sicht eines Soziologen, der die soziale Entwicklung dieses jüngsten Neubaugebietes der Stadt Leipzig seit 1979 systematisch verfolgt? (1)

Beginnen wir mit der kleinsten räumlichen Einheit des Wohnens – der Wohnung. Neben harmonischen Partner- bzw. Familienbeziehungen und einer interessanten Arbeit steht der Wunsch nach einer eigenen schönen Wohnung an der Spitze der individuell beeinflußbaren Lebensziele des DDR-Bürgers. Nach Aussagen der Grünauer hat sich für 95 Prozent der Wunsch nach einer schönen Wohnung durch den Umzug nach Grünau erfüllt. Unabhängig von der Wohndauer fühlen sich fast alle Grünauer (99 Prozent) in ihrer neuen Wohnung wohl. Rund 10 Prozent machen bei ihrer positiven Wertung gewisse Einschränkungen, die sich meist auf die Größe der Wohnung oder einzelner Räume beziehen. Daher ist die Zufriedenheit mit der Wohnung beim Typ WBS 70/12 000 etwas höher als beim Typ WBS 70/10 800. In den Erwartungen an eine bedürfnisgerechte Wohnung dominiert der Wohnkomfort (Bad, Warmwasser, Fernheizung, Pflegeleichtigkeit) vor der Größe der Räume und der Zahl der Zimmer. Die gleiche Rangfolge in den Wohnerwartungen war auch bei Mietern von Leipziger Altbauwohnungen festzustellen. Befragt nach der Zufriedenheit mit einzelnen Merkmalen der Grünauer Neubauwohnungen wird der Wohnkomfort am häufigsten positiv genannt, d. h. daß die Erwartungen der Mieter in dieser Beziehung vollauf erfüllt wurden. Unzufriedenheit zeigt sich lediglich bei der Größe des Abstellraumes. Ordnet man die Wohnungsmerkmale, mit denen die Grünauer zufrieden sind, nach der Intensität der positiven Bewertung, so ergibt sich folgende Rangreihe:

Tab. 1: Rangfolge der positiven Urteile über einzelne Merkmale der Wohnung

Merkmal	
1. Wohnkomfort	sehr zufrieden
2. Größe des Wohnzimmers	↓
3. Zahl der Zimmer	
4. Grundriß	
5. Größe des Schlafzimmers	
6. Größe der Wohnung in m^2	
7. Größe der Küche	
8. bauliche Ausführung (Qualität)	
9. Größe des Bades	
10. Größe des Kinderzimmers	noch zufrieden, aber mit Einschränkungen

Es zeigt sich, daß mit längerer Wohndauer tendenziell die Merkmale der Wohnung, die ihre Größe betreffen, etwas seltener positiv eingeschätzt werden, was hauptsächlich aus der Veränderung der demografischen familialen Situation zu erklären ist. Wer z. B. mit einem Krippenkind die Wohnung bezog und nach 3 – 4 Jahren Wohndauer für ein Schulkind und einen Säugling in der gleichen Wohnung opti-

male Bedingungen schaffen will, stößt bei der Verwirklichung seiner Vorstellungen objektiv auf räumliche Grenzen. Bei der Frage, welchem Raum man – zusätzlich gedacht – 3 m^2 Wohnfläche zuschlagen würde, entschied sich die Mehrheit für das Kinderzimmer. Trotzdem würden 82 Prozent ihre jetzige Wohnung jederzeit wiedernehmen. Aus der Untersuchungspopulation 1983 verfügten 82 Prozent aller Kinder aus 1-Kind-Familien und immerhin noch 56 Prozent aller Kinder aus 2-Kind-Familien über ein eigenes Zimmer.
Ob sich die Grünauer in ihrem Haus wohl fühlen, hängt vorwiegend von der Qualität der Nachbarschaftsbeziehungen und erst in zweiter Linie vom Gebäudetyp ab. In 5- bis 6-geschossigen Wohnhäusern stellen sich Nachbarschaftsbeziehungen schnell und unkompliziert her, in 11geschossigen Wohnscheiben geht es langsamer vor sich. Aus einer Vergleichsstudie in Leipziger Altbaugebieten war zu entnehmen, daß der Anteil von rund 10 Prozent, die die Atmosphäre im Haus schlecht einschätzen, und von fast 50 Prozent, die damit in jeder Beziehung zufrieden sind, auch in Grünau festzustellen war. Kein einziger Grünauer wünscht sich absolute Anonymität im Haus, sondern 84 Prozent haben an der näheren Bekanntschaft mit Nachbarn Interesse, man möchte sich mit Nachbarn unterhalten und sich gegenseitig aushelfen können. 70 Prozent bestätigen ihrem Nachbarn Aufmerksamkeit und Hilfsbereitschaft und nur 12 Prozent meinen, daß sich ihr Nachbar distanziert verhalte. Nach längerer Wohndauer reduziert sich der „distanzierte Nachbartyp" auf 9 Prozent. Zwei Drittel pflegen regelmäßig die zum Haus gehörenden Grünflächen, ebensoviele interessieren sich persönlich für die Einhaltung der Haus- und Stadtordnung und über 70 Prozent halten sich für eine aktive Hausgemeinschaft. Aus unseren Untersuchungen gibt es keine Anhaltspunkte für soziale Isolierung, Einsamkeitssyndrome oder Anonymität im Neubaugebiet Grünau. Die Mehrheit umschreibt die eigene Wohnumgebung (Wohnkomplex) bereits nach einjähriger Wohndauer mit den Attributen heimisch, harmonisch, geborgen. Bei der Interpretation der Einstellungen der Grünauer zu ihrem neuen Wohngebiet muß man berücksichtigen, daß über 85 Prozent unserer Untersuchungspopulation in Leipzig aufgewachsen ist und sich selbst als Großstädter einstuft. In Abhängigkeit von der Wohndauer steigt die Anzahl der Bürger, die sich in Grünau ohne Einschränkungen wohl fühlen, sprunghaft an:

Tab. 2: Fühlen Sie sich in Leipzig-Grünau wohl? „Ja, ohne Einschränkungen" in Prozent

Wohndauer			
unter 1 J.	1–3 J.	3–5 J.	über 5 Jahre
29	59	78	82

Diese zunehmende Identifikation mit dem Wohngebiet stellt sich nicht zwangsläufig „ mit der Zeit" ein, sondern ist das Resultat der Vervollkommnung der Wohnbedingungen durch den Fortgang und Abschluß des Baugeschehens und die Inbetriebnahme wichtiger infrastruktureller Einrichtungen. So konnten wir eine starke Abhängigkeit des Wohlfühlens in Grünau von der Zufriedenheit mit den Verkehrsbedingungen zur Arbeitsstelle und zum Stadtzentrum feststellen; eine weitere – wenn auch nicht so deutlich ausgeprägte – Abhängigkeit von den Einkaufsbedingungen und der Gestaltung der Freiräume, insbesondere der Innenhöfe, der Wege und Straßen. Einen nachweisbaren Zusammenhang gibt es auch zwischen dem Tempo der Eingewöhnung und dem Niveau der zwischenmenschlichen Beziehungen im Wohnhaus: Je positiver die Nachbarschaftsbeziehungen beurteilt werden, um so häufiger wird subjektives Wohlbefinden im Wohngebiet bekundet.

Tab. 3: Rangfolge der positiven Urteile über einzelne Bedingungen im Wohngebiet Grünau (2)

1. Möglichkeiten der Kinderunterbringung in Krippen und Kindergärten	sehr zufrieden
2. Lage der Wohnung im Wohngebiet	↓
3. Möglichkeiten der Naherholung	
4. Abstand der Wohnblöcke	
5. Lage des Wohnkomplexes zur Stadt	
6. Verkehrsverbindungen zum Stadtzentrum	
7. Verkehrsverbindungen zur Arbeitsstelle	
8. Einkaufsmöglichkeiten	noch zufrieden, aber mit Einschränkungen

Die höchste Anerkennung zollten die Bewohner der räumlichen Anordnung der Kindereinrichtungen in den einzelnen Wohngruppen, der rechtzeitigen Fertigstellung und den kurzen und gefahrlosen Wegen. Mit dem Zustand der Innenhöfe, der Sauberkeit im Wohngebiet, der Qualität der Wege und Straßen, den Spielmöglichkeiten für Kinder sowie den Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche und Erwachsene war die Mehrheit der Grünauer 1983 noch nicht zufrieden, wobei sich deutliche Unterschiede zwischen den zum Zeitpunkt der Untersuchung bereits fertiggestellten Wohnkomplexen und den noch im Bau befindlichen ergaben. Das verweist darauf, daß von den Grünauern nicht das gesamte Neubaugebiet mit nahezu 90 000 Einwohnern als ihr Wohngebiet angesehen wird, sondern der Wohnkomplex, in dem sie wohnen. Bei den flächenmäßig größeren Wohnkomplexen mit hoher Einwohnerzahl (ca. 25 000) wird von der Mehrheit nur noch der Teil des Wohnkomplexes als das „eigene" Wohngebiet wahrgenommen, der täglich durchquert wird. Je überschaubarer der Wohnkomplex ist (wie die WK 1 und 3), um so häufiger wird er mit der räumlichen Einheit „Wohngebiet" gleichgesetzt. Die kommunalpolitische Entscheidung, für die einzelnen Wohnkomplexe die Straßennamen jeweils einem inhaltlichen Gesichtspunkt zuzuordnen (alte Landschaftsnamen, Blumen, Sterne bzw. Namen von Partnerstädten), kommt dem Orientierungs- und Identifikationsbedürfnis der Bewohner sehr entgegen. Auch die Bemühungen der Stadtplaner und Architekten um die wohnkomplextypische Hervorhebung von Gebäudedetails wie Farbe oder Oberflächengestaltung der Fassaden, architekturbezogene Kunstwerke im Freien (Plastiken, Brunnen u. ä.), Kleinarchitekturobjekte wie Pergolen aber auch die originell bemalten Trafohäuschen, entspricht den Bedürfnissen der Menschen, ihre Wohngegend als unverwechselbar zu empfinden und beschreiben zu können. Interessant ist auch, daß die meisten Bewohner ihren eigenen Wohnkomplex nennen, wenn sie danach gefragt werden, welcher Wohnkomplex in Grünau ihnen am besten gefällt.
Architektur und Städtebau haben zweifellos Auswirkungen auf die alltäglichen Verrichtungen der Menschen, sie können sie erleichtern und angenehme Gefühle hervorrufen, aber auch erschweren und Mißbehagen erzeugen. Wir können anhand unserer Untersuchungen nachweisen, daß die wachsende Verbundenheit der Einwohner Grünaus mit ihrem Wohngebiet in erster Linie von einem als angenehm empfundenen sozialen Beziehungsgefüge und einer funktionsfähigen Infrastruktur beeinflußt wird und nur sehr vermittelt vom Alter oder Baustil der Gebäude abhängt. Die städtebaulichen und architektonischen Vorzüge des Wohngebietes werden bei vorhandener Wohngebietsverbundenheit stärker reflektiert als seine eventuellen Nachteile. Damit soll gleichzeitig angemerkt werden, daß jedem Wohngebiet objektiv bestimmte Vorzüge und auch Nachteile anhaften, die subjektiv von den einzelnen Bewohnergruppen unterschiedlich bewertet werden. Die moderne Wohnung, die Besonnung, das Grün in Wohnungsnähe, die günstigen Bedingungen für die Betreuung der Kinder in gesellschaftlichen Einrichtungen, die relativ geringe Lärmbelästigung durch den fließenden Verkehr im Wohngebiet, die Fußgängerbereiche ohne Kreuzung mit dem Fahrverkehr werden von allen Bewohnergruppen positiv beurteilt. Andererseits überrascht es nicht, wenn berufstätige Mütter die Entfernungen zu den Kaufhallen kritischer einschätzen als es das Normativ vorsieht oder sich um einen anderen Arbeitsplatz bemühen, um der Verlängerung des Arbeitsweges und damit der Verringerung der arbeitsfreien Zeit zu entgehen. Berufstätige nutzen ihren Innenhof als Freizeitraum kaum; Rentner und Mütter mit Kleinkindern möchten dagegen auf keinen Fall auf ihn verzichten.
Von der überwiegenden Mehrheit wird die schnellere Erreichbarkeit des Stadtzentrums für wichtiger gehalten als die guten Naherholungsmöglichkeiten vor der Haustür, das heißt aber nicht, daß die Naherholungsgebiete ungenutzt blieben.
Ein Indikator dafür, daß sich die Grünauer in ihrer neuen Wohnumwelt eingerichtet haben, ist die individuelle Ausgestaltung der Loggien. Nur 17 Prozent lehnten es ab, die Fassadenansichten durch mehr oder weniger gelungene individuelle Gestaltungsversuche zu beeinträchtigen. Fast alle würden lieber Blumen oder Grün anstatt Farbe, Tapete und Schmuckelementen aller Art den Vorzug geben. Daß in der Realität die Proportionen etwas verschoben sind, kann jeder beobachten. Eine selbst gestaltete und genutzte Loggia – selbst wenn nicht den Maßstäben sozialistischer Kultur – und Ästhetikauffassung entsprochen wurde – hat auf die Betrachter eine stärkere Anziehungskraft als ein vernachlässigter oder zum Abstellplatz degradierter Fassadenteil. Die Gestaltung signalisiert, daß man wohnen bleiben will und sich „häuslich" niedergelassen hat. Leute, die sich mit der Absicht tragen, wieder umzuziehen, kümmern sich in der Tat weniger um ihre Loggia, aber auch weniger um die öffentlichen Angelegenheiten des Wohngebietes.
Eine Analyse der Umzugsbevölkerung aus Wohnungen der Gebäudewirtschaft Leipzig in Grünau ergab, daß von 1979 bis 1985 nur 7 Prozent umgezogen sind. Davon tauschten mehr als ein Drittel ihre Wohnung innerhalb Grünaus. Der häufigste Grund für den Um- bzw. Wegzug ist der Wunsch nach einer größeren Wohnung, was aus der Dynamik der Familienentwicklung bei einer durchschnittlich sehr jungen Wohnbevölkerung resultiert. Gründe einer „sozialen Unverträglichkeit" Grünaus konnten nicht beobachtet werden.
Die weniger positiven Äußerungen betreffen vorwiegend die Beeinträchtigung des Wohnens in der Pionierzeit eines großen Neubaugebietes. Sowohl aus den kritischen und konstruktiven Hinweisen der Grünauer als auch aus ihrem Verhalten und ihren Initiativen lassen sich wertvolle Erkenntnisse ableiten, die für den weiteren Wohnungsbau, u. a. für den neuen Wohnstandort Paunsdorf, genutzt werden sollten.
Ingesamt kann aus den bisher vorliegenden empirischen Daten geschlußfolgert werden, daß das Wohngebiet Grünau von seinen Bewohnern angenommen wurde. Sie fühlen sich wohl, engagieren sich persönlich für die Pflege und weitere Ausgestaltung der Wohnumgebung, für Ordnung und Sicherheit sowie für die Festigung sozialistischer Beziehungen im Wohnmilieu. Sie sind optimistisch und erwarten eine weitere Verbesserung ihrer allgemeinen Wohnbedingungen durch die Fertigstellung und Inbetriebnahme des Wohngebietszentrums.

Anmerkungen

(1) Es handelt sich um eine komplex angelegte Intervallstudie, in der u. a. auch die Befragungsmethode angewandt wurde. Die Studie begann 1979 und wird 1987 abgeschlossen.
(2) Studie 1983 in den WK 1, 3, 4, 5 und 7

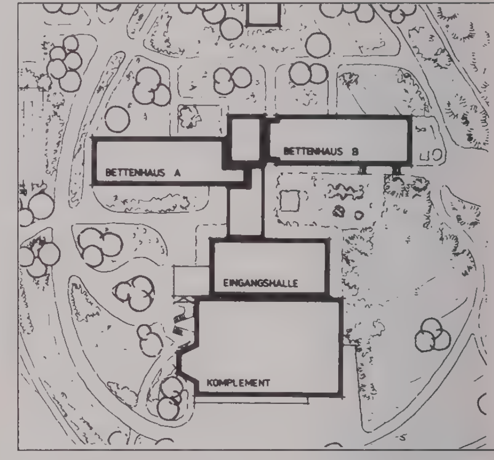
1

Zur Gestaltung des FDGB-Erholungsheims „Karl Marx“ in Schöneck (Vogtland)

Dr. phil. Karl-Heinz Barth,
Dipl.-Formgestalter VBK-DDR
Innenarchitekt BdA/DDR
Karl-Marx-Stadt

Landschaftliche Lage

In exponierter landschaftlicher Lage, im Grenzbereich zum Westerzgebirge, liegt das FDGB-Erholungsheim Schöneck in einer Höhe von 768 m an der „Hohen Reuth“. Die nähere Umgebung ist ein ideales Wander- und Wintersportgebiet; die Höhenlage gewährt langzeitig Schneesicherheit. Neben der reizvollen Landschaft erfüllen auch die guten bioklimatischen Bedingungen die Forderungen für eine gute und aktive Erholung. Das weitere Umland ist, zumal verkehrsmäßig gut erschlossen, für zahlreiche Erholungssuchende u. a. durch touristische Sehenswürdigkeiten und Museen interessant.



2

Gesellschaftliche Zielstellung

Für viele Werktätige soll dieses Heim Stätte erlebnisreicher Erholung sein. Dabei gilt es, ein breites Angebot kultureller und sportlicher Betätigung zu schaffen. Der Aufenthalt in diesem Erholungsheim soll auch Anregungen für das eigene geistig-kulturelle und sportliche Leben geben. Ferner steht den Urlaubern ein umfangreiches Programm von Dienstleistungseinrichtungen zur Verfügung. Schlechtwetterperioden und eine hohe Urlauberkonzentration stellen erhöhte Anforderungen an die gesellschaftliche Kommunikationsmöglichkeiten innerhalb des Erholungskomplexes.

Architektonische Gestaltung und Einordnung

Das Erholungsheim besteht aus zwei Bettenhäusern mit gemeinsamen Verkehrskern, dem Verbinder und dem Komplement mit der Eingangshalle.

Dem anspruchsvollen Standort gemäß fügen sich die Bettenhäuser mit ihren unterschiedlich stark geneigten Dachflächen in das Landschaftsbild ein und betonen mit ihrer Architektur die Bergkuppe. Die gewählten landschaftsgebundenen Materialien, u. a. eine dunkle Holzverkleidung als Wetterschale, unterstützen diese Gestaltungsabsicht. Loggien auf der schmalen Süd- und auf der breiten Westseite gliedern die Fassade. Das in den Hang eingeschobene Komplement fügt sich über den Verbinder nahtlos in die Gesamtgestaltung ein. Diese differenzierte Baukörpergruppierung entspricht der ausgeprägten Hanglage des Standorts wie auch den Ansprüchen an die architektonische Fernwirkung.

Funktionelle Lösung

Die 8- bzw. 10geschossigen Bettenhäuser mit Mittelgang haben ein Achsmaß von 3 600 mm. Mehrere Zimmervarianten werden unterschiedlichen Nutzeransprüchen gerecht. Neben den Urlauberzimmern sind mehrere Klub-, Fernseh- und Sporträume vorgesehen. Im Untergeschoß sind Dienstleistungseinrichtungen wie Friseur, Kosmetik, Arztbereich, Post, Freihandbücherei, Kultur-Service, Kinderspielraum und Jugendklub untergebracht. Zum Programm der Dienstleistun-

3



EINGANGSHALLE

LESERAUM

RESTAURANT

SPEISESAAL 1

SPEISESAAL 2

4

1
Speisesaal 1

2
Lageplan

3
Bettenhaus „B“, Fassadenausschnitt. Westseite mit Loggienausbildung

4
Grundriß Komplement und Eingangshalle. Erdgeschoß

5
Bar in der Eingangshalle (Gestalter Prof. Clauss Dietel, Karl-Marx-Stadt). Im Hintergrund der Raumtrenner zwischen Bar und Rezeption (Gestalter Prof. Hans Brockhage, Schwarzenberg)

Autoren

Bettenhäuser, Verbinder, Eingangshalle:

Kollektiv unter Leitung von Architekt BdA/DDR Roland Hühnerfürst, VEB Wohnungsbaukombinat Karl-Marx-Stadt

Komplement:

WV-Projekt vom VE Kreisbaubetrieb Quedlinburg

Innenausbau:

Dr. Karl-Heinz Barth, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Constanze Tippmann, Architekt BdA/DDR
VEB Innenprojekt BT Karl-Marx-Stadt

Künstlerische Konzeption:

Kollektiv des VBK–DDR unter Leitung von Prof. Clauss Dietel, Prof. Hans Brockhage und Diplomplastiker Frank Diettrich

5







6

Speisesaal 1. Blick auf die Kernwand des Küchentraktes (Wandbilder von Michael Morgner, Einsiedel. Durchgängige Deckengestaltung mit integrierter Beleuchtung, Metallrahmen mit eingelegten gebrannten Fichtenbrettern, (Gestalter Prof. H. Brockhage, Dr. K.-H. Barth, Peter Schmidt, Karl-Marx-Stadt)

7

Speisesaal 1. Raumausschnitt mit raumtrennenden Elementen und Holzstelen (Gestalter Prof. H. Brockhage)

8

Speisesaal 2. Gobelin von Fritz Diedering, Karl-Marx-Stadt

9

Restaurant. Im Hintergrund der Leseraum, vom Restaurant durch eine transparente Glasgestaltung getrennt (Gestalter Carl-Heinz Westenburger, Tannenberg, mit Ronald Richter, Glaswerkstätten Magdeburg)





gen gehören ferner neben der Sauna die Sportgeräteausleihe und die Skiaufbewahrung. Die beiden Läden für Souvenirs und für Handelsware liegen im Verbinder.

Die Eingangshalle ist der zentrale Erschließungsbereich des Heimes mit den Hauptfunktionen Empfang und Information sowie Aufenthaltsbereich mit Hallenbar. Hinsichtlich der Funktion und Konstruktion ist das Komplement ein Wiederverwendungsobjekt der bekannten Erholungsheime in Oberhof, Oberwiesenthal und Suhl. Im Erdgeschoß befinden sich die beiden Speisesäle, das Restaurant und der Leseraum. Dabei ermöglichen Schiebewände eine flexible Erweiterung der Räume, die sich u. a. bei Kulturveranstaltungen vorteilhaft auswirkt. Die gastronomischen Einrichtungen sind durch ein zentrales Office an den innenliegenden Küchenkomplex angebunden. Im ersten Untergeschoß ist das Baudenrestaurant und eine öffentliche Gaststätte angeordnet. Zu letzterer gehören ein separater Eingang mit Skiaufbewahrung und Garderobe.

Innenraumgestaltung

Die vom Auftraggeber berufene Konzeptionsgruppe setzte sich das Ziel, die künstlerische Gestaltung des Objektes im Sinne einer Synthese von Architektur und bildender Kunst zu erarbeiten. Dabei erhielt das Zusammenwirken von Architekten und Künstlern, die interdisziplinäre Arbeit, einen hohen Stellenwert. Der frühe Beginn der Konzeptionsarbeit als theoretischer Vorlauf ermöglichte ohne Substanzverluste Korrekturen vorzunehmen, die durch technologische und ökonomische Zwänge bedingt waren.

Schwerpunkt der Innenraumgestaltung waren neben der Eingangshalle die gastronomischen Einrichtungen im Komplement. Als Hypothek lastete die selbstauferlegte Zielstellung, diesem zum vierten Mal errichteten Baukörper ein unverwechselbares Erscheinungsbild zu geben.

Zur tragenden Idee wurde die einheitliche Formgebung der den Kern (Küchentrakt) des Komplements umgebenden Räume einschließlich der Halle. Die Gestaltung des Kernes soll in seiner räumlichen Abwicklung sowie dem Material- und Farbprogramm und



10

10
Öffentliche Gaststätte im Untergeschoß. Raumausschnitt (Gestalter Dr. K.-H. Barth)

11
Öffentliche Gaststätte. Im Hintergrund Stammtisch vor Keramikwand von Volker Träger, Freiberg und Klaus Neubauer, Karl-Marx-Stadt. Thema Musikinstrumente

12
Teilgrundriß Komplement. Baudenrestaurant und öffentliche Gaststätte im Untergeschoß

13
Baudenrestaurant im Untergeschoß des Komplements. Decke und Raumtrenner von Jörg Beier, Schwarzenberg. Tische, Sitzbänke und Stühle gestaltet von Dr. K.-H. Barth



11

den eingebundenen künstlerischen Arbeiten die Dialektik zwischen innen und außen, zwischen Gebautem und Gewachsenem, vermitteln. Auf den Kernwänden werden in einer Rasteraufteilung helle Textilflächen von dunkel gebeizten Eschelisenen und ebensolchen Stoßbrettern gefaßt. Eine große optische Transparenz der Räume um den Kern wurde angestrebt. Diese Absicht konnte durch Fußboden-, Decken- und Fenstergestaltung unterstützt werden. Große Fensterflächen ohne Stores lassen den Ausblick in die umgebende Natur zu. Glastrennwände und flexible Holzschiebetüren wirken mehr verbindend als trennend. Unterschiedlich breiter Natursteinfußboden am Kern wird im Fensterbereich von Parkett abgelöst. Die abgehängte Decke, gebrannte Bretter in Metallrahmen, und die seitlichen dunkelbraunen Stuckränder korrigieren optisch die Raumhöhe, ohne die Architektur zu verschleiern. Dunkel gebeizte Möbel sowie dunkelbraune Fensterdekos und Stuhlpolster unterstützen die bewußt sparsame Farbgebung. Diese gestalterische Haltung wurde auf 1 990 m² umgesetzt.

Den gewachsenen visuell-ästhetischen Ansprüchen der Urlauber und Gäste entspricht auch die Innenraumgestaltung der beiden Restaurants im Untergeschoß des Komplements. Dabei wurden die wesentlichen Grundzüge der Erdgeschoßräume aufgegriffen und variiert.

In Übereinstimmung mit der künstlerischen Konzeption sind die Werke der bildenden und angewandten Kunst fest in die Innenarchitektur integriert. Die angestrebte Einheit von Architektur und Kunst ist bei diesem Baukomplex zu großen Teilen umgesetzt worden – auch ein Ausdruck guten interdisziplinären Zusammenwirkens, an der der verständnisvolle Auftraggeber einen wichtigen Anteil hat.

12



Kapazitäten

Betten	722
Aufbettungen	394
insgesamt	1 116
Speisesaal 1	274 Plätze
Speisesaal 2	114 Plätze
Restaurant	126 Plätze
Lesesaal	68 Plätze
Eingangshalle	40 Plätze
Hallenbar	26 Plätze
Baudenrestaurant	126 Plätze
öffentliche Gaststätte	113 Plätze
Etagenfoyers	98 Plätze
Etagenklubräume	195 Plätze

13



Die Rekonstruktion des Berlischky-Pavillons in Schwedt

Dipl.-Ing. Arch. Eckehard Tattermusch, Stadtarchitekt
Büro für Stadtplanung Schwedt

Die Stadt Schwedt, heute Stadt der Petrolchemie und der Papiererzeugung, war Ende des 17. und im 18. Jh. das Zentrum der sogenannten Markgrafschaft Schwedt-Wildenbruch. Als solche wurde das Städtchen ab 1681 systematisch auf Basis der Planungen des Holländers Ryackwaert und Michael Matthias Schmidts als kleine barocke Residenz mit dem repräsentativen Stadtschloß und der auf dieses zuführenden über 90 m breiten Allee als funktionellem und städtebaulichem Schwerpunkt ausgebaut. In dieser Zeit, in der Schwedt ein für die damalige Zeit reiches kulturelles Leben hatte, brachte die Stadt solche Persönlichkeiten wie den Architekten David Gilly (1748 – 1808), den Philosophen Karl-Wilhelm Ferdinand Solger (1780 – 1819), 1814 Rektor der Berliner Universität, und den Komponisten Johann Abraham Schulz (1747 – 1800) hervor. Unter diesem relativ günstigen geistig kulturellen Klima gelang es dem letzten Landbaumeister der Markgrafschaft Schwedt-Wildenbruch George Wilhelm Berlischky (1741 – 1805) die barocke Leitplanung Schwedts zu vollenden, obwohl bei seinem Amtsantritt 1772 das klassizistische Schloß Wörlitz kurz vor der Vollendung stand. Das Festhalten an barocken Formen und damit die Zuendeführung der barokken Leitplanung wurde ihm jedoch durch die Haltung Friedrich II. in architektonischen Fragen sichtlich erleichtert.

Unter diesen Umständen ist verständlich, daß, als es in den 70er Jahren des 18. Jh. notwendig wurde, eine endgültige Lösung für den Gemeinderaum der französisch-reformierten Gemeinde, die unmittelbar nach dem Edikt zu Potsdam (1685) gegründet wurde, zu schaffen, auf barocke Vorstellungen zurückgegriffen wurde. Diese waren wahrscheinlich bereits vor 1735 entstanden. Zuerst wollte man die Kirche auf dem Flinkenberg in der Altstadt bauen. Sie hatte jedoch auch hier bereits die Form eines Zentralbaus mit elliptischen Grundriß. Der elliptische Grundriß war die einzige Bauform, die eine befriedigende Einordnung in den auch heute noch dreieckigen Platz ermöglichte. Um aber auch die Gruft als Grabgruft der markgräflichen Familie nutzbar zu machen, wurde dann, als es galt mit dem Bau zu beginnen, ein Standort an der ehemaligen Schloßfreiheit gewählt. Es blieb bei der vorgefaßten elliptischen Form, wobei die verschiedensten Anregungen verarbeitet wurden. Zwischen 1777 und 1779 entstand ein Saalbau, der nicht, wie sonst üblich, in der Ost-West-Achse geortet war, sondern sich in die Achsbeziehungen der Schloßfreiheit einordnete. Über der Teilunterkellerung (Gruft) entstand in Ziegelbauweise ein Raum in vollendeter Ellipse mit einer Länge von 15,55 m und einer Breite von 10,65 m. Außen wurde der Baukörper durch Putzlisenen und Fensterfaschen gleichmäßig gegliedert, an den Achsenendpunkten mit Türen in breiten gequaderten Putzverblendungen. Die Innenwände waren ungegliedert und nur durch



1

2



3

1
Fassade nach Abschluß der Rekonstruktion

2
Schnitt 1:250

3
Fassadendetail Anbau

4
Gebäude während der Rekonstruktion

Autoren

Rekonstruktionsprojekt – konstruktiv
Leitung Dipl.-Ing. Arch. Johannes Böhm

Gestalterische Rekonstruktion, funktionsbedingte Ergänzungen
Dipl.-Ing. Arch. Eckehard Tattermusch

Investbauleitung
Ingenieur Manfred Hold, HAG KWB Schwedt

Denkmalpflegerische Konsultation
Dipl.-Ing. Arch. Wipprecht

Freiflächengestaltung
Dipl.-Ing. Landschaftsarchitekt Brigitte Berndt

Bauausführung
HAN Bau
VEB Baureparaturen Schwedt

Denkmalpflegerische Malerarbeiten
Ehrenamtliches Kollektiv unter Leitung von Siegfried Mätzke und Hans Rudolph

4



Fenster- und Türleibungen unterbrochen. Der Hauptzugang befand sich auf der schmalen Südostseite; der zweite Zugang direkt von der ehemaligen Schloßfreiheit wurde zu Beginn des 20. Jh. vermauert. Die übrigen Türen waren wohl immer nur blendenartig vermauert. Trotz des kuppelförmigen Daches wurde innen eine flache spiegelgewölbeartige mit illusionierter Malerei gestaltete Holzdecke ausgeführt. In den 20er Jahren trugen auch noch die Wände eine derartige Malerei. Das Kuppeldach wird durch einen Dachreiter, eine sog. Laterne gekrönt, die einst und auch nach der Rekonstruktion wieder 4 Uhren trägt. Auf ihm sitzt der Turmkopf mit Wetterfahne. Auch die Innengestaltung dürfte auf Berlischky zurückgehen; sie zeigt jedoch bereits z. T. frühklassizistische Einflüsse. Über dem Haupteingang war die Hofloge, ihr gegenüber der Treppenaufgang zum Dachboden mit Kanzelaltar (nördlicher Einbau) entstanden. 1846 kam in den relativ kleinen Raum noch eine Orgelempore hinzu, die jedoch die klare räumliche Ordnung durchbrach. Sie wurde im Rahmen der Instandsetzung nach dem zweiten Weltkrieg 1950 wieder ausgebaut.
Die Geschichte des Baus war nach der Fertigstellung wechselhaft. Walter Weiß, ehren-



5

Funktion nutzen. Für spezielle Auszeichnungsveranstaltungen kann der nördliche Einbau, der den Treppenaufgang verbirgt, mit einem speziell gefertigten Teppich zeitweilig kaschiert werden.

Größere funktionelle Probleme brachte die Schaffung einer Garderoben- und Toilettenanlage für Besucher und Künstler und die Schaffung einer Auftrittsmöglichkeit.

Da ohnehin im Berlischky-Pavillon nur wenige Künstler in einer Veranstaltung gemeinsam auftreten, konnten hierfür die beiden kleinen Nebenräume im nördlichen Einbau genutzt werden. Nach Verlagerung der Sarkophage der Schwedter Markgrafen in die Hohenzollerngruft des Berliner Domes wurde der notwendige Raum geschaffen, um für die etwa 96 Besucher und die Künstler der kleinen Konzerthalle eine Garderobe und Toiletten einzurichten. Ein Anbau mit Wendeltreppe vermittelt zwischen der Halle und den Nebenräumen.

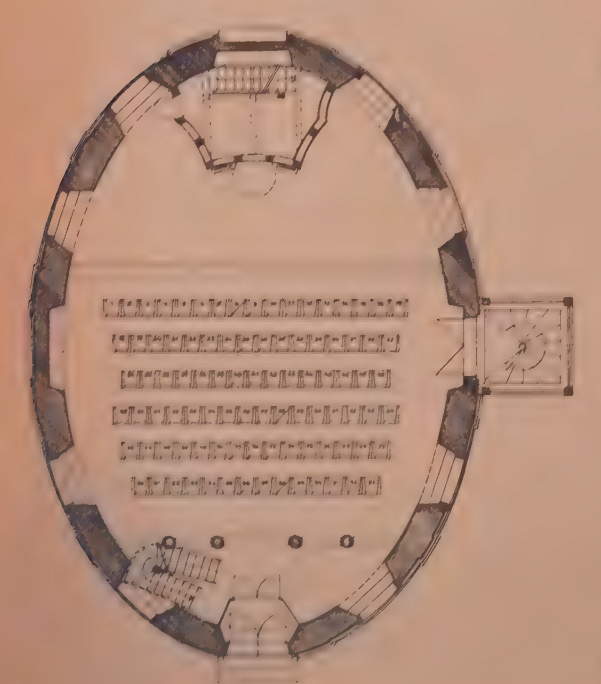
Zur Sicherung der ganzjährigen Nutzung erfolgte der Anschluß des Berlischky-Pavillons an das Fernwärmenetz der Stadt Schwedt.

Die konstruktive Sanierung erfolgte auf Basis der vom Kollektiv unter Leitung von Dipl.-Ing. Arch. Johannes Böhm erarbeiteten Aufmaße und Projektunterlagen. Umfangreiche Sanierungen der Kuppel und der Dachlaterne sowie die Neuerrichtung eines Anbaus waren an der hölzernen Kuppelkonstruktion notwendig. Der aufgehende elliptische, nicht ausgesteifte Mauerwerkskörper, der Rißbildungen aufwies, wurde durch einen Ringanker stabilisiert. Die Rekonstruktion erforderte das volle Können der Zimmerbrigaden unter Leitung von Karl Krummholz bzw. Erwin Maasch des VEB Baureparaturen. Die Dachlaterne mußte als Kopie praktisch neu hergestellt werden. Die Mischdeckung des Daches aus Holzschindeln, Schiefer und Zinkblech erfuhr auf Empfehlung des Institutes für Denkmalpflege einen Ersatz durch eine einheitliche Kupferdeckung. Durch in gleichem Material gefertigte Rinnen und Fallrohre konnten die Wände, die seit 200 Jahren vom Niederschlagswasser getroffen wurden, geschützt werden. Im Innern wurde nach dem Abschluß der Sanierungsarbeiten des Dachstuhles eine neue und spiegelgewölbeartige Deckenschalung eingebracht und verputzt. Die Holzeinbauten mußten mühselig saniert

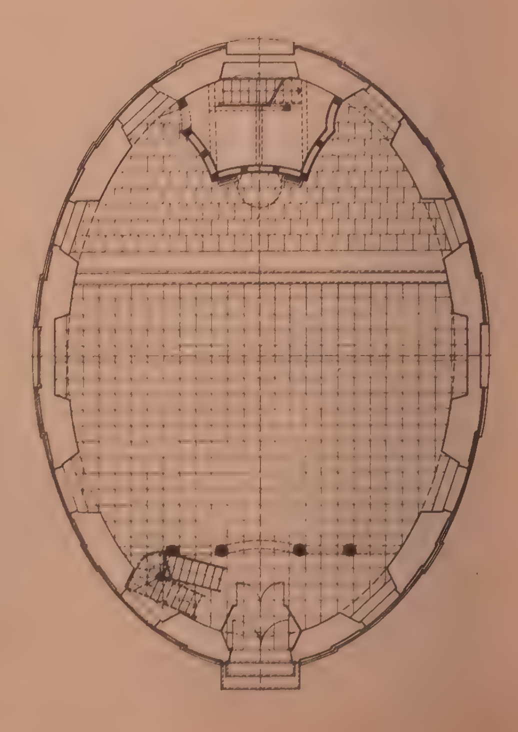
amtlicher Denkmalspfleger in Angermünde, schreibt dazu: „Als Grabkirche diente sie bis 1951. Damals wurde der äußere Grufteingangsvorbau abgebrochen und die Tür in Angleichung zu den anderen beiden Nebentüren glatt zugeblendet. Von 1779 bis 1908 stand die Kirche der Kirchengemeinde zur Verfügung. Da die Gottesdienste von 1908 bis 1912 in der Schloßkirche stattfanden, stand der Bau bis 1918 leer und verfiel ... Schließlich wurde die Kirche ... ausgebaut und 1926 übergeben. 1934 mußte die Halle erneut instand gesetzt werden. 1945 wurde sie nur wenig beschädigt... Bis 1976 diente sie dann wieder der französisch-reformierten Kirchengemeinde als Kirche."

In den folgenden Jahren bis 1984 wurde eine grundlegende konstruktive und gestalterische Rekonstruktion durch Baukapazitäten des Stadtkreises und des Bezirkes unter fachlicher Beratung des Institutes für Denkmalspflege Berlin durchgeführt und der Bau für kleine kulturelle Veranstaltungen erschlossen. In Vorbereitung des 35. Jahrestages der Gründung der DDR konnte das Gebäude am 2. 10. 1984 nicht zuletzt dank der Hilfe und Unterstützung des gesamten Stadtkreises der Öffentlichkeit zur Nutzung übergeben werden.

Die neue funktionelle Aufgabenstellung sah die Nutzung für Sprechdarbietungen, Kammerkonzerte und spezielle Auszeichnungsveranstaltungen vor. Der Versammlungsraum der ehemaligen Refugies trug nicht zuletzt infolge seiner Doppelfunktion auch als Gedenkhalle für die ehemaligen Schwedter Markgrafen keinen gezielt kirchlichen Charakter. Es ließ sich deshalb nach Rückführung auf die Farbfassung der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts komplikationslos für die neue



6
Erdgeschoß nach der Umgestaltung 1:200



7
Erdgeschoß vor der Umgestaltung 1:200



8



9



10

7
Blick zur Empore

8
Garderobe im Keller

9
Der nördliche Einbau

10
Ausgang zum Treppenhaus

und ergänzt werden. Nach Abschluß der Ausbauarbeiten erfolgte der Einbau eines neuen Fußbodenbelages aus roten Tonplatten. Während der Rekonstruktionsarbeiten war nämlich festgestellt worden, daß ursprünglich der heutige Berlischky-Pavillon ebenfalls einen Fußboden aus roten Tonplatten trug, der sich wirkungsvoll von der sehr lichten Ausmalung abhob. Der Anbau mit der Treppe zu den Nebenräumen im Kellergeschoß entspricht in seiner Lage dem ursprünglichen Grufteingang. Bis in Sockelhöhe wurde er massiv ausgeführt. Mit einer gut gestalteten Holzkonstruktion im Erdgeschoß des Anbaus ist das schwierige Problem einer Anfügung an ein zentralorientiertes Gebäude gelöst worden. Die Tischlerei des VEB DLK Schwedt fertigte die notwendigen Kopien der historischen Türen und Fenster.
Die Gliederung und Farbgestaltung des Außenbaus bemüht sich, restaurativ die ursprüngliche Architektur wiederherzustellen. Die Stuckarbeiten wurden vom VEB Gebäudewirtschaft Frankfurt (Oder) ergänzt. Durch den gleichen Betrieb erfolgte die Neueindekkung der Kuppel. Das Gebäude erhielt einen neuen Außenanstrich in den Farben Pompejanischrot/Steingrau/Weiß. Die vier vergoldeten Turmuhrzifferblätter wurden nach einem individuellen Entwurf neu gefertigt und ein neues Uhrwerk mit Schlagwerk montiert.
In der Innengestaltung haben wir die freigelegte und z. T. sehr gut erhaltene Farbfassung vom Beginn des 19. Jh. in Abstimmung mit dem Denkmalspfleger wiederhergestellt. Da keine Restauratorenkapazität für die Malerarbeiten zur Verfügung stand, mußte der sehr hell wirkende Saal mit seiner illusionistischen Deckengliederung und der weiß/goldenen/braunen bzw. hellgrauen Raumgestaltung durch das bereits genannte ehrenamtliche Malerkollektiv realisiert werden. Durch Vermittlung des Institutes für Denkmalpflege konnte ein stilistisch passender Leuchter als Dauerleihgabe beschafft werden, der dem Raum zusätzlich ein festliches Gepräge gibt.
Der für die Treppe zu den Funktionsräumen notwendige hölzerne Überbau bemüht sich, die Formensprache des Hauptgebäudes aufzunehmen und ordnet sich durch eine im wesentlichen auf Weiß beruhende Farbgebung dem historischen Hauptgebäude unter.
Die Konzeption zur Gestaltung der Freiflächen am Objekt versucht einerseits dem Berlischky-Pavillon ein dem barocken Gebäude entsprechendes Umfeld zu schaffen und trotzdem die Beziehungen zu dem Alleesystem der Leninallee aufzunehmen. Ein erster Teilabschnitt ist realisiert; bis 1988 sollen die sich anschließenden Freiflächen bis zum Kulturhaus ebenfalls neu gestaltet werden.
Mit der Rekonstruktion des Berlischky-Pavillons wurde der Beweis angetreten, daß auch in Mittelstädten bei entsprechender zielgerichteter Leitung handwerklich komplizierte Restaurationsaufgaben lösbar sind, um historische Bausubstanz für neue funktionelle Aufgaben unserer Gesellschaft zu erschließen.

Jugendfreizeitzentrum und Flughistorisches Museum Budapest

Dipl.-Ing. Matthias Krauß
Vorsitzender der Fachgruppe Industriebau
des BdA/DDR im Bezirk Suhl

Neben vielen anderen Aufgaben stand für die Städteplaner der ungarischen Hauptstadt das Problem, das Stadtwäldchen als einen wichtigen Grünbereich in Zentrumsnähe, dem bedeutende gesellschaftliche Einrichtungen zugeordnet sind, noch attraktiver zu gestalten und den Bedürfnissen der heutigen Zeit anzupassen. Die wichtigste Maßnahme betraf die „Petöfi-Halle", die größte und noch erhalten gebliebene Halle der ehemals in diesem Bereich angesiedelten Budapester Messe. Der in den vierziger Jahren errichtete Bau mit etwa 45000 m^3 umbautem Raum wurde nach Verlegung der Messe auf das neue Gelände im Stadtbezirk Köbánya als provisorisches Möbellager genutzt. 1980 mußte auf Grund des schlechten Bauzustandes eine Rekonstruktion eingeleitet werden, mit der neue, dem Charakter des Gebietes entsprechende Funktionen zu finden waren. Bedarf für die Nutzung des ganzen Objektes hatten sowohl das Flughistorische Museum wie auch der ungarische Jugendverband angemeldet.

Der gefundene Kompromiß berücksichtigte beide Interessen, bedeutete aber Einschränkungen in der räumlichen Ausdehnung. Trotzdem das Vorhaben als gemeinsame Investition beider Auftraggeber durchgeführt wurde, blieb der finanzielle Spielraum sehr begrenzt, es stand etwa die Hälfte des durchschnittlichen m^2-Preises im Wohnungsbau zur Verfügung. Das Ziel der mit der Aufgabe betrauten Architekten Judit Tihanyi und György Halmos (ÁÉTV Budapest) bestand darin, unter Ausnutzung der konstruktiven Gegebenheiten und ihrer konsequenten Einbeziehung in die Gestaltungskonzeption einerseits und durch Verwendung von kostengünstigen Materialien andererseits ein Maximum an Funktionsangeboten und gestalterischer Qualität im Rahmen des finanziellen Limits zu realisieren.

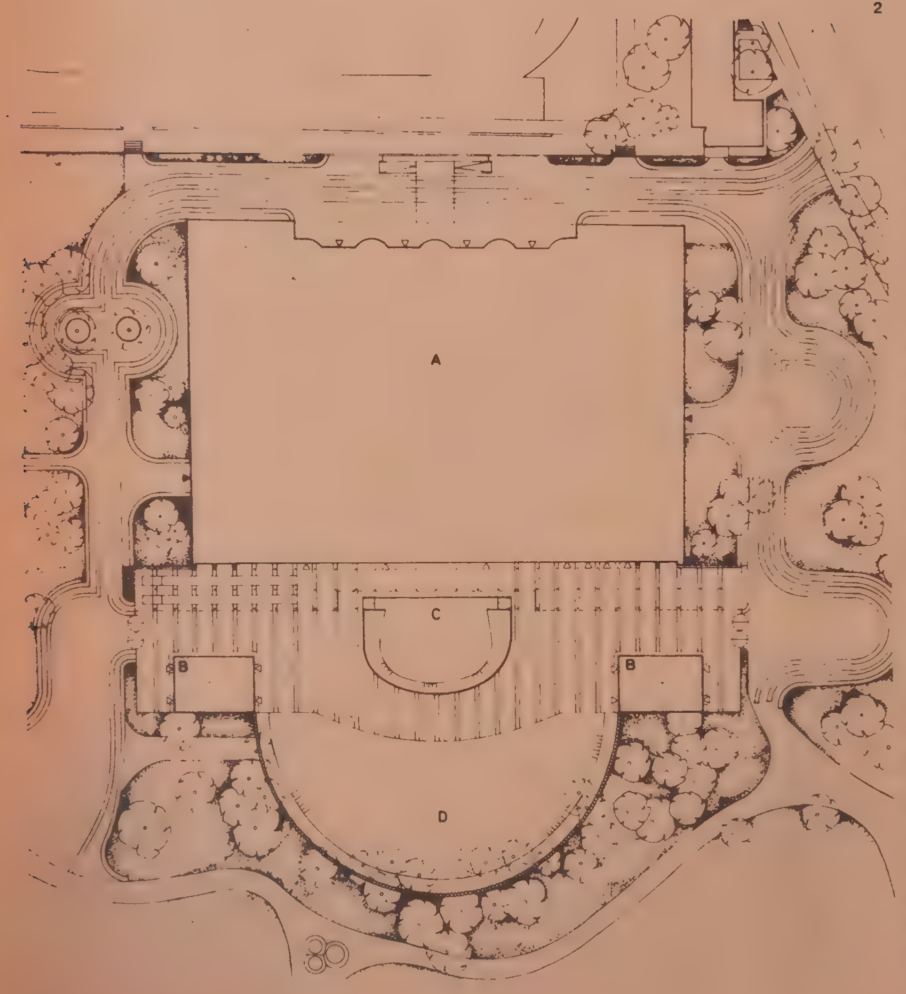
Das Jugendzentrum ist verkehrstechnisch durch die Metro und drei Obuslinien erschlossen. Neben großen Veranstaltungen gehören eine intensive Klubarbeit und vielfältige Serviceleistungen, die vor allem auch jugendlichen Touristen aus dem In- und Ausland zur Verfügung stehen, zum Programm des Hauses.

Der ständige Zugang zum Jugendzentrum erfolgt auf der Südwestseite des Gebäudes. Dem Eingang direkt zugeordnet sind die Rezeption, die Garderobe und ein Bufett. Über den offen gestalteten Foyerbereich, der auch für separate Veranstaltungen genutzt werden kann, sind im weiteren der Saal, die Klubräume, eine Boutique und die sanitären Einrichtungen zu erreichen.

Bei Großveranstaltungen erfolgt der Zugang über vier Eingänge an der Nordostseite des Gebäudes, die neben zwei von außen zugänglichen Kassen liegen und im Inneren zu drei U-förmigen Garderoben führen. Unmittelbar an die Garderoben schließen sich die Zugänge zum Saal an. Dieser kann mit 1000 Sitzplätzen ausgestattet werden oder bietet 2500 Stehplätze, verfügt über eine feste Bühne und ist mit Künstlergarderoben, Lagerräumen und Schalträumen im Erdgeschoß sowie Studio- und Technikräumen im Obergeschoß verbunden.

1 Nordostfassade

2 Lageplan A Petöfi-Halle B WC-Anlagen C Freilichtbühne D Zuschauerhügel



3 Ansicht von Süden

4 Außenansicht mit Zustand vor der Rekonstruktion

5 Innenaufnahme der Halle mit Zustand vor der Rekonstruktion



4



5

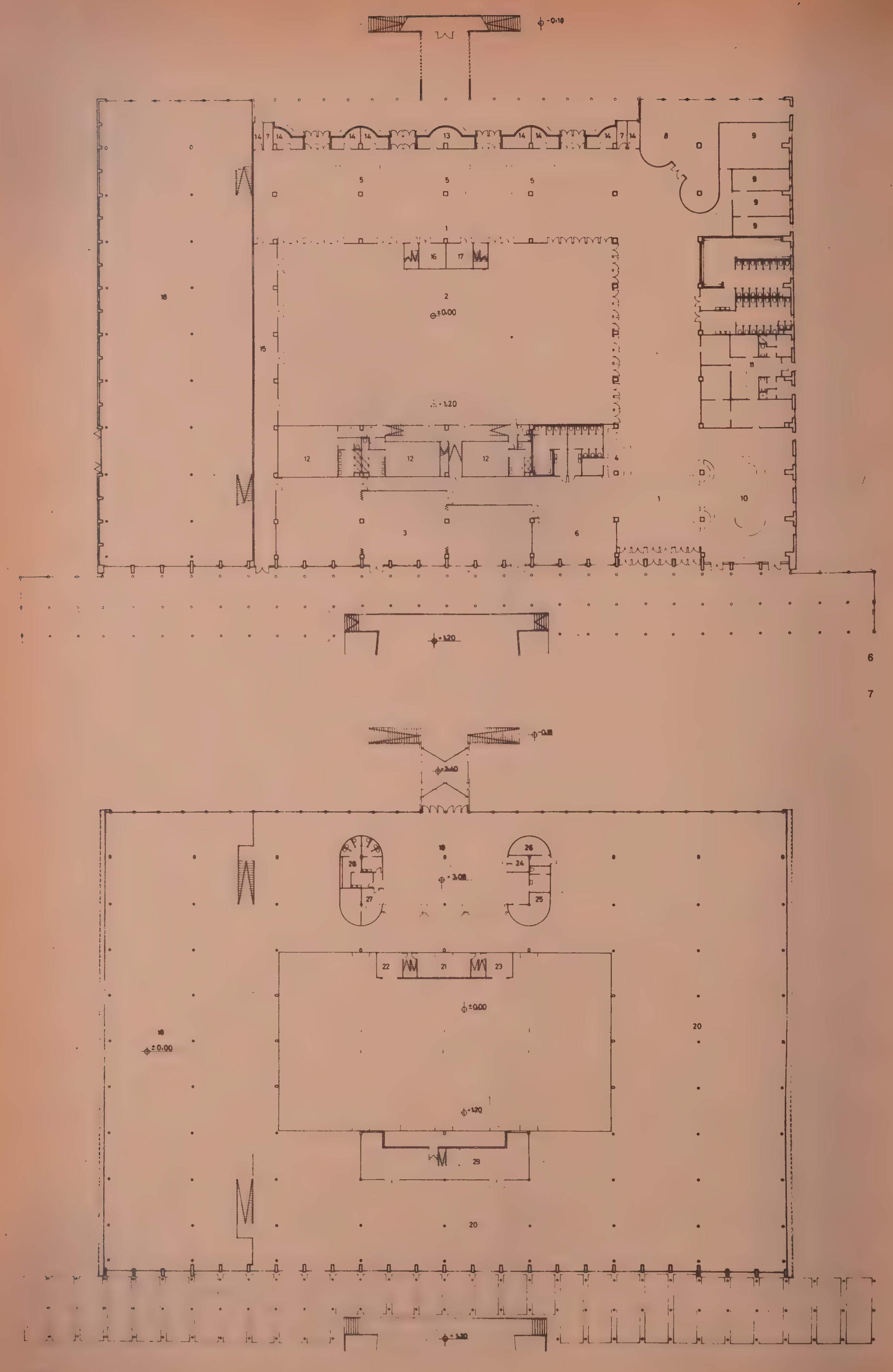
Für Veranstaltungen in den Sommermonaten kann die an der Südwestseite des Gebäudes erbaute Freilichtbühne genutzt werden. Der um die Bühne gestaltete Freiraum erlaubt sowohl die Durchführung von Konzerten und kleineren Theateraufführungen, für die ein künstlich, im Halbrund angelegter Hügel Zuschauerplätze bietet, wie auch Tanzveranstaltungen mit gastronomischer Betreuung über das Terrassenbufett.

Im peripheren Bereich der Außenanlagen sind Sporteinrichtungen angesiedelt, deren Betreuung ebenfalls durch das Freizeitzentrum erfolgt.

Das Flughistorische Museum, von dem sich der größte Teil im Obergeschoß befindet, ist über eine Freitreppenanlage und eine Brücke auf der Nordostseite zu erreichen. Dem Eingang schließt sich ein Vestibül an, dem Kasse, Garderobe, Bufett und WC-Anlagen zugeordnet sind. Während der Geschoßteil vorwiegend mit Ausstellungstafeln und kleineren Ausstellungsstücken die Geschichte der ungarischen und internationalen Luftfahrt veranschaulicht, sind im nordwestlich gelegenen eingeschossigen Teil Flugzeuge als Originale aufgestellt und von der Dachkonstruktion abgehangen.

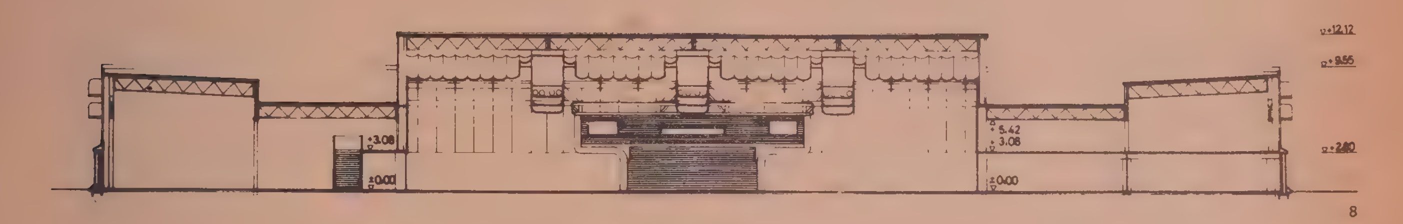
Der Schwerpunkt der baukonstruktiven Maßnahmen lag in der Sanierung der vorhandenen Substanz, dem Einbringen einer Geschoßdecke aus Stahlbeton auf ungefähr 60 Prozent der Grundfläche, dem Einbau einer zeltförmigen Brückenkonstruktion für Beleuchtung und Klimatisierung sowie der vollständigen Erneuerung der Fußböden. Zudem mußten mehrere Einbauten realisiert und die Gebäudetechnik völlig neu installiert werden.

Trotz des unterschiedlichen Charakters der beiden Institutionen, die das Gebäude nutzen sollten, haben es die Autoren verstanden, eine einheitliche Gestaltungskonzeption im Innen- und Außenraum durchzusetzen.



6

7



8

6
Grundriß Erdgeschoß

7
Grundriß Obergeschoß

Legende zu 6 und 7
1 Vorhalle
2 Saal
3 Klubräume
4 Rezeption
5 Garderobe
6 Garderobe als Klubraum nutzbar
7 Kasse
8 Boutique
9 Büro
10 Büfett
11 Küche
12 Umkleideraum
13 Akkumulator
14, 15, 16 Lager
17 Elektroverteilung
18 untere Ausstellungsfläche des Museums
19 Vestibül
20 obere Ausstellungsfläche des Museums
21 Kino – Maschinenraum
22, 23 Ton- und Lichtsteuerräume
24 Kasse
25 Büfett
26 Schaltraum Elt
27 Garderobe
28 WC-Anlagen
29 Lüftungs- und Szenikmaschinenraum

8
Schnitte

9
Eingangsbereich an der Nordostseite mit Garderoben

10
Saal

11
Saal

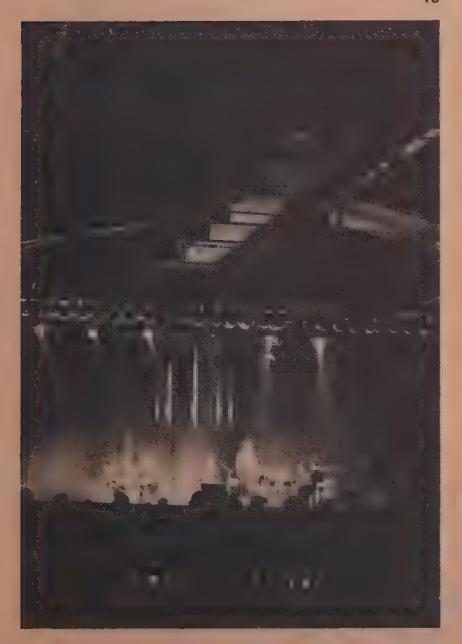
die den zwei Funktionen voll gerecht wird. Die großflächig verglasten, dunkel wirkenden Fassaden werden durch gelbe Schattenschirme aus Polyester kontrastreich in Form und Farbe gegliedert. Dieses Element wird in Verbindung mit rot abgesetzter Stützkonstruktion auch für leichte Überdachungen im Bereich der Freilichtbühne eingesetzt.
Die gepflegten Grünflächen einschließlich der Bepflanzung mit Gehölzen und die Bewahrung des vorhandenen Baumbestandes,

Autoren
Dipl.-Ing. Arch. J. Tihanyi
Dipl.-Ing. Arch. G. Halmos
Inneneinrichtung:
A. Gebiusek, Kunstgewerbler
G. Somogyi (Ornamentik)
G. Buczkó (Ornamentik)
Außenanlagen:
Dipl.-Ing. I. Killer
Statik:
Dipl.-Ing. A. Hernád

9



10



11





12

12 Eingang zum Flughistorischen Museum
13 Blick zur Ausstellungsfläche im Geschoßteil des Museums
14 Büfett im Freizeitzentrum
15 Eingeschossiger Teil des Museums
16 Boutique



13



14

15

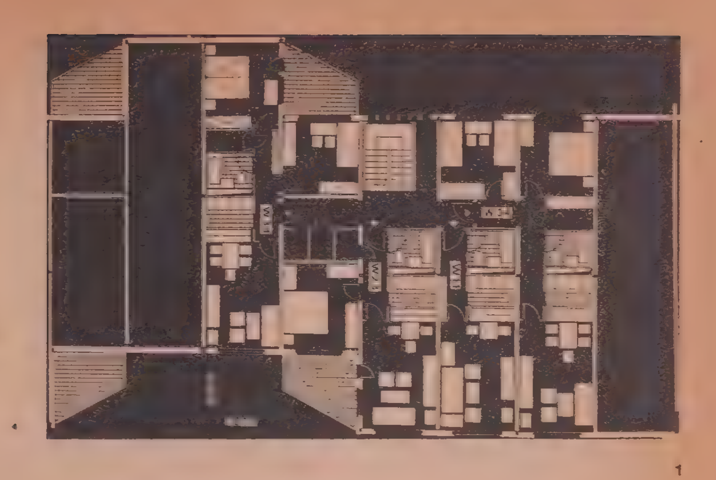


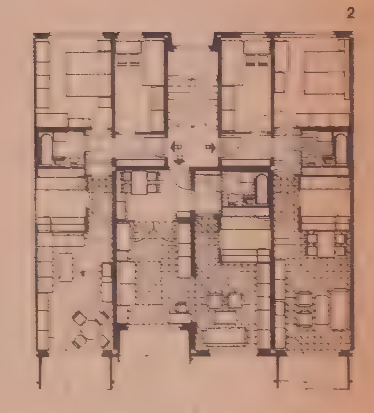
die in bewußtem Kontrast zu den Glas- und Plastmaterialien der Fassade und den strukturierten Betonoberflächen der Außenbauwerke wie Freitreppen und Brücke stehen, sind integrierender Bestandteil der Gesamtkonzeption.
Die Gestaltung der Innenräume konzentriert sich auf Materialwirkungen und die konsequente Einbeziehung der Baukonstruktion und der technischen Gebäudeausrüstung. Auf jede Art von Kaschierungen und Verkleidungen wird sowohl im Museumsbereich wie auch im Freizeitzentrum verzichtet. In diesem Sinne bleiben die Dachkonstruktionen aus Stahl ebenso sichtbar wie die Struktur der Holzschalung auf der Unterseite der Stahlbetondecke oder wie Mauerwerk und besonders markant im Saal die Kanäle der Klimaanlage, die Beleuchtungstechnik und die Beschallungseinrichtungen. Vielfach werden die genannten Konstruktionsteile und Ausrüstungen nicht nur sichtbar belassen, sondern durch farbliche Betonung und Effektbeleuchtung noch hervorgehoben. Auch die Verwendung von eingefärbtem Asphalt für die Fußböden, einer keineswegs üblichen Lösung für Gebäude mit derartiger Nutzung, ist dem Erscheinungsbild nicht abträglich.
Geschickt wurden in diese sachliche Atmosphäre aus Beton, Stahl, Asphalt, Glas und Plastwerkstoffen Elemente wie die mit Blumenornamentik versehenen Holztüren oder die stark farbigen Leinenschirme über den Garderoben und dem Bufett eingefügt, wobei letztere in Bezug auf die Form das Schirmmotiv der Fassaden für den Innenraum wieder aufnehmen. Gleichermaßen trifft dieser bewußt gewählte Kontrast auch auf die Ausstattung zu, die flexibel ist und rustikal wirkt. Die Einbeziehung der Beleuchtung in die Gestaltungskonzeption in bezug auf Lichtwirkung, Lichteffekte und Form der Beleuchtungskörper gewährleistet, daß Raumerlebnisse geschaffen werden, die durch eine angenehme, den Bedürfnissen der Nutzer entsprechende Atmosphäre gekennzeichnet sind.
Alles in allem ist es den Architekten gelungen, im Freizeitzentrum durch ein vielfältiges Funktionsangebot, weitgehende Flexibilität und eine den Emotionen der Jugendlichen entsprechende Gestaltung Maßstäbe zu setzen. Auch dem Museumsteil, der bedingt durch die dargestellten Inhalte technischen Charakter trägt, ist die Sachlichkeit des Raumeindruckes sehr dienlich.
Das 1985 an beide Institutionen übergebene Objekt, zu dem mittlerweile erste positive Erfahrungen aus der Nutzung vorliegen, ist ein bemerkenswertes Beispiel, wie trotz harter ökonomischer Prämissen und begrenzter Möglichkeiten durch die Rekonstruktion eines vorhandenen Gebäudes eine attraktive Einrichtung geschaffen werden konnte, die zweifelsohne eine Bereicherung des kulturellen Lebens der ungarischen Hauptstadt ist.

16









Leopold Wiel zum 70. Geburtstag

o. Prof. Dr.-Ing. habil. Helmut Trauzettel

1
Die Entwürfe entstanden mit dem Magnettafelverfahren mit TGL-gerechten Möbelschablonen und kataloggerechten Fertigteilen.

2
Wohnungsentwicklungen mit großer Gebäudetiefe. Expandible Vorgaben lassen mit Schließen oder Öffnen einer Tür die Veränderung der Wohnungsgrößen zu.

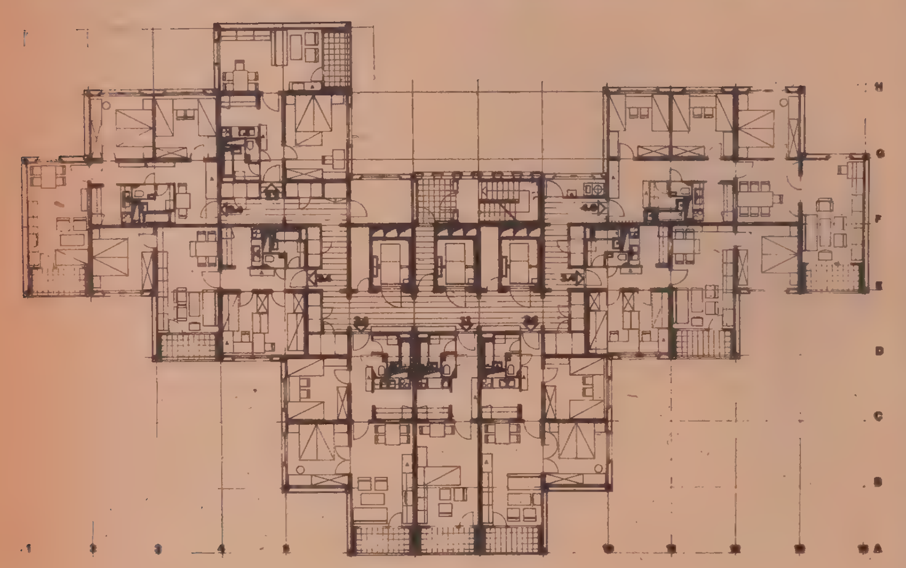
3
Zwei Würfelhäuser mit expandiblen Wohnungen im Vergleich (1979)

Wiel war jung – mit 35 Jahren – von seiner Lehrtätigkeit als Dozent in Weimar 1951 zum Professor für Werklehre an die TU Dresden berufen worden. Mit seiner feierlichen Emeritierung wurde er nach 30 intensiven Jahren aus seinem schöpferischen Wirkungsbereich als Hochschullehrer, Architekt und Bauwissenschaftler entpflichtet (1, 2, 3).
Zum Müßiggang verurteilt? Nein. Er lebt mit uns in der erwarteten – der 10.! – immer wieder aktualisierten Auflage des „Wiel" (4) – sein in fast jeder Architektenhand liegendes Lebenswerk über die Baukonstruktionen des Wohnungsbaus, des industriellen Wohnungsbaus, den er, wie kaum einer auf dem Weg der Industrialisierung im Bauwesen in fast 2000 Absolventen und als praxisverbundener Entwicklungspionier gefördert hat.
Die Ernte des Pädagogen wurde ihm in der Liebe seiner ehemaligen Studenten und Mitarbeiter zuteil. Als „Verdienter Hochschullehrer" erhielt er die höchste Auszeichnung des Hochschulwesens und schließlich die Ehrendoktorwürde der Technischen Universität Budapest, als Bestätigung seiner internationalen Ausstrahlung.
In der ihm geschenkten Zeit der Besinnung, in der „Emeritage", ließ er sein Leben lebendig werden in mehrbändigen Lebenserinnerungen. Er ist seinem zielstrebigen Weg nachgegangen, er ordnete und wertete.
„Die Rückblicke im Alter verdecken im großen und ganzen die Problematik unserer geistigen Existenz, ihre Widersprüche und Zweifel, die Kämpfe und Niederlagen. ... Die Zeiträume, welche die Entwicklung benötigt, sind einfach zu kurz. Doch die Ziele müssen ihre Formulierung erhalten, und Du hast sie auf Deinem Gebiet formuliert ...", so schreibt Hermann Henselmann zur Emeritierung an Leo Wiel.
Er formulierte sie frühzeitig in zahlreichen Veröffentlichungen, in Referaten auf Tagungen der KDT und der Bauakademie der DDR, deren Mitglied er seit 1961 ist. Er faßte sie in Thesen zusammen, die über 30 Jahre ihre Gültigkeit behalten haben. Da sie uns eine wichtige Grundlage für Lehre, Forschung und Praxis blieben, sollen sie hier auszugsweise aufgenommen werden.

1. Eine einheitliche **Maßordnung** im Hochbau ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Industrialisierung des Bauwesens. (5)
2. Die auf **Großrastern** entwickelten Wohnungstypen lassen sich mit einer gerin-







4

Modell einer expandiblen Vierraum- oder Ein- und Dreiraumwohnung

5

Ausgezeichnete Arbeit im Wettbewerb des WBK Dresden für Wohnhochhäuser (1977)

gen Anzahl unterschiedlicher Bauelemente ausführen. (6)
3. Bei einem Großrastersystem von 3,60 m sind **14,40 m** ein Beispiel für eine optimale Gebäudetiefe. (6)
4. **Querwandbauweisen** werden für den industriellen Wohnungsbau empfohlen, da sie eine gute Nutzung der statischen und bauklimatischen Eigenschaften der Wände ermöglichen. (6, 7)
5. Die Typisierung darf **nicht** zum **Schematismus** führen. Der Begriff Typ soll als Beispiel und Vorbild verstanden werden. Eine Monotonie darf auf keinen Fall entstehen. (8)
6. Dem Projektanten ist die Möglichkeit gegeben, mit Elementen der Serien- und Massenfertigung **vielfältige** architektonische **Lösungen** zu finden. (5)
7. Nicht unterschiedliche Standardbauweisen sind die Grundlage für eine umfassende Industrialisierung, sondern der **Austauschbau** auf einer einheitlichen maßlichen Grundlage. (6)
8. Die Erhöhung der **Qualität des Rohbaus** ist die wichtigste Voraussetzung für die **Rationalisierung des Ausbaus** und der Technischen Gebäudeausrüstung. (10)
9. **Die breite Industrialisierung im Bauwesen erfaßt Ziegel, Hohlblocksteine, Großblöcke und Platten.** Kleinformatige Bauteile werden ihre Bedeutung besonders für die Werterhaltung und Rekonstruktion behalten. (6, 10)
10. Mit **Badzellen** wird der Anfang **zur Herstellung ganzer Räume** in der Fabrik gemacht. (11)
11. **Kataloge** (auch Lehrbücher) auf der Basis der Maßordnung sind ein wichtiges Hilfsmittel für Projektierung und Produktion. (6, 9)
12. Schornsteine und Installationen sollen im Grundriß so zusammengefaßt und eingeordnet werden, daß eine ungehinderte Unterlagerung von gesellschaftlichen Funktionen im industriellen Wohnungsbau gewährleistet wird. (7)
13. Erfolge in der Steigerung des Bautempos und in der Senkung des Aufwandes dürfen nicht auf Kosten der **Ausführungsqualität** erzielt werden. (10)
14. Die Wohnbauten bedürfen einer stetigen **funktionellen und gestalterischen Weiterentwicklung.** Die **Verbesserung der Qualität** muß ein fortwährendes Anliegen bleiben. (11)
15. Zur bezugsfertigen Wohnung gehört die fertiggestellte Wohnumwelt mit Straßen- und Gartenflächen sowie Folgeeinrichtungen, die nach den gleichen Prinzipien wie die Wohnbauten errichtet werden. (5)

Wie heftig wurde anfangs abgelehnt, was heute selbstverständlich ist. Wiel verfocht bereits 1951 die Einführung geometrischer Ordnungsgrundlagen, der Maßordnung im Hochbau und ihre Anwendung beim Konstruieren (12). Er führte Systemlinien und Rastergrundlagen beim Entwerfen ein und schuf damit Voraussetzungen für die Standardisierung im Bauwesen, für den Austauschbau, für die Abstimmung der Roh- und Ausbauelemente. Er entwickelte die Querwandbauweise im Wohnungsbau (7) und förderte mit den Großblockbauten in Berlin-Karlshorst 1956 erstes industrielles Baugeschehen.
Die Arbeiten mit Deutschmann an raumgroßen Decken und Wänden brachte die Entwicklung zu hohen Laststufen (13). Zielstrebiges Bemühen um die Reduzierung des Energieaufwandes, eine optimale Baulandausnutzung sowie Tiefbaueinsparungen befürworteten große Gebäudetiefen. Aber alle erreichbaren ökonomischen Effekte waren immer auf funktionelle Qualitätserhöhung, langfristigen Gebrauchswert und die gestalterische Vervollkommnung gerichtet. Augenblicklich gültige Begrenzungen der Wohnungsgröße sollten in expandiblen Grundrissen dem Familienwachstum und zukünftigen Bedürfnisanforderungen anpaßbar sein. Solche Vorzüge sind inzwischen erkannt, werden jedoch noch ungenügend berücksichtigt.

In schöpferischer Vielfalt entstanden auf der Grundlage eines offenen Systems unter Beachtung dieser prinzipiellen Ziele in Studien und Forschungsarbeiten unerschöpfliche Angebote an Wohnungsentwicklungen in der Verflechtung zu Wohnbereichen mit hohen Lebensqualitäten. Alle diese Entwicklungen gediehen in enger Zusammenarbeit mit kooperierenden Wissenschaftsgebieten. Als Leiter der interdisziplinären Forschungsgruppe Komplexer Wohnungsbau der Technischen Universität Dresden verstand es Wiel, die Einflüsse der „Spezialisten" auf ein neues Ganzes zur Wirkung zu bringen.
Auf der anderen Seite lehnte der erfahrene Hochschullehrer eine Spezialisierung im Rahmen der Ausbildung des Architekten ab. Unter den Bedingungen und unter der Beeinflussung der Herstellungstechnologie Konstruieren und Entwerfen lehren und mit einem architekturfortschrittlichen Standpunkt daraus die Gestalt gewinnen lernen, sah er als das Spannungsfeld des gemeinsamen Bemühens von Hochschullehrer und Studenten während der Studienzeit an. Alle zusätzlichen, ständig sich erweiternden Anforderungen sollten unter diesem Aspekt integriert werden.
Prof. Dipl. arch. Dr. h. c. Leopold Wiel kommt mit einer seltenen Sicherheit von der handwerkgerechten Schule des Konstruierens und Entwerfens her und vereint dieses Können auf überlegene Weise mit den Anforderungen des industriellen Baugeschehens. Große Aufgaben der Denkmalpflege einerseits, wie sein ausführungsreifes Hotelprojekt in Pöppelmanns Taschenbergpalais, andererseits neue Objekte, wie der Ideenentwurf zum Kulturpalast Dresden, wurden von ihm mit gleichem Können bewältigt.
Er sieht keinen Gegensatz in der Methode und in den Zielen! Wer die Gestaltungsmittel des Architekten meisterhaft zu beherrschen gelernt hat, der wird sie nicht in rückschrittlicher oder historisierender Weise mißbrauchen. Zur Meisterschaft gehört immer Entwicklungsgewinn. Wiel hat uns beides, das Bemühen um Meisterschaft und Entwicklungsgewinn und damit einen fortschrittlichen Standpunkt für die Lösung der Architekturaufgaben unserer Zeit vermittelt.

Literatur

(1) Trauzettel, H.: Leopold Wiel – Lebensweg eines Architekten und Hochschullehrers
in: Leopold Wiel – Hochschullehrer und Architekt. Festschrift anläßlich seines 65. Geburtstages am 14. 5. 1981, herausgegeben von der Technischen Universität Dresden, Sektion Architektur S. 7–9
(2) Deutschmann, E.: Der Beitrag von Leopold Wiel zur Entwicklung der Bauwissenschaft
in: dto., S. 10–11
(3) Trauzettel, H.: Prof. Dr. h. c. Leopold Wiel zum 65. Geburtstag
Architektur der DDR, Berlin (1981) 5, S. 308–309
(4) Wiel, L.: Baukonstruktionen des Wohnungsbaues, 9. Auflage Leipzig: Teubner 1983
(5) Wiel, L.: Referat zum Erfahrungsaustausch der KDT am 1. 12. 54
(6) Wiel, L.: Referat zur Tagung über Großplattenbauweise am 6. 9. 55 in Berlin
(7) Wiel, L. und Trauzettel, H.: Wohnungstypen mit tragenden Querwänden
Wiss. Zschr. TH Dresden (1951/52) 3, S. 321–326 und Bauplanung/Bautechnik, Berlin (1952) 12
(8) Wiel, L.: Wohnbauten aus vorgefertigten Teilen für Berlin-Karlshorst
Deutsche Architektur, Berlin (1957) 1, S. 6–7
(9) Wiel, L.: Zur 1. Deutschen Baukonferenz: Projektieren nach Katalog
Sonntag, 3. 4. 1955
(10) Wiel, L.: Perspektiven der Industrialisierung des Bauwesens
Vortrag im VEB Volksbau Berlin, 14. 3. 59
(11) Wiel, L.: Vortrag in Radio DDR am 14. 11. 58
(12) Wiel, L.: Baukonstruktionen unter Anwendung der Maßordnung im Hochbau
Leipzig: Teubner 1955
(13) Wiel, L.: Studienentwürfe für die 9-Mp-Großtafelbauweise
Dt. Architektur, Berlin 18 (1970) 1, S. 28–31

Höhere Effektivität im Städtebau durch ökonomische Bewertung

Vom Kolloquium der Technischen Hochschule Leipzig zur ökonomischen Bewertung städtebaulicher Ensembles

Dr. oec. Fritz Wiese

Dipl. Ing.-Ök.
Hanspeter Schumann

Am 5. November 1985 führte die Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft (SBW) der TH Leipzig ein Kolloquium zur „Methodik der ökonomischen Bewertung komplexer Investitionsvorhaben im Städtebau" durch.
Die gehaltenen Vorträge und geführten Diskussionen zeigten im Einklang mit entsprechenden zentralen Beschlüssen die Bedeutung komplexer Aufwandsbetrachtungen bei Sicherung einer hohen Wohnqualität in frühen Phasen der Planung und Vorbereitung von Investitionsvorhaben des Städtebaus auf.
Die den Beratungsteilnehmern vorgelegte thesenförmig gestaltete Diskussionsgrundlage stellte aggregierte Zwischenergebnisse der Grundlagenforschung vor, mit deren Hilfe die Beratung grundsätzlicher Probleme und möglicher Lösungsrichtungen zur Schaffung einer weitestgehend geschlossenen Methodik der ökonomischen Bewertung städtebaulicher Ensembles angeregt werden soll.
In seinem Eröffnungsreferat ging Prof. Dr. sc. oec. *R. Hofmann,* Direktor der Sektion SBW der TH Leipzig, davon aus, daß die Bezugsbasis der ökonomischen Bewertung eines städtebaulichen Ensembles wie bei jedem anderen Erzeugnis nur der Gebrauchswert sein kann. Dieser ist eine staatliche Vorgabe und wird durch Bemessungsrichtwerte und Ausstattungsnormative geregelt, die die Proportionen der einzelnen Funktionen der sozialen Infrastruktur zur Zahl der im Ensemble künftig wohnenden Bürger und zur Einwohnerdichte beinhalten. Er ist zugleich Ausdruck eines historisch und demographisch bestimmten Grundbedürfnisses an die Ausstattung und Größe der Wohnungen. Der Entwicklung dieses Grundbedürfnisses kann auf der Grundlage der volkswirtschaftlichen Möglichkeiten nur mit einer allgemeinen Niveauanhebung des Gebrauchswertes, treppenförmig von einem Reproduktionsintervall zum anderen, entsprochen werden. Der Gebrauchswert ist damit im ökonomischen Bewertungsprozeß eine festliegende Größe, die keine Veränderung in der Bewertung erfährt, sondern vielmehr als Bedingung in der städtebaulichen Planung zu erarbeiten ist.
Damit ist der Aufwand die Variable, der Gebrauchswert die Konstante, in dem die Effektivität ausdrückenden Verhältnis. Das heißt, daß die Variante (Standort, Bebauungskonzeption) den Vorrang erhält, die bei Sicherung der Funktionen der sozialen Infrastruktur die niedrigen Aufwände verursacht.
Der Standpunkt, minimale Aufwände als Zielkriterium zu stellen, engt dabei die Bemühungen um städtebauliche Ausdruckskraft nicht ein, sondern orientiert vielmehr auf solche Lösungen, die hohe Ökonomie mit städtebaulich und architektonisch anspruchsvollen Lösungen verbinden.
Hofmann ging dann zur Beschreibung der in die Bewertung einzubeziehenden Aufwände über, wobei er als Voraussetzung für die Einbeziehung Beeinflußbarkeit der Aufwandsarten durch städteplanerische Entscheidungen und ihre Finanzierung aus dem Staatshaushalt nannte. In die Variantenbetrachtung werden weiterhin alle einmaligen und laufenden Aufwände für die Errichtung, Erhaltung und Betreibung eines Ensembles einbezogen, die in folgenden Zonen entstehen:

1. die Hochbausubstanz im einzelnen,
2. das Ensemble insgesamt und
3. die Anbindung des Ensembles an die Zentrums- und zentrumsnahen Bereiche bzw. an entsprechende Versorgungseinrichtungen.

Ausgehend von den von *Hofmann* dargelegten Grundsätzen der ökonomischen Bewertung wurden an der Sektion SBW verschiedene Forschungsrichtungen aufgebaut, die sich mit speziellen Seiten der ökonomischen Bewertung beschäftigen.
So machte Dipl.-Ing.-Ök. V. *Sebekow*, Sektion SBW der TH Leipzig, Ausführungen zur Berücksichtigung des Gebrauchswertes bei der ökonomischen Bewertung städtebaulicher Ensembles und der Einbeziehung von demographischen Faktoren in die Planung der Reproduktion der Wohnungsbausubstanz.
Sebekow begründete dabei ihre Auffassung mit der Charakterisierung des Bedürfnisses „Wohnen" als Grundbedürfnis, was die Errichtung und Erhaltung von möglichst vielen Wohnungen mit einem weitestgehend einheitlichen Gebrauchswert auf hohem Niveau für alle Bürger bedingt. Dieses Grundbedürfnis wird dabei noch weiter differenziert, wobei der Gebrauchswert „Wohnen" in einen Gebrauchswert im engeren Sinne (Wohnung) und im weiteren Sinne (Wohnumgebung) unterteilt wird.
Demographische Bedingungen im städtebaulichen Ensemble erfordern eine konkrete Gebrauchswertstruktur entsprechend der geltenden Normen und Richtwerte, verändern sich aber auch in ihrer Langzeitwirkung und rufen zumeist innerhalb einer Reproduktionsperiode eines Bauensembles eine Verschlechterung der Auslastungsgrade der Einrichtungen der sozialen Infrastruktur hervor. Als Lösung dieser Probleme schlägt *Sebekow* eine verstärkte Lenkungstätigkeit der Wohnungspolitik zur Erzielung einer heterogenen Bevölkerungsstruktur in den Wohngebieten und konkrete gebietsbezogene Vorausberechnungen der Bevölkerungsentwicklung vor. Die qualitative Entwicklung der Wohnbedürfnisse von einem Reproduktionsintervall zum anderen wird als treppenförmig charakterisiert, da diese in einem Intervall relativ stabil sind. *Sebekow* wies in diesem Zusammenhang auf die Ergebnisse einer an der TH Leipzig durchgeführten soziologischen Untersuchung hin, die die Vorstellungen von Studenten über den Gebrauchswert der Wohnungen im Jahr 2000 analysiert.
Zur Gebrauchswertproblematik wurde nach dem Vortrag von *Sebekow* eine rege Diskussion geführt, von der hier nur einige Beiträge angeführt werden können.
Dipl.-Ing.-Ök. *Molzahn*, Institut für Ökonomie der Bauakademie der DDR, machte in der Diskussion auf das Erfordernis der verstärkten Hinwendung zum innerstädtischen Wohnungsbau aufmerksam, die für ökonomische Bewertungsbetrachtungen eine Quantifizieren des Gebrauchswertes der Wohnungsbausubstanz verlangt.
Dabei wurde auf eine am Institut für Ökonomie gemachte Recherche zur Gebrauchswertbestimmung verwiesen.
Einen ähnlichen Standpunkt äußerte Prof.-Dr. sc.-oec. *P. Doehler*, HAB Weimar, und unterstrich die Gefahr von Gebrauchswertreduzierungen als Ergebnis von ökonomischen Bewertungsmethodiken, die als alleiniges Optimalitätskriterium die Aufwandsminimierung anwenden. Die Gebrauchswerte müssen einerseits differenziert eingeschätzt werden und auch andererseits eine Gebrauchswertkompensation in bestimmten Parametern der Wohnqualität zugelassen werden.
Dipl.-Geograph *H. Sterz*, Gutachterstelle beim Rat des Bezirkes Suhl, vertrat den Standpunkt, daß die Fixität des in die ökonomische Bewertung einzubeziehenden Gebrauchswertes nur bei der Betrachtung von extensiven Standorten anwendbar sei.
Mit einer variablen Gestaltung des Gebrauchswertes bei der Bewertung innerstädtischer Vorhaben wären besonders bei kostenintensiven Objekten durch eine Senkung des Gebrauchswertes Möglichkeiten gegenüber den Tendenzen der Kostensenkung durch Gebrauchswertabmagerungen entgegenzuwirken.
Dr.-oec. *F. Wiese*, Sektion SBW der TH Leipzig, sprach über die Einbeziehung des einmaligen Aufwandes in die ökonomische Bewertung und über die Rolle der Nutzungsdauer von Gebäuden zur Bestimmung optimaler Reproduktionsvarianten.
Ausgehend von den Anforderungen einer optimalen Reproduktion der Bausubstanz erläuterte *Wiese* die Dauer eines Reproduktionszyklusses als die Zeitspanne, in der die Bausubstanz Gebrauchswert besitzt. Dieser Gebrauchswert beginnt mit dem Zeitpunkt der Nutzungsfähigkeit und endet mit seinem Abriß.
Demgegenüber charakterisierte *Wiese* die Nutzungsdauer als Zeitraum der Nutzung der Wohnungsbausubstanz und der daraus resultierenden Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse an Wohnungen. Daraus leitet sich die Forderung nach der Normativen Nutzungsdauer ab, da die Kenntnis über sie wesentliche Voraussetzung für den effektiven Einsatz volkswirtschaftlicher Ressourcen im Bauwesen ist.
Zur Normativen Nutzungsdauer gibt es in der Fachliteratur und in den gesetzlichen Regelungen keine eindeutigen Aussagen, sondern vielmehr sich widersprechende Angaben, die zwischen 60 und 150 Jahren liegen. Für eine Widerspiegelung des Verschleißes, die in der Bestimmung des Abschreibungssatzes zum Ausdruck kommt, ist eine Normative Nutzungsdauer von 80 Jahren festgelegt.
Nach Untersuchungen, auf die *Wiese* in seinen Ausführungen hinwies, liegt die Nutzungsdauer in der DDR wesentlich höher, woraus er die Notwendigkeit weiterer Forschungsarbeit zur wissenschaftlichen Be-



gründung dieser Kennzahl schlußfolgerte. Über die Rekonstruktionswürdigkeit der Gebäude entscheidet u. a. auch die ökonomische Bewertung, die zeitbezogen und unter zu Hilfenahme von Schwellwerten angewendet werden muß.

Der Zeitfaktor kommt dabei in der

- Nutzungsdauer der Bausubstanz
- dem Grad der Wertminderung und in
- der Restnutzungsdauer zum Ausdruck.

In der Aufwandsbetrachtung ist ebenso die Einbeziehung des laufenden Aufwandes in die ökonomische Bewertung wesentlich, da Standort- und Bebauungskonzeption diese Aufwandsart beeinflussen.

Dr.-oec. *B. Döhler*, BMK Chemie Halle, erläuterte hierzu seine Methodik zur Quantifizierung von laufenden Aufwänden für ein städtebauliches Ensemble in einem Zeitraum von 30 Jahren. Nach *Döhler* besteht der laufende Aufwand der Wohnungen aus Stützungen der Energieversorgungsbetriebe zur Sicherung niedriger Bevölkerungstarife für Energie.

Der in die ökonomische Bewertung einzubeziehende laufende Aufwand der Gemeinschaftseinrichtungen wird aus dem gebäudeabhängigen laufenden Aufwand dieser Einrichtungen, einschließlich der laufenden Aufwände der Wäschereien und chemischen Reinigungen sowie den Stützungen der VEB Gebäudewirtschaft für die Erhaltung und Bewirtschaftung der von ihnen verwalteten Gebäude gebildet.

Zur Sicherung der Funktion eines städtebaulichen Ensembles sind aber noch weitere Grundmittel erforderlich, wie für die erforderlichen Straßen, die Freiflächen, die Anlagen und Netze der Nahverkehrsmittel sowie die Stadttechnik.

Während der laufende Aufwand der Straßen und Freiflächen in voller Höhe in die ökonomische Bewertung eingeht, muß für die Aufwände der Anlagen und Netze des Nahverkehrs und der Stadttechnik die besondere Position des spezifischen Aufwandes der Personenbeförderung bzw. der Energie- und Wasserversorgung gebildet werden. Nachdem *Döhler* in seinem Vortrag noch Ergebnisse zweier Berechnungen des laufenden Aufwandes für ein Altbaugebiet und einen Neubaustandort darlegte, wies er darauf hin, daß eine Abgrenzung der laufenden Aufwände hinsichtlich ihrer Entstehung im Ensemble oder im Anbindungsbereich an die Stadt einheitlich für alle Ensemble nicht möglich ist, da der Ensemblebegriff größenmäßig nicht begrenzt ist und daher die Zuordnung erst in der konkreten ökonomischen Bewertung erfolgen kann.

In der Diskussion zu diesem Beitrag unterstrichen mehrere Diskussionsredner die Wichtigkeit der Quantifizierung des laufenden Aufwandes der Bausubstanz im Allgemeinen und die Bedeutung der von *Döhler* geleisteten Arbeit auf dem Gebiet im Besonderen. *Döhler* erklärte in der Diskussion seine Absicht, die in seiner Dissertation gesammelten Daten und Kennzahlen in nächster Zeit einer Veröffentlichung für die Praxis zuzuführen.

Dr.-oec. *A. Bergfeld*, Büro des Chefarchitekten Leipzig, stellte ein Modell zur Ermittlung des volkswirtschaftlichen Gesamtaufwandes eines Ensembles vor, das dem Städteplaner erlaubt, in frühen Phasen des Planungs- und Vorbereitungsprozesses die ökonomischen Auswirkungen städteplanerischer Entscheidung mit vertretbarem Aufwand zu ermitteln. Da die Vielzahl der dabei auftretenden Verflechtungen eine manuelle Bewertung meist nicht zuläßt, ist hier die Anwendung eines EDV-gestützten Verflechtungsmodells notwendig, das die direkten und indirekten Beziehungen zwischen den Aufwandskennzahlen widerspiegelt und diese mittels Koeffizienten quantifiziert.

Das von *Bergfeld* vorgestellte Modell ist stufenförmig aufgebaut und läßt eine schrittweise Verknüpfung der einzelnen Aufwände zum volkswirtschaftlichen Gesamtaufwand zu.

Der so charakterisierte Aufbau des Modells macht den Prozeß der Bewertung transparenter und erlaubt einen ständigen direkten Eingriff des Menschen zur Veränderung der Parameter. Das Problem für die Anwendung des Modells sieht *Bergfeld* in der zur Zeit ungenügenden Verfügbarkeit von Ausgangsdaten über den Aufwand durchgeführter Investitionen und über den Bestand der Wohnungsbausubstanz. Ebenso ist auch eine Vernachlässigung der Kennzahlenarbeit bei den Erzeugnisherstellern zu verzeichnen.

Die Bearbeitung, Bereitstellung und Aktualisierung von Ausgangsdaten für das Modell muß demnach auch eine Aufgabe des Projektanten sein, um im Bewertungsergebnis zu technisch-technologisch begründeten Resultaten zu kommen.

Das Problem der Datenbereitstellung und der Arbeitsweise des Modells in praxi war auch Gegenstand der sich anschließenden Diskussion, wo von den Diskussionsrednern verschiedene Lösungsvorschläge hierzu gemacht wurden.

Der Beitrag von Dipl.-Ök. *H. U. Hausmann*, Sektion SBW der TH Leipzig, hatte die Steuerung der Aufwandsentwicklung durch Normative zum Gegenstand.

Normative, Normen und Richtwerte dürfen hiernach nicht nur statistischen Zwecken dienen, sondern sie müssen entsprechend ihrem Inhalt eingesetzt werden.

Dazu bedarf es einer Systematisierung der Normative und Richtwerte des spezifischen Systems des Normenwerkes der Leitung und Planung im komplexen Wohnungsbau. Ausgehend von dem Grundgedanken, dem Normativ die Funktion einer „Konstanten" und dem Richtwert die Funktion einer „Variablen" zuzuordnen und über eine kurze Analyse des gegenwärtigen Standes der Anwendung dieser Größen im Bauwesen machte *Hausmann* Vorschläge für ein neues Normenwerk zur Leitung und Planung baulicher Investitionen im komplexen Wohnungsbau. Der Grundsatz dieses Systems besteht darin, daß zwischen der Definition der Begriffe und der damit verbundenen inhaltlichen Bestimmung sowie ihrer Anwendung eine absolute Übereinstimmung gefordert wird.

In der Diskussion zu diesem Thema wies Dipl.-Ing. *Duwe*, Gutachterstelle beim Ministerium für Bauwesen, auf die Notwendigkeit der Erforschung der Wirkungsweise der IAN unter den Bedingungen des innerstädtischen Wohnungsbaus hin, wobei an dieser Institution bereits ein erster Beitrag erarbeitet wurde.

Der nächste Beitrag wurde von Dipl.-Ing.-Ök. *H. Schumann*, Sektion SBW der TH Leipzig, gehalten und beschäftigte sich mit der ökonomischen Bewertung von Rekonstruktions-



und Instandsetzungsmaßnamen zur Erhaltung von denkmalpflegerischen und gestalterischen Elementen der Wohnungsbausubstanz.

Schumann betonte, daß der Schwerpunkt bei seinen Untersuchungen in der Bewertung der Reproduktion der Architektur der nichtdenkmalgeschützten Altbausubstanz liegen müsse, da hier im Gegensatz zur Bewertung von Baudenkmalen mit dem Ergebnis der Ermittlung von individuellen denkmalspezifischen Aufwänden repräsentative Aussagen über die gestalterische Substanz und die Aufwände zu ihrer Erhaltung in Form von Richtwerten gewonnen werden könnten.

Der Kulturaufwand an Gebäuden gliedert sich nach *Schumann* in den gestalterischen und denkmalspezifischen Aufwand, der direkt und indirekt abhängig vom Gegenstand und der Art der jeweiligen Baumaßnahme anfallen kann.

Die indirekten Aufwände resultieren aus der Doppelfunktion der Mehrzahl der Bauteile und -elemente, materielle und zugleich ideelle Bedürfnisse zu befriedigen und müssen somit durch eine spezielle Bewertungsmethodik quantifiziert werden.

Diese geht von der Analyse der Ist-Kosten für die komplexe Instandsetzung und Modernisierung von Gebäuderepräsentanten aus.

Die Bewertungsergebnisse sollen nach
- axiologischen Stadtzonen
- typischen Baustilen und
- axiologischen Gebäudekategorien

differenziert werden. Die von *Schumann* vorgestellte Bewertungsmethodik geht vom schmucklosen Gebäude aus, womit die Vergleichbarkeit und Objektivität der zu treffenden Aussagen gewährleistet wird.

Über die ökonomische Bewertung und Stimulierung von Projektierungsleistungen im Wohnungsbau sprach Dipl.-Ing.-Ök. *H. Freier*, Sektion SBW der TH Leipzig.

Freier ging zunächst auf die vorhandene ökonomische Bewertungspraxis für Projektierungsleistungen im Wohnungsbau ein und stellte dabei u. a. fest, daß eine preiswirksame Senkung des einmaligen Aufwandes durch die Projektierungsleistung nicht widergespiegelt werden kann und folglich die Wirkungen auf die zu erwartenden Kosten bei der Realisierung des Projektes Bewertungsgegenstand sein müssen.

Die Bewertung kann nur auf der Grundlage der Aggregation der durch die Projektierung zu beeinflussenden Aufwandsart zum Gesamtaufwand in der Einheit von einmaligem und laufendem Aufwand vorgenommen werden. Dabei sind nur solche Aufwandsbestandteile einzubeziehen, die

1. inhaltlich gleich
2. nur durch das Entscheidungsfeld des Projektanten beeinflußbar und
3. zum Zeitpunkt der Bewertung hinreichend quantifizierbar sind.

Einen weiteren Schwerpunkt zur Qualifizierung der ökonomischen Bewertungspraxis in der Projektierung sieht *Freier* in der engeren Verbindung von Bewertungsergebnis und ökonomischer Stimulierung der Projektierungskollektive.

Freier stellte sodann seine Methodik der ökonomischen Bewertung von Projektierungsleistungen vor, die ihrem Wesen nach ein Variantenvergleich unter Ermittlung einer Vorzugsvariante in allen Leistungsphasen der Projektierungsaufgabe auf der Grundlage eines Basisniveaus ist.

Durch dieses Herangehen wird auch die Quantifizierung eines zusätzlichen ökonomischen Nutzens für den Hersteller und Betreiber des Projektierungsgegenstandes möglich, der Ausgangspunkt für die ökonomische Stimulierung der Projektierungskollektive ist.

In der Diskussion zu dieser Problematik ergänzte Dr.-sc.-oec. *Büttner*, Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft der TU Dresden, die Methodik mit dem Hinweis, daß sie neben absoluten Ergebissen auch relative für den Vergleich verschiedener Projektierungsergebnisse und -betriebe ausweisen sollte, was auch eine Bewertung des Ergebnisses des Projektierungsbetriebes insgesamt erfordert. Auch sollte für die ökonomische Bewertung die Basis das Normativ als Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Aufwandsanforderungen sein.

Dipl.-Ing. *Duwe*, Gutachterstelle beim MfB, stellte zu dieser Thematik den Zusammenhang zur leitungsseitigen Beherrschung der ökonomischen Beziehungen zwischen Projektierungsbetrieb und Kombinat und die Verantwortung des Hauptauftraggebers für den Gesamtprozeß der Erzeugnisherstellung heraus.

Das Kolloquium konnte insgesamt auf einen sehr breitgefächerten Teilnehmerkreis verweisen, zu dem Vertreter verschiedener Organe und Einrichtungen des Ministeriums für Bauwesen und der örtlichen Räte verschiedener Bezirke sowie Mitarbeiter der Bauakademie, der Universitäten und Hochschulen gehörten. Das Spektrum der Teilnehmer, die geführte Diskussion wie auch die nach der Veranstaltung getroffenen Einschätzungen läßt die außerordentliche Wichtigkeit und Aktualität der behandelten Fragen und das Bemühen aller an der komplexen Vorbereitung von Baumaßnahmen beteiligten Institutionen um eine wirksame Einsparung volkswirtschaftlicher Aufwände bei der Lösung der Bauaufgaben erkennen.

In den Beiträgen der Referenten und Diskussionsredner wurden dazu die Ansatzpunkte zur weiteren Forschung auf dem Gebiet der Ökonomie der Stadtplanung genannt. Im Vordergrund der Forschungsarbeit sollte demnach jetzt die Qualifizierung der Bewertung des Gebrauchswertes von städtebaulichen Ensembles und die Anwendung von moderner Rechentechnik in den Büros der Architekten und Städteplaner stehen.

Mit der breiten Einführung rechnergestützter Städteplanung und Projektierung auf der Grundlage einer vollständigen Datenerfassung und -speicherung ist die Berechnung einer maximalen Anzahl von Varianten und somit eine Erhöhung der Optimalität und Richtigkeit städtebaulicher Entscheidungen möglich.

Diese und andere Fragen werden auch Gegenstand der Beratungen auf der II. wissenschaftlichen Konferenz zu ökonomischen Problemen des Bauwesens – II. ÖKOBAU – am 15. und 16. Oktober 1986 an der TH Leipzig sein, in deren 2. Arbeitssektion die Ökonomische Bewertung städtebaulicher Ensembles behandelt werden wird.

Gestaltung von Innenräumen gesellschaftlicher Einrichtungen – Erfahrungen und Zielsetzungen

Dr. Karl-Heinz Barth
Mitglied der ZFG Innengestaltung/Ausbau des BdA/DDR

Die Zentrale Fachgruppe Innengestaltung/ Ausbau des BdA/DDR führte in Berlin ein Seminiar zum Thema „Gestaltung von Innenräumen gesellschaftlicher Einrichtungen – Erfahrungen und Zielsetzungen" durch. Mit etwa 120 Teilnehmern aus zahlreichen Projektierungs-, Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen hatte die Veranstaltung eine gute Resonanz gefunden.
Der Vorbereitung und inhaltlichen Orientierung des Seminars lagen die „Empfehlungen zur Projektierung der Innengestaltung für die Gemeinschaftseinrichtungen des komplexen Wohnungsbaus und anderer gesellschaftlicher Bauten" zugrunde. In diesem Arbeitsmaterial formuliert die ZFG Innengestaltung/ Ausbau ihren Standpunkt zu den wachsenden Anforderungen, die an die komplexe Gestaltung der gebauten Umwelt gestellt werden. In den „Grundsätzen für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR" wird für die Gestaltung von Innenräumen gesellschaftlicher Einrichtungen eine klare Orientierung gegeben: „Äußere und innere Gestaltung der Gebäude stehen in enger Wechselbeziehung. Kulturvolle, solide und zweckmäßige Innenarchitektur und Ausstattung der Räume sind für das Wohlbefinden der Menschen wesentlich."
Ein wichtiges Anliegen des Seminars war es, die Ergebnisse der 8. Baukonferenz auszuwerten und für einen breiten Kreis von Kollegen durch Beispiele praktischer Umsetzungen erkennbar werden zu lassen. Eine Reihe anspruchsvoller Vorträge trug diesem Aspekt Rechnung und diente dazu, in Vorbereitung des XI. Parteitages Schlußfolgerungen für die weitere gemeinsame Arbeit zu ziehen. Breiter Raum war im Seminar dem Austausch und der Vermittlung aktueller Erfahrungen aus der Praxis gewidmet. Dabei galt dem innerstädtischen Bauen, insbesondere der Modernisierung der vorhandenen Bausubstanz und die Verbreitung neuester Ergebnisse der Bauforschung, die Priorität. Im Mittelpunkt des schöpferischen Meinungsaustausches standen neben den praktisch-technischen Problemen der Modernisierung unserer Innenstädte vor allem die Beiträge der Baukombinate Berlins und aus den Bezirken zur Gestaltung der Hauptstadt der DDR. Im engen Zusammenhang wurden dazu Fragen der Grundhaltung zu einer zeitgemäßen Innengestaltung gesellschaftlicher Bauten aufgeworfen. Es geht nicht zuletzt darum, in welcher Weise wir die verfügbaren Fonds und Materialien am effektivsten für die Erfüllung der gestiegenen kulturellen Bedürfnisse einsetzen und damit unserem gesellschaftlichen Auftrag sowie den Anforderungen an eine sozialistische Raumgestaltung gerecht werden.
Zur Eröffnung des Seminars sprach Dr.-Ing. Martin Wimmer, Mitglied des Büros des Präsidiums des BdA/DDR. Er verwies auf die neuen Dimensionen im Bauwesen, die durch die weitere planmäßige Ausgestaltung der Hauptstadt der DDR gekennzeichnet werden. Zur Lösung dieser großen Aufgabe werden auch neue Impulse auf dem Gebiet von Innengestaltung und Ausbau erwartet. Erste Erfolge zeigte in dieser Hinsicht bereits der Ideenwettbewerb für die Ladengestaltung der Friedrichstraße in Berlin. Mit dem verstärkten innerstädtischen Bauen wird der Unverwechselbarkeit in der Architektur ein weit höherer Stellenwert als bisher zukommen. Dabei bestimmt die abwechslungsreiche, standortbezogene Gestaltung der Innenräume die Qualität unseres Schaffens wesentlich. Diese anspruchsvolle Aufgabe umfaßt die breite Palette von der Wohngebietsgaststätte bis zum Gemüseladen, vom Flur der WBS 70 bis zum Festsaal. Der Referent unterstrich abschließend: „Höhere Qualität der Innengestaltung und längere Lebensdauer der Ausstattung müssen entscheidend dazu beitragen, daß die gesellschaftlichen Bauten zu jenen Kommunikationszentren oder Punkten werden, wie sie für die Entwicklung der neuen Lebensweise erforderlich sind."

Hauptreferate

Der Vorsitzende der ZFG Innengestaltung/ Ausbau, Architekt Hans Bogatzky, widmete sich dem Thema: „Die gegenwärtigen Aufgaben der Raumgestaltung in der Einheit von Neubau und Modernisierung". Er eröffnete seine Ausführungen mit einem Rückblick auf die Fachgruppenarbeit. Seit dem Magdeburger Seminar 1982 hat die Hinwendung zum innerstädtischen Bauen spürbar zugenommen. Diesem Problemkreis galt das verstärkte Interesse der ZFG auf den letzten Arbeitsberatungen in Gera, Dresden, Potsdam und Quedlinburg. Erfreulicherweise konnte festgestellt werden, daß in dieser Zeit auch die Bedeutung der Gestaltung von Innenräumen gesellschaftlicher Einrichtungen beim Neubau und bei der Rekonstruktion vom gesellschaftlichen Auftraggeber deutlicher als vorher erkannt wurde.
Der Referent hob die „Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR" als richtungweisend für die Arbeit der ZFG hervor. Während bei den großen gesellschaftlichen Bauten entsprechende Ergebnisse vorliegen, ist eine komplexe Gestaltung entsprechend den o. g. Grundsätzen bei den wichtigen Bauaufgaben wie Kindergarten, Schule, Jugendklub und Altenwohnheim noch nicht immer befriedigend. Gerade diese Gebäudekategorien haben einen großen Anteil am Sichtbarwerden des sozialen Aspekts unserer Gesellschaft, als Bestandteile des anspruchsvollen Wohnungsbauprogramms verkörpern sie wesentliche Elemente unserer Baupolitik. Um so mehr müssen die Bemühungen aller an dieser Bauaufgabe Beteiligten aktiviert werden. Hier ist neben unserer architektonischen Kreativität eine deutlich spürbare Verbesserung der gegenständlichen Umsetzung durch Baukombinate und Ausstattungsbetriebe notwendig. Das ist nicht nur eine Sache der Organisation, sondern auch eine Frage der politischen Verantwortung gegenüber dem gesellschaftlichen Auftraggeber und Nutzer. Der Redner verwies auf die guten Ergebnisse auf dem Gebiet der Arbeitsumweltgestaltung und erläuterte erste Schritte, mit Hilfe einer interdisziplinären Arbeitsgruppe solche Fortschritte auch im Gesellschaftsbau zu erreichen.
Die Realisierung der auf der 8. Baukonferenz beschlossenen Zielstellung erwartet erneut eine Leistungssteigerung im Bauwesen. Im Zeitraum 1986–1990 werden über 1 Mio Wohnungen neugebaut bzw. rekonstruiert. Dazu gehören die erforderlichen gesellschaftlichen Einrichtungen, u. a. ca.

- 130 000 Plätze in Vorschuleinrichtungen
- 10 000 Unterrichtsräume
- 750 Schulsporthallen
- 18 000 Plätze in Jugendklubs
- 19 000 Plätze in Feierabendheimen mit Pflegestation.

H. Bogatzky betonte dazu: „Zusammen sind das ca. 75 % des Bauvolumens für die gesellschaftlichen Einrichtungen des komplexen Wohnungsbaus. Alle diese Zahlen beinhalten Neubau und Modernisierung, je nach Gebäudekategorie in unterschiedlicher Höhe. Auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Einrichtungen sollten wir mit unserem ganzen Wissen und Können ansetzen, um eine höhere Qualität dieser Objekte zu erreichen."
Das erfordert auch eine Verbesserung der Qualitätssicherung und der Gebrauchswerterhöhung der Gebäude einschließlich der Ausstattung. Innengestalter und Ausbauer sollten sich daher verstärkt mit dem Langzeitverhalten und der Dauerbeständigkeit ihrer Produkte beschäftigen und diese qualifizieren.
Positiv schätzte der Vorsitzende der ZFG den DDR-offenen Ideenwettbewerb für die Gestaltung der Läden in der Berliner Friedrichstraße ein und unterstrich das gute Zusammenwirken von Auftraggeber Kombinat Handelstechnik, Bauprojektant, Bundessekretariat des BdA/DDR und ZFG Innengestaltung/ Ausbau.
Wie sehr auch 1986 in den Ergebnissen des Wettbewerbs der Fachzeitschrift „Architektur der DDR" die erhöhte Wertigkeit der Innenarchitektur zum Ausdruck kommt, belegte H. Bogatzky mit Dias der mit Preisen ausgezeichneten Arbeiten und schloß daran eine Folge bildlicher Gegenüberstellungen guter und kritikwürdiger Raumgestaltungen aus dem Massengesellschaftsbau, die ihre eindeutigste Aussage in einer Reihe konkreter Vergleiche aus dem Schulneubau fanden. Sie zeigten deutlich, welche Möglichkeiten hier vor allem durch gute Farbgestaltung bestehen aber auch vergeben werden. Er regte an, 1986 einen Ideenwettbewerb zur Innen- und Farbgestaltung der Schulbaureihe 80 als dem am häufigsten zu bauenden Schultyp durchzuführen. Die Umsetzung der Ergebnisse könnte die ästhetische Erziehung der jungen Generation in positiver Weise beeinflussen. H. Bogatzky hob hervor: „Hier liegt eine Aufgabe vor, bei der mit geringstem finanziellem und materiellem Aufwand höchste Effekte erzielt werden können, die weit in die Zukunft wirken. Womit aber könnten wir besser zur Erfüllung der vor uns stehenden großen Aufgaben beitragen!"
Im zweiten Hauptreferat schätzte Dr.-Ing. Karlheinz Wendisch, stellvertretender Vorsitzender der ZFG Innengestaltung/Ausbau, nationale und internationale Beispiele von Innenraumgestaltungen ein. Er begann seine Ausführungen mit der Fragestellung:

- Wodurch ist das historisierende bis rückwärtsgewandte Schmuckbedürfnis zu erklären?
- Worin zeigt sich das avantgardistische Suchen nach zeitgemäßen Gestaltungslösungen?
- Welche Wege können und sollten wir bei der Innenraumgestaltung beschreiten?

Diese Fragen bewegen nicht nur die Innenarchitekten. Es ist wichtig, sich im Entwurfsprozeß immer wieder dieser Problematik zu stellen. „Solche Begriffe wie Nostalgie und Moderne, Romantik und Poesie, Effektivität und Fortschritt, verlangen nach Positionen, zwingen zum Meinungsstreit und schließlich zur Verständigung", betonte der Redner und ergänzte: „Hierfür anzuregen ist unbescheidene Absicht. Was dabei den Unterschied zwischen Architektur und Innenarchitektur angeht, so gibt es diesen als kulturpolitischen Anspruch nicht. Die Leistungen sind teilbar, sie unterliegen unterschiedlichen industriellen Dimensionen oder technologischen Bedingungen – das Ergebnis sollte es nicht sein. Das Streben nach Einheitlichkeit ist daher keine Absage an den schöpferischen Widerspruch, also auch nicht an die Gegensätzlichkeit innerhalb einer künstlerischen Absicht."
Es muß zu denken geben, daß in einer Zeit von Rationalität und im ökonomischen Kampf um Effektivität ein solches Interesse an der Formenwelt des 19. Jahrhunderts entsteht. Von rückwärtsgewandten Idealen entlieh die Architektur der Gründerzeit allzuoft ihre Formensprache. Die Produktionsbauten waren interessanterweise die Ausnahmen. Auch in der Möbelgestaltung der letzten Jahre werden diese Widersprüche sichtbar. In der Vielfalt des Angebots brauchen wir die Apologie der guten Form. Qualitätsvolle Alternativlösungen sind am besten geeignet, eine ästhetisch orientierte Überzeugungsarbeit zu leisten.

Der Referent begrüßte das zunehmende Einfühlungsvermögen und die Achtung vor dem überlieferten baulichen Erbe bei der Rekonstruktion von Altbauten. In diesem Zusammenhang wies er auf eine weitere Aufgabe hin: „Sie (die Aufgabe, d. V.) ist gewissermaßen die Untersetzung im Kleinen, in den Einzelheiten, insbesondere der Fußgängerzonen, wie Ladeneingänge, Schaufenster, Vitrinen, die Gestaltung der Auslagen, die Schriften und viele Dinge, die Straße und Innenräume lebendig verweben. Die Dimensionen sind ganz anders, mit kleinsten Räumen und Flächen gilt es die Stadt, das Wohngebiet, immer liebenswerter und kulturvoller zu machen. Die Friedrichstraße trägt viele Hoffnungen, was städtische Erlebnisdichte ausmacht."

Gefragt sind Phantasie für eigne, nach vorn orientierte progressive Ideen. Es ist an der Zeit, den eigenen Standpunkt zu bekennen, nicht zuletzt, um einen gestalterischen Identitätsverlust zu verhindern. Es ist wichtig, sich über Wertmaßstäbe zu verständigen – weniger über Rastermaße, Bohrlochabstände, Plattenstärken im Möbelbau und Holzverwendungsvorschriften, sondern vielmehr über Ansprüche und Ideen für die Zeichnung eines Bildes von morgen. „Avantgardistisches zeigt sich im Voranschreiten, in der Suche nach noch nicht Gefundenem, auch in der Verbesserung des Vorhandenen und nicht zuletzt in der Qualität, die Bestand hat und Atem schafft für neues Suchen. Dafür ist keine Aufgabe zu klein. Es sind nicht nur die im Blickpunkt stehenden Vorhaben, es sind vielmehr die Häuser und Räume, die wir ständig benutzen, wo uns durchschnittliche Leistungen doppelt belasten und Sorge bereiten müssen", unterstrich Dr.-Ing. Wendisch. Gemeint sind nicht die positiven Ergebnisse wie Theater, Konzertsäle, Kongreßzentren, sondern die gesellschaftlich genutzten alltäglichen Einrichtungen. Letztere sind für das Erleben, Wohlbefinden und das Gefühl der Geborgenheit sehr wichtig. Er schlußfolgerte dazu: „Diese Gesellschaftsbauten und Einrichtungen sind für die Befriedigung individueller Bedürfnisse nicht nur von ergänzender Bedeutung, sondern von entscheidender Wirkung, was das Zusammenleben in eben unserer Gesellschaft ausmacht."

Anhand von Dias stellte der Redner neben kritikwürdigen auch viele gute Leistungen vor. Stellvertretend seien hier die Hochschulmensen von Dipl.-Ing. Ulf Zimmermann, TU-Projekt Dresden, genannt, die den Vorstellungen zeitgemäßer Raumgestaltung entsprechen.

Ein vielfach bisher unterschätzter Aspekt liegt in der Nutzungpflege. Am Betreiber liegt viel, wenn es gilt, die Kultur zu bewahren, die mit Mühe erstellt wurde. Diesbezüglich gewinnen die Satzungen der Dresdner Architekten für spätere Umgestaltungen von publikumswirksamen, öffentlichen Innenräumen an Bedeutung. Die Ideen und das Engagement des Autors sollten auch nach der Inbetriebnahme des Objekts gefragt sein. Die Arbeitsteilung darf nicht zur Teilung der Verantwortung führen. Der Auftraggeber und Nutzer – das sind auch wir.

Zum Abschluß seiner Darlegungen wandte sich der Referent der Produktion gut gestalteter Gegenstände als Bestandteil von Programmen zu. Er hob hervor, daß die industrielle Produktion von der Vereinheitlichung ausgeht. Diese schließt die Unterscheidung nicht aus. Die industriellen Bedingungen liegen weit über der bisherigen Ausnutzung. Jedoch erfordert die Losgröße der industriellen Produktion ein rationales Herangehen an die Unterscheidung. Dr.-Ing. Wendisch untermauerte diese Gedanken: „Damit kommen wir auf ganz praktische Fragen und praktikable Methoden der Beantwortung. Wir müssen die Unterscheidung in zwei wesentlichen Ebenen suchen. Einmal in der standortgebundenen ganz originären Lösung des Gebäudes, in seiner tektonischen Erscheinung und seiner strukturellen Organisation und zum anderen in seiner durchaus wiederholbaren Ausstattung.

Voraussetzung ist aber, daß diese Gegenstände aus ihrer gesellschaftlichen Zielfunk-



1

1
Lesesaal im Mensa- und Bibliotheksgebäude in Mittweida. Architekt: Dipl.-Ing. Ulf Zimmermann

2
Bierklub Nr. 15 im Hotel „Bellevue" in Dresden. Architekt: Dipl.-Ing. Jörg Baarß

2





3 Jugendklub „Dialog“ in Gera-Lusan. Architekten: Dipl.-Ing. Dietmar Hesse und Hochschulingenieur Karl Paul

tion heraus entwickelt wurden und auf der Grundlage standardisierter Lösungen vielgestaltige Erscheinungsformen zulassen, denn Qualität allein würde dennoch die Langweile nicht besiegen.“

Referate und wesentliche Diskussionsbeiträge

Dr.-Ing. Heinz Willumat, Direktor des Büros für Städtebau Berlin, informierte über die Aufgaben des innerstädtischen Gesellschaftsbaus in Berlin und über die Mitwirkung der Baubetriebe der DDR.

Der planmäßige Ausbau Berlins als politisches, ökonomisches und geistig-kulturelles Zentrum der DDR erfordert, die Stadtgestaltung noch komplexer, zukunftsorientierter, aber auch mit zunehmend höheren Qualitätsansprüchen zu lösen. Es wird auch daran gearbeitet, Berlin als Konzentrationspunkt des nationalen und internationalen Verkehrs auszubauen. In diesem Zusammenhang ist die Rekonstruktion, Modernisierung und Umgestaltung der U- und S-Bahnhöfe eine wichtige Aufgabe.

Der Redner zeigte, wie bei der städtebaulichen Lösung der Innenstadt ganze Straßenzüge komplex in der Einheit von Instandsetzung, Modernisierung und Neubau gestaltet werden. Dabei sind neben den Wohnungen auch die gesellschaftlichen Einrichtungen einbezogen. Dazu bemerkte der Referent: „Wir können auch weiterhin konstatieren, daß wir gleichzeitig in stärkerem Maße die Gesellschaftsbauten mit den Wohnungsbauten fertigstellen müssen, einschließlich kommunaler Einrichtungen“. So werden in Hellersdorf mit dem Wohnungsbau das Rathaus, ein Marktplatz und zahlreiche kommunale Einrichtungen gebaut.

Zur Gestaltung des Schauspielhauses sprach Architekt NPT Manfred Prasser, Komplexarchitekt im BMK IHB Berlin. In seinem Beitrag belegte er die Bedeutung der Integration zwischen der Architektur und den bildenden Künsten.

Eine Einschätzung der Ergebnisse des Wettbewerbs für Ladenausstattungen in der Friedrichstraße Berlin nahm Dipl.-Ök. G. Nikolai, Direktor des RFZ Handelstechnik im VEB Kombinat Handelstechnik, vor. Er unterstrich, daß die Ausschreibung des Wettbewerbs ein wichtiger Baustein für ein neues Herangehen an den Ladenbau der kommenden Jahre war. Das primäre Anliegen galt dem Erlangen von Ideen für variable Ausstattungselemente, die gute Gestaltung, Zweckmäßigkeit mit angemessenem Aufwand vereinen. „In diesem Sinne sehen wir es als wichtiges Grundanliegen an, die künftige, unverwechselbare und komplexe individuelle Gestaltung der Verkaufsräume mit zwei Dingen zu verknüpfen: einmal eine hohe kundenorientierte handelstechnologische Funktionstüchtigkeit im Sinne günstiger Bedingungen für die niveauvolle Warenpräsentation sowie die Demonstration von Waren im Sinne einer guten Kundenführung zu haben und das zu verbinden mit einer abwechslungsreichen innenarchitektonischen Gestaltung unter Nutzung aller Komponenten, die uns zur Verfügung stehen“, resümierte der Referent.

Innenarchitektin Aniko Preisich, Mitarbeiterin des Design Center Budapest, gab einen Einblick in die Arbeit der ungarischen Kollegen bei der Wiederherstellung und Innengestaltung von Baudenkmälern. Ihr Vortrag war mit interessanten Dias angereichert.

Komplexarchitekt Dr.-Ing. Wolf-Rüdiger Eisentraut vom BMK IHB Berlin widmete seinen Beitrag der Gestaltung von Wohngebietsgaststätten in Berlin. Er würdigte die quantitative Leistung dieser wichtigen Versorgungseinrichtung im Neubaugebiet. Das bedeutet aber nicht, daß davon beeindruckt die qualitative Seite vernachlässigt werden kann. Ein bedeutender Aspekt bei der Suche nach Qualitätssteigerung, so schätzte der Redner ein, war neben Rationalisierungsmaßnahmen die Sicherung der personellen Kontinuität. Es gibt ein Autorenkollektiv, das sich um diese Bauten bemüht, von der städtebaulichen Einordnung über die Ausstattung bis hin zur Kunst. Einen nicht zu unterschätzenden Beitrag leistet der Generalauftragnehmer, der seine Pflicht darin sieht, der Gesellschaft komplette, funktionstüchtige Häuser einschließlich Ausstattung und Kunst zu übergeben.

Den folgenden Vortrag hielt Dr.-Ing. G. Stahn, Komplexarchitekt im BMK IHB Berlin. Er informierte über das Baugeschehen um die Nikolaikirche am Marx-Engels-Forum in Berlin. Mit einem Rückblick auf die historische Situation legte er die Überlegungen dar, die zur Wiederherstellung der städtebaulich-räumlichen Situation führten. Mit dieser Bebauung wurde der architektonische Maßstab feingliedrig untersetzt, von dem man annahm, daß er verloren gegangen war.

Dr.-Ing. Peter Schmidt-Breitung, Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau der Bauakademie der DDR, referierte über die Projektierungsrichtlinien für Gemeinschaftseinrichtungen im komplexen Wohnungsbau. Er hob hervor, daß der Bauforschung die Aufgabe zukommt, modellhafte Vorstellungen zu einer prognostizierten Lebensweise zu entwickeln und planmäßig an Funktionsmusterbauten zu erproben.

Zur Bebauung der Frankfurter Allee in Berlin sprach Dr.-Ing. P. Skujin vom Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR. Anhand eines Videofilmes wurden die Vorteile einer Modellsimulationsanlage für den Entwurfsprozeß sichtbar. Die Methode kann auch für die Innenraumgestaltung angewandt werden.

Über die beabsichtigte Gestaltung des Berliner U-Bahnhofes Pankow-Vinetastraße gab Rainer Binsch, Mitglied im VBK-DDR, einen Überblick. Diese Verkehrsbauten werden täglich von Tausenden Menschen frequentiert. Die U-Bahnhöfe bilden ein Bindeglied zwischen Straße und Innenraum. Darüber hinaus stellen sie eine Chance dar, hauptstädtische Kultur zum Ausdruck zu bringen. Eine attraktive und differenzierte Gestaltung dieser Bauten kann zu einer spürbaren Bereicherung im Stadtbild führen.

Zu Beginn seiner Ausführungen über die Gestaltung der Erdgeschoßzone am Bersarinplatz in Berlin umriß Dr.-Ing. H.-G. Timme, Komplexarchitekt im WBK Magdeburg, die historische Situation. Er wies auf die unterschiedliche Qualität der Arbeit mit Projektanten und Herstellern von Ausstattung und Ausrüstung hin. Das von den Auftraggebern und Nutzern erwartete Ergebnis hängt wesentlich von einem positiven Zusammenwirken ab.

Dr.-Ing. Schöler vom WBK Dresden nahm im Anschluß daran zur Gestaltungskonzeption der Schulbauentwicklung Stellung. Am Beispiel des Schulneubaus in Bautzen-Gesundbrunnen konnte er überzeugend nachweisen, welche Bedeutung eine von einem Gestaltungsprinzip ausgehende Farbgebung hat. Vom Kombinat Holzwerkstoffe und -maschinen sprach Koll. Scholz über Veredlungsverfahren für Furniere. Durch die Verknappung und Verteuerung der Exoten werden die Bemühungen verstärkt, die einheimischen Holzarten zu entsprechenden attraktiven Materialen aufzuarbeiten.

An diesen letzten Beitrag schloß sich eine lebhafte und teilweise kritische Diskussion an, zu der zehn Redner das Wort ergriffen. Dabei forderte Prof. Dr.-Ing. Siegfried Hausdorf, TU Dresden, auf, sich im Entwurfsprozeß dem Ausdruck der Zeit zu stellen. Neben Prof. Dr.-Ing. Anita Bach, Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, bedauerte Dr.-Ing. Löschner, Dresden, daß das Problem der Einheit zwischen Ästhetik und Ökonomie in der Öffentlichkeitsarbeit zu wenig publikumswirksam diskutiert wird.

In seinem Schlußwort brachte Prof. Dipl. Arch. Dietmar Kuntzsch, Kunsthochschule Berlin, zum Ausdruck, daß die an den zwei Seminartagen dargebotene reiche Palette einen sehr guten Überblick zur Gestaltung von Innenräumen in gesellschaftlichen Einrichtungen gab. „Ich meine, wir sollten bei den Kämpfen um die Realisierung des Gebauten und bei der vorwärtsdrängenden Unzufriedenheit mit dem Erreichten – die Unzufriedenheit, die ja letztlich entsteht aus dem Vergleich mit den Idealen, die wir haben – zwei Punkte beachten: Erstens, daß die gestaltende, baukünstlerische Arbeit des Architekten wichtiger und anerkannter geworden ist. Wir sollten zweitens uns aber auch klar darüber sein, daß diese Anerkennung und die künstlerische Leistung noch lange nicht wichtig und gut genug sind“, hob Prof. Kuntzsch hervor. Er betonte, „daß der Reichtum des Milieus mit einfachsten Mitteln, also ökonomisch optimal, mit großer Phantasie und auch mit Experimentieren sowie subjektiven Vorschlägen aufgespürt werden soll“. Wir sind dazu herausgefordert durch die großen politischen, ökonomischen und sozialen Ziele. Die interessanten Beiträge brachten für die Teilnehmer Wissenswertes und viele Anregungen für die eigene Arbeit. Sie trugen wie die angeregten Fachdiskussionen und wie auch die gute Organisation zum Gelingen des Seminars bei.

Internationaler Erfahrungsaustausch in der SR Rumänien 1985

Prof. Dr.-Ing. Karlheinz Graf

Regelmäßig nehmen jährlich Kollegen aus den BdA-Bezirksgruppen an Reisen ins Ausland zu Erfahrungsaustauschen, Kongressen, Ausstellungen o. ä. mit internationaler Beteiligung oder auch an im Rahmen der bezirklichen Weiterbildung organisierten Exkursionen teil.
Von dem internationalen Erfahrungsaustausch in Rumänien vom 25. September bis 6. Oktober 1985, an dem Dr. phil. Karl-Heinz Barth aus Karl-Marx-Stadt und der Verfasser aus Cottbus teilnahmen, soll im folgenden ein knapper Bericht gegeben und die von den Teilnehmern gefaßten Gedanken zu solchen Erfahrungsaustauschen mitgeteilt werden.
Aus 18 Ländern hatten die Architektenverbände Teilnehmer entsandt, die zum Beginn vom Präsidenten des rumänischen Verbandes, Prof. em. Dr. Arch. Cezar Lázarescu, begrüßt wurden. Das an den ersten drei Tagen vorgesehene Seminar wurde nicht nur von den eigentlichen Teilnehmern des Erfahrungsaustausches getragen, sondern auch vom Architekturinstitut „Ion Mincu" der Bukarester Universität unter dem Thema „Praktische Architektur als Antwort auf den Komplex der Probleme Jugendlicher" abgehalten.
Die zahlreichen Seminarteilnehmer wurden nicht nur vom Verbandspräsidenten, sondern auch vom Rektor der Hochschule begrüßt. Die Vorträge wurden in einem traditionsreichen Hörsaal mit ausgeprägter Überhöhung der Sitzreihen und ungewöhnlich großer Breite bei geringer Raumtiefe abgehalten. Die große Projektionsfläche gestattete das gleichzeitige Vorstellen von drei Diapositiven nebeneinander. Die Vorträge wurden überwiegend von rumänischen Hochschulangehörigen gehalten und dadurch den ausländischen Teilnehmern tiefe und umfassende Einblicke in die Lehrinhalte und Ausbildungsmethoden am Architekturinstitut gewährt; neueste Forschungsergebnisse wurden vorgestellt. Da auch viele Vortragende aus den Reihen der Teilnehmer am Erfahrungsaustausch die Gelegenheit benutzten, aus ihrem spezifischen Arbeitsgebiet oder von den allgemeinen Gestaltungstendenzen in ihren Heimatländern zu berichten, war die direkte Themenbezogenheit kaum ausgeprägt; eine breite vielseitige Information stand im Vordergrund und erhellte durch einige Vorträge die doch gravierenden Unterschiede der Baugesinnung der einzelnen Länder. Der Vortrag von Prof. Graf stellte Hochschul-, Sport- und spezielle Bauten für gesunde und pflegebedürftige Kinder aus der DDR vor, die unter dem Thema „Funktionelle Variabilität durch Konzentration" besonders auf ihre funktionelle Gestaltung und die dadurch erreichbaren ökonomischen Rationalisierungseffekte analysiert wurden.
Die sich anschließende Studienreise stand unter Leitung von Architekten des rumänischen Verbandes und war in vielen Einzelheiten auf die Interessen der Studiengruppe zugeschnitten, was sich besonders durch die instruktiven Besuche der Projektierungseinrichtungen in Brasov, Tirgoviste und Constanta dokumentierte. Die SR Rumänien hat 20 700 000 Einwohner und ist in dieser Beziehung in etwa mit der DDR vergleichbar. Die Flächenausdehnung ist allerdings über doppelt so groß; sie beträgt 237 500 km^2, so daß 87 Ew/km^2 (DDR 158 Ew/km^2) entfallen. Abwechslungsreich ist die Bodengestaltung, da von der Landesfläche 31 % auf Bergland über 800 m, 36 % auf Hochland zwischen 200 und 800 und 33 % auf Flachland unter 200 m entfallen.
In den wenigen Tagen konnte von der vielseitigen Landschaft und den zahlreichen Baudenkmälern natürlich nur ein kleiner Teil erschlossen werden und selbst das Wenige, was wir zum Teil mit großem Tempo geboten bekamen, flog förmlich vorbei. Nur dort, wo sich die Möglichkeit ergab oder man sich selbst trotz knapper Zeit zu einer wenn auch flüchtigen Skizze aufraffte, bleibt ein nachhaltiger Eindruck von Proportionen, Strukturen, Formelementen oder sogar ein wenig vom Leben und Treiben im Lande. So der Blick in die Fußgängerpromenade von Brasov, die mit ihren vorteilhaften Größenverhältnissen besticht und trotz der stark differenzierten Einzelgebäude eine geschlossene Wirkung ergibt.
Der Straßenraum wird durch die bekannte „Schwarze Kirche" geschlossen. „Den Namen erhielt die evangelisch-lutherische Hauptkirche des früheren Kronstadt seit dem großen Stadtbrand vom Jahre 1689. Rauch und Flammen dunkelten die Mauern, die Erhabenheit und Größe des alten Außenbaus haben sie jedoch nicht zerstört. Die „Schwarze Kirche" ist eines der alten religiösen Baudenkmäler des Landes, kennzeichnend für die Entwicklung der gotischen Architektur in diesem Gebiet. Ihr Bau wurde vermutlich 1383 begonnen, und bis 1474 vollendet; sie gehört zu den Hallenkirchen und zählt durch ihren Reichtum an bildhauerischem Schmuck und ihre Ausmaße (89 m Länge) zu den bedeutendsten und geräumigsten Kirchen Südeuropas. Als wertvollste Kunstschätze der „Schwarzen Kirche" gelten die 119 anatolischen Teppiche aus dem 17. und 18. Jahrhundert. Sie stammen aus Brussa, Uschak und Ghiordes in Kleinasien – glänzende Namen in der Geschichte der Teppichknüpferei – und bilden die reichste Sammlung ihrer Art in Europa. Die Teppiche wurden von einheimischen Handelsreisenden gestiftet und erinnern an die Lage von Brasov am Rande der transsilvanischen Hochebene, an den alten Handelsweg, der dieses von den Karpaten eingefaßte Becken mit der Ebene an der unteren Donau, mit dem Schwarzen Meer und weit darüber hinaus verband. Einen Eindruck von dieser Lage erhielten wir bei der Fahrt zum Wintersportzentrum Poiana Brasov (1020 m), wo wir im Hotel Piatra Mare untergebracht waren. Von den Höhen der Berge die bis zu 1802 m (Postaravu) aufsteigen unterscheidet sich markant das Gefüge der alten gewachsenen Stadt mit der „Schwarzen Kirche" im Zentrum von den peripheren Neubaugebieten.
Die Fahrt von Brasov nach Tirgoviste war nicht nur landschaftlich sehr reizvoll, sondern insofern interessant, da sich innerhalb der Karpaten offensichtlich in den ländlichen Bereichen die landschaftsgebundenen Holzbauweisen, auch die Blockbauweise, noch in lebendiger Anwendung und Entwicklung befinden. Meist sind die Häuser wie in anderen Hochgebirgsregionen weit verstreut, aber gelegentlich auch wie eine Burg recht wehrhaft zusammengefaßt. Eine Burg, deren Anfänge durch ein Beglaubigungsschreiben von König Ludwig I. von Ungarn (am 19. 11. 1377 datiert) beurkundet ist, ist Schloß Bran.



1



2

1
Haupteingang zum Architekturinstitut „Ion Mincu" in Bukarest

2
Prof. em. Dr. Arch. Cezar Lázarescu, Präsident des rumänischen Verbandes bei der Begrüßung der Seminarteilnehmer

3
Prof. Graf bei seinem Vortrag

4
Blick in den Hörsaal

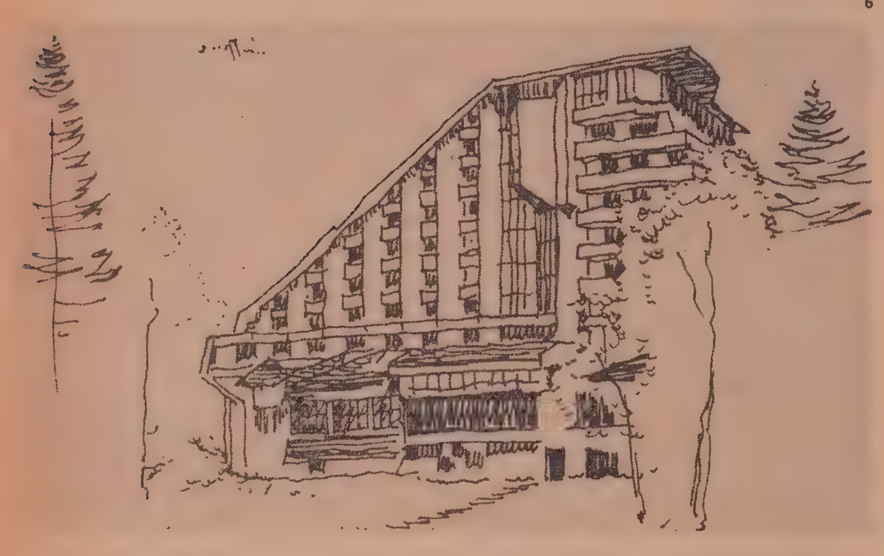
3



4



5



6

Sie war lange Zeit im Besitz der Kaufleute von Brasov und eine wichtige Kontrollstation auf dem Handelswege zwischen Brasov und der Walachei. Die flüchtigen Skizzen aus dem Innenhof und besonders das Fassadendetail zeigen an, daß viele Burgherren sichtbare Attribute ihrer Herrschaft dem Bau angefügt haben, der sich heute in einem gut restaurierten Zustand befindet und das Kreismuseum für Feudalkunst und Geschichte beherbergt.

Die schon erwähnten Besuche der Planungsbüros in Brasov, Tirgoviste und Constanta gewährten einen guten Einblick in den organisatorischen Aufbau, die Methoden und die Realisierung, die Lösung der neuesten Aufgaben vom Städtebau über die Gebäudefunktionen bis zum konstruktiven Detail. Die zahlreichen Fragen spiegelten gleichzeitig recht aufschlußreich die Interessengebiete und Problembereiche der beteiligten Länder wider und waren sowohl bezüglich der Fragestellung und der Antwort gleichermaßen interessant und aufschlußreich.

Der Besuch am Schwarzen Meer wurde durch sehr schönes Spätsommerwetter aufgewertet. Da die Situation dort weitestgehend bekannt ist, darf ich schnell noch am letzten Tag in ein innerstädtisches Garten-Café von Bukarest bitten. Mit dem Blick auf das Hotel Continental an der Calea Victorii versuchen wir eine zusammenfassende Auswertung:

Im ganzen Lande wird viel gebaut. Von der Aufführung ländlicher Bauten in den Karpaten in der landschaftsgebundenen Holzblockbauweise bis zum Versetzen von großformatigen Elementen, die aus Gasbetonblöcken zusammengespannt werden, konnte eine große Vielfalt beobachtet werden.

Die Hauptprobleme spannen sich wie bei uns zwischen dem Neubau und der Rekonstruktion. Sie unterscheiden sich von unserer Situation dadurch, daß in den Städten in der Ebene große Bezirke mit eingeschossiger, meist nicht erhaltenswerter, aber stark durchgrünter Bebauung bestehen. Diese werden, an den Haupttangenten beginnend, neu überbaut und dabei die vorhandene Struktur nicht beachtet. Hohe Randbebauungen an den Hauptverkehrsstraßen schließen diese Bezirke wandartig ab, grenzen sie ein, ohne zunächst die vorhandene Substanz im Inneren zu beachten und zu verändern.

In den innerstädtischen Neubaugebieten werden die Wohnbauten überwiegend montiert, aber nachträglich verputzt und fast durchgängig mit Flächen aus Sichtmauerwerk und Steildachbereichen durchsetzt. Ihre Gestaltform ist einerseits plastischer und vielfältiger als bei Montagebauten der vergangenen Jahre; ihre architektonische Wirkung andererseits ist durch die in allen Städten wiederkehrenden Gestaltungselemente in einer gewissen Form vereinheitlicht. Die rumänischen Kollegen – das kam besonders auch in den Vorträgen im Seminar zum Ausdruck – haben mit diesen an die Volksarchitektur angelehnten Gestaltungselementen nicht nur eine Belebung der Fassade gesucht, sondern sind zum Teil der Auffassung, eine der Zeit und der Bautechnik adäquate Form (z. T. als Stil bezeichnet) gefunden zu haben. Einige Vorträge waren diesem Prozeß der Herausbildung einer nationalen Architektur z. B. durch vergleichende Analysen rumänischer Bauten aus vielen Epochen gewidmet.

Beeindruckend waren besonders folgende Fakten:

- die lebendige Volksarchitektur in den Karpaten
- die erstklassigen Hotels mit ausgezeichneter Durcharbeitung bis ins Detail
- der relativ große Anteil an Mauerwerksbauten auch in städtischen Neubaugebieten
- der Mut zu großzügigen Lösungen, sowohl bezüglich gewagter Gestaltformen, aber auch hinsichtlich aufwendiger Raumbildungen
- die ungenaue Detailbearbeitung im Massenwohnungsbau und das schnelle Altern dieser Bauten, ihr sichtbarer Verschleiß in relativ kurzer Zeit.

Bezüglich der Konzeption solcher Erfahrungsaustausche kam es schnell und einmütig durch nahezu alle Teilnehmer zu folgen-

5
Brasov – Fußgängerzone mit Schwarzer Kirche

6
Hotel Piatra Mare in Poiana Brasov

7
Schloß Bran, Silhouette

8
Schloß Bran, Innenhof

9
Schloß Bran, Fassadendetail

10
Bukarest, Hotel Continental an der Calea Victorii



7



8



9



10

den Empfehlungen: Die Erfahrungsaustausche sollten nicht mit anderen Veranstaltungen gekoppelt werden und strenger thematisch gebunden sein. Eine Exkursion sollte das zeigen, was das einladende Land zum Thema gebaut hat, altes wie neues, und am Anfang liegen, um das Kennenlernen zu erleichtern. Es sollten auch Sprachkenntnisse – wenigstens in zwei Sprachen (Russisch und Englisch) – bei den Teilnehmern vorausgesetzt werden. In einem anschließenden Seminar erläutern die Teilnehmer mit DIA-Vorträgen, wie dem Thema entsprechende Aufgaben in ihrem Land geplant und ausgeführt werden. Anschließend sollte eine akute Bauaufgabe des einladenden Landes von allen Teilnehmern gemeinsam diskutiert und in Ideenskizzen und Studien durchgearbeitet werden.

Diese Gedanken sollen in keiner Weise den Wert dieses zehntägigen Erfahrungsaustausches schmälern, der sich wohl für alle Delegationen gelohnt hat, viele brauchbare auch gegenseitige Informationen, Anregungen und Bereicherungen bot, die auf mannigfaltige Weise in das Arbeitsleben einfließen werden.

Weiterbildungsarbeit der Bezirksgruppe Schwerin des BdA/DDR im Jahre 1985

Dr.-Ing. Peter Hajny
Stellv. Vors. der BdA-Bezirksgruppe Schwerin
Mitglied der Zentralen Kommission Aus- und Weiterbildung

Eine wichtige Säule der Arbeit der Bezirksgruppe Schwerin des BdA/DDR ist die Weiterbildung. Die bezirklichen Weiterbildungsseminare sind ein fester Bestandteil im Arbeitsplan der Bezirksgruppe und zeichnen sich nunmehr über Jahre durch eine hohe Kontinuität aus. So werden in der Regel jährlich zwei Seminare, ein Frühjahrs- und ein Herbstseminar, mit unterschiedlichen Themenstellungen und unterschiedlicher Dauer (ein eintägiges sowie ein mehrtägiges Seminar) durchgeführt.

Im engen Zusammenwirken der Bezirksgruppe des BdA/DDR mit dem Bezirksbauamt Schwerin wird bei der Delegierung der Teilnehmer von folgenden Orientierungen ausgegangen:

- vorrangige Erfassung der Kolleginnen und Kollegen, die in keiner zentralen Weiterbildungsnomenklatur erfaßt sind
- Delegierung von jungen Kolleginnen und Kollegen
- stärkere Berücksichtigung der in den Betrieben und Einrichtungen der Kreise beschäftigten Kolleginnen und Kollegen.

Gemessen an den zu lösenden Bauaufgaben und der kadermäßigen Besetzung des kreisgeleiteten Bauwesens sowie den entstehenden Problemen der städtebaulichen und architektonischen Gestaltung der Städte und Gemeinden im Bezirk erlangt die Einbeziehung der in diesem Bereich tätigen Kader in der Weiterbildung eine immer größere Bedeutung.

In Fortführung der guten Erfahrungen auf dem Gebiet der Weiterbildung in der Bezirksgruppe wurden 1985 das 13. und 14. Weiterbildungsseminar organisiert. Im Mai fand ein dreitägiges Entwurfsseminar zur „Entwicklung von Studien für den innerstädtischen Eigenheimbau“ statt und im Oktober wurde ein eintägiges Seminar zu „Fragen des Industriebaus und der Industriegebietsplanung“ durchgeführt.

Entwurfsseminar zum Eigenheimbau

Ziel des Seminars war es, auf der Grundlage bezirklicher Erfahrungen und unter Zugrundelegung der „Zweiten Ergänzung der Richtlinie zur Anwendung der Eigenheimverordnung vom 15. 11. 84“ Entwurfsstudien für Eigenheime in Baulücken verschiedener Altstadtbereiche zu entwickeln. In enger Zusammenarbeit mit dem Bezirksbauamt Schwerin, dem Büro für Städtebau des Bezirkes, dem Büro des Chefarchitekten der Stadt Schwerin sowie mit der Baustoffversorgung wurden entsprechend den städtebaulichen Anforderungen wichtige Prämissen als Grundlage für die Studienerarbeitung formuliert, wie z. B.:

- Straßenfrontlänge 6,0 ... 7,2 m, Haustiefe 9,6 m
- Längswandbauweise
- Einordnung einer Garage
- Grundrisse für Vier- und Fünfpersonen-Haushalte
- Reihenhaus in Trauf- und Giebelstellung jeweils mit Garage und ohne Keller
- Eckbebauung mit gewerblicher Nutzung.

Für drei Standorte in den Städten Schwerin, Hagenow und Parchim wurden anhand konkreter Aufgabenstellungen in den Arbeitsgruppen zu je vier Bearbeitern folgende Studien erarbeitet:

Schwerin: Einordnung eines Reihenhauses in Traufstellung mit vier Zimmern in der Apothekerstraße (nicht unterkellert, mit eingebauter Garage im Erdgeschoß)

Hagenow: Einordnung von drei Reihenhäusern in der Straße „Am Kietz“ in Giebelstellung mit fünf Zimmern (nicht unterkellert, mit eingebauter Garage im Erdgeschoß)

Parchim: Bebauung des Eckgrundstückes „Straße des Friedens 51“ (nicht unterkellertes Wohngebäude einschließlich Werkstatt)

Die mit hohem Engagement erarbeiteten Beispiellösungen für den innerstädtischen Eigenheimbau stellen eine gute Grundlage für die Entwicklung von Projektlösungen dar und führen damit zu einer weiteren Qualifizierung des Eigenheimbaus im Bezirk. Das Ergebnis des Seminars konnte dem Bezirksbaudirektor sowie verschiedenen Kreisbaudirektoren als ein Beitrag der BdA-Bezirksgruppe Schwerin in Vorbereitung auf die 8. Baukonferenz übergeben werden.

Industriebauseminar

Am 17. Oktober 1985 führte die Bezirksgruppe das 14. Weiterbildungsseminar zum Thema „Probleme des Industriebaus und der Industriegebietsplanung“ durch. Einen Großteil der Teilnehmer stellte der VEB Bau- und Montagekombinat. Darüber hinaus waren Vertreter der städtebaulichen Planungsbüros, der Territorialplanung, verschiedener Baubetriebe, Kreisbauämter, der Bezirkshygiene sowie Landschaftsarchitekten anwesend.

Vorrangig wurden theoretische und praktische Fragen des Industriebaus und der Industriegebietsplanung behandelt. Durch die interdisziplinäre Zusammensetzung kam es zu regen Diskussionen und zum konstruktiven Meinungsaustausch.

Das Grundsatzreferat hielt Dr. sc. Eberlein vom Weiterbildungsinstitut Weimar zur „Wechselbeziehung der Industrieplanung und -projektierung.“ Die Referate aus der bezirklichen Ebene beschäftigten sich u. a. mit den Schlußfolgerungen der neuen Investitionsgesetzgebung auf die Industriebauplanung sowie mit den Problemen der Erhaltung der technischen Denkmale im Bezirk. Zur Zeit im Bau bzw. in der Rekonstruktion befindliche Industriebauvorhaben wurden vorgestellt, so der Neubau des Mineralwollewerkes in Lübz sowie die Rekonstruktion der Brauerei in Schwerin.

Im Ergebnis des Seminars wurde ein Material erarbeitet, das wichtige Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit des Vorstandes der Bezirksgruppe enthält und ein gutes Ausgangsmaterial für eine erweiterte Bezirksvorstandssitzung in der Betriebsgruppe des VEB BMK am 31. Oktober 1985 darstellte. So ergeben sich aus der konkreten Sicht des Bezirkes Schwerin folgende ausgewählte Schwerpunkte:

- Der Industriebau und die Industriearchitektur sowie die Fragen der Industriebauplanung werden immer mehr Schwerpunkt in der langfristigen und städtebaulichen Planung der Territorien. Das betrifft auch die langfristige Umgestaltung und Gestaltung innerstädtischer Bereiche, in denen Industriebauten zu rekonstruieren sind. Dabei ist der Industriebau in seiner Komplexität in die stadtplanerischen und stadtgestalterischen Aufgaben mehr als bisher einzubeziehen.
- Über die Generalbebauungspläne und Leitplanungen der Territorien muß eine höhere Autorität und Verbindlichkeit von Standortentscheidungen für alle Fragen des Industriebaus sowie für Produktionsbauten angestrebt werden.
- Entsprechend der zentralen staatlichen Orientierung ist der Einsatz von Komplexarchitekten für alle größeren Industriebauvorhaben (Neubau und Rekonstruktion) durchzusetzen und durch den BdA/DDR zu unterstützen.
- Der Vorstand der Bezirksgruppe des BdA und die Betriebsgruppe des BMK müssen ständig Einfluß auf das Engagement und den Schaffensprozeß der Industriearchitekten nehmen. Gleichzeitig muß dabei der Gemeinschaftsarbeit zwischen den städtebaulichen Planungsbüros und dem BMK mehr Bedeutung beigemessen werden bzw. ist diese Gemeinschaftsarbeit verstärkt zu organisieren.
- Bei allen Aufgaben des Industriebaus ist verstärkt den Problemen des Umweltschutzes Beachtung beizumessen. (Lärmschutz, Luft- und Wasserverunreinigung). Dabei ist die Zusammenarbeit mit den neugebildeten staatlichen Umweltinspektionen von vornherein zu gewährleisten. Auch bei diesen Aufgaben muß der Architekt im Sinne der gesamtgesellschaftlichen Erfordernisse komplex wirksam werden.



Wettbewerb Baufoto '86
„Bauen – Zum Wohle des Volkes"

Das Ministerium für Bauwesen, die Bauakademie der DDR, der Fachverband Bauwesen der Kammer der Technik, der Zentralvorstand der IG Bau-Holz, der Bund der Architekten der DDR und die Gesellschaft für Fotografie im Kulturbund der DDR rufen auf zum Wettbewerb:
Baufoto '86.
Mit hochwertig gestalteten und fototechnisch einwandfreien Fotos sind die großen Initiativen der Bauschaffenden im sozialistischen Wettbewerb und die Leistungskraft aller Bereiche des Bauwesens zur Realisierung der Beschlüsse von Partei und Regierung überzeugend darzustellen.
Besondere Aufmerksamkeit ist dabei auf die Aktivitäten der Bauschaffenden in Auswertung der Beschlüsse und Orientierungen des XI. Parteitages der SED zu legen. Wesentlich sind dabei:

- die Fortführung des Wohnungsbauprogramms
- die Ausgestaltung der Hauptstadt der DDR, Berlin
- die Erhaltung und Modernisierung der Bausubstanz
- die Entwicklung der Baumaterialien- und Vorfertigungsindustrie und
- die Stärkung der materiell-technischen Basis der Volkswirtschaft.

Es können Fotos mit Motiven aus allen Bereichen des Bauwesens eingesandt werden. Sie sollen die vielfältige Arbeit vom Baubeginn bis zur Fertigstellung der Bauwerke widerspiegeln oder bereits fertiggestellte Bauwerke und Ensembles vorstellen. Als Schwerpunkte der Motivauswahl werden empfohlen:

- die Bauschaffenden bei der Meisterung der anspruchsvollen Bauaufgaben sowie das Leben der Menschen in ihrer im Sozialismus geschaffenen Umwelt
- das Geschehen auf den Baustellen in seiner ganzen Vielfalt unter besonderer Berücksichtigung der in Berlin realisierten Bauvorhaben
- neue sowie rekonstruierte Wohnkomplexe, neugestaltete Stadtzentren, Fußgängerbereiche und Baumaßnahmen zur Lückenschließung einschließlich gesellschaftlicher Einrichtungen sowie Erholungsbauten, Sport- und Freizeiteinrichtungen, Grünanlagen, Spielplätze, neugestaltete Innenhöfe u. a. m.
- Baumaßnahmen der stadttechnischen Erschließung neuer Wohnkomplexe bzw. Rekonstruktion alter Systeme
- neue und rekonstruierte Industriebauten
- moderne Verkehrs- und Ingenieurbauten
- beispielhafte Eigenheimsiedlungen, ländliche Siedlungen sowie landwirtschaftliche Nutzbauten
- Anlagen zur materiell-technischen Versorgung der Vorfertigungs- und Baumaterialien.



Teilnahmebedingungen

1. Teilnahmeberechtigt sind alle Amateur- und Berufsfotografen sowie Fotogruppen, die ihren ständigen Wohnsitz in der DDR haben.
2. Jeder Teilnehmer kann 10 Schwarzweißfotos oder 10 Farbpapierbilder unaufgezogen im Format 18 cm × 24 cm einsenden. Innerhalb dieser 10 Fotos können bis zu drei thematisch zusammenhängende Serien mit je maximal 6 Fotos eingereicht werden. Jede Serie ist zu kennzeichnen und zählt als ein Bild.
3. Jedes Foto ist auf der Rückseite **nur** mit dem Bildtitel zu versehen, der von Amateuren bzw. Amateurfotogruppen zusätzlich mit einem „A" zu ergänzen ist. Name bzw. Fotoserien sind in einem besonderen geschlossenen Umschlag der Sendung beizufügen.
4. Alle Sendungen sind unter dem Kennwort „Baufoto '86" bis zum 31. 12. 1986 (Datum des Poststempels) zu richten an:

   Bauinformation
   Bereich Bauausstellung
   1020 **Berlin**
   Wallstr. 27
   Rückfragen: Telefon 2007229
5. Von den Veranstaltern wird eine Jury berufen. Ihre Entscheidung ist endgültig und vom Rechtsweg ausgeschlossen.
6. Für die Prämierung der besten Fotos und Bildserien stehen mit Urkunden verbundene Geld- und Sachpreise in Höhe von insgesamt 10000 M zur Verfügung.

   zwei 1. Preise zu 1000 M
   drei 2. Preise zu 750 M
   fünf 3. Preise zu 500 M
   zehn 4. Preise zu 200 M
   zwanzig 5. Preise als Sachwert

   Außerdem können vergeben werden:
   ein Sonderpreis des Ministeriums für Bauwesen bis 1000 M
   ein Sonderpreis der Bauakademie der DDR bis 1000 M
   ein Sonderpreis des Fachverbandes Bauwesen der KDT bis 1000 M
   ein Sonderpreis der Redaktion „Architektur der DDR" von 250 M
   ein Sonderpreis des Zentralvorstandes der IG Bau-Holz
   für die beste Leistung aus dem Amateurfilmschaffen
   ein Sonderpreis des Bundes der Architekten der DDR für das beste Architekturfoto
   ein Sonderpreis der Redaktion „Fotografie"
7. Die Preisträger erteilen der Bauinformation das Reproduktionsrecht. Die Bildrechte verbleiben bei den Autoren. Die Verwendung der Fotos für die Popularisierung des Wettbewerbs zur Gestaltung einer Ausstellung zum 750jährigen Bestehen von Berlin erfolgt unentgeltlich.
8. Alle Einsendungen werden sorgfältig behandelt. Für eventuelle Beschädigungen oder Verluste kann jedoch keine Haftung übernommen werden.
9. Die Rückführung der Einsendungen an die Autoren erfolgt nach der Preisvergabe.
10. Mit der Einsendung erkennt der Teilnehmer die Bedingungen an und bestätigt, daß er das Urheberrecht an den Fotos besitzt und die Rechte abgebildeter Personen nicht verletzt werden.

Ministerium für Bauwesen
Zentralvorstand IG Bau-Holz

Bund der Architekten der DDR

Bauakademie der DDR

Fachverband Bauwesen
der Kammer der Technik
Gesellschaft für Fotografie
im Kulturbund der DDR



Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Architekt Dr.-Ing. Hans-Hartmut Schauer, Halle-Neustadt, 1. Juni 1936, zum 50. Geburtstag

Architekt Otto v. Weschpfennig, Hohen Neuendorf, 3. Juni 1926, zum 60. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Dieter Schölzel, Dresden, 4. Juni 1936, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Ursula Dobbrick, Berlin, 5. Juni 1936, zum 50. Geburtstag

Innenarchitekt Horst Freytag, Magdeburg, 6. Juni 1926, zum 60. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Heinz Schildt, Berlin, 6. Juni 1936, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ök. Peter Schneider, Berlin, 6. Juni 1936, zum 50. Geburtstag

Architekt Gartenbauingenieur Erika Dittmann, Frankfurt (Oder), 8. Juni 1936, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Eberhard Ehrlich, Bautzen, 8. Juni 1936, zum 50. Geburtstag

Architekt Gartenbauingenieur Hans Roth, Berlin, 8. Juni 1936, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Traude Kadzioch, Schwerin, 11. Juni 1936, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Hans-Georg Sallen, Jena, 11. Juni 1936, zum 50. Geburtstag

Architekt Wilfried Reiber, Rudolstadt, 13. Juni 1926, zum 60. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Hannelore Henze, Weimar, 14. Juni 1936, zum 50. Geburtstag

Architekt Oberingenieur Helga Hüller, Berlin, 14. Juni 1926, zum 60. Geburtstag

Innenarchitekt Horst Specht, Bad Doberan, 14. Juni 1926, zum 60. Geburtstag

Architekt Prof. Dietmar Kuntzsch, Berlin, 15. Juni 1936, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Hubertus Seidel, Oelsnitz, 16. Juni 1936, zum 50. Geburtstag

Architekt Gerhard Pippig, Großdeuben, 18. Juni 1926, zum 60. Geburtstag

Architekt Oberingenieur Günther Schütze, Erfurt, 19. Juni 1921, zum 65. Geburtstag

Architekt Prof. Dr.-Ing. Hans Glißmeyer, Jena-Wöllnitz, 20. Juni 1936, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Klaus Sbrzesny, Berlin, 22. Juni 1926, zum 60. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Werner Merten, Berlin, 23. Juni 1936, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Wolfgang Schumann, Dresden, 27. Juni 1926, zum 60. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Anselm Wolter, Teterow, 27. Juni 1936, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Cosima Juckel, Dresden, 28. Juni 1936, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Günter Vandenhertz, Potsdam, 29. Juni 1926, zum 60. Geburtstag

Bücher

Wege zur Information auf den Fachgebieten Bauwesen und Architektur/Methodisches Zentrum für wissenschaftliche Bibliotheken und Informations- und Dokumentationseinrichtungen des Ministeriums für Hoch und Fachschulwesen.
Berlin 1985, 107 S., (Leitfaden für Studenten), 2,– M

Es ist sehr zu begrüßen, daß das Methodische Zentrum für wissenschaftliche Bibliotheken und Informations- und Dokumentationseinrichtungen des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen eine Schriftenreihe herausbringt, die Studenten bei der Lösung ihrer Informationsfragen helfen, ihnen das nötige Rüstzeug geben will.
Die Hefte sind fachbezogen angelegt. Sie verstehen sich als Ergänzung der Publikationen, die sich der Technik wissenschaftlicher Arbeit oder der Bibliotheksbenutzung widmen. Informationsprobleme verwandter Fachrichtungen werden jeweils in einer Schrift zusammengefaßt. Bauwesen bezeichnet einen Oberbegriff, der in der Titelzeile des vorliegenden Heftes entweder allein stehen oder durch Architektur und Bauingenieurwesen ersetzt werden sollte.
Das Inhaltsverzeichnis nennt folgende Abschnitte:
wichtige wissenschaftliche Einrichtungen des Bauwesens, der Architektur und angrenzender Bereiche; Tagungen, Kongresse, Ausstellungen; Verlage; Bibliotheken und Einrichtungen der Information und Dokumentation; Ordnungsmittel von Informationsrecherchesystemen, -speichern und Bibliothekskatalogen; Fachzeitschriften; wichtige Schriftenreihen des Bauwesens und angrenzender Gebiete (DDR); Hochschulschriften, Forschungs- und Entwicklungsberichte; Patentliteratur; das Einheitliche Technische Vorschriftenwerk Bauwesen (ETV); Projektierungsgrundlagen; Firmenschriften; Übersetzungen; Informationsmittel; wichtige literarische Arbeitsmittel.
Schon diese kurze Aufzählung zeigt: Diese Broschüre will nicht nur dem Studenten und Doktoranden, nein, auch dem in der Bauforschung oder Baupraxis tätigen Architekten oder Bauingenieur ein nützliches Hilfs- und Arbeitsmittel für die Informationsgewinnung sein.
Hier nur eine Anmerkung zu den aufgeführten Architekturzeitschriften: Das Vorwort sagt nichts über die Auswahlprinzipien der empfohlenen Titel aus. Gleiches gilt übrigens auch für die Monographien. So vermißt der Architekt neben einigen bedeutenden Fachblättern Hinweise auf Zeitschriften für einzelne Gebäudegattungen, z. B. für den Bibliotheks-, Krankenhaus-, Theaterbau usw. Auch Zeitschriften anderer Fachgebiete, die regelmäßig spezielle Bau- und Planungsfragen behandeln, werden nicht erwähnt.
Die Zusammenstellung architekturgeschichtlicher Bibliographien verzichtet auf wichtige Regionalbibliographien zur Bau- und Kunstgeschichte.
Eine Neuauflage des Leitfadens sollte enger mit den Wissenschaftsbereichen der Hochschulen abgestimmt werden. Ergänzungen wie eine knappe, lexikonartige Erklärung wichtiger Begriffe des Informations- und Bibliothekswesens, wie die Vermittlung von Suchstrategien können den Wert der Schrift erhöhen. Wünschenswert wäre auch die Anwendung eines Druckverfahrens, das eine bessere Differenzierung des Schriftbildes gestattet und so das rasche Erfassen des Wesentlichen erleichtert.

Peter Prohl

Aus dem Buchangebot des VEB Verlag für Bauwesen empfehlen wir

Büttner/Stenker
Stahlhallen
Entwurf und Konstruktion

1. Auflage 1986, ca. 276 Seiten mit 375 Abbildungen, Leinen, etwa 68,– M, Ausland etwa 80,– DM

Herkommer
Verglasungsarbeiten
Lehrbuch

5., stark bearbeitete Auflage 1986, etwa 224 Seiten, 189 Zeichnungen, 85 Fotos, 37 Tabellen, Broschur, etwa 9,60 M, Ausland etwa 14,60 DM

Nowitzki/Schwarz/Sprung
Baumaschinenkunde
Lehrbuch

13., durchgesehene Auflage 1986, 152 Seiten, 155 Zeichnungen, 20 Fotos, 38 Tabellen, Broschur, 6,80 M

Rothe
Stabstatik für Bauingenieure

2. Bindequote 1986 der 1. Auflage 1984, 432 Seiten, 301 Abbildungen, 46 Tafeln, Leinen, 42,– M, Ausland 68,– DM

HAB Weimar

Dissertationen 1985

Dieter, Fritz

Entwurfsgrundlagen und technisch-wissenschaftliche Lösungsprinzipien für die Weiterentwicklung des Metalleichtgeschoßbaus in der DDR

Weimar, Hochschule für Architektur und Bauwesen, Fakultät Architektur und Bauingenieurwissenschaften, Diss. A, 20. 6. 1985

Gutachter:
Prof. Dr.-Ing. habil. Lahnert
Prof. Dr.-Ing. habil. Papke
Doz. Dr.-Ing. Buchberger
Dr.-Ing. Rux

In der Arbeit wird als eine Form vorteilhaften zeitadäquaten Bauens die Konzeption eines offenen Geschoßbausystems entwickelt und unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Bauleistungsexports und den vergleichsweise günstigen materialökonomischen Qualitäten in der technischen Lösung als Metalleichtgeschoßbausystem (MLG-System) begründet.

Aus dem erarbeiteten umfassenden funktionellen Planungsrahmen eines offenen MLG-Systems werden dessen komplexe städtebaulich-gestalterische Einsatzmöglichkeiten dargestellt und daraus die Anforderungen an die technische Variabilität der neu zu entwickelnden konstruktiven Konzeption abgeleitet. Aus der Analyse vergleichbarer nationaler und internationaler Bausysteme werden die Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung des diesbezüglichen technischen Standes in der DDR bestimmt, deren Entwicklungsrichtung determiniert und die Grundlagen für erforderliche Entscheidungsprozesse formuliert.

Nguyen Trong Thiet

Entwurfsgrundlagen für Kulturhäuser in den Kreisstädten der SR Vietnam unter Berücksichtigung von Erfahrungen in der DDR und besonderer Beachtung von Funktion und Gestaltung des Saalbereiches

Weimar, Hochschule für Architektur und Bauwesen, Fakultät Architektur und Bauingenieurwissenschaften, Diss. A, 6.7. 1985

Gutachter:
Prof. Dr.-Ing. habil. Stahr, Weimar
Prof. Dipl.-Ing. Näther, Berlin
Dr.-Ing. Schlesier, Berlin

Die Erfahrungen der sozialistischen Länder und insbesondere der DDR beim Bau von Kulturhäusern werden ausgewertet und genutzt, um für die besonderen klimatischen Bedingungen und unter Beachtung der kulturellen Traditionen typischer Kulturbauten sowie der ökonomischen und gesellschaftlichen Besonderheiten Vietnams landestypische Entwurfsgrundlagen für den Bau von Kulturhäusern in den Kreisstädten der SRV zu schaffen.

Einen besonderen Schwerpunkt der Arbeit bildet die Schaffung von Grundlagen für die Funktion und die Gestaltung des Saalbereiches.

Unter dem Aspekt der Mehrzwecknutzung mit minimalem Materialaufwand wurden in der Arbeit Vorschläge für einfache Lösungen der Saal- und Bühnentechnik unterbreitet, die den Anforderungen eines Mehrzwecksaales entsprechen.

In zwei Beispielentwürfen werden die Arbeitsergebnisse komplex angewendet.

Kurzfassung

Rietdorf, W.

Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Wohngebieten im Zeitraum 1986 bis 1990 261

Architektur der DDR, Berlin **35** (1986) 5, S. 261–262

Für die Planung und Gestaltung von Wohngebieten in der DDR im Zeitraum 1986 bis 1990 wurde jetzt eine neue Komplexrichtlinie ausgearbeitet und verbindlich erklärt. Sie enthält alle wesentlichen Anforderungen an die Gestaltung von Wohngebieten, die Einordnung von gesellschaftlichen Einrichtungen und Arbeitsstätten sowie Regelungen zum Verkehr, zur Stadttechnik, zur Städtebauhygiene und zum Brandschutz. Der Autor geht insbesondere auf neue Gesichtspunkte dieser Richtlinie ein.

Gerlach, P.; Ruthenbeck, J.

CAD – ein Werkzeug für die Flächennutzungsplanung städtischer Teilgebiete unter Einbeziehung der visuellen Luftbildinterpretation 263

Architektur der DDR, Berlin **35** (1986) 5, S. 263–267, 3 Schemata, 5 Abb., 3 Lagepläne, 1 graphische Darstellung

Das im Beitrag beschriebene Planungsverfahren zur Neuordnung der Flächennutzung wurde auf der Basis eines interaktiven graphischen Bildschirmsystems (GD 80) als Pilotprojekt erprobt. Es werden Möglichkeiten aufgezeigt, mittels rechnergeschützter Dialogarbeitsplätze die Arbeit des Stadtplaners wesentlich zu rationalisieren und die Flächennutzungsplanung im Rahmen der städtebaulichen Leitplanung effektiver zu gestalten.

10 Jahre Leipzig-Grünau 268

Architektur der DDR, Berlin **35** (1986) 5, S. 268–290, zahlreiche Abbildungen

Vor 10 Jahren wurde der Grundstein für eines der größten Neubaugebiete, das Wohngebiet Leipzig-Grünau, gelegt, in dem heute 90 000 Menschen wohnen. Leipzig-Grünau wurde für rund 100 000 Einwohner geplant und umfaßt eine Fläche von 400 ha am westlichen Stadtrand. Dieser Standort liegt günstig zu vielen Arbeitsstätten und ist direkt mit Naherholungsgebieten verbunden. Inzwischen sind von den 37 600 geplanten Wohnungen bereits 35 000 gebaut. Jeder sechste Einwohner Leipzigs wohnt in Grünau.
Mit den hier veröffentlichten Beiträgen werden Erfahrungen bei der Leitung, Planung und Realisierung eines so großen Bauvorhabens, die Ergebnisse der städtebaulich-architektonischen und künstlerischen Gestaltung sowie Ergebnisse soziologischer Untersuchungen über die Wohnzufriedenheit in diesem Gebiet dargestellt. Die einzelnen Beiträge behandeln folgende Themen:

Fischer, D.
Das Wohngebiet Leipzig-Grünau – ein Beitrag zur Lösung der Wohnungsfrage in der Stadt Leipzig

Maschner, J.
Das Leben in Grünau

Mogge, W.; Pollrich, G.
Leitung der Großbaustelle Leipzig-Grünau unter den Bedingungen von Bauen und Wohnen

Eichhorn, G.; Wellner, D.; Walther, G.; Scheibe, W.
Geplant – gebaut – bewohnt: Wohngebiet Leipzig-Grünau

Lingslebe, W.; Dippmann, D.
Naherholungsgebiete, Parks und Freiflächen in und um Grünau

Neumann, H.
Architekturbezogene Kunst im Wohngebiet Grünau

Stein, W.; Jana, G.
Baumaßnahmen des Verkehrs im Wohngebiet Grünau

Krauskopf, J.; Winter, H.
Stadttechnische Erschließung des Wohngebietes Grünau

Kahl, A.
Wie wohl fühlen sich die Grünauer?

Barth, K.-H.

Zur Gestaltung des FDGB-Erholungsheimes „Karl Marx" in Schöneck 292

Architektur der DDR, Berlin **35** (1986) 5, S. 292–295, 1 Lageplan, 2 Grundrisse, 10 Abb.

In exponierter landschaftlicher Lage wurde das neue FDGB-Erholungsgebiet an der „Hohen Reuth" bei Schöneck errichtet. Der Baukomplex besteht aus zwei acht- bzw. neungeschossigen Bettenhäusern mit gemeinsamem Verkehrskern, dem Verbinder und dem Komplement mit der Eingangshalle. Im Untergeschoß der Bettenhäuser ist eine Vielzahl von kulturellen und Dienstleistungsbereichen angeordnet. Ferner stehen den Urlaubern 2 Speisesäle, 2 Restaurants, 1 Hallenbar und 1 Leseraum zur Verfügung. Besonderer Wert wurde auf eine durchgängige und niveauvolle Innenraumgestaltung gelegt.

Tattermusch, E.

Die Rekonstruktion des Berlischky-Pavillons in Schwedt 296

Architektur der DDR, Berlin **35** (1986) 5, S. 296–299, 2 Grundrisse, 1 Schnitt, 7 Abb.

Unter der Bauleitung G. W. Berlischkys, des letzten Landbaumeisters der Markgrafschaft Schwedt, entstand zwischen 1777 und 1779 ein barocker Saalbau als Gemeinderaum der französisch-reformierten Kirche. Die Geschichte dieses reizvollen Bauwerkes war wechselhaft. Ab 1908 stand das Gebäude leer und wurde nur gelegentlich genutzt. Nachdem es 1945 instand gesetzt wurde, diente es bis 1978 erneut als Gemeinderaum. Ab 1984 wurde der Pavillon auf der Grundlage einer denkmalpflegerischen Konzeption als Stätte für kleinere kulturelle Veranstaltungen grundlegend rekonstruiert und zum Teil neu gestaltet. Die Ergebnisse dieser Arbeiten werden hier vorgestellt.

Содержание

Rietdorf, W.

Комплексная руководящая линия для градостроиельной планировки и архитектурно-планировочных решений жилых районов в периоде от 1986 до 1990 гг.

Architektur der DDR, Берлин **35** (1986) 5, стр. 261–262

В настоящее время для планировки и архитектурно-планировочных решений жилых районов в ГДР в периоде от 1986 до 1990 гг. разработана и объявлена обязательной новая комплексная руководящая линия. Она содержит все существенные требования к архитектурно-планировочным решениям жилых районов, к расположению общественных учреждений и мест приложения труда, а также правила по движению, инженерному оборудованию города, градостроительной гигиене и пожарной охране. Автор занимается особенно новыми аспектами їтой руководящей линии.

Gerlach, P.; Ruthenbeck, J.

CAD – инструмент для планировки использования площади городских территорий с применением интерпретации аірофотосъемок

Architektur der DDR, Берлин **35** (1986) 5, стр. 263–267, 3 схемы, 5 илл., 3 плана расположения, 1 диаграмма

Описанный в настоящей статье способ планировки для упорядочения использования территорий был испытан на базе интерактивной графической їкранной системы (GD 80) в качестве їкспериментального проекта. Показаны возможности существенной рационализации работы проектировщика города при помощи диалоговых рабочих мест с применением ЭВМ и более їффективного решения планировки использования территорий в рамках градостроительной руководящей планировки.

Жилому району Лейпциг-Грюнау 10 лет

Architektur der DDR, Берлин **35** (1986) 5, стр. 268–290, многочисленные иллюстрации

10 лет тому назад было положено начало одному из наибольших районов-новостроек – жилому району Лейпциг-Грюнау, в котором в настоящее время живут 90 тыс. жителей. Район Лейпциг-Грюнау был запланирован для ок. 100 тыс. жителей и занимает площадь 400 га на западной окраине города Лейпцига. Это место размещения выгодно расположено по отношению и многим местам приложения труда и непосредственно связано с пригородными зонами отдыха. Между тем из 37,6 тыс. запланированных квартир уже построены 35 тыс. квартир. Каждый шестой житель г. Лейпцига живет в районе Грюнау.
В опубликованных в настоящем номере журнала статьях изложены опыт, накопленный при управлении, планировке и реализации такого большого строительного проекта, результаты градостроительно-архитектурного решения и художественного оформления, а также результаты социологических исследований об удовлетворенности граждан жилищными условиями в їтом районе. В отдельных статьях разработаны следующие темы:

Fischer, D.
Жилой район Лейпциг-Грюнау – вклад в решение жилищной проблемы в городе Лейпциге

Maschner, J.
Жизнь в жилом районе Грюнау

Mogge, W.; Pollrich, G.
Управление крупной стройкой Лейпциг-Грюнау в условиях производства строительных работ и проживания

Eichhorn, G.; Wellner, D.; Walther, G.; Scheibe, W.
Запланирован – построен – заселен: жилой район Лейпциг-Грюнау

Lingslebe, W.; Dippmann, D.
Пригородные зоны отдыха, парки и свободные пространства в жилом районе Грюнау и вокруг его

Neumann, H.
Искусство в архитектуре жилого района Грюнау

Stein, W.; Jana, G.
Строительные мероприятия по городскому движению в жилом районе Грюнау

Krauskopf, J.; Winter, H.
Инженерное освоение территории жилого района Грюнау

Kahl, A.
Как хорошо чувствуют себя жильцы района Грюнау?

Barth, K.-H.

Об оформлении профсоюзного дома отдыха имени Карла Маркса в г. Шёнеке

Architektur der DDR, Берлин **35** (1986) 5, стр. 292–295, 1 план расположения, 2 плана, 10 илл.

В открытой ландшафтной местности была устроена новая профсоюзная зона отдыха вблизи г. Шёнека. Строительный комплекс состоит из двух восьми- или девятиїтажных спальных корпусов с совместным ядром для передвижения, соединительной вставки и пристройки с вестибюлем. На полуподва їтаже спальных корпусов имеются многочисленные возможности культурной самодеятельности и обслуживания.
Кроме того отдыхающимся предоставлены в распоряжение 2 столовой, 2 ресторана, 1 зальный бар и читальня.
Особенное внимание было обращено на сплошное внутреннее оформление на высоком уровне.

Tattermusch, E.

Реконструкция павильона им. Берлишки в г. Шведте

Architektur der DDR, Берлин **35** (1986) 5, стр. 296–299, 2 плана, 1 разрез, 7 илл.

Под руководством Г. В. Берлишки, являющегося последним сельским архитектором Маркграфства Шведт в периоде от 1777 до 1779 гг. было создано здание зального типа в стиле барокко, используемое в качестве приходского помещения французско-реформированной церкви. Эта прелестная постройка имела изменчивую историю. С 1908 г. здание было незанятым и пользовалось только от случая к случаю.
После реконструкции и 1945 г. оно вновь служило приходским помещением до 1978 г.
На основе концепции, разработанной с точки зрения охраны исторических памятников, с 1984 г. ведутся работы по основательной реконструкции и частичной перестройке с целью использования его для небольших культурных мероприятий. Результаты їтих работ представляются в настоящем номере журнала.

Summary

Résumé

Rietdorf, W.

Complex Guideline for Town Planning and Housing Area Design, 1986 to 1990 261

Architektur der DDR, Berlin **35** (1986) No. 5, pp. 261–262

A new complex guideline has been drafted and put into effect for planning and design of housing areas in the GDR for the period from 1986 to 1990. Contained in that guideline are all major demands made on adequate design of housing areas, incorporation of public buildings, services, and jobs, transport, municipal engineering, municipal hygiene, and fire safety. Particular reference is made in this article to new aspects of the guideline.

Rietdorf, W.

Directive générale pour la planification urbaniste et l'aménagement de quartiers résidentiels dans la période de 1986 à 1990

Architektur der DDR, Berlin **35** (1986) 5, pages 261–262

Pour la planification et l'aménagement de quartiers résidentiels en RDA dans la période de 1986 à 1990, une nouvelle directive générale vient d'être élaborée et déclarée d'obligation générale. Elle contient tous les impératifs essentiels émis à l'égard de l'aménagement de zones résidentielles, de l'incorporation d'ensembles collectifs et d'ateliers de production ainsi que des dispositions touchant les problèmes de la circulation, de la technique et de l'hygiène urbanistes et de la protection contre les incendies. L'auteur renseigne notamment sur les aspects nouveaux de cette directive générale.

Gerlach, P., and J. Ruthenbeck

CAD – A Tool for Land Use Planning of Urban Sub-Areas, using Visual Interpretation of Aerial Photography 263

Architektur der DDR, Berlin **35** (1986) No. 5, pp. 263–267, 3 diagrams, 5 illustrations, 3 layouts, 1 graph

The planning process described in this publication for rearrangement of land use schemes has been tested as a pilot project on the basis of an interactive graphic visual display system (GD 80). Possible approaches are demonstrated to substantive rationalisation of town planning work, using computerassisted dialogue workplaces. These approaches have proved to be helpful in more effective land use planning as part of general town planning schemes.

Gerlach, P.; Ruthenbeck, J.

CAD – un instrument pour la planification d'occupation des sols de zones partielles urbaines avec le soutien de la restitution visuelle de photographies aériennes

Architektur der DDR, Berlin **35** (1986) 5, pages 263–267, 3 schémas, 5 illustrations, 3 plans d'ensemble, 1 représentation graphique

La méthode décrite qui est destinée à la réorganisation de l'occupation des sols a été essayée comme projet pilote sur la base d'un système à écran interactif (GD 80). A l'aide de postes de travail avec dispositifs de dialogue appuyés par calculateur, il sera possible de rationaliser considérablement le travail de l'urbaniste et de rendre plus efficaces les plans d'occupation des sols dans le cadre des schémas directeurs d'aménagement et d'urbanisme.

Ten-Year History of Leipzig-Grünau 268

Architektur der DDR, Berlin **35** (1986) No. 5, pp. 268–290, numerous illustrations

The foundation stone for Leipzig-Grünau, one of the largest housing areas of Leipzig, was laid ten years ago. The population at present has reached the figure of 90,000. Leipzig-Grünau has been planned for roughly 100,000 dwellers. It is 400 hectare in size and is located in a western suburb. The site is favourable relative to many jobs and is directly linked to neighbourhood recreation areas. A total of 37,600 dwellings is in the programme, and 35,000 of them have been completed. Today, one in six Leipzig inhabitants lives in Grünau.
Several aspects of the project are covered in the following publications, including experience obtained from management, planning, and implementation of large-scale building projects, as this one, city disign, architecture, incorporation of fine arts, and sociological studies into dwelling comfort as perceived by the dwellers involved. The following topics are discussed in some detail:

Fischer, D.
Leipzig-Grünau Housing Area – A Steps to Resolving the Housing Problem in Leipzig

Maschner, J.
Life in the Green

Mogge, W., and G. Pollrich
Supervision of Leipzig-Grünau Construction Sites – Site Operations with Residents moved in

Eichhorn, G., D. Wellner, G. Walther, and W. Scheibe
Planning – Construction – Occupancy: Leipzig-Grünau Housing Area

Lingslebe, W., and D. Dippmann
Neighbourhood Recreation Areas, Parks, and Open Spaces in and around Grünau

Neumann, H.
Architecture-Related Artistic Design in Grünau Housing Area

Stein, W., and G. Jana
Transport Construction in Grünau Housing Area

Krauskopf, J., and H. Winter
Municipal Engineering in Grünau Housing Area

Kahl, A.
Are the Grünauers Happy?

Leipzig-Grünau a dix ans

Architektur der DDR, Berlin **35** (1986) 5, pages 268–290, nombreuses illustrations

Il y a dix années, la première pierre fut posée pour l'un des plus grands quartiers à immeubles neufs en RDA. Le quartier résidentiel de Leipzig-Grünau conçu pour domicilier, après son achèvement, quelque 100 000 hommes, compte aujourd'hui déjà 90 000 habitants. Couvrant une surface de 400 ha à la périphérie occidentale de Leipzig, l'emplacement est très favorable vu la bonne communication à un grand nombre d'ateliers de production et la proximité immédiate de centres de loisirs dominicaux. Entre-temps, 35 000 logements des 37 600 logements prévus sont occupés par leurs habitants. A présent, un habitant sur six de la ville de Leipzig est domicilié à Leipzig-Grünau. Les articles publiés dans ce numéro ont pour objectif d'informer des expériences faites à la direction, la planification et à la réalisation d'un projet de construction de cette envergure, de plus, des aspects de l'aménagement urbaniste, architectonique et artistique ainsi que des résultats d'examens sociologiques faits sur la qualité d'habitat telle qu'elle est éprouvée par les hommes domiciliés dans ce quartier. Les articles abordent les sujets suivants:

Fischer, D.
Le quartier résidentiel de Leipzig-Grünau – une contribution à résoudre le problème d'habitat dans la ville de Leipzig

Maschner, J.
Vivre à Grünau

Mogge, W.; Pollrich, G.
Direction du grand chantier de Leipzig-Grünau sous les conditions de construire et habiter

Eichhorn, G.; Wellner, D.; Walther, G.; Scheibe, W.
Planifié – construit – habité: le quartier résidentiel de Leipzig-Grünau

Lingslebe, W.; Dippmann, D.
Centres de loisirs dominicaux, parcs et espaces libres à et autour de Grünau

Neumann, H.
Art et architecture au quartier résidentiel de Grünau

Stein, W.; Jana, G.
Mesures de construction dans le secteur des transports au quartier résidentiel de Grünau

Krauskopf, J.; Winter, H.
Viabilisation du quartier résidentiel de Grünau

Kahl, A.
Comment les habitants de Grünau se sentent-ils?

Barth, K.-H.

Design of „Karl Marx“ Trade Union Hotel in Schöneck 292

Architektur der DDR, Berlin **35** (1986) No. 5, pp. 292–293, 1 layout, 2 floor plans, 10 illustrations

A new union-run recreation complex at „Hohe Reuth“ near Schöneck has been completed in a pittoresque landscape. The complex is made up of two eight-storey and nine-storey hotel buildings with one joint traffic area, a linkage wing, and a complementary structure with entrace hall. A great number of entertainment and service spaces is accommodated at ground-floor level of the hotel buildings. There are two dining halls, two restaurants, one lounge bar, and one reading room. Particular attention was given to integrated high-quality interior design.

Barth, K.-H.

Maison de repos de la FDGB „Karl Marx“ à Schöneck

Architektur der DDR, Berlin **35** (1986) 5, pages 292–295, 1 plan d'ensemble, 2 plans horizontaux, 10 illustrations

Située dans la contrée pittoresque de la „Hohe Reuth“ près de Schöneck, la nouvelle maison de repos est constituée par deux immeubles-lits à huit et à neuf étages liés par un noyau commun, la zone de communication et un corps complémentaire abritant le foyer. Dans la zone de réz-de-chaussée des immeubles-lits il y a toute une série d'établissements culturels et de prestations de services. Les vacanciers ont à leur disposition deux salle à manger, deux restaurants, un bar et une salle de lecture. Une attention particulière a été consacrée à un aménagement réussi des intérieurs.

Tattermusch, E.

Rehabilitation of Berlischky Pavilion in Schwedt 296

Architektur der DDR, Berlin **35** (1986) No. 5, pp. 296–299, 2 floor plans, 1 section, 7 illustrations

A baroque hall structure was built as a community house of the local French-Reformed Church, between 1777 and 1779. The project was supervised by G. W. Berlischky, the last Provincial Building Master of the Margraviate of Schwedt. The beautiful building passed through a variegated history. It was abandoned in 1908 and was ever since used only on certain occasions. Repaired in 1945, it was used as parish hall up to 1978. The pavilion was thoroughly renovated and partially renewed for small cultural programmes under a conservation project, as of 1984. The results of these efforts are reported in this publication.

Tattermusch, E.

Reconstruction du Pavillon de Berlichky à Schwedt

Architektur der DDR, Berlin **35** (1986) 5, pages 296–299, 2 plans horizontaux, 1 coupe, 7 illustrations

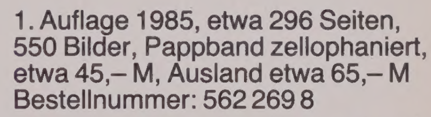
Sous la direction de G. W. Berlichky, dernier architecte du margraviat de Schwedt, on construisit dans cette ville, entre 1777 et 1779, une salle de style baroque destinée à servir de maison paroissiale de l'église francaise réformée. L'édifice a vécu une histoire mouvementée. Abandonnée depuis 1908, on commença en 1945 avec sa remise en état pour servir jusqu'en 1978 de nouveau de maison paroissiale. A partir de 1984, le pavillon a fait l'objet, sur la base d'une conception d'entretien de monuments, d'une reconstruction profonde. Désormais, l'édifice sert à l'organisation de petites manifestations culturelles. Les résultats des travaux de reconstruction et de réaménagement sont présentés.

Hartmut Probst und
Christian Schädlich

Walter Gropius

Band 1:
Der Architekt und Theoretiker
Werkverzeichnis Teil 1



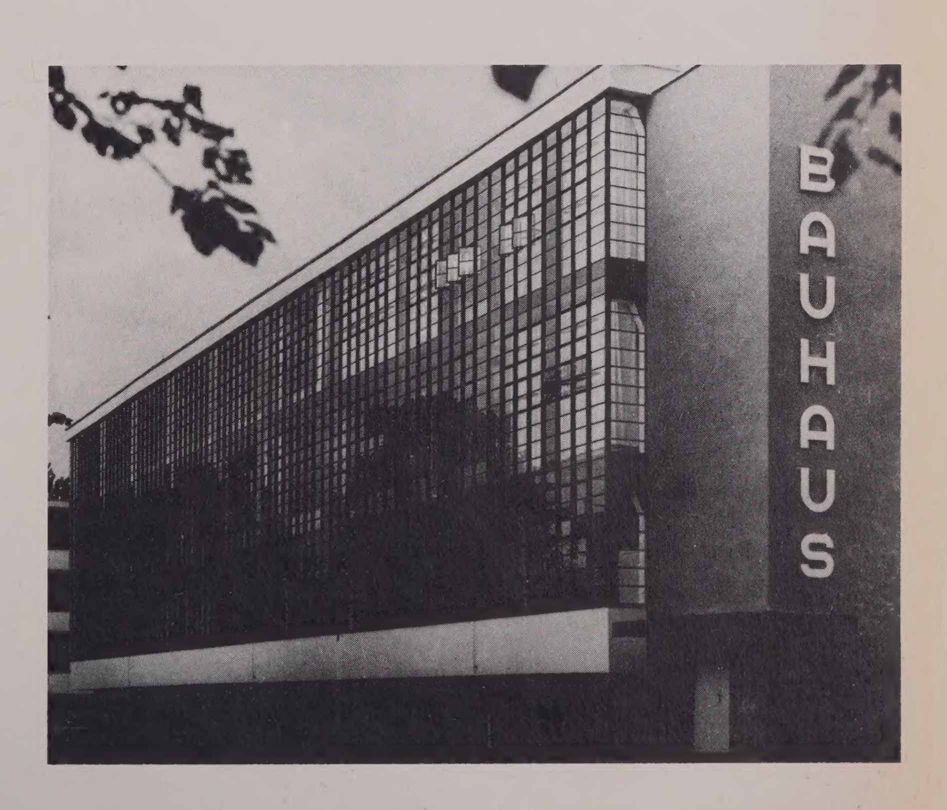


1. Auflage 1985, etwa 296 Seiten,
550 Bilder, Pappband zellophaniert,
etwa 45,– M, Ausland etwa 65,– M
Bestellnummer: 562 269 8

Dieses Buch zeigt Walter Gropius mit seinen Arbeiten als Praktiker, Pädagogen und Theoretiker als einen der unbestritten bedeutendsten Architekten des Jahrhunderts.
Kernstück des Buches ist das systematisch angelegte – und, soweit irgend erreichbar, vollständige – Werkverzeichnis, in dem Bauten, Projekte und Arbeiten der Produktgestaltung katalogartig in Wort und Bild vorgestellt werden.
Aber das Buch will mehr als Dokumentation und Nachschlagewerk sein. Es will ebenso zur geschichtlichen Wertung des Gropiusschen Werkes und zu seiner Einordnung in die Architekturentwicklung des 20. Jahrhunderts beitragen.

1986 erscheint
Band 2:
Der Lehrer und Erzieher
Werkverzeichnis Teil 2

1987 erscheint
Band 3:
Ausgewählte Schriften



Richten Sie bitte Ihre Bestellungen an den örtlichen Buchhandel

**VEB Verlag für Bauwesen,
DDR – 1086 Berlin,
Französische Str. 13/14**